

James

Friedrich der Große

als Beförderer des Gewerbfließes

Zur 200. Wiederkehr des Geburtstages Friedrichs des Großen

im Auftrage

des Vereins zur Beförderung des Gewerbfließes

verfaßt von

CONRAD MATSCHOSS

BERLIN 1912

VERLAG VON LEONHARD SIMION NF.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitende Übersicht	1
Der König als Kolonisor und Förderer der Landwirtschaft	10
Der König auf dem Gebiet des Finanzwesens und des Handels	18
Finanzpolitik	18
Handelspolitik	24
Der König als Industriebegründer	37
Seidenindustrie	40
Seidenbau	55
Andere Zweige der Textilindustrie	56
Papierfabrikation	68
Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen	72
Der Steinkohlenbergbau	90
Das Salinenwesen	92
Steine und Erden	96
Porzellanmanufaktur	97
Der König als Erzieher	99



weihundert Jahre sind am 24. Januar 1912 im Strome der Zeiten hingeflossen, seit Preußens großer König geboren wurde. Nur wenige Menschen haben in gleich ausgedehntem Maße Mit- und Nachwelt durch ihr Denken, vor allem aber durch ihr Tun und Handeln beschäftigt, wie Friedrich II. Eine schier unermessliche Literatur ist in unseren Bibliotheken über seine Taten vorhanden, und noch entfernt ist nicht alles veröffentlicht, was auf des Königs Wirken in den Akten unserer Behörden sich bezieht, ein überreiches Material, um sich von der Größe dieser Persönlichkeit nach den verschiedensten Richtungen hin eine Vorstellung zu schaffen.

Wir kennen Friedrich den Großen als den größten Feldherrn seiner Zeit, wir kennen ihn in seinen jungen Jahren als Freund heiteren Lebensgenusses, als Freund der Denker und Dichter des damals die Geister beherrschenden Frankreich. Wenn wir die schattigen Gärten von Potsdam durchwandern, so lebt in uns das Erinnern an den großen Philosophen von Sanssouci, an den König, der den ihm liebsten Aufenthaltsort „Sanssouci“ nannte, und den wir, wenn wir auf sein Lebenswerk blicken, uns nie „ohne Sorge“ für die Angelegenheiten seines Landes vorstellen können. Nur eine der wichtigsten Seiten der so umfassenden Tätigkeit des Königs fehlt auch heute noch allzu sehr gerade in den Schriften, die in die weitesten Kreise des Volkes hineindringen. Man weiß noch zu wenig von des großen Königs unermüdlicher Arbeit für die wirtschaftliche Wohlfahrt seines Landes. Gerade aber diese Seite seines königlichen Wirkens verdient heute mehr als je unsere Aufmerksamkeit, ernten wir doch die Früchte der Saat, die der König einst dem Boden anvertraute.

In der Industriegeschichte des 18. Jahrhunderts wird Friedrich II. stets eine der ersten Stellen einnehmen. Wer in dieses leider noch viel zu wenig bearbeitete Gebiet eindringen will, kann an den großen Werken des Königs nicht vorübergehen; in seinem Wirken findet er die Wurzeln unserer heutigen Industrie. Was der König einst prophetisch von der deutschen Literatur sagte, daß er das gelobte Land nur von ferne sehe, daß sein Fuß es aber nicht mehr betreten würde, das gilt auch von der Industrie, wie wir sie heute auffassen. So groß die Leistungen waren, die Friedrich vollbracht hat, seine kühnste Phantasie konnte doch nicht ermessen, welch gewaltiger Baum sich aus dem Keim entwickeln sollte, den er mit so unablässigen Bemühungen in seinem ersten Entwicklungsstadium gepfllegt, dessen Wachstum er unablässig gefördert hat.

Die spätere Entwicklung ist in erster Linie gekennzeichnet durch die großen Erfindungen auf dem Gebiet des Maschinenbaus, durch die Einführung der Arbeitsmaschinen zunächst in die Textilindustrie, und dann vorzüglich durch die von Zeit und

Ort unabhängige, die ungeheuren Wärmeenergien der Kohle ausnutzende Dampfmaschine. In seinen letzten Lebensjahren hat der König sich noch für die Einführung und Ausnutzung dieser neuen großen englischen Erfindungen in seinen Landen eingesetzt, und so hat er am Ende seines Lebens auch hier wieder gleichsam vorausschauend auf die Entwicklung hingewiesen, die wir heute, gerade wenn wir uns in den geschichtlichen Werdegang vertiefen, staunend bewundern müssen.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbflusses, 1821 aus den gleichen Beweggründen entstanden, die Friedrich II. sein ganzes Leben in seinen Arbeiten für den Gewerbefleiß geleitet haben, feiert seit langer Zeit — zuerst am 24. Januar 1825 — sein Stiftungsfest in Verbindung mit dem Geburtstag des großen Königs. Hieraus entstand der Wunsch, zur zweihundertjährigen Wiederkehr dieses Tages eine für weitere Kreise bestimmte Übersicht über die Tätigkeit des Königs als Beförderer des Gewerbflusses zu geben¹⁾.

Mit Rücksicht auf Zeit und Raum, der zur Verfügung stand, konnte es sich nicht um eine irgendwie erschöpfende Darstellung der Tätigkeit des Königs handeln. Was der König im Bereich seines ganzen Staates, der geographisch damals noch sehr zerrissen war, getan hat, läßt sich nicht im Rahmen eines Aufsatzes in auch nur annähernder Vollständigkeit schildern. Für den Zweck der vorliegenden Arbeit aber ist auch eine solche Umfassung der gesamten Tätigkeit des Königs auf allen den hier in Frage kommenden Gebieten nicht erforderlich. Es wird genügen, wenn der Versuch gelingt, zunächst einen zusammenfassenden Überblick über diese Tätigkeit zu geben, um dann einige der Hauptarbeitsgebiete des Königs, vor allem seine schöpferische Wirksamkeit auf dem Gebiet der Gewerbetätigkeit näher kennen zu lernen. Erst wenn man wenigstens auf einigen Gebieten auch in das einzelne einzudringen sucht, wird man gewahr, wie groß des Königs Tätigkeit das Größte und Kleinste umfassend in Wirklichkeit war.

Die Geschichte der königlichen Arbeit auf dem Gebiet, das hier zu behandeln ist zerfällt in zwei Hauptteile. Der siebenjährige Krieg um die Behauptung von Schlesien bildet den tiefen Einschnitt. Der König, der 1756 in den Krieg zog, war ein anderer geworden, als er mit seinen siegreichen Truppen 1763 in seine Hauptstadt, die er 7 Jahre

¹⁾ Der Verein stellte mich vor diese ehrenvolle Aufgabe, die ich in der vorliegenden Schrift so gut es mir in der sehr kurz bemessenen Zeit möglich war, zu lösen versuchte. Weitgehender Unterstützung hatte ich mich bei dieser Aufgabe zu erfreuen. Der Vorsitzende des Vereins, Exzellenz F l e c k, hatte die Güte, mir seine eingehenden Auszüge aus der Literatur zur Verfügung zu stellen. Die Staatsbehörden, besonders der Herr Handelsminister und die Leitung des Geheimen Staatsarchivs, sowie des Statistischen Landesamtes sicherten ebenfalls ihre Unterstützung zu, von der ich leider, was das Studium der Originalakten anbelangt, mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit, in der die Arbeit zu bewältigen war, kaum Gebrauch machen konnte. Der Verein zur Beförderung des Gewerbflusses hat dann ferner durch ein Rundschreiben viele seiner Mitglieder, sowohl Einzelpersonen als Staatsbehörden, städtische Verwaltungen und Fabrikunternehmungen, ersucht, Material für diese Denkschrift aus ihren eigenen Beständen zur Verfügung zu stellen. Dieser Bitte ist vielfach entsprochen worden. In dem Literaturverzeichnis, das sich am Schluß der Arbeit befindet, wird hierauf noch zurückzukommen sein. Schon hier sei auf das grundlegende Werk: R e i n h o l d K o s e r, König Friedrich der Große hingewiesen, dessen 3. Auflage Bd. I und II, Stuttgart 1904, besonders in den Kapiteln, die sich auf Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Kolonisation, Finanzwesen usw. beziehen, benutzt wurde. — Die beigefügte Karte des Staates Friedrichs des Großen ist der Güte des Herrn Oberstleutnants O. G r a d y zu verdanken, der sie in freundlicher Bereitwilligkeit für die vorliegende Arbeit entworfen hat.

nicht gesehen hatte, zurückkehrte. Noch über 20 Jahre sollten ihm beschieden sein für die Durchführung der großen Pläne, die während der langen Kriegsjahre in ihm Gestalt gewonnen hatten.

Die Lehrzeit zu dem erfolgreichen Wirken des Königs im ersten Abschnitt seiner Regierungszeit hat er schon als Kronprinz absolviert. Nach dem tragischen, folgenschweren Zerwürfnis mit seinem Vater kam er in die harte Schule der Küstriner Kriegs- und Domänenkammer, der Kriegsrat Hille war hier sein Vorgesetzter und Lehrherr, und die wirtschaftlichen Auffassungen dieses Mannes haben später auch auf den König eingewirkt.

Einen tiefen nachhaltigen Eindruck machte sodann eine Visitationsreise, die er auf den Wunsch seines Vaters nach Lithauen unternahm. In einem Brief an Voltaire aus Insterburg vom 27. Juli 1739 schildert er, wie er nach dreiwöchentlicher Reise endlich hier in einer Provinz angelangt sei, die man in Europa wenig kenne, die jedoch verdiene, besser bekannt zu sein, weil sie als eine Schöpfung seines Vaters angesehen werden müsse. Friedrich beschreibt dann, wie der König hierher gekommen sei und mit eigenen Augen die weite Wüste mit allen den schrecklichen Spuren früherer Verheerungen gesehen habe. Weit entfernt aber, sich durch das Elend abschrecken zu lassen, sei er energisch daran gegangen, Wohlstand, Handel und Gewerbe wieder zu begründen. Der König habe keine Ausgabe gescheut, er ließ tausende von Familien aus allen Gegenden Europas kommen, die Äcker wurden wieder bebaut, das Land wieder bevölkert, der Handel blühte wieder auf, und gegenwärtig herrsche mehr Wohlstand als je in dieser fruchtbaren Gegend. Alles das verdanke man dem König, seinem Vater. „Er hat die Pläne entworfen, er allein sie ausgeführt; weder an Sorge und Mühe, noch an bedeutenden Ausgaben, an Versprechungen und Belohnungen hat er es fehlen lassen, um Glück und Leben einer halben Million denkender Wesen sicher zu stellen, die nur ihm allein ihre Wohlfahrt und die Mittel zu ihrem Unterhalte verdanken... Ich habe etwas so Heroisches in der hochherzigen und sorgsamten Art gefunden, mit welcher der König die Aufgabe verfolgt hat, diese Wüste bewohnt, fruchtbar und glücklich zu machen, daß ich glaubte, Sie würden die gleichen Empfindungen teilen, wenn Sie die näheren Umstände erführen, wie hier der gute Zustand wiederhergestellt ist.“ Als er später selbst in viel größerem Umfange, als sein Vater es vermocht hatte, Dörfer und Kolonien begründete und fremde Einwanderer in Scharen in sein Land zog, wird er sich dieses ersten starken Eindrucks, den er von seines Vaters Siedelungspolitik hatte, wohl oft erinnert haben.

Auch in den lustigen, sinnesfrohen Tagen zu Rheinsberg, wohl der frohesten Zeit seines Lebens, hat Friedrich II. mitten in seiner Beschäftigung mit Musik und Kunst und den geselligen Freuden seines Kronprinzenhofes an die Tätigkeit gedacht, die seiner als König wartete. Wir wissen, daß er den unternehmenden, vielgewandten Kaufmann G o t z k o w s k y nach Rheinsberg kommen ließ, wenn dieser von der Leipziger Messe zurückgekehrt war. Es handelte sich dabei nicht nur um die Erledigung von Aufträgen, die er ihm erteilt hatte, er benutzte damals schon die Gelegenheit mit diesem Unternehmer über die Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie zu sprechen. Schon damals begannen die großen Pläne im Kopfe Friedrichs zu reifen, die er, als der Tod seines Vaters am 31. Mai 1740 ihn auf den Thron Preußens berief, sofort mit der ungeduldigen Energie der Jugend durchzuführen suchte.

Das erste Jahr seiner Regierung ist bereits kennzeichnend dafür.

Allerdings die Vielen, die damals glaubten, nun würde sofort eine ganz neue Zeit für Preußen anbrechen, alles würde anders werden, irrten sich. In Friedrichs Herzen wohnte nicht der Ehrgeiz kleiner Menschen, grundsätzlich alles anders zu machen als es bisher gewesen war. Was von der alten Ordnung nur irgendwie zu benutzen war, das suchte er zunächst zu erhalten. Er festigte es, stärkte es und wandte seine Energie auf neue Ziele, die auf neuen Wegen erreicht werden mußten. Gerade in dieser Beschränkung auch zeigt sich seine Größe. Der Wahlspruch James Watts bei der Konstruktion seiner Dampfmaschine: „it is a great thing to know what to do without“, scheint Friedrich II. auch bei seinen staatswirtschaftlichen und organisatorischen Konstruktionen gelehrt zu haben.

Wenige Monate vor der Übernahme der Regierung hat er in dem Frieden Rheinsbergs ahnungsvoll in einigen Versen schon auf die Tätigkeit hingedeutet, in der er ohne die „traute Friedensfülle“, ohne die „gewohnte Arbeitsstille“ von nun an leben müssen. Von dem Augenblick an, wo er König ist, gelobt er sich, wolle er keine anderen Götter haben neben der Pflicht, für sein Volk, für sein Land unablässig zu arbeiten. Noch am Abend des Sterbetages seines Vaters eilt er von Potsdam zur Hauptstadt. In dem einfachen Schloß gegenüber dem Zeughaus verbringt er die erste Nacht als König. Freudig begrüßt von seinem Volk, das ihn als Kronprinzen begeistert verehrt hatte, stürmen in überwältigender Menge die neuen Eindrücke auf ihn ein. Die ganze Hauptstadt ist in freudiger Aufregung und Erwartung alles dessen, was die neue Zeit ihr bringen wird. Der König aber sehnt sich nach Einsamkeit, um innerlich diesen entscheidenden Wendepunkt seines Geschicks zu durchleben. Durch die sandigen Wege des stillen Tiergartens eilt der königliche Wagen nach dem ruhigen Charlottenburg. Am 2. Juni leisten hier die Staatsminister dem König den Eid, er erklärt ihnen, daß sie mit der gleichen Sorgfalt für das Beste der Untertanen wie für sein eigenes wachen sollen, daß ein Unterschied zwischen seinem Vorteil und dem des Landes nicht bestehe, ja, daß des Landes Vorteil den Vorzug vor seinem eigenen besonderen Vorteil haben müsse.

Am gleichen Tage läßt der König die Kornmagazine öffnen, um der allgemeinen Teuerung abzuhelfen. In dem Erlaß, mit dem der König den Behörden den Thronwechsel anzeigt, gibt er dem schon mündlich den Ministern kundgegebenen Grundsatz nochmals Nachdruck: „Wir wollen nicht, daß Ihr Euch bestreben sollet, Uns mit Kränkung der Untertanen zu bereichern, sondern vielmehr, daß Ihr sowohl den Vorteil des Landes als unser besonderes Interesse zu Eurem Augenmerk nehmet, inmaßen wir zwischen beiden keinen Unterschied sehen.“

Sofort beginnt auch der König, alles das durchzuführen, was er oft in seinen Kronprinzenjahren mit seiner starken Phantasie sich als seine erste königliche Aufgabe mochte vorgestellt haben. Industrie und Gewerbe sollen zu einer neuen Blüte gebracht werden, Gotzkowsky muß bereits in den ersten Tagen nach der Thronbesteigung nach Charlottenburg kommen, wo ihm der König, wie er selbst erzählt, befiehlt: „daß ich mir sollte angelegen seyn lassen, viele nützliche und geschickte Künstler und Ouvriers in das Land zu ziehen, und daß Se. Königl. Majestät mich hierinnen nicht allein kräftig unterstützen, sondern auch selbst ein fleißiger Abnehmer der allhier verfertigten Waaren abgeben wollte“.

Wie sehr ihm gerade die Förderung der Gewerbetätigkeit am Herzen lag, sieht man auch daraus, daß er schon im ersten Monat seiner Regierung, und zwar am 28. Juni 1740, ein eigenes Ministerium für Handel und Gewerbe, das „Manufaktur- und Commerzien-Departement“, das erste Fachministerium Preußens, begründet hat. Den Minister Samuel von M a r s c h a l l stellt er an die Spitze der neuen Behörde, und in einer Dienstvorschrift weist er im besonderen auf drei Gebiete hin, denen er seine Aufmerksamkeit in erster Linie zu widmen habe. Er soll die jetzigen Manufakturen im Lande verbessern, die Manufakturen, so darin noch fehlen, einführen und drittens „so viele Fremde von allerhand Konditionen, Charakter und Gattung in das Land ziehen, als sich nur immer tun lasse“. In zweiter Linie soll er sich auch um den Absatz der inländischen Erzeugnisse nach dem Ausland kümmern und zu diesem Zweck einer „guten auswärtigen Korrespondenz“ pflegen.

Um die gestellten Aufgaben durchzuführen, hält der König es für unbedingt notwendig, eine genaue Aufstellung über „Anwachs und Abfall des Commerzii“ zu haben. Das Ergebnis fiel noch wenig günstig aus, Preußens altes, hoch angesehenes Gewerbe, die Tuchmacherei war arm geworden, England beherrschte den Markt. Die einheimische Leinenindustrie war noch wenig entwickelt, „die Bilanz des Handels“, stellte der König fest, „habe jährlich 1,2 Millionen Thaler verloren.“ Das gab ihm Veranlassung, eine rücksichtslose Schutzzollpolitik zu verfolgen.

Aus des Königs Schriften selbst können wir uns ein anschauliches Bild von der unablässigen Geschäftigkeit seiner ersten Königstage machen. Am 12. Juni schreibt der König: „Ich treibe hin und her zwischen zwanzig Beschäftigungen und beklage nur die Kürze des Tages, der mir 24 Stunden zu wenig zu haben scheint. Ich arbeite mit beiden Händen, mit der einen für die Armee, mit der anderen für das Volk und die schönen Künste“, und am 27. Juni schreibt er an Voltaire:

„Die unendliche Arbeit, die mir nach seinem Tode zugefallen ist, hat mir kaum erlaubt, mich meinem gerechten Schmerze zu überlassen. Seit dem Tode meines Vaters glaube ich ganz meinem Lande zu gehören; in dieser Gesinnung habe ich nach all meinen Kräften gearbeitet, um so schleunig als möglich Anstalten zum allgemeinen Besten zu treffen.

Fürs erste habe ich die Macht des Staates um 16 Bataillone, 5 Schwadronen Husaren und eine Schwadron Gardes du corps vermehrt und den Grund zu unsrer neuen Akademie gelegt. Wolff, Maupertuis und Algarotti habe ich schon; von s'Gravesande, Vaucanson und Euler erwarte ich Antwort. Ich habe ein neues Handlungs- und Manufactur-Departement eingerichtet und rufe Maler und Bildhauer her...

Die meiste Mühe habe ich von der Anlage neuer Magazine in allen Provinzen, die so beträchtlich sein sollen, daß sie auf anderthalb Jahre Getreide für das ganze Land enthalten.“

Was die Künste und Wissenschaften anbelangt, so waren sie allerdings unter dem Vorgänger des Königs arg vernachlässigt worden. Friedrich II. suchte dem Ruf, der ihm voranging, zu entsprechen und sofort auch nach dieser Richtung hin das Versäumte nachzuholen. Er wollte ein Vorkämpfer der Aufklärung sein, und sechs Tage nach seiner Thronbesteigung sucht er bereits Christian Wolf, den berühmten Halleschen Philosophen, der aus Preußen vertrieben war, für sein Land wieder zu gewinnen. Wenn

es ihm gelang, wollte er glauben, eine „Conquete im Lande der Wahrheit“ gemacht zu haben. Wolf sollte nach Berlin kommen und an die Spitze der Akademie, der der König neues Leben geben wollte, treten. „Wenn ich etwas mit Inbrunst wünsche,“ hatte er ausgesprochen, „so ist es, gelehrte und geschickte Männer um mich zu sehen.“ Diesem Wunsch entsprechend hatte er eine ganze Anzahl besonders hervorragender Vertreter der Wissenschaft eingeladen, nach Berlin an seinen Hof zu kommen. Der Philosoph und Mathematiker s`G r a v e s a n d e aus Leyden ist leider diesem Rufe ebensowenig gefolgt wie der berühmte Pariser Mechaniker V a u c a n s o n. Wolf wollte nach Halle zurück, lehnte aber den Ruf nach Berlin ab. Zum Reorganisator der von Leibniz gegründeten Akademie der Wissenschaften gewann nunmehr der König den Franzosen Maupertuis. Neben ihm sollte vor allem der aus Petersburg zurückkehrende Mathematiker Leonhard E u l e r der neuen Akademie Ruhm und Ansehen bringen.

Am zweiten Regierungstage hatte der König auch bereits den Professor F o r m e y beauftragt, gleichsam als Mittelpunkt des hauptstädtischen literarischen Lebens eine neue französische Zeitung für Politik und Literatur zu gründen. Schon Anfang Juli gab der Verleger, der Buchhändler H a u d e, dieses neue „Journal de Berlin“ heraus, zu dessen Mitarbeiter der König sich selbst angeboten hatte. Gleichzeitig erhielt der Verleger die Erlaubnis, eine deutsche Zeitung, die „Berlinischen Nachrichten“ herauszugeben. Der König befahl, daß der nichtpolitische Teil der Zeitungen nicht mehr der Zensur unterworfen sein sollte, seinen Minister, der Einwände dagegen erheben wollte, wies er darauf hin, „daß Gazetten, wenn sie interessant sein sollten, nicht geniert werden müßten“.

Auch auf dem Gebiet der Kunst begann sofort eine rege Tätigkeit. Der König wünschte ein Opernhaus zu errichten. Georg Wenzel von K n o b e l s d o r f f, dessen Kunst der König bereits beim Ausbau und der inneren Ausschmückung des Rheinsberger Schlosses kennen gelernt hatte, sollte die Pläne des Königs ausführen. Im August 1740 sandte ihn der König auf eine neue große Studienreise, die ihn wie früher nach Italien, jetzt nach Frankreich und den Niederlanden führte, um neue Anregung zu gewinnen. Seinen Kapellmeister schickte er nach Italien, um Sänger und Sängerinnen zu gewinnen, und ein französischer Schauspieler in Paris wurde beauftragt, französische Schauspieler für Tragödie und Lustspiel nach Berlin zu bringen. Kaum war Knobelsdorff von seiner Reise zurückgekehrt, so wurde der Bau des Opernhauses mit größter Geschwindigkeit gefördert, am 1. Dezember 1742 konnte es schon eröffnet werden. Einige Jahre später wurde dann mit dem Bau von Sanssouci begonnen.

Die groß angelegte Friedenstätigkeit des Königs wurde nur zu bald unterbrochen. Am 20. Oktober 1740 war der deutsche Kaiser Karl VI. unerwartet gestorben. Maria Theresia bestieg in Österreich den Thron, und sofort erschien dem König der Augenblick gekommen, ältere bisher vorenthaltene Gebietsansprüche tatkräftig durchzusetzen, um die Grenzen seines Landes zu erweitern. Seine militärischen Vorbereitungen waren getroffen, die Diplomatie des Königs beschäftigte bald die europäischen Kabinette, und schon am Ende des Jahres überschritten die Truppen des Königs die österreichische Grenze. Am 3. Januar 1741 zog der König bereits in Breslau ein, am 7. November desselben Jahres huldigten ihm die Stände in Breslau als ihrem neuen Landesherrn, und am 11. Juni 1742 ging durch den Friedensschluß zu Breslau Schlesien in den Besitz des

Königs über. Ein reiches Land war sein eigen geworden, die Verteidigung aber des neu erworbenen Besitzes sollte noch die unerhörtesten Anforderungen an die Tatkraft und die Zähigkeit des Königs stellen. Der zweite schlesische Krieg — 1744 bis 1745 — und vor allem der siebenjährige Krieg — 1756 bis 1763 — mußten noch folgen, ehe Preußen der Besitz Schlesiens gesichert war.

In der gleichen Zeit, als der König zum zweiten Mal um Schlesien kämpfte, erhielt er auf friedlichem Wege auf Grund eines Erbvertrages die Provinz Ostfriesland, da der letzte Fürst im Lande ohne Erben gestorben war. Am 23. Juni 1744 huldigte ihm die neue Provinz in Emden.

Im ersten Jahrfünft seiner Regierung waren somit zwei Provinzen gewonnen, zwei glückliche Kriege geführt und auf allen Gebieten des staatlichen Wirtschaftslebens eine Erfolg versprechende Arbeit begonnen worden. Das kleine Preußen hatte sich in Europa zu einer achtunggebietenden Stellung emporgearbeitet und die ernsteste Aufmerksamkeit der Großmächte auf sich gezogen.

Mit neuem Eifer wendete sich der König nach den Kriegen der Friedensarbeit wieder zu. Wie ungemein umfassend und erfolgreich diese Tätigkeit war, das zeigt uns des Königs politisches Testament vom Jahre 1752. In sachlich klarer Form unterrichtet er uns hier über die Finanzen, über Einrichtung und Verwaltung der Domänen, über die Staatsausgaben, über die erbauten Kanäle und über die Industrie, besonders was Seide und Wolle angeht. Daran aber schließt sich auch ein Kapitel über das, was noch zu tun übrig bleibt. Wir erfahren daraus, wie wenig der König in den ersten 12 Jahren seiner Regierung seine Tätigkeit für abgeschlossen hält, wie er in allem erst den Anfang zu weiteren Fortschritten sieht. Rastlos vorwärts geht es dem klar gesteckten Ziele zu.

Unter des Königs einheitlich durchgeführten wirtschaftlichen Plänen begannen jetzt erst mehr und mehr zunächst die alten Provinzen zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammen zu schmelzen. Als im Frühjahr 1747 die Zollschranken auch zwischen Schlesien und den alten Provinzen wenigstens zum Teil fielen, begann auch die neue große Provinz mehr und mehr sich in das einheitliche Ganze einzufügen.

Seit 1748 kamen zur Weihnachtszeit jährlich die Präsidenten der Märkischen, Pommerschen, Magdeburgischen, Halberstädtischen und Schlesischen Kammer in Berlin zusammen, um mit dem König und den Ministern des Generaldepartements die gemeinsamen Bedürfnisse der gesamten mittleren Provinzen zu beraten. Die sich steigende Interessengemeinschaft dieses ganzen Gebietes kam auch hierdurch immer mehr zum Ausdruck.

Alle Maßnahmen des Königs waren letzten Endes darauf gerichtet, die vielen zum Teil nur durch ihre Beziehungen zum Herrscherhaus zusammengehörigen Länder, die sich vom äußersten Westen Deutschlands bis zum äußersten Osten erstreckten, so weit als möglich auch wirtschaftlich zu einigen, eine Aufgabe, die gerade durch die geographische Zerrissenheit des Landes besonders erschwert wurde. Die große geschichtliche Bedeutung des merkantilen Wirtschaftssystems, als dessen praktischer Hauptvertreter Friedrich II. anzusehen ist, wird in unserer Zeit klarer als früher erkannt. Koser nennt treffend den Kern dieses Systems „die Organisation der Kollektivinteressen, das Ringen nach Ersetzung des Widerstreits örtlicher stadtwirtschaftlicher Sonder-

bestrebungen durch eine staatliche und nationale Gemeinpolitik, durch eine Volkswirtschaft“¹⁾.

Der dritte Krieg um den Besitz Schlesiens unterbrach des Königs Friedensarbeit. Am 29. August 1756 begann das siebenjährige Ringen des kleinen Preußens mit Europas Großmächten. Stolze Siege wechselten mit vernichtenden Niederlagen, gleich phantasievollen Abenteuern muten uns zeitweise die tatsächlichen Schicksale dieses Krieges an. Bis zur Vernichtung des Staates, die der König nie überleben wollte, schien es gekommen, als schließlich doch das Geschick sich wieder zugunsten des Königs wandte und seine unbeugsame Entschlossenheit durch den endgültigen Besitz Schlesiens belohnt wurde. Napoleon I. hat von Friedrich dem Großen gesagt: „Er ist vornehmlich groß gewesen in den entscheidendsten Augenblicken, und das ist die schönste Lobrede, die man auf seinen Charakter halten kann.“

Der Krieg mit seinen Wechselfällen war zur furchtbaren Prüfung für den König geworden. Er ist als der „alte Fritz“ aus dem Felde heimgekommen. Wer sieben Jahre lang in ständiger Gefahr sein Leben hinbringt, gewöhnt sich an unaufhörliche Sorge und wird hart. Die lebensfrohe Heiterkeit, die der junge König so wert geschätzt, schien fortan verbannt aus seiner Umgebung. Sein Gesicht war scharf und streng geworden. Die Empfindsamkeit, die ihm noch immer zuweilen das Auge feucht werden ließ, suchte er mehr als je zu unterdrücken. Immer emsiger strebte der König nach der „Unempfindlichkeit des Stoikers“, doch sein angeborenes Temperament ließ ihn dieses Ziel nie erreichen. „Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich meine Pflicht tue . . .“. Die unablässige Arbeit im Dienst der von ihm erkannten Pflicht war von da an das einzige Leitmotiv seines Lebens.

Als man den König am 15. Februar 1763 zum Friedensschluß beglückwünschte, und darauf hinwies, daß dieser Tag wohl der schönste seines Lebens sein werde, soll er geantwortet haben: „Der schönste Tag im Leben ist der, an dem man es verläßt.“ Oft hat er während des Krieges müde des ewigen Kampfes Pläne geschmiedet, wie er nach dem Friedensschluß „zwischen all dem Wirrwarr und dem letzten Stündlein eine Ruhepause einschieben wolle“. Er will abdanken und in beschaulicher Stille von dem Herrschen ausruhen. Aber wer zum Herrschen geboren ist, für den bleiben alle diese Gedanken doch nur Träume. Was der König einst seinem Urgroßvater, dem Großen Kurfürsten, als größtes Verdienst angerechnet hatte, „am Vaterlande nicht verzweifeln, sondern dem Verderben den Mut entgegen werfen“, das suchte er jetzt an sich selbst zu erfüllen. Es galt nicht nur, sein vom Kriege erschöpftes Land wieder auf den ursprünglichen Stand zurückzuführen, es galt zugleich, die großen Kulturaufgaben, die durch den langen Krieg in den Hintergrund getreten waren, kräftig durchzuführen. Der König begann auf allen diesen Gebieten gleichzeitig zu arbeiten, als ob er die sieben Kriegsjahre in kürzester Zeit wieder nachholen wollte. Die neuen noch fehlenden Manufakturen sollten auf das schnellste eingerichtet werden, die sehr niedergedrückte Lage des Bauernstandes sollte gehoben werden, die Volksschule als wichtigste Erziehungsanstalt des Staates sollte von Grund aus neu entwickelt werden. Und als äußeres Zeichen, daß er wieder da sei und

¹⁾ s. Koser, Bd. I S. 438.

trotz eines siebenjährigen Krieges auch Geld noch habe, begann er sogleich mit dem Bau des neuen Sanssouci, des neuen Palais, dessen Einrichtung dem Kunstgewerbe zunächst die bitter nötigen Aufträge verschaffen sollte.

Den ersten Besuch stattete der König der Provinz ab, um deren Besitz er mit den Heeren Europas gerungen hatte. Die Schlesier machten aus der Reise einen Triumphzug, dem König war sie eine Studienreise, auf der es galt, durch Berichte und Zahlen sich bis in Einzelheiten zu informieren, um mit dem Geld, das er für die Provinz zur Verfügung hatte, zunächst die wichtigsten Bedürfnisse befriedigen zu können.

Am 30. März 1763 spät abends zog der König in Berlin wieder ein, Begrüßungen und Festlichkeiten folgten in den nächsten Tagen. Schon am 1. April aber fanden sich die Landräte auf Befehl des Königs im Schlosse ein. Er befahl ihnen in kurzen Worten, welche statistischen Angaben sie ihm bis übermorgen zu machen hätten. „Ganze Bände“ von Unterstützungsgesuchen waren inzwischen eingelaufen, einer nur durch wenige Stunden Schlaf unterbrochenen unaufhörlichen Arbeitstätigkeit widmete sich der König. Mit äußerster Anspannung seiner Geduld suchte er neben all den großen Plänen, die er einzuleiten hatte, auch alle die tausend Kleinigkeiten, die an ihn herantraten, zu erledigen. Am 14. April schrieb er hierüber an den Marquis d'Argens, er schließt den Brief: „Adieu, mein Lieber, ich habe den ganzen Tag gerechnet, ich bin müde.“ Ende April war er mit der Erledigung der dringendsten Geschäfte soweit fortgeschritten, daß er sich für einige Tage zu seiner Erholung nach Sanssouci zurückziehen konnte. Dann begann die große Rundreise durch seine Provinzen — zunächst ging er nach Pommern. Am 26. Mai war der König wieder in Berlin, und von hier aus schrieb er: „Ich habe die vom Kriege am schwersten geschädigten Gegenden durchheilt und habe getan, was von mir abhing, um ihnen wieder aufzuhelfen. Obgleich manche Landstriche sehr gelitten haben, ist das Unheil nicht so groß, wie es die Übertreibung gemacht hat, und ich schmeichle mich, daß Pommern in zwei Jahren bevölkerter und besser imstande sein soll, als vor dem Kriege. Die Neumark ist in voller Tätigkeit, alles regt sich, ein jeder legt die Hand ans Werk.“ Dann ging es in der gleichen Weise im Juni in langer Fahrt durch die westlichen Provinzen, die Wiederherstellung seiner Lande, das „Retablisement“, wie der König es nannte, kam bald überall in vollen Gang. Jetzt begann die Zeit, wo der König auch seine großen Finanzpläne, die Neuordnung der Akzise, die Verwaltungsreform, seine Gewerbepolitik, sein Schutzzollsystem und anderes mehr zur Durchführung brachte, worauf später noch näher einzugehen sein wird.¹⁾

Das Jahr 1772 brachte ihm neuen bedeutenden Länderzuwachs. Durch die erste Teilung Polens erwarb der König das Bistum Ermland, die Woiwodschaft Marienburg, das Kulmerland und Pomerellen, jedoch ohne die Städte Danzig und Thorn, dazu noch Teile der Bezirke Posen, Gnesen, Inowrazlaw und Brzesk (den „Netzedistrikt“), im ganzen rd. 700 Quadratmeilen mit 900 000 Menschen. (Rußland erhielt 2200 Quadratmeilen, Österreich 1600, bei Polen blieben rd. 9000 Quadratmeilen.) Mit großer Energie begann jetzt der König in gleicher Weise, wie er es in anderen Gegenden getan hatte, diese neuen Provinzen in Kultur zu nehmen.

¹⁾ s. Koser Bd. II S. 339 u. f.: Das Retablisement.

Der Bayerische Erbfolgekrieg 1778/79 führte den König noch einmal ins Feld, ohne daß es jedoch zu einer Schlacht gekommen ist. Immer höher stieg sein Ansehen auf allen Gebieten seiner Tätigkeit. Das vorletzte Jahr seines Lebens brachte ihm durch Begründung des deutschen Fürstenbundes noch einmal einen großen diplomatischen Sieg. Der damals lebenden jungen Generation schien dieser Erfolg geradezu als eine in glückliche Zukunft weisende nationale Tat.

Für Deutschland war damals Friedrich der Große nach Goethes Worten „der Polarstern, um den sich Deutschland, Europa, ja die Welt zu drehen schien“.

Am 17. August 1786 setzte der Tod dem unermüdlichen Schaffen des großen Königs das Ziel.

Haben wir so in kurzer Aufeinanderfolge einige der wichtigsten Daten aus der Regierungszeit Friedrichs des Großen uns in Erinnerung gebracht, so wird es jetzt unsere Aufgabe sein, um den Wert der königlichen Arbeit für des Landes Wohlfahrt ermessen zu können, einzelne Hauptgebiete seiner Friedenstätigkeit im Zusammenhang eingehender zu betrachten.

Der König als Kolonisator und Förderer der Landwirtschaft.

Friedrich der Große hat in seinen Werken den Satz aufgestellt, „daß die Seelenzahl der Bevölkerung den Reichtum des Staates ausmacht“. Wir haben auch gesehen, wie sehr er an seinem Vater die Kunst bewundert hat, im eigenen Lande Eroberungen zu machen. Was er selbst auf diesem Gebiet geleistet hat, ist nicht minder bewundernswert.

Der König betrieb die Kolonisation planmäßig als einen besonderen Verwaltungszeit und wandte ihr vom ersten Regierungsjahre an bis zu seinem Tode seine volle Aufmerksamkeit zu. Besonders gilt dies von der Besiedelung des platten Landes, für die er vielfach aus weiten unwegsamen Sümpfen und Brüchern und aus Ödländereien fruchtbare Äcker und Wiesen und gesunde Wohnplätze schuf.

Unter den überaus zahlreichen Meliorationen dieser Art, die das Land dem Könige verdankte, tritt die Entwässerung und Bewallung des Oderbruchs zuerst bedeutsam hervor. Sie wurde nach einem unter Mitwirkung des Mathematikers Euler sorgsam entworfenen Plane 1747 begonnen und 1753 vollendet. Dem Oderstrom wurde auf einer Strecke von etwa $2\frac{1}{2}$ Meilen zwischen den Orten Güstebiese und Hohensaaten ein neues Bett gegraben, wodurch sich der Schiffahrtsweg nach Stettin um $3\frac{1}{2}$ Meilen verkürzte und das Gefälle verstärkte. Ein umfangreiches Netz kleinerer Kanäle und Gräben diente zur Entwässerung der großen mehrere Quadratmeilen umfassenden Bruchfläche, damals „einer Wildniß von Wasser und Morast“, wie sie geschildert wird — mit Dorfschaften nur auf wenigen wasserfreien, höher gelegenen Punkten, die zumeist nur in Kähnen miteinander verkehrten und von Fischfang und Viehzucht sich nährten. Der König besuchte mehrmals selbst die Arbeitsstätten, um sich von dem Fortschritt des Werkes, das ihm sehr am Herzen lag, zu überzeugen. Jede Woche mußten ihm Berichte erstattet werden. Die Arbeitskräfte reichten bald nicht aus, Soldaten wurden zur Aushilfe befohlen. Auch bei diesem Kulturwerk

hatte der König gegen den Unverstand der Bevölkerung zu kämpfen. Die Dorfbewohner fürchteten für ihre Fischstellen, und manche mußten durch Soldaten mit Gewalt gezwungen werden, ihre Kähne zur Erdabfuhr zur Verfügung zu stellen.

Im Ober-Oderbruch, wo schon König Friedrich Wilhelm I. das Werk begonnen hatte, waren etwa 117 000 Morgen, im Nieder-Oderbruch, dessen Melioration das alleinige Werk des Sohnes war, 108 000 Morgen Land eingedeicht. Auf den gewonnenen Gründen wurden im ganzen 1200 Familien in 43 neuen Kolonien angesiedelt. Aus den verschiedensten Ländern waren die Kolonisten hergezogen, in großer Zahl aus der Pfalz und Süddeutschland. An die Kolonisten französischer Zunge erinnern noch heut die Dorfnamen Beauregard, Vevey, Croustillier. In freudiger Bewegung rief der König aus, als er auf einer Höhe bei Freienwalde das Werk überschaute: „Hier habe ich eine Provinz im Frieden erobert!“¹⁾

Von nicht geringerer Bedeutung war die Urbarmachung des großen Warthebruchs, das sich in der Länge von 8 Meilen von der damaligen polnischen Grenze bis Küstrin erstreckte. Nach der Schilderung eines Zeitgenossen war dies eine labyrinthische Sumpfwildnis, von zahlreichen Wasserläufen durchzogen, „ein Aufenthalt von wilden Thieren, Wölfen, nicht selten Bären, Ottern und Ungeziefern aller Art“. Der König faßte das Werk nach dem siebenjährigen Kriege 1766 tatkräftig an und stellte es unter die energische Leitung des Geheimen Finanzrats v. Brenckenhoff. Schon 1768 konnte zur Einwanderung aufgefordert werden, aber die Vollendung nahm noch eine Reihe von Jahren in Anspruch. Im ganzen wurden über 122 000 Morgen Kulturfläche dem Sumpfe abgerungen. 1785 waren schon 95 Kolonien angelegt, unter ihnen die Ortschaften „Stuttgart“, „Neu-Dresden“, „Klein-Mannheim“, und viele mit den Namen verdienter Generale und Staatsmänner, wie „Seydlitz“, „Coceji“ u. a.

Von den zahlreichen Kulturwerken ähnlicher Art sei nur noch der Erschließung des Drömling-Bruches in der Altmark gedacht, die 1778 in Angriff genommen wurde und noch bei Lebzeiten des Königs 90 000 Morgen für Weide, Wiesen und Holzkultur dem Sumpf abgewann.

Zahlreiche wüste Feldmarken wurden an neue Ansiedler vergeben. Aus aller Herren Ländern suchte der König nunmehr Leute für die neugegründeten Dörfer zu gewinnen. Mancher, der schon entschlossen war, nach Amerika zu gehen, wurde durch die offenen Briefe des Preußenkönigs veranlaßt, nach dem Osten Deutschlands zu wandern. Es war nicht leicht, die zusammengewürfelten neuen Staatsbürger in die ihnen ungewohnten Verhältnisse einzufügen. Der König stellte sich zumeist auf die Seite seiner neuen Bürger. 1749 befahl er der Stettiner Kammer auf das dringendste, den „auf Treu und Glauben in das Land gekommenen, hier aber gedrückten Kolonisten“ zu helfen. Alle Schwierigkeiten wurden schließlich überwunden, das große Kolonisationswerk sollte sich glänzend bewähren.

Mit Hilfe der Stände wurden auch auf den großen Rittergütern umfassende Meliorationen durchgeführt. In der Kurmark wurden 1770 nicht weniger als 447 sogenannter „wüster Stellen“ ermittelt, die zum Teil noch seit dem dreißigjährigen Krieg unbenutzt waren. Bis Ende 1775 waren bereits auf 276 solcher Plätze Häuser errichtet

¹⁾ s. Christiani, Das Oderbruch. Wriezen a. O. 1855.

und mit 487 Familien besetzt worden. Um auch den städtischen Ackerbau zu heben, hatte der König befohlen, daß sämtliche Ackerstädte darauf bedacht sein sollten, im Magistrat wenigstens einen „tüchtigen Ökonomeverstandigen“ zu haben.

Auch in der Nähe Berlins hat der König oft über unbenutzte Stellen sich geärgert. Besonders dachte er hier an das sumpfige, nur mit Gebüsch bewachsene Hopfenbruch zur Linken der Landstraße von Schöneberg und dem Botanischen Garten bis nach Charlottenburg. 1774 verlangte er dringend, dieses Gelände nutzbar zu machen. Die Schöneberger Bauern aber erklärten, daß sie die Kosten der Urbarmachung nicht tragen könnten, die Arbeiten wurden deshalb von Staats wegen unter Aufwendung von rd. 6000 Tlr. durchgeführt. Auch in den Niederungen der Havel wurde ein umfassendes Kolonisationswerk vollbracht. 1765 forderte der König in Ostfriesland die Anlage von Moorkolonien, und 1774 wurde im Herzogtum Kleve begonnen, die vielen noch vorhandenen Heiden urbar zu machen. 1777 ließ der König für Ostpreußen und Lithauen feststellen, wo noch unbenutztes Land vorhanden wäre — große Flächen wurden auch hier der Kultur zugeführt.

Besonders ausgedehnt waren die Arbeiten in dem neuerworbenen früher polnischen Landesteil¹⁾, das der König sein Kanada oder Sibirien nannte. Der König kannte die Güte des neuen Bodens, und er wußte deshalb, wie sehr es sich lohnen würde, Sümpfe und Moräste in Kulturland zu verwandeln. Er stellte die neuen Provinzen unter seine eigene Aufsicht, um so in der Lage zu sein, schnell und nachhaltig zu helfen. Seinen Behörden befahl er: „wie nun nicht zu leugnen steht, daß sowohl in denen Städten als auch auf dem platten Lande dortiger Provinz noch verschiedene etablissemments geschehen und vorgenommen werden können; so habt Ihr Euch auch vorzüglich angelegen sein zu lassen in denen Städten nützliche Ouvriers, Fabricanten und Professionisten und auf dem platten Lande mehrere Ackerwirth und Handarbeiter zu engagiren und die Population dadurch von Zeit zu Zeit zu vermehren, allermaßen es nicht fehlen wird, daß dergleichen Leuthe Nahrung, Verdienst und Unterhalt gewiß finden werden, wie Ihr denn durch dergleichen etablissemments Euch bey Unserer höchsten Persohn vorzüglich distinguiren werdet“. Bald herrschte überall reges Leben, und 1773 konnte der König an Voltaire schreiben: „ich habe die Sklaverei abgeschafft, barbarische Gesetze reformirt, vernünftige in Gang gebracht, einen Kanal eröffnet, der die Weichsel, Brahe, Netze, Warthe, Oder, Elbe verbindet, Städte wieder aufgebaut, die seit der Pest 1709 zerstört gewesen, zwanzig Meilen Moräste trocken gelegt und eine Polizei eingeführt, die diesem Lande selbst dem Namen nach unbekannt war“.

Der Kanal brachte auch für die Melioration des Landes große Vorteile. Die Ländereien ließen sich entwässern, und das Holz der großen Wälder konnte fortgeschafft werden. Schon vor den staatlichen Arbeiten hatte ein Privatmann versucht, die Netze mit der Weichsel durch einen Kanal zu verbinden, es hat ihm aber an Geld und technischem Können gefehlt; so hatte der König denn diese Arbeiten auf sich genommen. 231 000 Tlr. sollte das Projekt kosten. Dem König aber konnte man nicht schnell genug arbeiten, er ließ große Arbeiterscharen aus Sachsen, Böhmen und aus Thüringen, wo damals Hungersnot herrschte, kommen. 6000 Arbeiter haben anfangs Tag und Nacht gearbeitet,

¹⁾ s. Dr. M. Beheim-Schwarzbach, Friedrich der Große als Gründer deutscher Kolonien. Berlin 1864.

und immer ging es dem König noch nicht schnell genug. Schließlich war man in 16 Monaten mit dem großen Werk so ziemlich fertig, allerdings hatte man rd. 740 000 Thr. gebraucht, abgesehen von dem verwendeten Holz.

Die „Peuplierung“ des Landes betrieb der König mit großem Eifer. Durch besondere Edikte warb er überall um neue Kolonisten. Sehr erfreut waren darüber die Nachbarstaaten naturgemäß nicht, in Österreich verbot Joseph II. durch Edikt vom 7. Juli 1768 „den Frevel des Auswanderns“. Zuweilen hatten des Königs Versprechungen auch zur Folge, daß die Landesherren der anzuwerbenden Kolonisten den eigenen Untertanen noch größere Versprechungen machten, um sie im Lande zu halten. In Polen hat auch der Adel öfters mit der Waffe in der Hand die Auswanderer zurückzuhalten versucht. Überall hatte der König seine Agenten, in Frankfurt a. M. und Hamburg waren ständige Stationen für die Anwerbung von Kolonisten eingerichtet worden. Aus dem damals übervölkerten Württemberg kamen große untereinander befreundete Gesellschaften, oft die Hälfte der Dorfeingesessenen. Der König nahm seine Einwanderer wo er sie bekommen konnte, jedoch bevorzugte er natürlich bestimmte Gegenden. So rät er in einer Kabinettsorder „die attention auf Pfälzer, Schlesier, Thüringer, Mecklenburger und Teutsche Pohlen zu richten, die im Rufe tüchtiger Arbeiter standen, schlechterdings aber keine Stockpohlen anzunehmen“. Von den außerdeutschen Ländern hat der König von 1772 bis 1786 für Westpreußen auch Leute aus Dänemark, Italien, Holland, der Schweiz, Ungarn, Schweden, England, Kurland und Lithauen angestellt, im ganzen hiervon allerdings nur 44 Familien, während insgesamt 2203 Familien mit rd. 11 000 Personen angesiedelt worden sind. Viele dieser Kolonisten kamen aus dem damals noch polnischen Danzig, dann aber vor allem aus Württemberg. Diesen eigentlichen Kolonisten sind noch die vielen Arbeiter, die bei dem Bau des Bromberger Kanals ins Land gezogen wurden, zuzurechnen, denn diese Leute blieben gewöhnlich im Lande.

Um zu germanisieren legte der König mit Vorliebe deutsche Handwerker in polnische Städte, und die neuen Dörfer setzte er gern unter die sehr elenden polnischen Hütten. Er hatte auch den Plan, in großem Maßstabe ganz junge Burschen ins Land zu bringen, wohl weil er annahm, daß diese noch schneller bodenständig werden würden. Knaben von 11 bis 14 Jahren suchte er bei den Bauern als Jungen oder Knechte, in den Städten bei den Handwerkern als Lehrlinge unterzubringen. 1783 schrieb der König auch an die Königsberger Kammer, ob in Ostpreußen „dergleichen junge, ausländische Burschen, und wieviel deren“ untergebracht werden könnten.

Nicht immer hatte der König Glück mit den Einwanderern. Es ist natürlich, daß sich unter die Menge derer, die sich durch ernste Arbeit ein neues Heim zu begründen suchten, auch Abenteurer mischten, liederliche Leute, die sich einbildeten, in Preußen ohne Arbeit reich werden zu können. Sahen sie dann, wie sehr sie sich hierin getäuscht hatten, so suchten sie heimlich das Land wieder zu verlassen.

Die Kolonisten wurden von dem König nach jeder Richtung hin unterstützt. Sie erhielten Reiseentschädigung für die Meile 2 Groschen und 1 Groschen für die kleine Person und am Ort der Ansiedlung Haus, Scheune, Stall und Vieh oder Geld, um sich Vieh anzuschaffen. Auch das Ackergerät und für die Familie 15 Morgen Land wurde ihnen überwiesen. Zunächst erhielten sie dies alles in Erbpacht, doch so, daß sie es unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften auch an andere in Erbpacht

überlassen konnten, nur war der Betreffende dann verpflichtet, sich in einer anderen Gegend Preußens niederzulassen. 1798 ging die Erbpacht in Eigentum über.

Den Beamten war es oft nicht leicht, allen Wünschen der neuen Einwohner zu entsprechen. Besondere Kolonisten-Inspektoren hatten die Aufgabe, den neuen Bürgern hilfreich zur Seite zu stehen. Sie sollten es den Leuten erleichtern, in die ihnen gänzlich fremden Verhältnisse sich hineinzufinden.

Auch die staatlichen Domänen dienten dem König dazu, die Besiedelung zu fördern. Neben den Haupthöfen hatten die meisten dieser Ämter noch Vorwerke, die nun zu Dörfern umgewandelt wurden. Waren bisher etwa 6 Leute auf solchen Vorwerken beschäftigt, so rechnete der König für die neue Ansiedlung auf 25 bis 30 Einwohner. Bis 1785 wurden mehr als 300 solcher Dörfer angelegt.

Hier begann nun auch eine andere wirtschaftlich hochbedeutsame Verbesserung, die sogenannten Separationen, die Aufteilung gemeinschaftlich benutzter Fluren und Weideflächen sowie die Zusammenlegung der im Gemenge durcheinander liegenden Acker- und Wiesenländereien verschiedener Besitzer. Eine Erweiterung des Ackerbaus und eine Vermehrung der Viehzucht suchte der König damit zu erreichen, und er war von den großen wirtschaftlichen Vorteilen dieser Separationen so sehr überzeugt, daß er auch den heftigen Widerstand nicht nur der Landleute, sondern auch seiner Behörden überwand. Oft wies er darauf hin, wie in der Schweiz und England man das gleiche mit großem Erfolg durchgeführt habe, nur in seinem eigenen Lande könne er es nicht erreichen, weil die Leute zu dumm wären, um ihren eigenen Vorteil zu verstehen. Wenn aber auch die Leute bis zum Jüngsten Tag schreien würden, so könnte er doch die Sache nicht fallen lassen. Von da an mußten die Minister alle Vierteljahr über den Fortgang der Arbeiten berichten. Durch diese Energie des Königs ist sehr viel erreicht worden. Seine Leitsätze waren auch für spätere Zeiten mit bestimmend.

Die Kultur des märkischen Sandbodens lag ihm sehr am Herzen. Der König suchte von England zu lernen, er führte den Anbau der von englischen Landwirten empfohlenen Futterkräuter, Luzerne, Esparsette, Klee, Turnips, später auch die aus Italien stammende Lupine ein. Eine Anzahl junger Leute, meist Söhne märkischer Domänenpächter, schickte er nach England, um dort an Ort und Stelle die Landwirtschaft zu studieren. Tagebuchartige Berichte mußten ihm erstattet werden, die er selbst eingehend prüfte. Auch Sachverständige aus England selbst verschrieb er sich, um durch sie mit großem Erfolg die Landwirtschaft zu fördern.

Weiter ließ er es sich eifrig angelegen sein, die Stallfütterung allgemeiner einzuführen. Dadurch wurde ein reicherer Milchertrag erzielt, und der so nötige Dünger gesammelt. Am 10. Januar 1776 schrieb er an Voltaire: „Ich gestehe, daß Libyen ausgenommen, wenige Staaten sich rühmen können, im Punkte des Sandes uns gleichzukommen. Indes bauen wir dieses Jahr 76 000 Morgen Wiesen an; diese Wiesen nähren 7000 Kühe, deren Mist wird unseren Sand düngen und verbessern, die Ernten werden mehr wert sein. Ich weiß, daß es den Menschen nicht gegeben ist, die Natur der Dinge zu ändern, aber ich denke, daß man durch viel Fleiß und Arbeit dahin gelangt, unfruchtbares Land zu verbessern, und daß man es wenigstens in mittelmäßigen Boden verwandeln kann. Und damit dürfen wir uns begnügen.“

War unter dem Sande Lehm zu finden, so suchte der König durch tiefes Rajolen den Boden zu verbessern. Da das kostspielig war, so sah er hierin keine Arbeit für den verarmten Landadel, der das mit seinen Mitteln nicht leisten konnte, „aber für Se. Kgl. Majestät ist das eher eine Sache“. War aber auch mit größter Mühe aus dem Sandboden kein Ackerland zu schaffen, so verlangte der König, daß wenigstens elendes Krummholz darauf angebaut würde, das doch als Brennholz etwas Wert habe. In den Jahren 1776 bis 1782 sollen dementsprechend nicht weniger als 20 000 Morgen losen Sandes mit Kiefern besät worden sein.

Bekannt ist, wie sehr der König den Kartoffelbau zu fördern suchte. Besondere Vorschriften wurden in den Jahren 1746, 1748 und 1756 erlassen. Aber noch 1768 erregte es des Königs Mißfallen, daß alle seine Bemühungen, wie er aus den jährlichen Tabellen ersah, noch wenig Erfolg hatten. Immer noch wollte man in weiten ländlichen Kreisen von den Kartoffeln nichts wissen, und wieder von neuem erließ der König genaue Angaben, wie der Anbau erfolgen solle. Andere Königliche Edikte beschäftigen sich mit dem Anbau und der Bereitung des Waids, des weitverbreiteten Färbemittels, ebenso mit dem Anbau der vorher erwähnten Futterkräuter. Weiter wird den Landwirten klar gemacht, wie sie Krapp und Saffran, Kümmel, Hopfen, Tabak und anderes mehr anzubauen hätten. Auch das Anpflanzen von Maulbeerbäumen, das im Zusammenhang mit der Seidenindustrie des Königs größtes Interesse erregte, gehört hierher.

Auch in der Nähe der Städte suchte der König fortgesetzt die Ausnutzung des Grund und Bodens zu erhöhen. 1770 eröffnet er seinen Ministern in Potsdam bei der Tafel, daß „vorzüglich um und bei Berlin, z. B. hinter dem Garten der Akademie und an dem Wege nach Tempelhof und Lichtenberg, wo noch viel unbebautes Sandland wäre, Gärtner angesetzt werden sollten“, „diese Leute sollen aber,“ führt der König aus, „nicht kleine Gärten haben, sondern man soll ihnen so viel Land anweisen, daß jeder einen großen Garten, besonders zur Pflanzung und Zucht von Obstbäumen bekommt, damit sie Obst zum Trocknen erhalten und Gartenfrüchte ziehen können“. . . „das ist mir einerlei, wenn nur die ledigen und sandigen Plätze um Berlin herum bebauet werden, und die Leute Land genug bekommen. Es sind doch noch so manche Stellen, die ich unmöglich so lassen kann; sie haben mich oft traurig gemacht, wenn ich sie passieren mußte. Daß man das trockene Obst noch immer aus Sachsen kauft, und, wie man mir sagt, zum Bedürfnis kaufen muß, ist mir gar nicht lieb. Man muß, meine Herren, besorgt sein, den Obstbau auf dem Lande und bei den Ämtern allgemeiner zu machen; denn das Geld muß man, so viel als immer möglich, zu behalten suchen.“

Selbst Meerrettich und Bollen (Zwiebeln) entgehen des Königs Aufmerksamkeit nicht. So schreibt er 1783 von Potsdam aus an seinen Minister von Werder: „Ich habe gestern einen großen Wagen mit Meerrettig und Bollen hier einpassieren sehen (von der nicht fernen sächsischen Grenze). Dergleichen haben wir ja im Lande selbst schon, und kommt es nur darauf an, daß diese Gewächse in hinlänglicher Qualität gebauet und gewonnen werden. Es ist das auch eine leichte Sache, und erfordert das eben nicht so viele Umstände.“

Nicht minder lag dem König die Forstwirtschaft am Herzen. Die großen Kriege hatten den Wäldern sehr geschadet, ungetreue Beamte hatten in den erregten Zeiten große Waldbestände zu ihrem Vorteil verwendet. Auch die Forsten der Rittergüter

und Städte begann nunmehr der König unter genaue Aufsicht zu nehmen. Ein Edikt vom 24. Mai 1764 wies darauf hin, daß jeder, der Wald besäße, nicht vergessen sollte, was er der Nachwelt und dem Staate schuldig sei. Übermäßige Holzfällungen wurden mit schweren Strafen belegt. Neue Wälder sollten angelegt werden, kein Platz, wo ein Baum stehen könnte, sollte unbepflanzt bleiben. Auf seinen Reisen achtete der König sehr eingehend darauf, ob seinen Befehlen entsprochen wurde. Große Geldmittel hat er auch für diese Seite der Staatswirtschaft hergegeben. Noch kurz vor seinem Tode wies er 150 000 Tlr. für Anpflanzungen an.

In gleich umfassender Weise sorgte er auch für die Hebung der Viehzucht. Besonders berühmt wurden um die Mitte des Jahrhunderts die ostpreußischen Pferde. Auch bei der Ansetzung von Kolonisten wurde den Tieren, die sie mitbrachten, große Aufmerksamkeit zugewendet, genaue Listen über die zugewanderten Haustiere wurden geführt. Danach sollen etwa 6400 Pferde, 7900 Stück Rindvieh und über 20 000 Schafe sowie gegen 3200 Schweine mit eingewandert sein. Der König veranlaßte die Kammer, fortgesetzt genaue Anweisungen herauszugeben, wie die Fütterung am besten einzurichten sei, wie Seuchen zu bekämpfen wären, und wie man Zuchttiere auswählen und behandeln solle. In vielen Fällen kaufte er auch selbst Vieh, um den Viehstand seiner neuen Ansiedlungen schneller empor zu bringen. Er ließ dann aber auch die Landleute sich das Vieh selbst aussuchen und kaufen und zahlte ihnen das Geld dafür, denn „die Leute werden immer mit solchen Kühen, die sie sich selbst angekauft, mehr zufrieden sein“. Bei dem Streben des Königs, sich mit möglichst vielen Landesbedürfnissen vom Ausland unabhängig zu machen, war es ihm unangenehm aufgefallen, daß immer noch so viel Schlachtvieh und Butter, zumal für Berlin, von auswärts gekauft werden mußte. Die Berliner Fleischer wies er deshalb darauf hin, Leute nach Pommern zu schicken, die an Ort und Stelle das Vieh kaufen könnten, und um die Milchwirtschaft zu heben, zog er holländische Familien auf Staatskosten ins Land. Auf Domänen ließ er Unterricht in der Milchwirtschaft erteilen. Seinen kurmärkischen Provinzialminister wies er an, den Leuten zu zeigen: „wie die Gefäße und Maschinen zum Buttermachen beschaffen sein und wie solche propre gehalten werden müssen, und wie die Butter gemacht wird, daß sie sich hübsch konserviert, und daß die Butter, die zu den Speisen gebraucht wird, sich besser hält und nicht so leicht verdirbt, wie die jetzige; das macht, weil die Butter nicht reinlich genug ausgewaschen wird und die Gefäße und Maschinen nicht propre gehalten werden“. Auch Eier mußten für Berlin noch viel aus dem Ausland bezogen werden. Nach einer amtlichen Feststellung fehlten in der Kurmark 1780 noch 36 300 Hühner, um den Bedarf zu decken. Wenn jeder Bauer auf dem Lande nur 10 bis 12 Hühner mehr halten wollte, so wäre man auch hier unabhängig vom Auslande. Er verbot die Einfuhr fremder Eier. Als die Minister ihre Bedenken hiergegen wegen Preissteigerung äußerten, antwortete der König: „Es ist nur der Fehler der Pächters und Bauern, daß sie sich nicht darauf legen. 42 Jahre habe ich darauf gearbeitet, um solches einzuführen. Wenn die Herren Minister Eier essen wollen, so geben sie sich mehr Mühe mit die Kammern, solches zu bewirken, der Verbot bleibt vor ausländische Eier vor wie nach.“¹⁾

Faßt man alles zusammen, was der König auf diesem Gebiet getan hat, so versteht man auch, Welch hervorragende Stellung er in seinen Schriften gerade dem Ackerbau

¹⁾ s. Kos er, Bd. II.

zugewiesen hat. In einem Brief an Voltaire nennt er den Ackerbau „die erste der Künste, ohne die es keine Kaufleute, Könige, Poeten, Philosophen geben würde“, und an einer anderen Stelle führt er aus, „nur das sei wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringe. Wer seine Ländereien verbessere, ungebrautes Land urbar mache und Sümpfe austrockne, der mache Eroberungen von der Barbarei“.

Sehr wichtig für die Arbeiten auf diesem Gebiet war auch des Königs Bemühen für die Schaffung eines freieren und leistungsfähigen Bauernstandes. Gelang es ihm auch nicht, die Gutspflichtigkeit völlig aufzuheben, so sorgte er doch mit Erfolg für die Erleichterung und genaue Feststellung der bäuerlichen Lasten. Der Aufsaugung des Bauernlandes durch den Großgrundbesitz trat er nachdrücklich entgegen. Schon 1749 hatte er ein Gesetz gegen das „Bauernlegen“ erlassen, das im Juli 1764 noch dahin erweitert wurde, daß die seit einer bestimmten Frist eingegangenen Bauernstellen neu besetzt werden sollten. Oberster Grundsatz war dem König, daß die Gesamtfläche des Bauernlandes wohl vergrößert, aber nie verkleinert werden durfte. Auf den königlichen Ämtern wurde den Bauern das erbliche Eigentum verliehen.

Versuchen wir uns zahlenmäßig einen Überblick über die Kolonisationstätigkeit Friedrichs II. zu machen¹⁾. Die Angaben, die wir hierüber haben, können, was bei der Schwierigkeit der Feststellung natürlich ist, auf absolute Richtigkeit keinen Anspruch machen. Die neuesten Forschungen geben die Zahl der auf dem Lande angesiedelten Familien auf 57 475 an. Dazu kommen noch städtische Kolonisten, deren Zahl zwischen 35 000 und rd. 76 000 angegeben wird. Die Zahl der begründeten Dörfer und Vorwerke wird von dem Minister Hertzberg auf 539 angegeben, wobei Ostpreußen und Schlesien fehlen. Sehen wir die Zahlenreihe der auf dem Lande angesiedelten Personen durch, so kommt die größte Zahl mit 14 886 Familien auf Ostpreußen; die so oft wiederholte Behauptung, der König habe für Ostpreußen nur wenig getan, ist damit glänzend widerlegt. Preußen war damals der einzige europäische Staat mit starker Einwanderung und staatlich organisierter innerer Verwaltung. Mehr als 1200 Dörfer und Vorwerke hat der König neu begründet. Von den 1786 lebenden Einwohnern waren $\frac{1}{6}$ oder gar $\frac{1}{5}$ Kolonisten oder Abkömmlinge von Kolonisten. An barem Geld sollen diese Kolonisten nach den allerdings auch wieder lückenhaft geführten Listen 2 079 601 Th., 150 Dukaten²⁾ und 22 440 Gulden mitgebracht haben.

Als der König die Regierung übernahm, betrug die Einwohnerzahl seiner Länder nur 2,24 Millionen. 1786 zählte Preußen etwa 5,5 Millionen. Unter Berücksichtigung des natürlichen Volkszuwachses erhält man als Gesamtzahl der Kolonisten etwa 350 000. Das bedeutet nicht nur eine sehr beträchtliche Volksvermehrung, sondern auch eine hochbedeutsame Volksmischung, durch die der König die Energie seiner Preußen erhöhen wollte.

Kamen in Preußen 1740 auf 1 qkm 18,7 Personen, so war diese Bevölkerungsdichte 1774 auf 25,1, 1793 auf 29,9 gestiegen. Interessant ist die Verteilung auf Stadt

¹⁾ s. Beheim-Schwarzbach, Preuß, Bergér, Otto Behre. Die Ergebnisse der neuesten Forschung gibt A. Skalweit: Wieviel Kolonisten hat Friedrich der Große angesiedelt? s. Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte. Leipzig 1911. (Bd. 24, S. 243 u. f.

und Land. 1748 wohnten von 1000 Einwohnern 271 in den Städten und 729 auf dem Lande. Nur wenig verschob sich dies Verhältnis zugunsten der Städte. Die entsprechenden Zahlen für 1787 sind 278,3 und 721,7.

Dem König ging alle diese Tätigkeit noch nicht schnell genug. Auch Mißerfolge sind ihm nicht erspart geblieben. Am Ende seines Lebens aber konnte er doch merken, wie sehr er dem Ziel, das er sich auf diesem Gebiet gesteckt hatte, näher gekommen war. Wenn er sich ausrechnet, daß er in 10 Jahren allein für die Kurmark 2,7 Mill. Tlr. an außerordentlichen Ausgaben aufgewendet hat, so scheint ihm das mit Recht so ansehnlich zu sein, „daß die Leute schon zufrieden sein könnten“.

Auch in seinen letzten Lebensjahren wurde er nicht müde, immer neue Unternehmungen zu planen. Der innere Ausbau seiner Kolonien lag ihm da besonders am Herzen. Noch 1785 schrieb der König: „Und wenn Ich dann mit der Zeit jährlich ein paarmal Hunderttausend Thaler dazu hergebe, so muß binnen zehn Jahren doch etwas bey herauskommen. Das Vornehmste ist, daß solchergestalt das Land in seinem inneren Werthe ansehnlich verbessert wird. Denn wenn dergleichen Sachen nicht geschehen, so wird auch sein Tage nichts daraus werden.“

Der König auf dem Gebiet des Finanzwesens und des Handels.

Finanzpolitik.

In seinem politischen Testament vom Jahre 1752 stellt der König dem Abschnitt, der von den Finanzen handelt, den Satz voran, daß die Wohlfahrt eines Landes und die Achtung, die ein Fürst genieße, geordnete Finanzen zur Voraussetzung habe. Niemals sei ein armer Staat irgendwie beachtet worden. Aus diesem Grundsatz heraus hat dann der König während seiner Regierung dem Finanzwesen seines Staates die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Große Kriege nicht minder als die Unterstützung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe erforderten fortlaufend sehr hohe Geldmittel. Preußen, sagt der König an einer Stelle, sei nur auf seine laufenden Einkünfte angewiesen und habe weder ein Peru noch sonstige Hilfsquellen wie Frankreich, England und Spanien.

Bis zum siebenjährigen Krieg behielt er die wohlgeordnete Finanzverwaltung, die ihm sein Vater hinterlassen hatte, fast unverändert bei. Die Staatseinnahmen betragen, als er zur Regierung kam, nicht ganz 7 Mill. Tlr., von denen auf den Militäretat 72 vH über 5 Mill. Tlr. kamen. Des Königs Bestreben mußte dahin gehen, da er die Ausgaben sehr wesentlich erhöhte, entsprechend auch die Einnahmen zu vermehren.

Vom Anfang seiner Regierung an hat er daran gedacht, die Finanzverwaltung zu vereinfachen; die Erhebungen sollten übersichtlicher werden. In erster Linie beschäftigten ihn hierbei auch soziale Gedanken; er wollte die Reichen stärker belasten, um die Armen entlasten zu können. 1743 bereits hat er seine Minister auf das zu große Detail bei der Akzise, wodurch der Handel über Gebühr belastet werde, hingewiesen und die Steuerbeamten ermahnt, sich keinerlei Schikanen zu schulden kommen zu lassen. Von seinem Minister verlangte er die Aufstellung eines neuen Systems, wonach von jedem Gegenstand nur einmal und nur an einem Ort Abgaben erhoben werden sollten. Der

Tarif sollte so eingerichtet sein, daß jeder Kaufmann sich seinen Steuerbetrag vorher ausrechnen könne. Die notwendigsten Lebensmittel der einfachen Leute sollten möglichst von Steuern frei sein. Zu einer Steuerreform aber ist es erst nach dem Kriege gekommen.

Die Haupteinkünfte des Staates flossen aus den Kontributionen, aus der Akzise und aus den Domänen. Die Kontributionen des platten Landes setzten sich zusammen aus einer Grundsteuer und aus einer Kopf- und Gewerbesteuer, die von den nicht Grundbesitzenden Landbewohnern sowie den wenigen Handwerkern, die auf dem Lande sich festsetzen durften, zu bezahlen waren. Der Steuersatz war sehr hoch. Er war ein für alle Mal festgesetzt. Steuernachlässe sollten gewährt werden, wenn Notlagen eintraten. Etwa die Hälfte der gesamten Abgaben wurde durch eine indirekte Verbrauchssteuer von den Städten, durch die sogenannte Akzise aufgebracht. Um 1750 ergab diese fast 2 Mill. Tlr. Die städtische Bevölkerung wurde also, da die Zahl der Landbewohner damals die der Städte bei weitem überwog, im Verhältnis der Kopffzahl schärfer herangezogen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Landleute insofern auch die Last der Akzise mittrugen, als sie in den Städten Waren kauften, die der Akzise unterworfen waren. Von den Erträgen der Steuer wurden die Betriebskosten und die örtlichen Verwaltungskosten abgezogen, der Überschuß floß der Staatskasse zu, und diese Summe stieg ständig. Berlins Akzise betrug 1740 fast 300 000 Tlr. Der König hat den Ergebnissen gerade der Akzise fortdauernd die größte Aufmerksamkeit geschenkt, weil er aus der Höhe der Akzise seine Schlüsse über den Stand von Handel und Industrie zu ziehen pflegte. Die ausführlichen tabellarischen Aufstellungen, die er hierüber verlangte, boten ihm Gelegenheit, sich weitere Informationen zu verschaffen und wo es notwendig war, helfend einzugreifen.

Die Erträge der Domänen waren anfangs für den Hof und die Zivilverwaltung bestimmt, während Akzise und Kontribution als „Kriegsgefälle“, d. h. ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt waren. Das hatte sich inzwischen sehr verschoben, auch die Einnahmen der Domänen wurden für militärische Zwecke herangezogen und dienten zugleich zur Speisung des Staatsschatzes. Außer den direkten Einnahmen aus Verpachtung und Bewirtschaftung der ländlichen Domänen kamen noch in Frage die Einnahmen der Forstverwaltung, sodann die Erträge des Salzregals, die Zollerträge, der Schlagschatz der Münze, die Überschüsse aus der Postverwaltung. Etwa 25 vH mußten für örtliche Verwaltungskosten aufgewendet werden.

Die Finanzverwaltung Schlesiens war damals noch unabhängig von der Berliner Zentralverwaltung und hatte ihre Überschüsse nicht an diese, sondern an den König unmittelbar abzuführen. Die Einheitlichkeit in der ganzen Verwaltung wurde hierdurch und durch die Neigung des Königs, möglichst viel in seinem Kabinett zu erledigen, sehr erschwert. So kam es, daß die Fachminister den Überblick über die Staatsfinanzen fast ganz verloren. Das gab auch den Grund für des Königs spätere Klagen, daß kein Einziger seiner Minister etwas von der „großen Finanz“ verstehe.

Bei der Sparsamkeit, die er auf allen Gebieten seinen Beamten und seinem ganzen Volk immer wieder anempfahl, ging der König selbst mit gutem Beispiel voran. Als seine „Pension“, wie sich der König ausdrückte, bezog er aus der Staatskasse jährlich an Handgeld 52 000 Tlr. und 20 000 Tlr. an Reisegeldern, hierzu kamen noch einige tausend Taler aus anderen Kassen. Diese Geldmittel gingen fast ganz auf kleine militärische Ausgaben

auf, deshalb bezog er aus seiner Dispositionskasse monatlich 10 000 Tlr. Sie bildeten mit den für den Staatsschatz bestimmten Einnahmen der Domänenverwaltung und anderen Bezügen einen Dispositionsfonds des Königs¹⁾!

In seinem politischen Testament hat der König es unter die königlichen Eigenschaften gerechnet, wenig für sich selbst auszugeben, am richtigen Ort und zu rechter Zeit ausreichende Mittel zu spenden und auch die kleinen Einkünfte des Staates ordentlich und sparsam zu verwalten. An anderer Stelle verlangt er von einem Fürsten, daß er weder geizig noch verschwenderisch sei. Sparsam müsse er sein, weil das Geld, das er erhalte, Blut und Schweiß des Volkes sei, so daß er es nur zum Allgemeinwohl verwenden dürfe.

Um für alle Fälle gerüstet zu sein, hat der König ebenso wie sein Vater auf das Vorhandensein eines Staatsschatzes großen Wert gelegt. Als er die Regierung antrat, fand er im Schatzgewölbe rd. 8,5 Mill. Tlr. vor, sogar der Grundstock zu einem zweiten Schatz mit 1,57 Mill. Tlr. war vorhanden. Der erste schlesische Krieg griff den Schatz sehr an; im Juni 1742 waren nur noch rd. 3 Mill. Tlr. vorhanden. Der König sorgte dafür, daß dem Schatze Überschüsse aus den Staatseinnahmen reichlich zufließen, so daß am Anfang des zweiten Krieges rd. 5,74 Mill. Tlr. zur Verfügung standen; dieser zweite Krieg aber zehrte den Schatz fast ganz auf. Ende 1745 betrug er nur noch 2298 Tlr. Nach dem Frieden sorgte der König dafür, daß der Schatz sich schnell wieder füllte. Damals wurden auch beträchtliche Überschüsse aus der schlesischen Verwaltung dem Schatz überwiesen. Im Sommer 1756 standen wieder rd. 13,38 Mill. Tlr. zur Verfügung, außerdem waren noch einige kleine Kassen für verschiedene Bedürfnisse, die beim Kriegsfall eintreten mußten, eingerichtet. Der siebenjährige Krieg zeigte, wie unbedingt notwendig ein solcher, sofort zur Verfügung stehender Staatsschatz war.

Übersehen wir die zahlenmäßigen Angaben, die uns über das reine Staatseinkommen erhalten sind, so brachte in der Zeit vor dem siebenjährigen Krieg das Jahr 1754/55 die höchste Einnahme mit rd. 10,8 Mill. Tlr., wobei zu berücksichtigen war, daß alle diese Zahlen der alten preussischen Staatsrechnungen als Nettoeinnahmen aufzufassen sind. Die Kosten, die für den Unterhalt der Provinzialbehörden notwendig waren, sind ebensowenig darin enthalten, wie die in den Provinzen selbst zu bestreitenden Ausgaben für die Domänen. Von diesen 10,8 Mill. Tlr. wurden in dem genannten Jahre 83,1 vH für militärische Zwecke, 10,9 vH für Hof- und Zivilzwecke und 6 vH für Auffüllung des Staatsschatzes benutzt. Die durchschnittliche Einnahme in den Jahren von 1740 bis 1756 betrug etwas über 10 Mill. Tlr. Davon wurden etwa die gleichen Teile, wie vorher für das Jahr 1754 angegeben, für die drei genannten Zwecke verwendet.

Als der König aus dem siebenjährigen Krieg zurückkehrte, begann die von ihm schon lange geplante große Reorganisation des gesamten Finanzwesens. Wollte er die Machtstellung, die er sich durch die Kriege geschaffen, erhalten, so mußte er noch wesentlich mehr als früher für sein Heer aufwenden. Das Rückgrat aber für die politische Machtstellung kann allein ein blühendes Wirtschaftsleben abgeben. Um Handel und Industrie zu fördern, aber sind wieder in erster Linie große Geldmittel erforderlich.

Von seinen „großen Perücken“, wie der König seine Minister oft nannte, erwartete er keine bahnbrechenden Neuerungen. Sein Augenmerk wandte sich französischen

¹⁾ s. Koser, Bd. I, S. 285.

Einrichtungen zu, von denen er durch seine französischen Beziehungen viel gehört hatte. Unter den ersten französischen Finanzleuten, die er sich kommen ließ, befand sich de La Haye de Launay, der Mann, der während der nächsten 20 Jahre geradezu als der Finanzmann des preußischen Staates anzusehen ist. Anfangs hatte der König daran gedacht, genau nach französischem Vorbild die Einnahmen der Zölle und Akzise zu verpachten. Er fand aber nicht die Kapitalisten, die bereit gewesen wären, die von ihm als nötig angesehene Kautions zu stellen. Deshalb entschloß er sich, de Launay mit vier Hilfskräften gegen festes Gehalt und einen Anteil am Reingewinn anzustellen. Die gesamten Gehälter betragen 60 000 Mk. und 5 vH Gewinnbeteiligung an dem, was über den Ertrag des Jahres 1765/66 eingenommen werden sollte. De Launay reichte nunmehr dem König eingehende Vorschläge ein; aus der Antwort, die er darauf erhielt, sehen wir, wie der soziale Gedankengang des Königs auch hier noch im Vordergrund stand. Die unentbehrlichsten Lebensmittel sollten steuerfrei bleiben oder doch nur ganz geringe Abgaben tragen. Alle Luxusgegenstände sollten hoch besteuert sein, Brot sollte in Zukunft überhaupt nicht mehr besteuert, die städtische Mehlakzise aufgehoben werden. Auch Fleisch und einheimisches Bier sollten nur gering belastet werden, dagegen sollten fremde Biere, alle Weine, französische Liköre, Gewürze usw. hoch besteuert werden, weil bei allen diesen Dingen nicht der Arme der Zahler sei, für deren Anwalt sich der König erklärte — ihre Sache müsse er führen. Natürlich sollte auch ein Zweck der Reform, und nicht der am wenigsten wichtige, die Vermehrung der Staatseinkünfte sein. Billigkeit und Menschenfreundlichkeit, so sagt der König in seinem neuen politischen Testament vom Jahre 1768, müßten bei der Verwaltung der Finanzen mitsprechen. Die Billigkeit verlange, daß niemand dem Staat über seine Kräfte Steuern zahle und die Abgaben verhältnismäßig bleiben. Die Auflagen dürften weder den Arbeiter, den Soldaten noch den Armen treffen, sondern nur den wohlhabenden und reichen Bürger.

Diese guten Absichten ließen sich freilich bei der absoluten Notwendigkeit, die Staatsmittel sehr wesentlich zu erhöhen, nicht erfüllen, wenn man auch nur entfernt daran denken wollte, die großen Pläne, die der König hatte, durchzuführen. Die für die Ausarbeitung der neuen Tarife 1768 berufene Kommission, in der die Vertreter des alten Beamtentums saßen, brachte mancherlei wohlbegründete Einwendungen gegen die neue Ordnung der Dinge vor, doch letzten Endes ohne Erfolg, weil die Franzosen es nachzuweisen wußten, daß auf diesem Wege eben nicht die verlangten hohen Einnahmen zu erzielen wären. Der neue Tarif der Regie führte allgemein eine erhebliche Mehrbelastung durch, die sehr drückend empfunden wurde. Besonders suchte der König den Schmuggel einzuschränken, um seine zollpolitischen Maßnahmen wirksamer zu machen und die Einnahmen durch die Zölle zu erhöhen. Er ordnete eine strengere Bewachung der Grenzen an, die nicht unerhebliche Geldmittel beanspruchte.

Besondere Erbitterung erregten in der Bevölkerung die zahlreichen Franzosen, die nunmehr ins Land kamen. So schlimm, wie es gemacht worden ist, war die Sache allerdings nicht. Von den 2000 Stellen, die etwa in Frage kamen, sind nur 175 bis 200 mit Franzosen besetzt worden, aber die ganze Verwaltung galt nun einmal im Volk als Fremdherrschaft, und als solche wurde sie gehaßt.

Das finanzielle Ergebnis der Regie schwankte. Die Betriebskosten waren viel höher, als man anfangs geglaubt hatte. Die an die Generalkriegskasse ständig zu

zahlende feste Summe betrug anfänglich rd. 4,66 Mill. Tlr. 1772 wurde sie auf rd. 4,4 Mill. Tlr. herabgesetzt. Die Bruttoeinnahme ist von rd. 5,58 Mill. Tlr. im ersten Jahr auf rd. 7,81 Mill. Tlr. im Jahre 1785/86 gestiegen. Der Überschuß, der in den 20 Jahren dieser Verwaltung gegen den Reinertrag von 1765/66 erzielt worden ist, wird heute im ganzen auf rd. 23,5 Mill. Tlr. geschätzt. Auch ohne die französische Verwaltung wären vermutlich bei dem zunehmenden Wohlstand diese Mehreinnahmen zu erzielen gewesen.

In dem 24jährigen Durchschnitt von 1763 bis 1786 sind rd. 14,9 Mill. Tlr., als reine Staatseinnahmen zu verzeichnen, und zwar wieder Nettoeinnahmen. Davon wurden durchschnittlich je rd. 79,9 vH für militärische Zwecke, 13 vH für Hof- und Zivilzwecke und 7,1 vH für den Staatsschatz verwendet.

Noch stärker als bei der Regie kam bei anderen Maßnahmen des Königs der Wunsch nach wesentlicher Erhöhung der Staatseinnahmen zum Ausdruck. 1763 führte der König nach dem Plan eines in der französischen Finanzverwaltung gebildeten Italieners eine Lotterie ein, die erst 1810 „aus Rücksichten auf die Moralität“ wieder abgeschafft wurde. 60 000 Tlr. brachte sie anfangs jährlich ein, später nur 25 000 und 40 000 Tlr., in Verbindung mit einer Klassenlotterie sodann über 75 000 Tlr.

1765 wurde ebenfalls nach französischem Muster das Tabaksmonopol eingeführt. Zuerst bot man es einer französischen Gesellschaft für 1 Mill. Tlr. in Pacht an, einige Berliner Fabrikanten boten 1,1 Mill. Tlr. Sie verrechneten sich und opferten ihr ganzes Vermögen. Schon nach einem Jahre mußte der König selbst das Monopol übernehmen, der Alleinhandel mit Rauch- und Schnupftabak wurde nunmehr auf königliche Rechnung durchgeführt. Diese finanziellen Maßnahmen bewährten sich durchaus. Der Reingewinn stieg ständig. Am Ende seiner Regierung nahm der König über 1,6 Mill. Tlr. jährlich aus dem Tabakverkauf ein. Mit großer Sorgfalt hat, das sei in diesem Zusammenhange ebenfalls erwähnt, der König auch den Tabakbau in seinen Landen zu fördern versucht. Besonders wünschte er einen vollwertigen Ersatz für die Virginischen Blätter zu schaffen. Bei dem berühmten Chemiker Achard fragte er Anfang 1780 an, ob es nicht möglich sei, eine solche Sauce zu erfinden, die ohne in irgend einer Weise schädlich zu sein, den hiesigen Landtabak so verbessere, daß er dem virginischen, wenn auch nicht ganz, so doch ziemlich an Güte gleichkäme. Die Versuche, die angestellt wurden, zeigten nur zu bald, daß dieser Wunsch des Königs sich nicht erfüllen ließ.

Zu den Finanzmaßnahmen des Königs, die besonders unbeliebt waren, gehört die nach dem Muster des Tabakmonopols eingerichtete staatliche Kaffeeregie. Man sah in dem damals erst seit kurzer Zeit weiter verbreiteten Kaffee eine, „dem Vorteile des Staates höchst schädliche Delikatesse“ und suchte die neue Sitte dementsprechend zu bekämpfen. Besonders ärgerte es den König, daß für Kaffee jährlich mindestens 700 000 Tlr. nach dem Ausland gingen, und daß noch außerdem die heimische Bierbrauerei hierdurch abscheulich herunter gebracht werde. Schließlich mußte man $7\frac{3}{4}$ Silbergroschen Steuer auf ein Pfund Kaffee bezahlen. Der Schmuggel von Kaffee wurde ein einträgliches Geschäft. Um ihn zu unterbinden, schlugen die Franzosen vor, dem englischen Beispiel zu folgen und allen Kaffee in königlichen Brennereien brennen zu lassen. Der dem gebrannten Kaffee eigentümliche Geruch und die geringere Haltbarkeit gebrannten Kaffees würde den Schmuggel wesentlich einschränken. Dem König wurde versichert, daß der Handel dadurch nicht erschwert werden würde, deshalb ließ er sich

darauf ein, besonders als man ihm vorstellte, daß durch die Kontrolle, die nun notwendig wurde, auch 200 Invaliden beschäftigt werden könnten. Der Preis von 1 Pfd. Kaffee wurde zunächst auf 1 Tlr. festgesetzt. Dabei wurde aber wenig verdient, weil nun Kaffee-Ersatzmittel gebraucht wurden. Man verzichtete bald darauf, durch den hohen Preis dem Volk den Kaffee abzugewöhnen, und setzte den Preis auf die Hälfte herunter. So erreichte man schließlich einen Überschuß von 96 000 Tlr. 400 Invaliden wurden als „Kaffee riecher“, wie das Volk sie nannte, angestellt. Die damit verbundene Beschränkung des Handels und die widerwärtige Spionage, die in das innerste der Häuser drang, erregte viele Erbitterung.

Auch das Postwesen wurde 1760 nach dem Muster der Regie neu geordnet. Ein Franzose richtete den Betrieb ein, aber schon 1769 wurde er durch einen deutschen Generalpostmeister ersetzt.

Ebenso bildete das Münzregal eine Einnahmequelle für den Staat, der Schlagschatz für eine Million Taler in Scheidemünze belief sich in der Regel auf über 200 000 Tlr.

Soweit als irgend möglich versuchte der König auch nach dem siebenjährigen Kriege den Staatsschatz ständig zu vermehren. Über dessen Höhe bestanden zur Zeit Friedrichs II. ebenso wie zu der seines Vaters die abenteuerlichsten Vermutungen. So sprach man von 110 Mill. Tlr., in Wirklichkeit waren es rd. 55 Mill. Tlr., eine allerdings auch schon sehr hohe Summe, die der König seinem Nachfolger hinterlassen konnte. Der Schatz bestand aus barem Gelde, die Werte waren also nicht zinsbar angelegt.

Eine abfällige Kritik der finanziellen Maßnahmen seit dem siebenjährigen Kriege hat Friedrichs des Großen unerschrockener Minister Heinitz schon damals dem König gegenüber geübt. In einem Bericht wies er darauf hin, daß die ganze Regieverwaltung nicht auf das Beste des Staates, sondern nur auf Vermehrung der Einkünfte abziele. Der König hat dieses ausführliche Gutachten seines Ministers wenig gnädig aufgenommen und ihn wissen lassen, daß er seine Gutachten sehr gut missen könne. Indessen untersagte er doch 1783 die weitere Anstellung von Franzosen. Wichtig für die Beurteilung des Finanzsystems ist noch die Angabe, daß die Einnahmen im Verhältnis von 5 zu 7, die Regiekosten aber im Verhältnis von 3 zu 10 gestiegen waren.

Die sehr hohen Geldanforderungen, die in den sieben schweren Kriegsjahren an den König gestellt wurden, haben ihn nach anfänglichem Widerstreben — allerdings nach bekannten Mustern in älteren Staaten — zu einer recht unheilvollen Finanzoperation, zur Ausprägung schlechter Münzen, geführt¹⁾. Koser bezeichnet die „gelegentliche Münzverschlechterung als ein beliebtes Hausmittel urväterischer Finanzkunst in den europäischen Staaten“²⁾. Des Königs damaliger Berater in Finanzangelegenheiten hatte dringend geraten, die Münzen nur ein klein wenig schlechter zu machen, davon würde niemand etwas merken. Man wollte die Münzen auch nur im Kriege außerhalb Preußens in Umlauf setzen, so daß die eigenen Landeskinder nicht dadurch Schaden leiden würden. Einer Gesellschaft von Spekulanten unter Führung der Firma Ephraim Söhne (daher die Bezeichnung „Ephraimiten“ für die minderwertigen Münzen) wurde

¹⁾ s. auch Acta Borussica. Das Preußische Münzwesen im 18. Jahrhundert. Münzgeschichtlicher Teil Bd. III. Das Geld des siebenjährigen Krieges und die Münzreform nach dem Frieden (1765—1765). Darstellung von F. Frhr. v. Schrötter. Berlin 1910.

²⁾ s. Koser, Bd. II, S. 311.

dieses Geschäft übergeben. Zunächst kamen nur Goldmünzen an die Reihe, von dem Ausprägen schlechter Silbermünzen wollte der König nichts wissen, da er überzeugt war, daß diese seinem Lande zu höchstem Verderben gereichen würden. Da sich der Krieg aber gegen alles Erwarten immer länger und länger ausdehnte, so glaubte der König auf dem nun einmal betretenen Wege weiter fortschreiten zu müssen, ein Verfahren, das damals von anderen Fürsten in noch viel größerem Umfange als einfachstes Mittel, sich Geld zu verschaffen, betrieben wurde. Die notwendige Folge war natürlich eine unglaubliche Verwirrung der Zahlungsmittel. Des Königs Beamte wagten nicht, ihm von den traurigen Folgen dieser Münzverschlechterung Bericht zu erstatten. Nach dem siebenjährigen Kriege wurde das sogenannte neue brandenburgische Geld geprägt, das in seinem Wert zwischen den alten und den späteren schlechten Münzen lag. Die Verluste, die das Volk durch die Münzverschlechterung erfuhr, kommen in ihrer Höhe einer sehr erheblichen Kriegssteuer gleich. Die weiteren Geldmittel für den Krieg wurden durch die sehr hohen Kontributionen in Feindesland aufgebracht. Auch die Gehälter und Pensionen wurden teilweise nur in bar noch ausgezahlt. Anweisungen für spätere Bezahlung, die bald sehr im Werte fielen, traten an die Stelle des baren Geldes.¹⁾ Die Not der darauf angewiesenen Beamten war oft sehr beträchtlich.

Handelspolitik.

Des Königs Bestrebungen, den Handel in seinen Landen zu fördern, stehen natürlich im engsten Zusammenhang mit seinen Arbeiten für Gewerbe und Industrie, die wir im nächsten Abschnitt zu behandeln haben. Die Notwendigkeit, die mit großen Kosten neu begründeten oder zu neuer Blüte gebrachten Gewerbe gegen die Erzeugnisse des weiter fortgeschrittenen Auslandes zu schützen, führten zu einem sehr streng durchgeführten Schutzzollsystem, das in vielen Fällen bis zu scharfen Einfuhrverboten gesteigert wurde. Der Handel hatte zweifelsohne hierdurch zu leiden. Zollkriege und das im wirtschaftlichen Kampf benutzte System der Durchgangszölle behinderten vielfach seine Entwicklung. Immer wieder von neuem wurde der König bei seinen Entscheidungen vor ein Kompromiß gestellt. Meist entschied er sich zugunsten von Gewerbe und Industrie, weil er der Ansicht war, daß diese Aufgaben zuerst zu lösen seien. Von einer Vernachlässigung des Handels aber kann man auch dann nicht reden, da der König unablässig bemüht war, so weit es sich in den Rahmen seines Wirtschaftssystemes einfügte, den Handelsverkehr im Inlande zu steigern und die Handelsbeziehungen seines Landes nach außen hin auszudehnen. Der König wußte sehr wohl, daß es mit dem Produzieren

¹⁾ An diese durch die äußerste Notlage vom König erzwungenen Maßnahmen mag sich der Geheimrat von Taubenheim 1786 erinnern haben, als er dem König seinen wunderlichen Vorschlag einreichte, die Staatseinkünfte durch Gehaltsabzüge bei den Unterbeamten zu vermehren. Der König antwortete hierauf mit bitterem Humor, er finde diesen Rat „umso weniger applicable, da die armen Leute jener Classe obnehin schon so kümmerlich leben müssen, da die Lebensmittel und alles jetzt so theuer ist, und sie eher eine Verbesserung als Abzug haben müssen. Indessen will ich doch seinen Plan und die darin liegende gute Gesinnung annehmen, und seinen Vorschlag an ihm selbst zur Ausführung bringen, und ihm jährlich 1000 Thaler mit dem Vorbehalte an dem Tractament abziehen, daß er sich übers Jahr wieder melden und Mir berichten kann, ob dieser Etat seinen eigenen häuslichen Einrichtungen vortheilhaft oder schädlich sei“.

allein nicht getan ist, sondern daß die Waren auch abgesetzt werden müssen, und die Sorgen eines Unternehmers, neue Arbeit durch ständigen Ausbau und Ausdehnung der Absatzgebiete heranzuziehen, sind ihm sehr bekannt gewesen.

Auch bei seinen Anschauungen von Wert und Notwendigkeit des Handels werden wir annehmen können, daß er sich an seinen Lehrmeister in der Kronprinzenzeit zu Küstrin noch oft erinnert haben mag. Der Kammerdirektor Hille hatte schon 1725 eine Denkschrift entworfen, die von der Voraussetzung ausging, daß die Industrie nicht für sich allein, sondern in Verbindung mit dem Außenhandel den Reichtum eines Landes zu mehren vermöge. Hille hatte damals geklagt, der Kaufmannsstand sei in den preußischen Landen zu gering geachtet. Jeder Krämer nenne sich Kaufmann und „der elendeste Gelehrte und Beamte“ glaube oft auf den Kaufmann herabblicken zu dürfen. Habe in Preußen ein Kaufmann es zu etwas gebracht, dann gehe sein Ehrgeiz dahin, Staatsbeamter zu werden und Landgüter zu kaufen, die Söhne aber lasse er nicht wieder seinen Beruf ergreifen. Der König hatte noch 1780 darüber geklagt, daß die Bürger, statt in großen Handelsunternehmungen und industriellen Anlagen ihr Geld anzulegen, sich lieber Güter kaufen wollten. Also auch nach dieser Richtung war hier eine große erzieherische Aufgabe zu lösen, und der König war sich, wie er 1749 ausführte, sehr klar darüber, daß es in einem Lande, wo „man den Handel nie gekannt habe, viel zu tun gibt“.

Mit Feuereifer ist der junge König auch an diese Aufgabe herangegangen. Zunächst suchte er den Handel seines Landes aus eigenster Anschauung kennen zu lernen und die Entwicklung genau zu verfolgen. Hierzu dienten ihm, wie auch auf den anderen Gebieten seiner Tätigkeit, in erster Linie ausgedehnte statistische Angaben. Diese langen Zahlenreihen boten dem König die Grundlage für seine gesamte staatswirtschaftliche Tätigkeit. Alles, was sich in dem ganzen Wirtschaftsleben, das er zu beherrschen hatte, irgendwie nur zahlenmäßig erfassen ließ, darüber verlangte er auch Tabellen. Er liebte die Zahlen, weil sie ihm der kürzeste, prägnanteste Ausdruck zu sein schienen, und wir wissen, wie sehr er die vielen Worte haßte. Über Berichte, die durch ihre Länge über den geringen Inhalt hinwegzutäuschen suchten, konnte er zornig werden, und mancher seiner Beamten hat diese Berichte mit energischen königlichen Korrekturen und beißenden Randbemerkungen zurück erhalten.

1747 ließ der König die vom Großen Kurfürsten schon begonnenen, dann aber wieder unterbliebenen Erhebungen über die Bevölkerungszunahme aufstellen und dieses System dann auf alle möglichen Betriebe und Einrichtungen ausdehnen. Die Kammerpräsidenten wurden angewiesen, monatlich statistische Berichte über den Zustand ihres Bezirkes einzusenden. Besonders ausgedehnt waren auch die gewerbestatistischen Nachrichten, die er verlangte, und wofür er sehr ausführliche Fragebogen ausarbeiten ließ. Auch besondere Fluß- und Seeschiffahrtstabellen wurden angelegt. Nicht minder ausführlich war die Warenstatistik. Der König begnügte sich nicht, von den Tabellen nur Kenntnis zu nehmen, er pflegte sie auf das eingehendste zu studieren und durch Stichproben ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Jede Ungenauigkeit oder jeder Widerspruch, den er fand, konnte ihn veranlassen, scharf einzugreifen, und immer wieder von neuem prägte er seinen Beamten größte Sorgfalt bei der Aufstellung dieser Listen ein, weil diese handelsstatistischen Nachweise ihm die Unterlagen bieten müssen für alle seine volkswirtschaftlichen Maßnahmen. Er schreibt hierüber: „Aus diesen

Tabellen entsteht hiernächst die zweite Sache, nämlich daß man nachsieht in den Provinzen, was vor fremde Sachen noch eingehen, wovon noch gar keine oder doch nicht genug fabriziert sind: die müßten dann an convenablen Orten noch angelegt werden. Wenn es auch Kleinigkeiten sind, so kommt dabei eins zum andern und werden dadurch immer mehr Menschen beschäftigt und in Verdienst gesetzt. Überhaupt muß man auf alle Weise und Mittel bedacht sein, das Geld im Lande zu verdienen und immer mehr herein-zuziehen, das ist das Vornehmste, wonach man sich bemühen muß. Man muß immerfort spekulieren und raffinieren, wo noch was in dem Fabrikwesen fehlt.“

Man sieht daraus, wie eng mit allen diesen Maßnahmen, die sich auf den Handel bezogen, immer wieder seine Arbeiten zur Förderung der Industrie im Zusammenhang stehen. Aus allen seinen Schriften ersieht man, wie sich diese trockenen Zahlenreihen zu plastischen Bildern des Zustandes von Handel, Gewerbe und Industrie in dem Kopfe des Königs umformen. Von seinen Beamten verlangte er ebenfalls, sie sollten sich in allen ihren Maßnahmen auf zahlenmäßige Angaben stützen, vor allem aber mußten sie, wenn der König mit ihnen zu tun hatte, kurz und bündig mit Zahlen auf seine Fragen zu antworten verstehen. Wenn der König reiste, und er hat bis zuletzt ständig seine Provinzen visitiert, dann mußten die Landräte zur Stelle sein. Sie mußten sich vorbereitet haben, wie der König es verlangte, kurz zu sagen: „So viele Menschen, so viele Pferde, Kühe sind da. So viel Korn von jeder Art wird in guten, mittleren und schlechten Jahren gewonnen, so viel wird gebraucht zur Konsumtion und so viel bleibt übrig zum Verkauf usw.“ In gleicher Weise pflegte der König auch seine Kaufleute und Industriellen auf Herz und Nieren zu prüfen.

Des Königs Kritiker haben es später oft so darzustellen versucht, als ob diese Tabellen keinerlei Wert besessen hätten, sondern von den Beamten nur den Wünschen des Königs angepaßt worden wären. Der König ist sich selbst durchaus klar darüber gewesen, daß alle diese Tabellen in gewissem Maße nur relativen Wert haben. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß bei des Königs ständiger Besorgnis, nicht die ganze Wahrheit zu erfahren, und vor allem bei seiner genauen Durcharbeitung der Tabellen und der Nachprüfung an Ort und Stelle, es nicht möglich war, ihn dauernd hinters Licht zu führen. Das, was er mit diesem ganzen Zahlenwerk erreichen wollte, hat er jedenfalls erreicht.

Über Art und Umfang des Handels in den preußischen Landen im ersten Jahrzehnt seiner Regierungszeit und über das, was er auf diesem Gebiete getan wissen wollte, hat uns Friedrich II. selbst in seiner prägnanten, scharf umrissenen Art informiert. Wir finden dieses Programm des Königs in der von ihm selbst verfaßten Denkschrift vom 1. Oktober 1749, durch die der König den französischen Schweizer F ä s c h , einen Kaufmann, in den ihm zugedachten Wirkungskreis als Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe einzuführen suchte. Diese „Idée générale du commerce de ce pays-ci“ lautet in der vortrefflichen Übersetzung Kosers¹⁾:

„Unser Handel beruht in der Hauptsache auf Holz, Korn, Wollenstoffen, Hanf, Flachs, Leinwand und Wachs. Pommern und das Kurfürstentum verkaufen den Fremden

¹⁾ Koser, Bd. I S. 428.

hochstämmiges Holz und Masten für den Schiffsbau, die Mark versendet ihre Tücher, ihre Serge- und Etamine-Stoffe nach Braunschweig, Leipzig, Frankfurt und Breslau auf die Messen, auch nach Spanien, wo einige Arten unserer Etamine-Stoffe Käufer finden. Die schlesische Leinwand geht zum Teil nach England, von wo englische Händler sie nach Amerika führen. Schlesien kauft von den Polen Wachs und verkauft die Lichter zurück, ebenso wie nach Sachsen. Preußen verkauft sein Korn nach Schweden und seinen Flachs nach Holland. Ich glaube, man könnte den Holzhandel erweitern, wenn Großhändler in Stettin und Königsberg Schiffe bauen ließen und sie den Fremden verkauften. Wir können das Tuch billiger als bisher herstellen, wenn wir die Farben für die Färber direkt einkaufen und sie nicht aus zweiter Hand entnehmen. Wir können Leinöl hier machen, statt es von den Holländern zu kaufen, und wir können unsere Linnen nach Spanien ausführen, wo unsere Kaufleute den Vorteil, den die Engländer zurzeit haben, zum Teil selbst gewinnen werden. Darin also, glaube ich, kann man den Handel mit denjenigen Waren ausdehnen, für die wir den Stoff im eigenen Lande gewinnen. Unsere Seidenwebereien sind noch in der Wiege, aber wenn sie herangewachsen sein werden, so wird das vielleicht einen beträchtlichen Handelszweig abgeben, der sich nach Polen, nach Schweden, nach Dänemark und über ganz Norddeutschland erstrecken kann. Die Waren, die wir unbedingt nötig haben und an denen strebsame Kaufleute einen großen Vorteil, sowohl beim Vertrieb im Lande wie beim Durchgangshandel, machen könnten, sind Gewürze, französische Zuckerwaren, Schnupftabak, Pelzwaren und Drogen. Statt sie aus zweiter Hand zu kaufen, müßte man sie aus erster kommen lassen; aber das zu unternehmen, bedarf es reicher Leute, die außerdem hinreichend aufmerksam sein müssen, den Preis und den Vorteil, den sie erzielen können, zu berechnen. Es gibt andere Waren, die nur für den Durchgangshandel in Betracht kommen, und bei denen unsere Kaufleute gleichfalls gewinnen können, aber um sie ausfindig zu machen, muß man Polen, Sachsen und das Reich kennen lernen, eine dankbare Aufgabe für einen unternehmenden Kaufmann.

Es gibt zwei Arten Manufakturen, die, welche den zu verarbeitenden Stoff daheim vorfinden, und die, welche ihn aus dem Auslande beziehen müssen. Sicher ist die erste Art die beste, aber auch die zweite hat ihr Verdienst, weil man dabei immerhin die Hand des Arbeiters gewinnt, was eine große Sache ist. Die Fabriken der ersten Art sind im ganzen hiezulande ziemlich gut im stande; dagegen würde man der zweiten Art durch vielen Fleiß sicher auch unendlichen Aufschwung geben können.

Es ist nicht auffallend, daß es in einem Lande, wo man den Handel nie gekannt hat, noch viel zu tun gibt; aber ich bin versichert, daß wir durch die Bemühungen und die Hingebung des Herrn Fäsch in wenigen Jahren dahin gelangen werden, alle Zweige des Handels zur Entfaltung zu bringen und dies Land blühender zu machen, als es je gewesen ist. Wir haben Häfen, Flüsse und Fahrzeuge; was uns fehlt, ist nur ein wenig mehr Betriebsamkeit und einige Großhändler, die hinlänglich reich sind, um die neuen Unternehmungen zu betreiben; die Zeit und unablässige Hingebung werden das übrige tun.“

In der unablässigen Hingebung ging der König selbst mit gutem Beispiel voran. Diplomatische Beziehungen stellte er in den Dienst des Handels, er versuchte, wo es irgend möglich war, Handelsverträge abzuschließen, freilich mußte seine Schutzzollpolitik das erschweren, zum Teil unmöglich machen. Im letzten Jahr seines Lebens 1785 bringt er noch den, fast könnte man sagen vorbildlichen Handelsvertrag mit den Vereinigten

Staaten von Amerika, zustande. Das kleinste und größte sucht der König zu umfassen. Er weiß, daß in Polen, das für den Absatz der industriellen Erzeugnisse seines Landes damals besonders in Frage kam, recht bunte und grelle Heiligenbilder gerne gekauft werden, und er befiehlt, man solle sich darüber informieren, welche Bilder die Polen am liebsten hätten, und dann solle man sie in Preußen genau so machen, wie sie dort gewünscht würden. Einem in Berlin weilenden Gesandten eines Tatarenkhans aus der Krim gibt der König einige Ballen preußisches Tuch mit, um für dies Erzeugnis seiner Industrie bei den Tataren Propaganda zu machen.

Der überseeische Handel von Königsberg, Stettin und Emden findet des Königs lebhaftes Interesse, und schon blicken die Augen des Königs vorahnend in unsere Zeit der Weltwirtschaft hinein. „Was uns hauptsächlich fehlt,“ schrieb Friedrich II. am 24. Januar 1750 an seinen Pariser Vertreter, „sind Leute, die geneigt wären, sich zu einer Handelsgesellschaft zusammenzutun.“ Die Menschen fehlten ihm, das war auch hier wieder der springende Punkt, der es ihm unmöglich machte, seine hochstrebenden Pläne ganz durchzuführen. Ebenso wie er es bei den industriellen Unternehmungen machte, hat er auch durch seine ausländischen Agenten immer von neuem versucht, recht angesehene, unternehmende Kaufleute aus England, Frankreich und Belgien für die Übersiedlung nach Preußen zu gewinnen. So schreibt er 1748 an den Kammerherrn von Ammon in Haag, als er erfuhr, daß die Franzosen weiter vorrückten und dadurch bei den Holländern große Bestürzung hervorriefen: „Tritt dieser Fall ein, so werden Sie Agenten in den großen Städten Hollands anstellen, das heißt in Amsterdam, Rotterdam, Leyden und anderen, und sie anweisen, ihr möglichstes zu tun, um große Kaufherren, reiche Leute mit bedeutenden Barmitteln, sowie geschickte Fabrikanten aus den gedachten Städten zur Übersiedlung nach meinen Staaten zu veranlassen.“

Emden, das 1744 mit Ostfriesland an Preußen gekommen war, sollte zuerst einige große überseeische Gesellschaften erhalten. 1751 wurde der Emdener Hafen zum Freihafen erklärt. Frühzeitig meldeten sich auch schon allerhand „müssige Thunichtgute und Projektenmacher“. Der König war der Ansicht, daß sich ein Fürst vor diesen Leuten sehr hüten müsse, weil sie unaufhörlich das Interesse des Herrschers im Munde haben, bei reiflicher Prüfung aber doch nur Verluste und Schaden aus ihren Plänen erwachse. Einem solchen französischen Plänemacher ist der König aber zuerst doch in die Hände gefallen. Er erteilte ihm im Jahre 1750 einen Freibrief zur Gründung einer Aktiengesellschaft für Seehandel und Hochseefischerei. Als er aber von den schlechten Vermögenszuständen des Mannes erfuhr, drohte er ihm mit Entziehung der Konzession, und bald verschwand der Franzose. Ein Mann anderen Schlages war der Schotte Heinrich Thomas Stuart, der damals ebenfalls einen Freibrief vom König erhielt, um in Emden eine Handelsgesellschaft für den Verkehr mit Kanton zu begründen. Als der König im Juni 1751 nach Emden kam, konnte er schon an einer Versammlung der „Königl. Preußisch-Asiatischen Handelskompanie“ teilnehmen. Ihr war gestattet, alle zwei Jahre Schiffe nach China zu senden, auch Schiffe zum Fischfang auszuschicken. Der „König von Preußen“ war das erste Schiff, das die Gesellschaft nach Kanton sandte. Es fuhr am 17. Februar 1751 von Emden aus und kehrte am 6. Juli 1753 reich beladen mit über 546 000 Pfund Tee, vieler Seide und anderen Stoffen, — auch Porzellan brachte das Schiff mit — nach Emden zurück. Die Waren wurden versteigert. Kaufleute waren

aus Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M. und den Niederlanden herbeigeeilt. Der Erlös betrug 440 000 Tlr. Das war mehr als das Doppelte des Einkaufspreises. Im Oktober 1752 folgte schon das zweite Schiff, die „Burg von Emden“. Auch von dem Ergebnis des zweiten Schiffes war der König auf das höchste befriedigt. Der Magistrat von Emden hat selber 1756 ausgesprochen, wie diese Unternehmungen das innere und äußere Wesen der Stadt von neuem belebt haben und daß die weitere Entwicklung dieser Gesellschaft für Emden von „unermeßlicher Importanz sei“.

Wesentlich unterstützt wurde die Entwicklung der Handelsgesellschaft durch den damaligen Kammerpräsidenten L e n z , der es allerdings den Kaufleuten insofern wieder nicht recht machte, als er ihr bis zum Standesdünkel erweitertes Selbstbewußtsein nicht genügend respektierte. Man warf ihm vor, daß es ihm gar nicht darauf ankäme, in die ehrwürdige Gesellschaft der Emdener Handelsherren „Schindergesellen oder Balbierer“ hineinzusetzen, wenn die Leute nur reich wären. Dem König gegenüber trat Lenz energisch dafür ein, daß der Gesellschaft möglichst volle Selbstverwaltung gegeben werden müßte, was um so notwendiger sei, da ja viele Ausländer dieser Gesellschaft angehörten. Interessant ist, daß der Leiter der Handelsabteilung in Berlin, der frühere Kaufmann Fäsch, dem gegenüber für eine ausgedehnte staatliche Bevormundung eintrat und sie auch durchsetzte.

Der Erfolg dieser ersten preußisch-asiatischen Gesellschaft hat auch auf das Selbstbewußtsein des Volkes günstig eingewirkt, das niedergedrückte deutsche Nationalgefühl begann sich an dem Gedanken zu heben: der Deutsche, der bisher an den bequemen Küsten des Weltmeeres sorglos geschlummert habe, denke nun auch daran, dem Meere Gesetze zu geben:

Durch ferne Meere ziehen preußische Flaggen,
Kehren beladen zurück mit allen Schätzen der Handlung
Und wehn zu der Ehre der Deutschen im jauchzenden Hafen.

Nach dem Vorbild der Asiatischen Kompanie wurde 1753 zu Emden auch eine Bengalische Kompanie gegründet, die aber, weil sie in unrechte Hände gelangt war, keinen Erfolg hatte.

Der König selbst, so sehr er über die Erfolge der ersten erfolgreichen weltwirtschaftlichen Beziehungen sich gefreut haben mag, war doch weit davon entfernt, sich auf diesem Gebiet in uferlose Pläne zu verirren. Er blieb bei allen großen Plänen immer wieder der kühle Realpolitiker, und wenn er auch das Projekt zu verfolgen wünschte, den Stettiner Handel mit der Gründung in Emden in engste Beziehung zu bringen, so sagte er doch von diesen Plänen: „Ich werde es niemals vollendet sehen, aber die Nachwelt kann es erleben, wenn sie den Plan weiter verfolgt und sich der geeigneten Mittel für die Ausführung bedient.“

Die Emdener Bürger forderten den König auf, nach dem Erfolg der ersten Handelsgesellschaft eine Flotte zum Schutz des Handels zu begründen. Ein Franzose, der sich im Seedienst seines Landes ausgezeichnet aber Undank erfahren hatte, legte schon 1751 dem König Pläne zu einer preußischen Kriegsflotte vor, er selbst wollte dann preußischer Admiral werden, aber Friedrich wollte davon nichts wissen, weil, wie er in seinem politischen Testament von 1752 anführte, die bisherigen Hilfs-

quellen des Staates kaum ausreichten, um das Notwendigste im Lande durchzuführen. Zuviel aber auf einmal zu unternehmen, sich zu zersplittern, das sei, lehre ihn seine Erfahrung, unbedingt falsch.

Ein Unternehmen großer Art rief der König unmittelbar nach dem siebenjährigen Kriege ins Leben. Es handelte sich um die Gründung der Preussischen Bank¹⁾. Anfangs hatte man daran gedacht, daß sie neben ihrer eigentlichen Banktätigkeit auch in großem Umfange den auswärtigen Holzhandel, den schlesischen Leinenhandel, das Geschäft nach Rußland, Polen, Skandinavien, ja auch nach dem Mittelmeer und China auf sich nehmen sollte. Auch als Gesellschaft zur Schiffsversicherung war sie geplant. In diesem riesigen Ausmaß ihrer Tätigkeit wurde sie nicht begründet, später aber sind fast alle die Arbeitsgebiete, die ihr zugedacht waren, noch anderweitig aufgeschlossen worden. Zunächst versprach sich der König von der neu zu gründenden Bank einen günstigen Einfluß auf das tiefe wirtschaftliche Daniederliegen nach dem Kriege.

Pläne zu diesem Werk stammen schon aus dem Jahre 1752. Der damalige Münzdirektor hatte dem König empfohlen, durch die Gründung einer Bank den preussischen Handel von der Hamburger Börse unabhängig zu machen. Friedrich bezeichnete den Vorschlag als sehr interessant, brachte ihn aber damals noch nicht zur Ausführung. Der König suchte Rat bei einem Italiener. In Italien war von jeher das Wechselgeschäft und das gesamte Geldwesen ausgebildet worden, den deutschen Kaufleuten fehlte damals oft das Verständnis und die Erfahrung auf diesem Gebiet. Die Berliner Kaufmannschaft wollte auch nach dem siebenjährigen Krieg von einer Bank nichts wissen; ein Beamter mußte die Praktiker daran erinnern, daß man nicht von vornherein immer behaupten dürfe, daß alle neuen Sachen nichts taugen. Das Mißtrauen war so groß, daß man auf eine Beteiligung des Privatkapitals nicht rechnen konnte. Die Bank mußte auf Staatskosten eingerichtet werden. Am 17. Juni 1765 verkündigte eine Königliche Verordnung die Eröffnung einer Giro-, Diskonto- und Leihbank in Berlin auf den 20. Juli. Als Grundkapital sollten der Bank 8 Mill. Tlr. aus dem Staatsschatz dienen. Der König wies darauf hin, wie er mit der Bank einen stärkeren Umlauf des Geldes und damit eine wesentliche Unterstützung des Handels erreichen werde. Die Bank war von den Staatsbehörden völlig unabhängig, der König allein behielt sich die Aufsicht vor. Der Betrieb litt zunächst unter schweren Mißgriffen der ersten Leiter, steigerte sich aber später wesentlich, besonders auch, als nach der Verfügung vom 18. Juli 1768 alle Mündelgelder, soweit sie nicht gegen hypothekarische Sicherheit unterzubringen waren, zinsbar bei der Bank anzulegen waren. Hatte der Staat 1767/68 einen Reingewinn von etwas über 22 000 Tlr. von der Bank erhalten, so war dieser Betrag im Rechnungsjahr 1785/86 schon auf über 216 000 Tlr. gestiegen.

Am 31. Januar 1765 wurde zu Berlin eine See-Assekuranzgesellschaft mit einem Stammkapital von 1 Mill. Tlr. zu 4000 Aktien begründet. Auch diese Gesellschaft hatte zuerst mit großem Mißtrauen zu kämpfen. Die Stettiner Kaufleute wollten sie nicht benutzen, weil sie in Amsterdam und Hamburg ihre Schiffe billiger versichern konnten. Ferner bildete sich eine Brennholzgesellschaft für die Versorgung von Berlin und Potsdam, der Preis des Brennholzes durfte danach bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

¹⁾ s. Koser, Bd. II S. 412.

Man wollte damit der wucherischen Verteuerung des Holzes entgegenarbeiten. Eine Nutzholzgesellschaft sollte den Elbhandel nach Hamburg betreiben. Auch diese beiden, 1766 gegründeten Gesellschaften wurden später in staatliche Verwaltung übernommen. 1765 begann auch die Levantinische Kompanie ihre Tätigkeit, die das Monopol erhielt, die bisher auf dem Landwege von Triest über Wien bezogenen Waren zur See einzuführen. Die Gesellschaft mußte aber, weil sie in ungeeignete Hände gekommen war, schon 1769 sich auflösen. Einem Berliner Bankhaus wurden 1766 große Vorrechte für das Geschäft nach Rußland eingeräumt, wofür das Haus sich verpflichten mußte, jährlich für 15 000 Thl. Porzellan aus der Königl. Manufaktur zu verkaufen. Von Erfolg begleitet war die Hering-Kompanie in Emden, die seit 1769 den Ausländern Konkurrenz machte.

Von ganz besonderer Bedeutung wurde die 1772 begründete Société de Commerce Maritime, die Seehandlungsgesellschaft¹⁾. Das vom 14. Oktober 1772 datierte Patent war deutsch und französisch ausgestellt. Der König erklärte darin, daß die Gesellschaft die Aufgabe haben solle „Seeschifffahrt unter Preußischer Flagge zu treiben und die Häfen von Spanien und alle anderen Plätze zu beschiffen, wo sich vernünftige und sichere Aussichten zu einem tüchtigen Gewinn von Aus- und Einfuhren vorfinden möchten“. Die neu begründete Gesellschaft wollte der König zugleich benutzen, um in dem soeben erworbenen Westpreußen den Seehandel der östlichen preußischen Hafenplätze neu zu beleben. Danzig war damals noch nicht an Preußen gekommen, sondern war zu einem Freihandelsplatz erklärt worden. Deswegen suchte der König den Danziger Handel nach Möglichkeit nach Elbing, Pillau und Königsberg zu ziehen. Ein anderes bedeutendes Arbeitsgebiet fiel der Gesellschaft durch den Salzhandel nach Polen zu. Der König gab deshalb der Seehandlungsgesellschaft am 1. Januar 1773 auf 20 Jahre das Privilegium, wonach in preußischen Häfen keine Handelsschiffe, es seien fremde oder einheimische, zum An- und Verkauf von Salz zugelassen seien. Auch die ziemlich bedeutende Ausfuhr aus Polen — insbesondere Holz, Wachs und Getreide sollte nunmehr durch die Gesellschaft an den preußischen Handel kommen. Neben Polen sollte die Gesellschaft besonders mit Spanien Handel treiben, wobei vor allem der Absatz der schlesischen Leinwand nach den amerikanischen Kolonien in Frage kam, deren Häfen damals nur spanischen Schiffen geöffnet waren. Das Betriebskapital betrug 1,2 Mill. Thl., die durch 2400 Aktien zu je 500 Thl. aufgebracht werden sollten. 2100 Aktien behielt der König für sich, nur 300 stellte er den Interessenten zur Verfügung. Die Aktien sollten jährlich nicht weniger als 10 vH festen Zins tragen und außerdem noch eine Dividende, die in den ersten Jahren auch tatsächlich 2 vH betrug. Die wenigen Aktionäre kamen bei der Verwaltung nicht in Betracht, insofern war die Gesellschaft von Anfang an eine reine Staatseinrichtung. Der König hat sich gerade mit dieser Gesellschaft eingehend beschäftigt, was sich aus zahlreichen Kabinettsordern ergibt. Von den großen Plänen der Gesellschaft, den Handel nach China zu fördern, wollte der König nichts wissen, das wäre eine schöne Sache, wenn man auf einen allgemeinen Frieden von 50 Jahren rechnen könne, so aber denke er nicht daran, das Kapital der Gesellschaft aufs Spiel zu setzen. Auch bei dieser Gründung hat übrigens der König Lehrgeld zahlen

¹⁾ s. Dr. Paul Schubart, Zur Geschichte der Kgl. Preußischen Seehandlung. Vortrag in der Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg. Berlin 1895.

müssen. Es glückte ihm nicht, die richtigen Leute zu gewinnen. Der Kammerherr von Goerne, der 1774 an die Spitze trat, besaß maßlosen Ehrgeiz ohne die Fähigkeiten für seine Stellung. Der König empfahl ihm immer wieder „nur in allem sachte anzufangen, und keinen Lärm und Geschrei werden zu lassen“. Ende 1781 deuteten bestimmte Gerüchte auf betrügerische Machenschaften hin. Bei einer genauen Untersuchung stellte sich heraus, daß der König durch falsche Abschlüsse grob getäuscht worden war. Statt des Gewinnes, den man herausgerechnet hatte, war mehr als das ganze Aktienkapital verloren. Der Minister wurde verhaftet und nach Spandau abgeführt, sein ganzes Vermögen aber, sowie die großen Güter, die er sich in Polen mit dem Gelde der Seehandlung gekauft hatte, wurden beschlagnahmt, so daß die Seehandlung schließlich doch nicht allzusehr zu Schaden kam.

Besonders stark hat man dem König bei der Kritik seiner Handelsbestrebungen die Monopole verübelt, und gewiß ist zuzugeben, daß diese Privilegien von Konkurrenten sehr lästig empfunden wurden. Auch der König selbst hat die durch die Monopole bewirkte Beseitigung oder Einschränkung des freien Wettbewerbs oft als hemmend empfunden. Übersieht man aber seine Gesamttätigkeit und die damalige Zeit, so erkennt man, daß auch die Monopole in seinem Wirtschaftssystem eine berechnete Rolle spielten. Der König glaubte die durch die Monopole erreichte Sicherstellung eines gewissen Gewinnes nicht entbehren zu können, um hierdurch den Unternehmungsgeist zu wecken und für neue Industriezweige feste Grundlagen zu gewinnen. Er hat selbst die Monopole nur als ein notwendiges Übel angesehen, um Großbetriebe zu ermöglichen und schnell zu entwickeln. Sie glichen insofern einem Patent, durch das die großen Kosten für die Ersteinrichtung sichergestellt wurden¹⁾. Die Monopole wurden deshalb auch nur auf fest bestimmte Zeiten verliehen; hatte der König den Eindruck, daß dann das Unternehmen sich selbst erhalten könne, so wurde das Monopol aufgehoben. Diesen Zeitpunkt richtig zu bestimmen, war natürlich sehr schwer. Wie der König selbst über Monopole dachte, sehen wir deutlich aus einem Bescheid des Königs an seinen schlesischen Minister von Hoym vom 1. Januar 1786, in dem es heißt: „Auf Euren Bericht vom 28. vor. in Ansehung der von der Breslau'schen Kaufmannschaft am Malapane Fluß anzulegenden Eisen und Stahl fabrique melde Ich Euch zur Antwort, wie das in so weit wohl gantz gut ist: Wenn das Eisen und Stahl im Lande gemacht wird, ist das eine sehr gute Sachen; aber ein Monopolium wolte Ich nicht gerne haben, denn das hat immer einen üblen Erfolg. Der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit an auf die Sache, weil er Niemanden neben sich hat, der ihm nacheifert. Daraus kommt denn, daß er seine Arbeit negligiret, und schlechte Waaren macht; Hat er aber einen neben sich, so obligiret ihm das, mehr Fleiß anzuwenden und bessere Arbeit zu machen, jenen nicht vorkommen zu lassen; Und dieses ist Mein Bewegungs-Grund, warum Ich die Bedingung, keine solche Anlage in Schlesien und der Grafschaft Glatz weiter nachzugeben, nicht accordiren kann. Welches Ihr also denen Leuten gehörig zu bedeuten habt.“ Der König hat sich auch in der letzten Zeit seiner Regierung in der Verleihung von Monopolen große Beschränkung auferlegt. Wie wir gesehen haben, erforderten neben industriellen Anlagen die neu zu gründenden Handelsunternehmungen langdauernde Monopole, um sie ins Leben rufen zu können.

¹⁾ s. Koser, Bd. II, S. 411.

Auch des Königs Getreidehandelspolitik gehört hierher. Friedrich II. war der größte Kornhändler in seinem Lande. Seine Gegner haben ihm die Maßnahmen auf diesem Gebiet besonders vorgeworfen. In seinem politischen Testament vom Jahre 1768 schreibt er: „Eine Aufgabe werth eines Königs ist es, in den Getreidepreisen eine genaue Richtschnur und Mittellinie zu halten zwischen den Interessen des Edelmannes, des Domänenpächters und des Bauern auf der einen Seite und den Interessen des Soldaten und des Fabrikarbeiters, die von ihrer Löhnung oder ihrer Hände Verdienst leben, auf der anderen Seite.“ Damit hat Friedrich selbst den Zweck, den er mit den Getreidemagazinen im Auge hatte, deutlich bezeichnet. Hier handelte es sich nicht um finanzielle, sondern um rein soziale Maßnahmen. „Ich will bei diesem Ankauf und Verkauf“, hat der König seinem Minister erklärt, „nicht das Geringste für mich verdienen, sondern nur durch diesen Umschlag die Armut und den gemeinen Mann in hiesigen Landen durch einen leidlichen Kornpreis soulagiren.“ Schon des Königs Vater hatte nach und nach 21 Getreidemagazine angelegt, die rd. 1 Mill. Scheffel Roggen fassen konnten, das reichte damals aus, um etwa 9 vH der Bevölkerung auf ein Jahr zu versorgen. Friedrich Wilhelm I. hatte in erster Linie nur daran gedacht, seine Armee hierdurch jederzeit schlagfertig zu erhalten. Friedrich II. faßte die Aufgabe weiter. Er legte neue Magazine an. Diese Magazine sollten zusammengenommen stets so viel Vorräte enthalten, daß sowohl die Armee wie das Land 1½ Jahre damit versorgt werden könnten. In Friedenszeiten sollten bei jedem Magazin drei Viertel des Vorrates in Mehl bestehen. Ein Viertel mußte Korn sein, damit man in der Lage wäre, auch den Landleuten, wenn es nötig war, Saatkorn zu geben. Da man hierfür nur frisches Korn gebrauchen konnte, so mußte, wenn kein Saatkorn aus dem Magazin entnommen war, dieser Vorrat immer wieder vermahlen und neues Getreide nach der Ernte eingekauft werden. Etwa 100 000 Wispel Getreide hatte so der König schließlich in allen seinen Magazinen stets zur Verfügung. Das reichte zur Preisregulierung vollständig aus. Auch hierfür brauchte der König natürlich wieder sehr genaue Zahlentabellen. Sobald in einer Provinz der Kornpreis bis auf 1 Tlr. für den Scheffel stieg, wurden die Magazine geöffnet und Getreide zu einem billigeren Preise verkauft, und umgekehrt bei großen Ernten und gedrückten Preisen durch umfangreiche Einkäufe auf eine angemessene Erhöhung der Preise hingewirkt. Diese Getreide-Handelspolitik des Königs wirkte ausgleichend zugunsten der Landwirtschaft sowohl wie der konsumierenden Bevölkerung. Durch sie wurde erreicht, daß durch den Preis, den die Landleute für ihr Korn erhielten, auch bei sehr guten Ernten die Produktionskosten wenigstens einkamen. Die Preisschwankungen wurden in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. So hatte der König z. B. 1748 für die Kurmark angeordnet, daß man die Magazine in der Weise verwalten solle, daß die Preisschwankung nur 6 Groschen pro Scheffel betrage. Somit dienten die großen Kornaufkäufe des Königs bei sehr reichen Ernten dem Interesse des Landwirts, während sie bei Teuerungen, dadurch, daß sie allzu hohe Preise verhinderten, vor allem der Arbeiterbevölkerung des Landes und der gesamten gewerbetreibenden Bevölkerung zugute kamen. Der König konnte die Probe aufs Exempel 1771 in dem großen Hungerjahr des 18. Jahrhunderts machen. Überall in den angrenzenden deutschen Gebieten raffte der Hunger Menschen dahin, Preußen wurde in nur geringem Maße davon betroffen. Freilich war die Not so groß auch hier, daß man mit einer Erschöpfung der Staatsmagazine rechnen mußte, weshalb

man nicht in dem Maß Getreide hinausgeben durfte, als es mit Rücksicht auf den Wunsch, den Preis auf 1 Tlr. zu halten, erforderlich gewesen wäre. In diesem Jahr stieg der Preis, den der König damals noch auf $1\frac{1}{2}$ Tlr. zu halten wünschte, allerdings auch auf 2 Tlr. und noch etwas darüber. Als man sich in Hinterpommern beim König hierüber beschwerte, konnte er darauf hinweisen, daß man z. B. in der Gegend bei Augsburg sogar 7 Tlr. für den Scheffel bezahlen müsse. Tausende neuer Ansiedler trieb damals die Not aus Sachsen und Böhmen nach Preußen.

Der große durchschlagende Erfolg im Hungerjahr veranlaßte die auswärtigen Regierungen, diesen Maßnahmen des Königs die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er selbst aber fand hierin eine Bestätigung seiner Politik und sprach es von neuem nach den Erhebungen von 1771 aus: „Daß jeder Herrscher, der auf das öffentliche Wohl bedacht ist, die Pflicht habe, sich mit reichlich gefüllten Magazinen zu versehen, um eine Mißernte auszugleichen und der Hungersnot vorzubeugen“.

Die damals von den Ministern aufgestellten Tabellen der Durchschnittspreise des Roggens für die Zeit von 1763 bis 1787 lassen die geringen Schwankungen der Getreidepreise in dieser langen Reihe von Jahren erkennen. Durch seine Magazine war der König auch in der Lage, in dringenden Fällen an Einzelne wie ganze Gemeinden sehr beträchtliche Unterstützungen aus den Magazinen zu geben.

Der private Getreidehandel hatte trotzallem noch ein weites Feld zur Betätigung, der König selbst regte immer wieder die Gründung von Handelsgesellschaften an und unterstützte sie mit Freibriefen, um den Getreidehandel auf Elbe und Oder zu heben und den Hamburger Zwischenhandel möglichst für Magdeburg, Stettin und Königsberg zu gewinnen.

Daß seine Kaufleute immer mit ihm zufrieden gewesen wären, hat der König selbst keineswegs erwartet, und wenn die Klagen über diese oder jene seiner Maßnahmen von dieser Seite gar zu stark wurden, so tröstete er sich wohl mit dem Hinweis, die Kaufleute seien wie die Landwirte, denen auch der liebe Gott nie etwas recht machen könne.

Jeder Handel beruht auf leichten Verkehrsmöglichkeiten. Wollte der König dem Handel helfen, so mußte er auch für die Verbesserung der Verkehrswege sorgen. Mit dem Verkehr aber war es im 18. Jahrhundert in Deutschland noch sehr schlecht bestellt. Die ersten Kunststraßen hat Preußen erst 1787 erhalten. Der Verkehr zu Lande war auf Landwege angewiesen, die nur zu oft bei ungünstiger Witterung grundlos wurden. Die Waren wurden durch den Transport so sehr verteuert, daß im wesentlichen nur kostspielige Waren auf weitere Entfernungen transportfähig blieben. Massengüter — z. B. Kohlen — auf größere Entfernungen auf dem Landwege zu versenden, war ganz ausgeschlossen. Noch weit in das vorige Jahrhundert hinein wurden, — um nur eines als kennzeichnend für die damaligen Wegeverhältnisse anzuführen, — die Kohlen in der Grafschaft Mark durch große Pferdekarawanen in Säcken von der Grube zu der Schmiede geschafft, weil die ausgefahrenen, grundlosen Straßen den Wagenverkehr unmöglich machten. Denkt man an diese Verhältnisse, so muß es allerdings wundernehmen, daß Friedrich II. für den Ausbau besserer Straßen so wenig getan hat. Man hat ihm sogar offene Feindschaft gegen gute Straßen nachgesagt und hat ihm Gründe unterlegt, die in früheren Zeiten wohl hier und da von nicht gerade weitsichtigen Männern geäußert worden sind. So soll er der Ansicht gewesen sein, daß schlechte Land-

straßen dem Feinde das Fortkommen erschwerten. Danach sollten unfahrbare Straßen eine Wohltat sein für die Landesverteidigung, auch für die Stellmacher und Gastwirte, weil sie den Verkehr im Lande aufhielten. Schon Beuth¹⁾ hat darauf hingewiesen, daß bei Friedrich II. von solchen Erwägungen keine Rede gewesen sein könne. Tatsächlich läßt sich auch nicht eine Stelle in seinen Schriften finden, die darauf hindeutet. Die Erklärung liegt näher. Mit den Mitteln, die er zur Verfügung hatte, ließ sich eben nicht alles auf einmal machen, und diese Knappheit der Mittel hat ihn, weil sie ihn auf die Ausführung vieler Pläne verzichten ließ, oft sehr verstimmt. Er überschlug die Höhe der Kosten für die Anlage großer Straßenzüge nur zu gut und glaubte die Mittel hierfür nicht flüssig machen zu können. So ließ er auch die Vorschläge seiner Minister, z. B. in Schlesien neue Straßen zu bauen, um die Kohlengruben besser auszunutzen, unberücksichtigt, — weil er kein Geld dafür habe. Nur wenige Straßen im Riesengebirge hat er neu ausgebaut, die er aber für so bedeutsam hielt, daß er in einem Brief an Voltaire diesen Straßenbau besonders erwähnt. Gleichwohl ließ er den Zustand der Wege nicht ganz aus dem Auge. Mehrere Edikte befaßten sich mit der Verbesserung der Wege, Brücken und Dämme, besonders der Haupt- und Heerstraßen. 1756 erklärte er, „daß es sein ernster Wille sei, die Post-, Land- und Heerstraßen in seinem Lande in guten Stand zu setzen“. Aus dem Jahre 1769 datiert eine besondere Landstraßen- und Wegeordnung auch hier für das Fürstentum Halberstadt²⁾.

Den damaligen Zustand der Straßen hat der König bei seinen Kriegszügen und vor allem bei seinen bis zuletzt fortgesetzten langen Inspektionsreisen an der eigenen Person deutlich spüren können. Das Reisen bedeutete für den König, der durch Gicht und Podagra geplagt wurde, eine überaus große körperliche Strapaze, und wir müssen seine Energie und sein Pflichtgefühl bewundern.

Wesentlich besser war es mit dem Verkehr zu Wasser bestellt. Flüsse und Kanäle bildeten im 18. Jahrhundert die Hauptverkehrsadern. Hier allein war ein Massenverkehr möglich, und auf diesem Gebiet hat der König weitschauenden Blicks große Arbeit geleistet.

So lange weder Stettin noch Schlesien zu Preußen gehörten, war man bemüht gewesen, den überseeischen Handel von Schlesien über Berlin nach Hamburg zu lenken. Zu diesem Zwecke hatte der Große Kurfürst durch den Friedrich-Wilhelm-Kanal die Verbindung zwischen der Oder und Spree geschaffen. Die Hamburger und die schlesischen Kaufleute hatten allerdings hiervon den größten Vorteil, aber auch Berlin fuhr gut dabei. Die ganze Handelspolitik mußte sich ändern, seit Schlesien und Pommern mit Stettin preußischer Besitz geworden waren. Zunächst waren die Stapelgerechtsame von Frankfurt a. O. und Stettin überaus hinderlich. Beide Städte pochten auf ihre Privilegien. Jahrhunderte hatten sie sich gestritten und beiderseitig ihren Handel schwer geschädigt. Schon Friedrich Wilhelm I. hatte nach der Erwerbung von Stettin es ausgesprochen, daß die Maschine der brandenburgischen Welt sich ganz geändert habe, und daß sich die Frankfurter Ansprüche auf den neuen Zustand wie die Faust aufs Auge reimten. Auch Friedrich II. wandte der Entwicklung des Stettiner Handels, der sehr herabgekommen war, volle Aufmerk-

¹⁾ s. Verhandl. des Ver. z. Bef. d. Gew. 1827, S. 238.

²⁾ s. Schmidt, Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins, Stettin 1862. S. 200.

samkeit zu. Schon kurz nach seiner Thronbesteigung ließ er den Magistrat zu einer eingehenden Äußerung auffordern, wie dem Stettiner Handel zu neuer Blüte zu helfen sei. 1752 gelang es ihm, die so lange und hartnäckig festgehaltenen Stapelrechte der Oderstädte bis auf einen kleinen Rest (für Leinsamen) zu beseitigen¹⁾. Mit dem Plauenschen Kanal zwischen Elbe und Havel, dessen Förderung er am 15. März 1742 seinem Minister zur Pflicht machte, wollte er zugleich den Handel zwischen Stettin und den kurbrandenburgischen und magdeburgischen Städten erleichtern. Gleichzeitig befahl er, den seit dem 30jährigen Krieg verfallenen Finowkanal zwischen Havel und Oder wieder herzustellen, wodurch der Wasserweg zwischen Stettin und Berlin, der bisher an Frankfurt vorüber durch den Friedrich-Wilhelm-Kanal führte, um 19 Meilen sich verkürzte. Durch dieses Kanalsystem wurde eine neue leistungsfähige direkte Wasserstraße zwischen Magdeburg und der Ostsee, zwischen Stettin und der mittleren Elbe geschaffen. Gleichzeitig drängte der König, die Arbeiten an der Swinemündung zu beschleunigen. Die Swine konnte bis dahin von Seeschiffen noch nicht befahren werden, man konnte nur durch die sich noch im schwedischen Besitz befindende Peene ins Meer gelangen. Im Frühjahr 1747 wurde auch die Swine für die Durchfahrt geöffnet. Hier entstand Swinemünde. Die Kaufleute in Wolgast und Stralsund freilich klagten bitter über die Schädigung ihres schwedisch-pommerschen Handels.

Sehr erschwert wurde damals noch der Handel auf den Wasserstraßen neben den Stapelrechten der Städte durch die Höhe der Zölle und besonders durch ihre Ungleichheit auf Elbe und Oder. Die Akziseverwaltung wollte von Herabsetzung nichts wissen aus Furcht, zuviel von ihren Einnahmen zu verlieren. Der König aber befahl schließlich seinem General-Direktorium, wenigstens die Gleichstellung der Elb- und der Oderzölle, „die völlige Parifikation zwischen den Elb- und Oderkursen“, herbeizuführen. Der Stettiner Handel belebte sich zusehends. Zählte man in Stettin 1751 nur 79 Schiffe mit 4675 Lasten, so waren es 1786 bereits 147 Schiffe mit 17 919 Lasten und 1179 Mann Besatzung²⁾. Auch der Schiffbau begann sich zu heben, schon konnten größere Seeschiffe bis 120 Fuß Kiel-länge angefertigt werden. 1786 waren in Stettin gebaute Schiffe auch im Ausland sehr geschätzt, und die Werften bekamen von dort viele Aufträge.

In Königsberg, Memel und Pillau war der Schiffbau noch recht unbedeutend. In allen drei Städten wurden jährlich etwa 20 Schiffe vom Stapel gelassen. Auch hier suchte der König weiter zu helfen. In Pommern wurden 1782 an 21 Orten 99 Schiffe im Wert von 1 Mill. Tlr. fertig gestellt. 113 Schiffe für rd. 873 000 Tlr. hatte man in sechs Jahren nach dem Ausland verkaufen können.

Während der König für die Beseitigung der Stapelrechte der alten Handelsplätze an der Oder eingetreten war, diente ihm in Magdeburg das Stapelrecht zu einer wirk-samen Waffe in dem Wettkampf mit den Hamburger und Leipziger Kaufleuten³⁾.

Kaum war Westpreußen in des Königs Besitz gekommen, so ging er mit besonderer Energie daran, das Stromgebiet der Oder mit der Weichsel durch einen Kanal zwischen der Netze und der Brahe zu verbinden. Schon am 26. Februar 1772 erteilte er die entsprechenden Befehle. Auch die Nogat sollte schiffbar gemacht werden um so

1) s. Schmidt, Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins. Stettin 1862. S. 102 u. 127.

2) s. Schmidt Bd. II S. 279.

3) s. Koser Bd. I S. 443.

den Weichselverkehr seewärts von Danzig, das noch nicht an Preußen gefallen war, möglichst dem preußischen Elbing zuzuwenden. Friedrich war so ungeduldig, den Kanal fertig zu sehen, um die Folgen noch zu erleben, daß er anfangs 6000 Menschen Tag und Nacht arbeiten ließ. Tatsächlich hat er es auch erreicht, daß er schon im Juni 1773, als er das Land bereiste, die ersten Schiffe auf der neuen Wasserstraße begrüßen konnte. 1775 war das ganze Werk vollendet, 222 Schiffe und 1151 Flösse belebten den Kanal. 640 000 Tlr. hat das Werk den König gekostet.

Gleichzeitig wurde die Netze zwischen Nakel und Driesen reguliert und auch einige Nebenflüsse der Netze und Weichsel schiffbar gemacht. 1783 wurde zwischen der Nogat und Elbing der 1½ Meilen lange Kraffuhlskanal gebaut.

Natürlich haben alle diese großen Anlagen zugleich auch für die Melioration des Landes die größten Dienste geleistet.

Auch im Westen hat der König die Schiffbarmachung der Ruhr von der Grafschaft Mark bis zum Rhein gegen die zum Teil widerstrebenden benachbarten Territorialherrschaften durchgesetzt und damit zugleich ein Versprechen des Großen Kurfürsten erfüllt, der schon 1649 den Kleve-märkischen Ständen feierlich zugesagt hatte, diesen Fluß „navigabel“ zu machen. Auch die Duisburger Börtsschiffahrt, die Ende des 18. Jahrhunderts große Bedeutung hatte, fand des Königs Interesse, ohne daß er Veranlassung gehabt hätte, durchgreifende Maßnahmen zu treffen¹⁾.

Der König als Industriebegründer.

Bereits mehrfach konnte darauf hingewiesen werden, wie der König die Aufgabe neue Industrien zu begründen und die vorhandenen zu entwickeln, stets in den Vordergrund aller seiner volkswirtschaftlichen Maßnahmen gerückt hat. Blühende Manufakturen erschienen ihm eine unerläßliche Grundlage auch für einen gesunden Handel. Er wußte, was Frankreich, was England auf diesem Wege bereits erreicht hatten, und er war sich bewußt, daß der Weg zur wirtschaftlichen Machtstellung ohne politischen Einfluß auf die Dauer nicht verfolgt werden konnte. Das Material, das aus der Tätigkeit des Königs auf diesem Gebiet in seinen eigenen Schriften, in großen Veröffentlichungen und vor allem auch in den riesigen Aktenstößen unserer Archive enthalten ist, läßt uns staunend den Umfang und die Intensität seiner Arbeit heute erkennen. Will man hiervon eine deutliche lebendige Vorstellung gewinnen, so muß man auf diese Tätigkeit innerhalb einzelner, vom König besonders gepflegter Industriezweige näher eingehen, was im Folgenden versucht werden soll. Deshalb möge hier nur einleitend auf die Maßnahmen des Königs im Zusammenhang hingewiesen werden.

In erster Linie suchte er die Gewerbebezweige, die er so mühsam begründete und groß zog, durch Schutzzölle und Einfuhrverbote zu schützen. Die Arbeit im Lande sollte gestärkt und gemehrt werden. Er pflegte, wenn man Einwände dagegen erhob, darauf hinzuweisen, daß er einen schlechten Boden habe, und daß er deshalb den Bäumen, die er pflanze, Zeit lassen müsse, Wurzel zu schlagen und stark zu werden. Die Aufgaben, die er hier zu erfüllen hatte, waren eminent erzieherischer Art.

¹⁾ s. Die Duisburger Börtsschiffahrt von Averdück. Duisburg 1905.

Offt hat er geklagt, daß seine Landeskinder faul und träge seien, daß ihnen der nötige Unternehmungsgeist fehle, und daß er daher oft Dinge unternehmen müsse, die eigentlich die Bürger zu tun hätten. Den Unternehmungsgeist zu wecken, ihn durch Unterstützungen zu ermuntern, den neuen Unternehmungen nicht nur mit Rat, sondern auch mit helfender Tat in schweren Zeiten zur Seite zu stehen, hielt Friedrich der Große für seine Aufgabe.

Wir sehen, wie er nicht nur negativ die Industrie durch staatliche Verbote zu fördern suchte, sondern wie er vorwiegend auch positive Hilfe leistet. Er baut den Unternehmern Fabriken, er schafft ihnen die innere Einrichtung nach den neusten ausländischen Vorbildern, er sorgt dafür, durch seine Agenten im Auslande, daß geeignete Arbeiter und Meister zur Verfügung stehen, und er kümmert sich um den Absatz der Produkte. Bei einigen Luxusindustrien war er anfangs der beste Kunde seiner eigenen Unternehmer. Das Kabinett des Königs glich oft einem großen Geschäftshaus. Die Gesandten erhielten nicht nur politische Weisungen, sondern vielfach auch bis ins einzelne gehende kaufmännische und industrielle Aufträge.

Natürlich sind gegen alle diese Maßnahmen, von den Kritikern des Königs auch schon zu seinen Lebzeiten lebhaftige Einwendungen erhoben worden. Auch sein Finanzmann de Launay hat ihm einst dringend geraten, zugunsten des Handels und der sich daraus entwickelnden Mehreinnahmen der Akzise von seinem Industrieschutzsystem etwas abzusehen. In der Erwiderung des Königs finden wir seine Anschauungen über das was er mit diesen Maßnahmen bezweckte am treffendsten ausgedrückt: „Sie haben große Absichten, allein Sie greifen der Zeit voraus. Wenn diese gekommen ist, werde ich schon das thun, wozu Sie mir rathen; ich würde aber Alles verderben, wenn ich dem geeigneten Zeitpunkte vorgreifen wollte. Sie kennen Meine Staaten. Mehrentheils ist der Boden sandig, trocken und undankbar; er bringt nicht genug Korn hervor, um alle seine Bewohner damit zu versehen, und die besseren Provinzen können die schlechteren nicht ganz damit versorgen. Die Weide ist, aus gleichen Ursachen, auch nicht hinreichend. Das Vieh ist klein, mager und in geringer Anzahl, meine Unterthanen müssen es sich zum Theil aus Polen holen. Oel, Spezerei, Zucker, Kaffee und hundert andere Produkte müssen aus der Fremde importiert werden und ziehen ein ansehnliches Geld aus dem Lande. Wollte ich nun meinen Unterthanen gestatten, fremde Fabrikwaaren, die freilich sehr nach ihrem Geschmack sein würden, zu importiren, was würde in kurzer Zeit, da der Luxus in allen Ländern die Oberhand gewonnen, aus ihnen werden? Sie würden bald alles für Wolle, Leinwand und Holz, unsere einzigen Exportartikel eingenommene baare Geld ausgegeben haben. Ich muß also nothwendiger Weise genau auf die Bilanz Achtung geben und meine Hand öffnen, nicht um an die Ausländer zu geben, sondern um von ihnen zu bekommen. Was Sie mir von Handel und Industrie sagen, ist ganz gut; die Industrie ist freilich die Säugamme eines Landes und der Handel die lebende Seele eines Staates; allein dies gilt nur von solchen Ländern, wo die Industrie die Grundfeste des Handels, und der Handel der Geschäftsmann der Industrie ist; alsdann ist der Wettstreit das beste Mittel zur Vervollkommnung der Kunst. Aber in meinen Landen verhält es sich damit anders; die Industrie ist hier noch in der Wiege und der Handel nichts weiter als der Handlanger des fremden Handels. . . . Ich prohibire so viel ich kann, weil dieses das einzige Mittel ist, daß meine Unterthanen sich dasjenige selbst machen,

was sie nicht anderswoher bekommen können. Ich gestehe zu, daß sie es anfangs schlecht machen; aber mit der Zeit und Gewohnheit wird es vollkommener werden und wir müssen mit den ersten Versuchen Geduld haben.- Ich gestatte Privilegien (Monopole, Patente), ich habe viele Vorschüsse zu Etablissements gemacht, die sich leicht über eine Million Thaler, die Accisefreiheiten ungerechnet, belaufen und ich schätze mich noch dabei glücklich, wenn ich sie aufrecht erhalten kann; ich lasse sie nicht aus den Augen, und wenn ich finde, daß ihr Gewinn zu ansehnlich wird, so hebe ich das Privilegium auf, damit Konkurrenz entstehe. . . . Mit der Zeit wird es immer besser gehen, man muß Geduld haben. Ich habe einen schlechten Boden, also muß ich den Bäumen, die ich pflanze, Zeit lassen, um Wurzel zu schlagen und stark zu werden, ehe ich Früchte von ihnen verlangen kann. Lassen Sie das Volk über meine Prohibitionen schreien und sorgen Sie nur, daß keine Contrebande gemacht werde. Mein Volk muß arbeiten und würde faul werden, wenn die Industrie keinen großen Absatz hätte. Ueberdem muß man das Geld nicht aus dem Lande lassen, wenn man wenig Mittel hat, es wieder herbei zu schaffen.“

Auch hieraus erkennen wir wieder, wie Friedrich durchaus nicht alle seine Maßnahmen für dauernd zweckmäßig ansah, daß es ihm vielmehr darauf ankam, das für die vorliegenden Verhältnisse Zweckmäßigste zu wählen, daß er sich aber sehr gut vorstellen konnte, wie bei Weiterentwicklung der Industrie die von ihm getroffenen Maßnahmen überflüssig, schließlich auch schädlich werden konnten.

Der Minister von Hertzberg hat in einer seiner Reden, die er an des Königs Geburtstag in der Akademie zu halten pflegte, das Ergebnis von Friedrichs II. industrieller Tätigkeit zu ziehen versucht. Er stellte 1785 fest, daß die Zahl der industriellen Arbeiter bereits 165 000 betrüge, und daß der Wert der Produktion auf 30 Mill. Tlr. — eine Zahl, die man allerdings heute trotz der Versicherung des Ministers als zu hoch geschätzt annimmt — gestiegen sei. Nach den von ihm gegebenen Zahlen war der Stand der „nationalen Industrie“ 1785:

Leinenindustrie . . .	51 000	Stühle	mit 80 000	Beschäftigten	und 9 Mill. Tlr.	Jahresumsatz.
Wollindustrie	18 000	-	-	58 000	-	8 - - -
Seidenindustrie	4 200	-	-	6 000	-	3 - - -
Baumwollindustrie . .	2 700	-	-	7 000	-	1,2 - - -
Lederfabriken	-	-	-	4 000	-	2 - - -
Eisen- und Metallindustrie	-	-	-	3 000	-	2 - - -
Tabakindustrie (140 000 Ztr. einheimisches Gewächs)	-	-	-	2 000	-	1 - - -
Zuckerindustrie	-	-	-	1 000	-	2 - - -
Porzellan- und Fayence-Industrie . .	-	-	-	700	-	0,2 - - -
Papierindustrie	-	-	-	800	-	0,2 - - -
Talg- und Seifenindustrie	-	-	-	300	-	0,4 - - -
Glasindustrie	-	-	-	—	-	0,2 - - -
Manufakturen in Gold, Silber, Spitzen, Stickereien	-	-	-	1 000	-	0,4 - - -
Krapp aus Schlesien	-	-	-	—	-	0,3 - - -
Ölindustrie	-	-	-	600	-	0,3 - - -
Bernsteinindustrie	-	-	-	600	-	0,05 - - -

165 000 Beschäftigte und 30,25 Mill. Tlr. Jahresumsatz.

In der Tabelle fehlen noch zahlreiche kleinere Betriebe, z. B. die Wachsbleichereien, Stärke-, Alaun-, Essigfabriken usw. Von den 30 Mill. Jahresertrag kamen auf Schlesien 11, auf die Kurmark 9 Mill. Tlr.

Gewiß sind die durch diese Zahlen gekennzeichneten Ergebnisse hoch bedeutsam für das, was der König auf diesem Gebiete geleistet hat, und doch wird man noch höher einschätzen können das, was erzieherisch auf diesem Wege erreicht worden ist. Er hat aus den in ihren engen Verhältnissen selbstzufriedenen kleinen Ackerbürgern wagemutige Unternehmer gemacht, eine Erziehungsweise, die in den nächsten Jahrzehnten noch konsequent weiter verfolgt wurde. Damit hat der große König der gewaltigen industriellen Entwicklung unserer Zeit vorgearbeitet. Ohne die geeigneten tatkräftigen Menschen, die bereit sind, ihre ganze Arbeitskraft und ihr Geld für neue ungewohnte Unternehmungen zu wagen, läßt sich letzten Endes keine Industrie auf die Dauer schaffen.

Im Vordergrund des königlichen Interesses stand die Seidenindustrie, die deshalb im Folgenden auch an erster Stelle behandelt ist. Nicht minder bemerkenswert sind die Bestrebungen des Königs auf dem Gebiet des Berg- und Hüttenwesens. Zum Schluß wird auch auf einige andere Industrien noch kurz hinzuweisen sein.

Die Textilindustrie gab der Industrie des 18. Jahrhunderts ihr kennzeichnendes Gepräge. Sie hat zunächst die zu eng gewordenen Organisationsformen der Zünfte durchbrochen und sich, von den Fürsten besonders unterstützt und gefördert, zu Großunternehmungen entwickelt. Die Regierungen der größeren Staaten suchten die verschiedensten Zweige dieser Industrie in erster Linie zu fördern. Besonders zog die Seidenindustrie das Interesse der Fürsten auf sich, konnte man doch durch Förderung gerade dieser Industrie sehr erhebliche Geldmittel im Lande erhalten. Man muß hierbei berücksichtigen, daß im 18. Jahrhundert verhältnismäßig sehr viel mehr Seide in wohlhabenden Kreisen getragen wurde als heutzutage, so daß der Absatz für diese Luxusindustrie recht günstig war. Es ist bekannt, wie auch Friedrich der Große der Seidenindustrie von Anfang an sein besonderes Interesse zugewandt hat. An ihrer Einführung und Entwicklung in Preußen läßt sich daher am besten die bis ins einzelne gehende Fürsorge des Königs für Industrie und Gewerbe studieren. Gerade hier lernen wir den König als den großen Unternehmer kennen, dessen gesamte Maßregeln die Weckung des Unternehmergeistes bei seinen Untertanen zum Ziel hatten. Gerade hier kann man Friedrich II. als den Erzieher seines Volkes auf dem Gebiet der Industrie und des Gewerbes in seiner ganzen Größe kennen lernen. Dies wird wesentlich erleichtert, seit die Königl. Akademie der Wissenschaften durch ihre großen Veröffentlichungen (*Acta Borussica*)¹⁾ die Quellen über die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert weiten Kreisen zugänglich gemacht hat.

Seidenindustrie.

Von unserem heutigen Gesichtswinkel aus will es uns allerdings wundernehmen, wenn wir sehen, welch große Arbeitskraft und welche großen Geldmittel Friedrich gerade

¹⁾ Im Folgenden ist für die Darstellung der Arbeiten des Königs auf dem Gebiet der Seidenindustrie gerade diese Quelle, und zwar der von O. Hintze bearbeitete zusammenfassende Band benutzt worden.

auf Förderung dieser Industrie verwendet hat, deren Bedeutung heute bei uns weit zurückgetreten ist. Mancher, der die Entwicklung nur flüchtig übersieht, kann leicht zu dem Schluß kommen, es habe sich hier mehr um die Laune eines Fürsten gehandelt, der lediglich durch künstliche Maßnahmen eine Industrie großzüchten wollte, die keinerlei natürliche Lebensbedingungen gehabt habe. Diese Bestrebungen haben deshalb auch viel Verurteilung erfahren. Sieht man aber genauer hin, so erkennt man, daß es damals durchaus in der Entwicklung der gesamten industriellen Verhältnisse lag, die Seidenindustrie in erster Linie zu pflegen.

Friedrich konnte auch auf diesem Gebiet schon an die Arbeiten seiner Vorfahren anknüpfen. Der Große Kurfürst suchte dem französischen Beispiel und dem Sachsens, das bereits eine blühende Seidenindustrie entwickelt hatte, zu folgen. 1675 hatte der Große Kurfürst versucht, eine der Dresdner ähnliche Manufaktur in Berlin zu begründen, zuerst noch ohne Erfolg. Durch die Einwanderung der französischen Flüchtlinge nach der Aufhebung des Edikts von Nantes, eins der bedeutendsten Ereignisse für die gewerbliche Entwicklung Brandenburgs, kamen neue vielfältige Anregungen nach dieser Richtung in das Land. Technische und kaufmännische Erfahrungen brachten die französischen Geschäftsleute mit nach Brandenburg. Sie ermöglichten es jetzt, die Pläne der Verwirklichung näher zu bringen. Allerdings war hierzu Geld erforderlich. Die reichen französischen Auswanderer hatten sich nach der Schweiz, nach England und Holland begeben, nach dem armen Brandenburg gingen zumeist nur die ärmeren Leute. Es fehlte an Kapital, die Regierung mußte überall helfend eingreifen.

Berlin kam für die Seidenindustrie in erster Linie in Frage, denn hier war der Hof der einzige große Verbraucher im Lande. Einige wenige Fabriken wurden gegründet, eine Anzahl kleinerer Meister arbeiteten daneben. Größere Bedeutung aber gewannen alle diese Bestrebungen doch erst, als Friedrich II. mit wesentlich höheren Geldmitteln sich die Förderung dieser Industrie zu einer seiner vornehmsten Aufgaben machte.

Eine der ersten Regierungstaten Friedrichs war es, ein besonderes Ministerium für Handel und Industrie, das sogenannte V. Departement, zu schaffen. An die Spitze stellte er den Minister von Marshall, einen der tüchtigsten Beamten seines Vaters, der bis zu seinem Tode diese Stelle inne hatte und es vorzüglich verstand, die großen Pläne des Königs durchzuführen. Unter den Aufgaben der neuen Behörde stand die Förderung der Seidenindustrie an erster Stelle. Mit dem, was bisher vorhanden war, ließ sich wenig anfangen, und der König hat die Seidenindustrie geradezu unter die Manufakturen eingereiht, die im Lande noch fehlten, die es also vollständig neu zu schaffen galt. Berlin und Potsdam sollten die Mittelpunkte werden. Zunächst galt es auch hier, Arbeiter und Unternehmer anzuwerben, eine große städtische gewerbliche Kolonisation sollte ins Leben gerufen werden. Ein Patent vom 27. Juli 1740 versprach allen Ausländern, Manufakturisten, Kaufleuten und anderen bemittelten Personen, die sich nach Berlin begeben würden, Befreiung von den bürgerlichen Lasten und auch für 2 Jahre lang Servis- und Akzisierungsfreiheit.

So schnell als der König es gehofft hatte, ging die Arbeit aber nicht voran. Die schlesischen Kriege und mangelnde Geldmittel waren die Ursache, erst Ende der 40er Jahre begann eine erfolgreichere Tätigkeit. Ein Fabrikant Pitra, den der Vater Friedrichs schon veranlaßt hatte, aus Dresden nach Berlin überzusiedeln — Pitra stammte

aus Lyon — konnte von seinen 32 Stühlen nur noch 6 beschäftigen. 1742 suchte sich einer seiner Gesellen, dem der König 4000 Tlr. vorschob, selbständig zu machen, indem er sich einige Arbeiter aus Lyon verschrieb, aber auch dieses Unternehmen sollte nicht glücken. Die Kaufleute wollten von der im Lande selbst hergestellten Ware nichts wissen, so sehr die Regierung sie drängte, ihren Absatz bei den einheimischen Fabrikanten zu decken, so wenig taten sie es, ja sie arbeiteten geradezu gegen die Manufaktur.

Auch die Seidenstrumpf-Manufakturen, die in den 30er Jahren entstanden waren, kamen nicht vorwärts. Die Gobelin-Manufaktur von Charles Vigne hatte ein Warenlager im Wert von über 80 000 Tlr. angehäuft, ohne entsprechenden Absatz erzielen zu können. Der König selbst war der beste Abnehmer. Er hatte befohlen, daß man den fremden Gesandten unter anderen Geschenken jedesmal eine Tapete von Vigne im Wert von rd. 1500 Tlr. mitgeben sollte. Er gestattete auch, zur Räumung des Warenlagers 1744 eine Lotterie zu veranstalten, und er forderte seine höheren Beamten und Hofleute auf, sich daran zu beteiligen, aber auch dadurch ließ sich der Rückgang dieses Betriebes nicht aufhalten. Der Hauptgrund lag übrigens damals in der Veränderung der Mode. Die gewirkten Tapeten schätzte man nicht mehr in der gleichen Weise wie früher.

Günstig dagegen entwickelte sich die Seidenmanufaktur von Hirsch David in Potsdam. Das ihm erteilte Monopol wurde ihm 1742 auf weitere 10 Jahre verlängert. Ein Kapitalvorschub von 8000 Tlr., den er 1740 erhielt, machte es ihm möglich, seinen Betrieb bis auf 144 Stühle zu erweitern.

In erster Linie wurde Samt und Plüsch, daneben auch Atlas, Damast und andere Seidenzeuge hergestellt. Das schon 1737 in der Mark und in Pommern erlassene Einfuhrverbot für fremden Samt wurde 1741 erneuert und dann auch auf Magdeburg und Halberstadt und 1746 auf Preußen ausgedehnt, wo besonders Königsberg einen lebhaften Handel von Samt und Seide nach Rußland hin trieb.

Verarbeitet wurde im wesentlichen italienische Seide. Auf die Ergebnisse des Seidenbaues im eigenen Lande, der natürlich nur langsame Fortschritte machte, mußte man noch warten. Gerade das Bestreben Friedrichs II., die Rohproduktion der Seide auch in Preußen heimisch zu machen, berührt heute am merkwürdigsten. In der Natur der Sache lag jedenfalls von vornherein noch kein Grund für das Mißlingen dieser Unternehmung. Die Maulbeerbäume, deren Blätter zur Ernährung der Seidenraupen dienen, wachsen, besonders auf magerem Boden, auch in unserem Klima sehr gut, natürlich ist größte Vorsicht und Schonung geboten, aber die vortrefflichen Erfolge, die Einzelne erzielt haben, beweisen, daß es immerhin möglich ist. Das Streben des Königs ging eben hier wie auf allen anderen Gebieten dahin, sich auch im Bezug des Rohstoffes soweit als irgend möglich vom Ausland unabhängig zu machen. Auch in dieser Beziehung konnte er wieder an frühere Bestrebungen anknüpfen, hat doch Leibniz sich für die Einführung der Seidenzucht besonders interessiert. Ebenso ging der König gleich in den ersten Regierungsjahren daran, ein Seidenmagazin zu begründen, aus dem man, ähnlich wie bei dem Wollmagazin Friedrich Wilhelms I., den Rohstoff zu billigen Preisen abgeben wollte. In einem Haus am Wilhelmsplatz sollte das Magazin und das Warenlager untergebracht werden. Eine größere Anzahl Seidenweber wollte der König, soweit sie nicht Häuser oder Mietwohnungen hatten, am heutigen Leipziger Platz, damals dem äußersten Ende der Stadt, unterbringen, weil da die Mieten billig waren.

Mit besonderer Energie wurden alle diese Bestrebungen gefördert, sobald der Dresdner Friede geschlossen war. Ein Kapital von 100 000 Tlr. wurde dem V. Departement als Manufakturkasse zur Verfügung gestellt, ferner wurde eine „Commerciens- und Manufactur-Commission“ gegründet. Sie bestand aus den beiden Direktoren der Gold- und Silbermanufaktur, dem Polizeidirektor von Berlin, dem Polizeidirektor der französischen Kolonie und dem Chef des französischen Oberdirektoriums. Viel war getan, aber noch mehr blieb zu tun übrig. Der König übernahm jetzt selbst noch mehr als früher die Leitung, er ernannte nach Marschalls Tod keinen anderen Minister, sondern stellte den geheimen Finanzrat Fäsch an die Spitze des Departements, der, von Haus aus Kaufmann, aus der Reihe der preußischen Verwaltungsbeamten ganz heraus trat. Die Manufakturkommission verlor jetzt ihre frühere Bedeutung, der König verkehrte lieber mit Einzelpersonen als mit kollegialen Behörden.

In Berlin waren damals in allen Zweigen der Seidenindustrie etwa 900 bis 1000 Stühle beschäftigt, in Potsdam etwa 100 bis 200. O. Hintze schätzt die Zahl der in der Seidenindustrie beschäftigten Personen in Berlin und Potsdam in der damaligen Zeit auf etwa 4000, das war bei der damaligen Bevölkerung eine recht beträchtliche Zahl für einen Industriezweig. Einen merkwürdigen Einschlag in die Berliner Bevölkerung mögen diese aus aller Herren Länder herbeigeholten Meister und Gesellen gebildet haben. Aus den deutschen Großstädten, aus Italien und Kopenhagen, aus der Schweiz, namentlich aber aus Lyon waren sie durch die preußischen Agenten nach Berlin gebracht worden. Man mußte hierbei sehr vorsichtig zu Werke gehen, denn fast alle Staaten hatten schwere Strafen auf Auswanderung ihrer Manufakturisten gelegt. Wenn man dort eines ausländischen Agenten habhaft werden konnte, so wurde er festgesetzt.

Die den Einwanderern gesetzlich zugebilligten Freiheiten wurden ihnen meist in barem Geld vorausbezahlt. Durchschnittlich betragen sie für eine Familie 50 Tlr., Reise- und Transportkosten wurden außerdem vergütet. Konnte man die Einwanderer nicht sofort beschäftigen, so gab man ihnen solange Wartegelder, bis sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen konnten.

Sehr interessant ist zu sehen, wie eingehend sich der König um die neuen Untertanen kümmerte. Es war oft nicht leicht, mit diesen zusammengewürfelten Elementen fertig zu werden, denn nicht immer waren es die vom behördlichen Gesichtswinkel besten Leute, die aus ihrer Heimat den Versprechungen auswärtiger Agenten gefolgt waren. Die Aufsicht der Behörden war in vielen Fällen dringend notwendig, um den Zweck, der mit der Einwanderung verbunden war, auch schließlich zu erreichen. Die in das Unternehmen hineingesteckten Geldmittel sollten sich eben auch verzinsen. Der König hat sich um manche dieser Einwanderer persönlich sehr eingehend gekümmert, zuweilen kam es wohl vor, daß er einem oder dem andern fremden Meister, die ihn Geld gekostet hatten, auch sagen ließ, er solle fleißig arbeiten und nicht soviel spazieren gehen; oder einem anderen riet er, nicht zu viel für eigene Bedürfnisse auszugeben und sich um die Wirtschaft besser zu kümmern. Manche der Eingewanderten merkten bald, daß man auch in Berlin nicht ohne eigene Arbeit Geld verdienen könne. Von Haus aus für Abenteuer aufgelegt, folgten sie nur zu gern fremden Anerbietungen und suchten heimlich das Land wieder zu verlassen. Hier hatte die Polizei dafür zu sorgen, daß wenigstens nicht die Leute, die Vorschüsse erhalten hatten, ohne Rückzahlung sich davon machten. Der König

erkannte richtig, daß es für eine dauernde Begründung der Industrie unbedingt erforderlich war, die eigenen Landeskinder für diese Industrie zu erziehen. Er fand bei den Einwohnern wenig Verständnis. Die Handwerker und kleinen Bürger hielten sich für viel zu gut, um in der Manufaktur zu arbeiten. Der König griff deshalb zunächst auf die Waisenhäuser zurück. Die hatten die Lehrlinge für die Seidenmanufaktur zu stellen. Dann waren es Kinder armer Leute, die seit 1748 auf königliche Kosten als Lehrlinge in die Berliner Fabriken eingestellt wurden. 30 Tlr. Entschädigung erhielt der Lehrmeister jährlich für einen Knaben, dem er dafür Wohnung, Kost und Kleidung zu gewähren hatte. Bewährte sich einer dieser jungen Leute ganz besonders, so schenkte ihm der König selbst wohl auch als Belohnung einen neuen Anzug. Diese Erziehung zum Gewerbe lag dem König sehr am Herzen. In dem politischen Testament von 1752 spricht er von seiner Absicht, 200 bis 300 solcher Lehrlinge eine Reihe von Jahren hindurch zu unterhalten, um so einheimische Arbeitskräfte für 2000 Stühle zu haben. In diesem Umfang kamen aber seine Pläne nicht zur Ausführung, weil neue Kriege allzuviel Geld kosteten. Der König hat auch wiederholt darauf hingewiesen, daß man nur solche Knaben auswählen sollte, die Lust und Geschick zur Sache hätten, und er hat die Meister dazu angehalten, die Lehrlinge sehr sorgfältig in ihrem Handwerk zu unterweisen und sie nicht mit anderen Arbeiten zu belasten. 1754 hatten die ersten 16 jungen Leute ausgebildet. Der König ließ silberne Medaillen anfertigen und sie den 5 Meistern, die sie ausgebildet hatten, überreichen. So hat sich der König seine ersten Industriearbeiter mühsam heranziehen müssen.

Aber damit war es noch nicht getan. Zu einer Industrie gehören nicht nur Arbeiter, sondern auch Unternehmer. Die Geschichte der Industrie gibt zahlreiche Beispiele hierfür, wie mit dem Bau einer Fabrik und ihren Einrichtungen und mit der Anwerbung von Arbeitern noch keineswegs alles getan ist. Es handelt sich um die Menschen, die alle diese Arbeiter beschäftigen können, die allen diesen Händen Arbeit zu verschaffen imstande sind. Die große geistige Arbeit, die in dieser Unternehmertätigkeit liegt, die große wichtige Rolle, die diese Unternehmer spielen, kann nur der unterschätzen, der die Entwicklung nicht kennt. Mit Recht schreibt Hintze: „Nicht einige hundert oder tausend Weber, Spinner und Färber machen eine Industrie, sondern erst der spekulative, kombinierende Geist der Unternehmung, der die tausend fleißigen Hände beschäftigt und beherrscht, jedem Einzelnen seinen Platz anweist, die Bedürfnisse der Konsumenten kennt und abzuschätzen versteht, den Bezug des Rohstoffes unter den günstigsten Bedingungen bewirkt, die Muster und Gerätschaften anschafft, welche Technik und Mode erfordern, vor allem aber mit beständigem Blick auf den großen Markt den Absatz in lebhaftem Gange zu halten versteht. Diesen Geist zu wecken und zu beleben war Friedrich der Große seine ganze Regierungszeit hindurch vorzüglich bemüht; er wußte, daß davon zuletzt das Gelingen seiner ganzen handels- und gewerbepolitischen Bestrebungen abhängt.“ Diese Unternehmer sich zu erziehen war schwieriger, als die Arbeiter sich heranzubilden, und oft mußte der König klagen, daß seine Untertanen so wenig geschäftlichen Unternehmungsgeist besäßen. Die Erziehungsarbeit, die er aber nach dieser Richtung hin durch sein Beispiel, durch seine beständige Aufmunterung, durch Zwang und Drohung geleistet hat, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Früchte dieser Arbeit allerdings haben erst spätere Generationen ernten können.

Sehen wir uns jetzt einige der besonders kennzeichnenden Unternehmungen der Seidenindustrie näher an. In Potsdam war die schon erwähnte Samtfabrik von Hirsch David mit einem Monopol ausgerüstet. Da Hirsch der eingegangenen Verpflichtung, den ganzen Landesbedarf zu decken, nicht nachkommen konnte, so regte der König die Gründung einer zweiten Samtfabrik an. Der Hoflieferant Chr. Fr. Blume entschloß sich besonders auf Anregung von E. Gotzkowsky, 1746—1747 eine Fabrik von zunächst 60 Stühlen anzulegen. Der König sorgte dafür, daß beide Fabriken sich nicht Konkurrenz machten, ihr Absatzgebiet sollte getrennt sein, auch ihre Fabrikationsartikel sollten nach Möglichkeit verschieden sein. Blume starb schon in dem ersten Jahr der Begründung seiner Fabrik, und nun trat an seine Stelle Gotzkowsky, der inzwischen Blumes Tochter geheiratet hatte. In Gotzkowsky lernen wir einen der wenigen großen Unternehmer kennen, die nach dieser Richtung hin als des Königs Mitarbeiter hervorragende Bedeutung für die Entwicklung der Gewerbe in Preußen gewannen.

Gotzkowsky war am 21. November 1710 zu Konitz als Sohn eines polnischen Adligen geboren. Schon früh verlor er beide Eltern, Verwandte erzogen ihn in Dresden. Mit 14 Jahren kam er nach Berlin, wo sein älterer Bruder als Kaufmann bei dem Lagerhaus angestellt war. Von 1724 bis 1730 hat er in der Sprögelschen Materialhandlung seine Lehrzeit durchgemacht und Gelegenheit gefunden, durch Selbstunterricht sich weitere Kenntnisse zu erwerben. Inzwischen hatte der Bruder ein eigenes Geschäft in Galanteriewaren eröffnet, in das er seinen Bruder mit aufnahm. Hier zeigte sich das ausnehmende Geschick Gotzkowskys, Aufträge herbeizuholen. Er kam auch mit dem königlichen Hause in Beziehung und lernte hier den damaligen Kronprinzen Friedrich kennen, der sich den aufgeweckten jungen Kaufmann später jedesmal nach Rheinsberg kommen ließ, wenn dieser von der Leipziger Messe zurückkam. „Seine Königliche Hoheit äußerten schon damalen“, erzählte Gotzkowsky später, „ein großes Verlangen an Errichtung neuer und bisher hier unbekannt gewesener Fabriken.“ Gleich nach seinem Regierungsantritt ließ sich Friedrich Gotzkowsky nach Charlottenburg kommen, um sich mit ihm über seine gewerblichen Pläne zu unterhalten.

Der König wußte, daß er sich hier an den rechten Mann gewandt hatte, und Gotzkowsky hatte bald soviel Leute in seinem Betriebe angestellt, daß er seiner Auffassung nach wenigstens das halbe Deutschland mit Bijouterien versorgen konnte. Aus Gotzkowskys eigenen Schilderungen seiner weiteren Tätigkeit gewinnen wir ein besonders anschauliches Bild über seine großzügige Unternehmertätigkeit, auch über die Schwierigkeiten, die damals zu überwinden waren. Wir hören, wie er sich auf seine eigenen Kosten geschickte Arbeiter aus aller Herren Länder kommen läßt. Für manche muß er 1000 bis 1500 Tlr. bezahlen. Natürlich kostete auch die erste Einrichtung einer Fabrik viel mehr als die nach ihrem Muster gebauten späteren Anlagen, denn bei der ersten Fabrik mußte man oft ein nur zu hohes Lehrgeld bezahlen. Sehr viel machte ihm dann der große Widerstand des Publikums gegen die Waren zu schaffen. Da heißt es, eine neue Fabrik, die soviel Kapital für Einrichtungen und Arbeiter hergibt, muß selbstverständlich viel teurer arbeiten als die Firmen im Auslande, und deswegen müsse auch eine gleichwertige Ware viel teurer zu stehen kommen. Mit Recht weist Gotzkowsky darauf hin, daß, wenn früher Frankreich und England ebenso gedacht hätten, sie auch heute noch keine Industrie haben würden. Er erinnert das Publikum daran, wie doch gerade durch die fremden

Arbeiter und Meister Geld ins Land käme, den teuren Arbeitslohn müßten sie doch an Ort und Stelle verzehren. Die Fabrikation würde mit jedem Tage billiger, da man ja Landeskinder anlerne, die mit viel weniger Lohn zufrieden wären.

Das half aber alles nichts, das Warenlager wurde immer größer, und schließlich mußte der König eingreifen. Die Einfuhr fremden Sammets wird verboten. Die Kaufleute, über diese Beschränkung ihres Handels aufs äußerste erbittert, suchen dem Fabrikanten erst recht große Schwierigkeiten zu machen. Nichts findet ihren Beifall, an allem haben sie auszusetzen. „Bald fehlte es an der Farbe, bald an der Bereitung. Der eine wollte sie stark und schwer, der andere dünn und leicht haben.“ Der Fabrikant muß sehen, wie er trotzdem sein Publikum zufrieden stellt. Gotzkowsky vergrößerte seine Fabrik, aber dazu reichte sein Kapital nicht aus. Im Lande selbst fand er keinen Kredit, „da die Fabriken zu der Zeit nicht geachtet und in üblen Ruf gebracht wurden“. In Hamburg und Holland aber fand Gotzkowsky, dessen persönliche Eigenschaften überall Zutrauen erweckten, reiche Hilfe. Er übernahm eine Seidenstofffabrik auf Wunsch des Königs im Jahre 1753 und vergrößerte sie sehr wesentlich. In seinen beiden Fabriken hatte er 250 Stühle im Betrieb und beschäftigte rd. 1500 Menschen. Als man sah, daß er verdiente, bekam er natürlich Konkurrenz, die mit viel bescheideneren Mitteln anfangen konnte als er, der zuerst die Fabriken gegründet hatte. Gotzkowsky weist darauf hin, wie er, als er anfang, für das Abwickeln von 1 Pfund Seide 1 Rthl. 8 Gr. habe bezahlen müssen, dieser Lohnsatz sei dann, als er sich Arbeitskräfte selbst angelernt hatte, sehr bald auf nur 12 Groschen zurückgegangen. In seinen beiden Fabriken, als sie in vollem Gange waren, war ein Vermögen von 500 000 Rthl. festgelegt, davon gehörten ihm selbst 150 000 Thl.

Der König hat sich Gotzkowsky auch für manche andere Zwecke nutzbar gemacht, so trug er ihm 1755 auf, eine Menge kostbarer Gemälde für die neue Galerie in Potsdam anzuschaffen. Als Berlin von den Russen gebrandschatzt wurde, hat Gotzkowsky der Stadt ungewöhnlich große Dienste bei den Verhandlungen über die Kriegsentschädigung geleistet. Des öfteren hat ihn auch Friedrich in sein Heerlager beschieden, um mit ihm weitere Maßnahmen zur Gewerbeförderung zu beraten. Von der von ihm gegründeten Porzellanmanufaktur wird noch zu reden sein. Auch der Stadt Leipzig hat Gotzkowsky bei der von Friedrich verlangten Kriegsentschädigung dadurch genützt, daß er sich als Bürgen bot. Friedrich hätte ihm gern eigene Vorteile dabei gegönnt, aber Gotzkowsky schlug alle Vergütungen von seiten der Leipziger ab, nur ließ er sich das geliehene Geld in der guten Währung zahlen, wodurch er immerhin einen Vorteil hatte. Nach dem Kriege hat sich Friedrich II. seiner wieder bedient, um seine industriellen Pläne durchzuführen. In die große Krisis nach dem Kriege wurde aber auch Gotzkowsky verwickelt, der sich in immer kühnere Spekulationen eingelassen hatte. 1764 setzte er sich mit seinen Gläubigern auseinander, er zahlte 50 vH und führte seine Geschäfte weiter. Er erzielte hierbei noch rd. 400 000 Thl. für seine Gläubiger. Indessen machte ihn 1767 der große allgemeine Kreditmangel zum zweiten Male zahlungsunfähig. Diesem Schicksalsschlag war er nicht mehr gewachsen, er zog sich von seinen Geschäften vollkommen zurück. Im Jahre 1775 ist er arm gestorben.

Neben den Großunternehmern, als deren vornehmsten Vertreter wir Gotzkowsky kennen gelernt haben, suchte Friedrich II. auch eine Anzahl kleiner Unternehmen zu begründen. Er wünschte, Meister mit kaufmännischen Unternehmern zusammen ar-

beiten zu lassen. Das bewährte sich jedoch nicht. Der König mußte erfahren, wie unbedingt notwendig eine größere kaufmännische Unternehmertätigkeit bei dem gesamten Betriebe war.

Auch Schwierigkeiten mit den Arbeitern gab es bald hier und da. Als Gotzkowsky versuchte, einige Anordnungen in seinen Fabriken durchzuführen, lehnten sich die Meister auf. Sie verlangten, daß man ihnen die Stühle, an denen sie arbeiteten, selbst überlassen sollte, und sie wollten die Möglichkeit haben, auch für andere auf diesen Stühlen zu arbeiten. Das altgewohnte Hausindustriesystem machte Front gegen das Fabrikssystem. Die Regierung wies aber die Forderung der Leute ab und stellte sich auf die Seite der Unternehmer.

Von den anderen Unternehmungen, die besondere Bedeutung erlangt haben, sei hier noch genannt die Fabrik von Girard & Michelet. Diese Firma zusammen mit den Gebrüdern B a u d o u i n, waren, als Friedrich II. zur Regierung kam, die beiden größten christlichen Seidenwarenhandlungen. Girard & Michelet entschlossen sich 1744, zur eigenen Fabrikation überzugehen. 1754 arbeiteten sie bereits mit 90 Stühlen. Bedeutsam war auch die Fabrik von Fr. W. Schütze, auch diese Fabrik wurde auf Anregung Gotzkowskys 1752 begründet. Die Arbeiter wurden meist aus Leipzig herangezogen, 1754 waren schon 100 Stühle im Gange. In Potsdam waren es vor allem jüdische Unternehmer, die Fabriken anlegten. Hier sind die Firmen von Hirsch David, Moses Ries und Bernhard Isaac zu nennen. Gegenüber diesen Großunternehmern traten die kleinen Meister ganz in den Hintergrund. Von den 417 Stühlen, die 1754 in Berlin Seide und Samt herstellten, kamen 368 auf die genannten größeren Unternehmungen.

Mit der Begründung der zahlreichen Unternehmungen aber war es nicht getan. Viel schwieriger, als Fabriken ins Leben zu rufen, war es oft, sie lebensfähig zu erhalten. Hier lernen wir den großen König als unermüdlichen Unternehmer kennen, der sich um alles kümmert, überall wo es notwendig ist, selbst eingreift, und der mit allen Machtmitteln, die ihm zu Gebote stehen, die von ihm geschaffenen Industrien weiter zu fördern suchte. Was man heute von einem zielbewußten Unternehmer verlangt, das erfüllten die damaligen preußischen Fabrikanten noch recht selten. Der König trat für sie ein. Er suchte sich alle die Kenntnisse und die Übersichten zu verschaffen, die der erfolgreiche Unternehmer nötig hatte. Er unterrichtete sich auf das eingehendste über den Absatzmarkt der Fabrikate, er studierte die Verhältnisse der gleichen Industrie im Auslande, seine Gesandten mußten ihm ausführlich Bericht erstatten, und seine Fragen, die sorgfältig beantwortet werden mußten, waren stets auf das Wesentliche gerichtet. Gerade was die Seidenfabrikation anbelangt, so verfolgte der König den Wechsel der Mode. Er machte auf die Verschiedenheit des Bedarfs in den einzelnen Artikeln aufmerksam. Er ließ sich sehr genaue statistische Erhebungen anfertigen und studierte aufmerksam die Steuertabellen. Bei allen diesen Arbeiten erinnerte er sich immer wieder an Einzelheiten der Unternehmungen, bald gab er diesem, bald jenem Fabrikanten bestimmte Zahlen und andere Angaben aus seinen Erhebungen bekannt, um es ihnen zu ermöglichen, die Produktion danach zu richten. Der König dringt immer wieder darauf, nicht zu groß anzufangen, man solle nicht zuviel Geld in Gebäude und Maschinen stecken, fleißig arbeiten, häuslich leben, und wenn man sieht, daß man voran kommt, die Fabrikation nach

und nach erweitern. Des Königs Kabinett gleicht dem Verwaltungsbureau eines Großunternehmers. Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und Beamte reichen ihre Denkschriften und Bittschriften ein. Hier laufen alle die vielen Fäden in des Königs Hand zusammen.

Unter den vielen Maßnahmen, die der König zur Förderung der Unternehmungen traf, wurde bereits die Begründung des Seidenmagazins genannt. Dieses staatliche Rohstoffmagazin sollte preisregulierend wirken und den kleineren Unternehmern den Wettbewerb mit den größeren erleichtern. 1749 stiegen die Seidenpreise infolge einer schlechten italienischen Ernte so an, daß eine Betriebsstockung entstand. Der König bewilligte 50 000 Tlr., um sofort Seide aus Italien zu kaufen, ehe der Preis noch weiter stieg. Das folgende Jahr brachte wieder eine schlechte Ernte, weitere Geldmittel für den Ankauf von Rohstoff wurden bewilligt. Aus des Königs politischem Testament 1752 ist zu ersehen, daß er damals daran dachte, das Seidenmagazin zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Der König versuchte, persische Seide, die man über Rußland bezog, einzuführen. Aber die Fabrikanten behaupteten, sie könnten mit der Seide nicht arbeiten, obwohl der König sie auf England verwies, das sehr viel persische Seide verbrauchte. Nach und nach bekamen die Leitung des Magazins die großen Fabrikanten in die Hand, die bald alle anderen tatsächlich davon auszuschließen verstanden. Man bat den König, diesen Übelständen abzuhelpfen, was auch geschah. Auf Antrag der Beamten des Magazins aber entschloß sich der König dann doch 1754, den Fonds als Vorschuß an die einzelnen Geschäfte zu verteilen, weil man ihm sagte, daß die Räume des Magazins nicht mehr ausreichten.

Noch wesentlichlicher als die Sorge um die Beschaffung des Rohstoffes waren die Bemühungen, den Absatz der Fabrikate zu fördern. Der König stellte sich mit den staatlichen Machtmitteln, den zollpolitischen Maßnahmen, hinter die Unternehmer. Fremder Samt war für die mittleren Provinzen und für Preußen verboten. Diese Bestimmungen wurden verschärft, und 1750 wurde auch Schlesien mit einbezogen. Auch die in Krefeld hergestellten Sammete wurden von da an als fremde Fabrikate betrachtet, weil der König annahm, daß sächsischer und Hamburger Samt in großen Mengen als Krefelder eingeschmuggelt würde.

Um den Absatz der Berliner Fabrikanten zu fördern, hatte man früher daran gedacht, mit dem Seidenmagazin auch ein Kommissionslager fertiger Ware zu verbinden. Davon war man abgekommen. Man versuchte es jetzt aber, auf die Kaufleute selbst durch allerhand Zwangsmaßregeln einzuwirken. Man gestattete den Handel mit Seidenwaren nur noch den Kaufleuten, die wenigstens 3 bis 4 Stühle selbst für sich arbeiten ließen. Man drängte also die Kaufleute zur eigenen Fabrikation, aber diese Anordnung wurde vielfach umgangen. Große Widerstände waren hier zu überwinden, und zwischen Kaufmann und Fabrikant herrschte zeitweise große Erbitterung.

Auch der Export begann für die Fabrikanten schon eine Rolle zu spielen. Der Luxus der polnischen und russischen Edelleute bot günstige Gelegenheit zum Absatz der fabrizierten Seidenwaren. Königsberg und Breslau waren Hauptplätze für den preußischen Handel nach Polen und Rußland. Potsdamer Fabrikanten legten deshalb hier große Exportlager an, und bei den Messen in Leipzig und Frankfurt handelt es sich vor allem auch um das Geschäft nach Polen und Rußland.

Das Muster Englands, wo man damals besonders auf dem Gebiet des Kornhandels durch Exportprämien große Vorteile erzielte, schwebte dem König vor, als er auch nach dieser Richtung hin die Industrie zu fördern trachtete. 1746 wurden den Seidenzeugfabrikanten Exportprämien von 4 vH bewilligt. Ferner setzte man für jeden im Betriebe befindlichen Stuhl Prämien in der Höhe von 10 bis 20 Tlr. aus. Alle diese Maßnahmen sind auch mißbraucht worden, und die Furcht des Königs, beständig hintergangen zu werden, war wohl nicht immer ganz unbegründet.

Der siebenjährige Krieg hat eine größere Unterbrechung in der gesamten Entwicklung nicht verursacht. Die Pensionen und Unterstützungsgelder für die Arbeiter, die Betriebsprämien für die Unternehmer wurden, wenn auch in minderwertiger Münzsorte, doch regelmäßig bezahlt. Der Export allerdings geriet ganz ins Stocken. Als Gotzkowsky 1756 die Leipziger Messe bezog, konnte er nur für 200 Tlr. verkaufen, während er früher für 40 000 Tlr. abgesetzt hatte. Der Krieg brachte Mangel an Arbeitskräften und der Arbeitslohn stieg. Trotz alledem aber sind größere Einschränkungen nicht notwendig geworden, die verhängnisvollen Wirkungen traten erst nach dem Friedensschluß ein. 1763 brach die große Krisis ein, eröffnet durch den Bankerott des Bankhauses der Gebrüder de Neufville in Amsterdam. Nach Gotzkowskys Ansicht haben die Berliner Juden den Anstoß zu diesem Bankerott gegeben. Gotzkowsky hatte de Neufville eine Audienz beim König in Berlin verschafft, und der Holländer soll sich bereit erklärt haben, um seine Pläne, die er dem König eingereicht, zu fördern, selbst nach Berlin überzusiedeln. Die Juden hätten für ihre Stellung gefürchtet und hätten die ganze Börse in Amsterdam gegen de Neufville aufgewiegelt. Man habe von allen Seiten von ihm Zahlung verlangt und dadurch seinen Bankerott herbeigeführt. Eine Reihe Amsterdamer Geschäfte wurden mit in den Fall hineingezogen. Vor allem litt auch Hamburg sehr darunter, wo nicht weniger als 95 Firmen die Zahlung einstellen mußten. Die Krise verbreitete sich über die anderen Städte, auch über Leipzig und Berlin. Wir haben gesehen, wie Gotzkowsky eines der ersten Opfer dieses Zusammenbruches geworden ist. Seine Fabriken mußten von anderen Unternehmern übernommen werden. Meyer Benjamin Levi übernahm die Seidenzeugfabrik, Moses Ries die Samtfabrik.

Sonderbarerweise entstanden gerade in diesem Jahre wieder eine Reihe von neuen Unternehmungen. So wurden auch in Frankfurt und Köpenick auf Veranlassung des Königs Taffetfabriken gegründet. Er hatte schon mehrfach darauf hingewiesen, daß man in den kleineren Städten Fabriken gründen solle und nicht nur in Berlin und Potsdam, weil dort die Arbeitslöhne billiger wären. Wesentlicher als die günstigen Produktionsbedingungen waren aber schließlich doch die günstigeren Absatzbedingungen, die die Fabrikanten gerade von Seidenstoffen in Berlin als dem Sitz des Hofes fanden, und deshalb haben diese Anregungen des Königs für die Seidenindustrie keine größere Folge gehabt.

Diese kritischen Zeiten gaben Veranlassung, sich auch mit dem Wesen der ganz auf die Förderung der Industrie gerichteten Bestrebungen des Königs eingehender als bisher zu befassen. Er verlangte vom Generaldirektorium eine ausführliche Darlegung aller Ursachen des Verfalls der Fabriken und des Handels. Der Bericht, den der König erhielt, beschäftigt sich so scharf kritisch mit seinem gesamten wirtschaftspolitischen System des Königs, daß der König nur noch die gegen ihn gerichtete Tendenz daraus empfand. Die Minister, die gezeichnet hatten, wollte er, wie aus einer Randbemerkung zu ersehen

ist, mit ihrer Unwissenheit entschuldigen, aber die Bosheit des Verfassers dieser Denkschrift wollte er exemplarisch bestraft sehen. Der König ließ sich aber auch durch diese Opposition seines Beamtentums an dem Weg, den er für richtig hielt, nicht irre machen, konsequent verfolgte er ihn weiter. Den am meisten bedrängten Unternehmern wurden soweit als irgend möglich Geldmittel zur Verfügung gestellt, um sie über Wasser zu halten.

Sehr bemerkenswert sind die gewerbepolizeilichen Maßnahmen, die der König zur Förderung und Erhaltung der Industrie traf. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter bot ihm mehrfach Veranlassung, regelnd einzugreifen. Die zusammengewürfelten Arbeiterscharen waren oft schwer in Ordnung zu halten. Die Unternehmer klagten, daß sie ganz vom Willen der Arbeiter abhängig wären. Streitigkeiten, die entstanden, sollten möglichst schnell erledigt werden. Man schuf ein Gewerbegericht, das mit allen Verhältnissen der Industrie vertraut war. Die Fabrikanten wünschten eine Organisation ähnlich wie sie im Ausland schon vielfach bestand, wobei die Gewerbetreibenden selbst unter Aufsicht und Mitwirkung staatlicher Organe dieses Gewerbegericht bildeten, die preußischen Beamten aber wollten von einer solchen Form der Selbstverwaltung nichts wissen. Der König wies 1755 dem Polizeidirektorium die gewerbliche Gerichtsbarkeit zu, das einen Gewerbetreibenden als Sachverständigen hinzuziehen mußte. Diese Einrichtung erstreckte sich auch auf andere Industrien, ist aber aus dem Bedürfnis der Seidenindustrie hervorgegangen.

Zu diesen gewerbepolizeilichen Maßnahmen, die sich nicht nur auf die Seidenindustrie bezogen, gehören auch die Arbeiterentlassungsscheine, durch die man den Kontraktbruch verhüten und die Arbeiter erziehen wollte, auch die Frage der Schuldenregulierung der Arbeiter sollte dadurch erledigt werden. Nebenher ging die gesetzliche Ordnung des Gewerbes. Der König ließ vom V. Departement ein Reglement ausarbeiten, das 1766 fertig vorlag. Die Vorschriften bezogen sich auf technische Einzelheiten und suchten auch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zu regeln, von einer Festsetzung der Arbeitslöhne, die der König besonders gewünscht hatte, sah man ab. Man hatte auch eine besondere Aufsichtsbehörde zur Durchführung der Bestimmungen errichten wollen, aber davon wollte der König nichts wissen, das V. Departement sei dafür da. Zur technischen Aufsicht wurde ein Fabrikdirektor ernannt. Schließlich sah der König aber doch ein, daß wenigstens die Schaumeister und der Gewerksassessor nötig seien. Der Fabrikdirektor und die Schaumeister hatten die Fabriken und Werkstätten zu besuchen und sich um die technischen Einrichtungen zu kümmern. Die für gut befundenen Zeuge wurden an Ort und Stelle auf dem Stuhl abgestempelt, die Stoffe, die den Vorschriften nicht genügten, konfisziert.

Großes Gewicht legte der König, wie schon erwähnt, auf die sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge. Wesentlich war ferner die Bestimmung über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Arbeiter suchte man vor Überbürdung und Ausnutzung zu schützen, die Unternehmer vor Schaden durch Veruntreuung und Kontraktbruch, beide Teile aber waren mit der neuen Ordnung der Dinge noch wenig zufrieden. Die Unternehmer hatten sehr viel auszusetzen, die weitgehende beständige Aufsicht ihres Betriebes durch staatliche Beamte gefiel ihnen durchaus nicht.

Sie verlangten volle Freiheit in allen technischen Angelegenheiten, sowie auch in der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses. Alle Forderungen, auch die der Meister und Gesellen, wurden im wesentlichen abgelehnt, nur in Einzelheiten fanden Änderungen in den Vorschriften statt. Wesentlich zur Einführung der Bestimmungen trug die Tatsache bei, daß man die ganzen Vorschriften keineswegs engherzig behandelte, Ausnahmen wurden vielfach gestattet. Aus der Aufsicht über die Durchführung der Bestimmungen entwickelte sich eine neue Manufakturkommission unter Leitung des Geheimen Finanzrats Tarrach. Er führte den Vorsitz in den seit 1767 wöchentlich abgehaltenen Konferenzen der Fabrikbeamten, wo über die Ergebnisse der Fabrikbesuche Bericht erstattet wurde. Besonders wurde hier festgestellt, ob die Unternehmer ihren Verpflichtungen, die sie durch die Annahme königlicher Vergünstigungen und staatlicher Geldmittel übernommen hatten, nachkämen. Die Fabrikdirektoren sollten sich auch außerhalb der Betriebe um alles kümmern, was irgend geeignet wäre, die Industrie zu fördern. Sie mußten also über die Absatzverhältnisse Bescheid wissen, die oft durch Veränderung der Mode beeinflußt wurden.

In der großen Krisis 1766 suchte der König seinen Fabrikanten noch einmal durch ein groß angelegtes Seidenmagazin zu helfen, doch erlitt er durch schlechte Leitung bei der Ausführung große Verluste, ohne die erhofften Vorteile für die Industrie zu erzielen. Anfangs der 70er Jahre wurde darauf den Großunternehmern gestattet, ihren Bedarf selbst zu bestellen, wobei sie die Ware an das Seidenmagazin adressieren durften, das in der üblichen Frist Zahlung leistete. Den Fabrikanten wurde hierbei wie bisher 9 Monate Kredit gewährt gegen einen Aufschlag von 2,5 vH jährlich. Der Umsatz begann von da ab lebhaft zu werden. Ferner wurde das Bonifikationssystem geändert, woraus den Fabrikanten weitere große Vergünstigungen erwuchsen. Dies führte zu einer wesentlichen Vermehrung der Produktion.

Nach dem Kriege suchte der König sehr viel schärfer seine handelspolitischen Maßnahmen durchzuführen. Die Einfuhrverbote und vor allem die Kontrolle an den Grenzen wurden wesentlich verschärft. Auch für die Messen zu Breslau und Frankfurt verbot er jetzt den fremden, und namentlich den Hamburger Samt, wodurch die Hamburger Samtindustrie ganz zurückging. Auch der Krefelder Samt wurde wie der ausländische behandelt. Bei der Umänderung des Akzisewesens 1766 erstrebte er einen weiteren Schutz für die Industrie.

Das handelspolitische Verhältnis Preußens zu den Nachbarstaaten wurde immer gespannter. Hierzu kam die Erschwerung des Durchgangsverkehrs der fremden Waren. Natürlich nahm dieser Durchgangsverkehr stark ab, der Transport der einheimischen Waren aber nicht in demselben Maße zu. Die Fabrikanten paßten sich nicht schnell genug der neuen Lage an, und der König mußte sie immer wieder von neuem mahnen, ihre Meßvorräte nun soweit zu ergänzen, daß sie allen Ansprüchen der fremden Käufer gerecht werden könnten. Man gab ihnen Meßtabelle, woraus sie die Art und Menge der begehrten Waren ersehen konnten. Mit der Zeit machte sich auch der Erfolg dieser Maßnahmen bemerkbar. 1772 wurden auf den Messen 660 000 Ellen fremder Ware verkauft, 1785 hat der Absatz etwa 220 000 Ellen betragen. Der Absatz einheimischer Fabrikate aber hat sich in der gleichen Zeit fast verdoppelt, er stieg von 235 000 auf 456 000 Ellen.

In den beiden letzten Jahrzehnten der Regierungszeit des Königs hatte sich die Samt- und Seidenzeugfabrikation günstig entwickelt. 1766 waren in Berlin 238 Stühle tätig, in Potsdam, Frankfurt und Köpenick etwa ebensoviel. 1780/81 waren 1750 Stühle in Betrieb, davon 1400 in Berlin. Jährlich wurde bereits für mehr als 1 Mill. Thl. produziert. In der Zeit von 1770 bis 1780 stieg der Absatz von allerhand einheimischen Seidenwaren auf den Frankfurter Messen von jährlich rd. 200 000 bis 300 000 Thl. auf 700 000 bis 800 000 Thl. Auch in diesem Zeitabschnitt spielten die Großunternehmer die Hauptrolle. Von den neuen Fabriken, die hinzugekommen waren, seien hier genannt die Unternehmungen des Berliner Bankiers Isaac Benjamin Wulff, die in den 70 er Jahren gegründeten Fabriken von Blanc & Beyrich, von Gardemin, und andere mehr. Diese neuen Unternehmer hatten sich schon ganz aus eigenen Mitteln einrichten müssen, Vorschüsse an die Fabrikanten wurden nicht mehr gegeben.

Der König suchte jetzt mit Hilfe seiner Beamten die Fabrikation nach jeder Richtung hin technisch und geschäftlich weiter zu entwickeln. Er wünschte größere Mannigfaltigkeit in den Waren, man sollte besser und billiger produzieren. Er sorgte dafür, daß französische Kalender für die Appretur eingeführt wurden, das Moirieren der Zeuge auf englischen Maschinen wurde versucht, man ließ sich Franzosen nach Berlin kommen, um die neu in Mode gekommenen Seidenstoffe herzustellen, gute Musterzeichner und Musterleserinnen suchte man auch durch Gewährung von Pensionen heranzuziehen.

Die Arbeitslöhne in Berlin und Potsdam waren damals sehr hoch. Der König sah darin eine so erhebliche Erschwerung der Produktion, daß er sich schon 1764 mit dem Gedanken beschäftigt hatte, durch gesetzlich festgelegte Lohnsätze den Unternehmern günstigere Bedingungen zu verschaffen. Die Notwendigkeit zu solchen Maßregeln aber hatte sich bei der aufsteigenden Konjunktur damals noch nicht als zwingend erwiesen. 1775 bei allgemeiner Betriebseinschränkung suchten die Unternehmer vorteilhaftere Lohnverhältnisse sich zu schaffen. Sie setzten sehr wesentliche Lohnabzüge fest; die Folge davon war im November 1775 ein Aufstand der Gesellen. Die Arbeiter verbreiteten „auführerische Billets“, legten die Arbeit nieder und suchten die Arbeitswilligen mit Gewalt zu hindern. Die Regierung schritt energisch ein, die Rädelsführer wurden verhaftet und die Gesellen zur Arbeit zurückgebracht. Die Manufakturkommission aber beschäftigte sich jetzt mit der Lohnfrage und diente gewissermaßen als gewerbliches Schiedsgericht. Die sämtlichen Unternehmer und ein Ausschuß aus Meistern und Gesellen wurden vorgeladen, und das Ergebnis der Vermittlung war eine sehr mäßige Herabsetzung des Arbeitslohnes. Am wenigsten zufrieden waren damit die Unternehmer, die 1775 wiederholt darauf hinwiesen, die Regierung habe erkannt, daß eine Erniedrigung des Arbeitslohnes notwendig sei, den Bestrebungen aber der Arbeitgeber, diese Lohnherabsetzung zu erreichen, arbeite die Regierung beständig entgegen.

Die Betriebseinschränkungen von 1775 und 1776 führten dazu, daß eine ganze Anzahl von Meistern und Gesellen brotlos wurden. Mit ihren Klagen wandten sie sich an die Regierung und an den König selbst. Da die Unternehmer sich kontraktlich verpflichtet hatten, eine bestimmte Anzahl von Stühlen zu unterhalten, so verlangte der König, daß sie diese Verpflichtung auch hielten. Schließlich wurde verordnet, daß kein Unternehmer einen Meister, der bisher ausschließlich für ihn gearbeitet habe,

ohne gesetzliche Ursache gegen seinen Willen entlassen dürfte. Die Abdankung der Gesellen blieb mit Einschränkungen erlaubt. Zuerst sollten die Soldaten entlassen werden, die als Gesellen in den Fabriken arbeiteten, weil diese von ihrem Solde leben konnten, dann sollten die auswärtigen ledigen Gesellen, die sehr unstet waren, folgen, und nur im äußersten Notfall sollte man den inländischen oder verheirateten Gesellen kündigen. Diese Bestimmungen bildeten einen starken Schutz für die Arbeiter.

Was die technische Einrichtung der Fabriken anbelangt, so erfahren wir, daß die in Berlin gebrauchten Wickelmaschinen und Schermühlen noch sehr mangelhaft waren gegenüber den damals in Lyon benutzten Vorrichtungen. Sehr unvollkommen war auch noch die Färberei und namentlich die Appretur. Große Geschäfte hatten ihre eigenen Färbereien, in der Regel aber wurde das Färben der Seide als besonderes Handwerk betrieben.

Am schwersten hatte die Berliner Industrie in ihrem Absatz unter der Höhe der Herstellungspreise zu leiden. Diese Preise waren um 1800 allgemein 20 vH höher als die der Lyoner Fabrikanten auf der Leipziger Messe. De Launay, des Königs Ratgeber auf vielen wirtschaftlichen Gebieten, schob die Schuld auf die Höhe des Unternehmergewinnes. Er rechnete mit 30, 40, ja 50 vH, dagegen behauptet Tarrach, der hier wohl zuverlässiger ist, sich aus den Büchern der Fabrikanten überzeugt zu haben, daß sie bei den seltenen Stoffen 12 bis 15 vH, bei den gewöhnlichen Waren meist nicht mehr als 6 bis 8 vH verdienten. Der Hauptgrund lag jedenfalls an den hohen Produktionskosten, der Preisunterschied im Material kommt natürlich auch in Frage. Die Arbeitslöhne in Berlin waren 1785 etwa 25 vH höher als in Lyon, namentlich die Webelöhne. Der Unterschied in der Arbeitsleistung lag zum Teil an der größeren Übung der französischen Arbeiter, aber auch an einer stärkeren Ausnützung der Arbeitskraft durch die Unternehmer. Auch die Frauenarbeit war in Lyon schon wesentlich weiter durchgeführt als in Berlin, auch dies ergab einen geringeren Lohnsatz.

Neben der Fabrikation von Samt und Seide bildeten sich auch eine große Anzahl anderer Zweige der Seidenindustrie heraus. Hierher gehört die Seidenstrumpffabrikation. Der König hatte schon 1763 in Leipzig einige sächsisch-französische Strumpfwirker angeworben, andere zog er aus Erlangen oder direkt aus Frankreich heran. 1764 gab es in Berlin bereits 68 Strumpfwirkerstühle. Die Seidenstrumpfindustrie hatte durch die Krisis 1766 sehr stark gelitten. Erst 1775 kam Berlin wieder auf 100 Stühle, 1783 waren 150 Stühle im Betrieb. Diese Industrie wurde meist von kleinen Meistern betrieben, staatlich ist sie unmittelbar wenig unterstützt worden.

1752 wurde die erste größere Bandfabrik mit Bandmühlen auf Wunsch des Königs in Berlin angelegt. 1755 kam die Seidenbandfabrikation in Magdeburg auf. Hier wurde sie von den Gebrütern Wieler betrieben, die Ende der 70er Jahre auch in Berlin eine Seidenbandfabrik mit 7 bis 12 Maschinenstühlen anlegten. Auch die Fabrikation von halbseidenen Stoffen kam in Aufnahme. 1765 waren 300 Stühle in Berlin tätig, meistens bei kleinen Unternehmern. Im ganzen wurden 1779 in Berlin auf 320 Stühlen Bänder im Wert von 150 000 Tlr. hergestellt. Diese Produktion reichte noch nicht für den gesamten Landesbedarf aus. 1780 gab es in Berlin bereits 463 Stühle, 1783 sogar schon 878. Diese große Entwicklung ist fast ganz ohne Benutzung staatlicher Mittel erfolgt. Auch die Seidenstickerei breitete sich in Berlin aus, und eine Fabrik künstlicher

Blumen nach italienischer Art wurde 1769 in Berlin begründet, 90 bis 100 Arbeiterinnen, die meist aus Paris stammten, wurden hier beschäftigt.

Alles zusammengefaßt waren 1785 in den Seidenfabriken der Kurmark 2935 Stühle tätig, auf denen für rd. 2,2 Mill. Tlr. Ware fabriziert wurde. In Schlesien hatte der König zunächst keine Seidenfabriken begründen wollen. Schlesien sollte Leinen und Wollstoffe herstellen. Später aber änderte er seine Meinung und begünstigte auch dort die Anlegung von Seidenfabriken.

Wenn man eines besonderen Beweises bedarf für die Tatsache, daß Friedrich der Große fernab von bloßen doktrinären Meinungen seine industriellen und wirtschaftlichen Ziele verfolgte, muß man sich der Geschichte der Krefelder Seidenindustrie während seiner Regierungszeit erinnern.

Ein merkwürdiger Gegensatz macht sich geltend zwischen den Maßregeln, die der König und seine Regierung hier zu treffen für nötig hielt, gegenüber denen, die wir bei der Unterstützung und Entwicklung der Berliner Seidenindustrie kennen lernten. Herrschend waren in Krefeld die Familien von der Leyen. Während der Regierungszeit des Königs waren besonders die Brüder Friedrich und Heinrich von der Leyen die Unternehmer in diesem westlichen Landesteil Preußens, die alle anderen weit überragten. Der siebenjährige Krieg hat der Fabrik keinen besonderen Abbruch getan. Unmittelbar nach der Beendigung des Krieges beschäftigten die Fabriken der Gebrüder von der Leyen in allen Abteilungen gegen 700 Arbeitsmaschinen und mehr als 2800 Arbeiter. Das, was diese Unternehmer nun mühsam und mit großen Geldopfern sich geschaffen hatten, das versuchten sie auch für sich zu erhalten. Sie betrachteten es deswegen als einen Eingriff in von ihnen erworbene Rechte, wenn andere ähnliche Fabriken einrichten wollten. Sie wiesen darauf hin, daß jeder Unternehmungsgeist erstickt werden müßte, wenn es jedem frei stände, nachdem einer „das Eis gebrochen“, nun die Fabrikation nachzumachen. Sie vergleichen dieses Vorgehen mit dem Nachdruck kostspieliger Werke, und der König ließ sich überzeugen. Bewundernd sah er hier, was privater Unternehmungsgeist ganz aus sich heraus geschaffen hatte, und er wollte alles tun, diese Unternehmer seinem Lande zu erhalten. So unterstützte er das Bestreben, den Seidenbetrieb zu einem tatsächlichen Vorrecht der Gebrüder von der Leyen zu machen. In der damals, vor allem auch in Holland üblichen Weise suchten sie sich sehr energisch die technischen Vorzüge ihres Betriebes durch Geheimhaltung zu sichern. Die strengsten Verfügungen wurden gegen die „Fabrikverräter“ erlassen. Ihre Angestellten mußten ihr Vermögen dafür verpfänden und sich schriftlich verpflichten, die Geheimnisse der Fabrik nicht an andere zu verraten, noch später selbst etwa von ihnen Nutzen zu ziehen, ja, sie baten sogar den König, er solle jenen Arbeitern, die in den Krefelder Fabriken beschäftigt seien, verbieten, das Land zu verlassen. Diesen Wunsch hat allerdings die Regierung nicht erfüllt.

Durch des Königs persönliches Eingreifen wurde auf ein Gesuch der von der Leyen 1764 eine besondere Postlinie zwischen Krefeld und Nymwegen in Holland eingerichtet. Die Fabrik durch militärische Werbungen zu beunruhigen, wurde streng verboten, nach dem Befehl des Königs sollten die Werber überhaupt nicht nach Krefeld gehen.

Von einer staatlichen Aufsicht über die Industrie, wie sie in Berlin so weitgehend eingerichtet wurde, war in Krefeld keine Rede. Die von der Leyen hatten

als Königliche Kommerzienräte, was damals mehr als ein bloßer Titel war, eine Art von obrigkeitlicher Stellung, für alle Verordnungen in Fabrikangelegenheiten mußten sie selbst zugezogen werden. Als man das Fabrikreglement 1766 in Berlin erließ, fragte man bei den von der Leyen an, ob nicht auch bei ihnen etwas ähnliches angebracht sei. Sie wiesen aber darauf hin, wie ihre Fabriken in jeder Hinsicht zufriedenstellend arbeiteten, und baten, sie doch ja mit dergleichen Verordnungen verschonen zu wollen. Ein Reglement ist nicht erlassen worden.

In der Zollpolitik wurde Krefeld für die östlichen Landesteile als Ausland behandelt. Trotzdem hat es die Industrie verstanden, ihre Stellung zu wahren und sich, wenn auch nicht in dem gleichen Maße, wie es sonst wohl geschehen wäre, auszudehnen. 1786 waren in der Fabrik Friedrichs von der Leyen in allen Zweigen 815 Arbeitsmaschinen mit etwa 3300 Arbeitern tätig. Die gesamte Krefelder Jahresproduktion hatte einen Wert von 735000 Tlr., davon entkamen nur etwa 24000 Tlr. auf die neben der Leyenschen Fabrik bestehenden kleinen anderen Geschäfte, woraus man ersieht, welche überragende Stellung das Leyensche Unternehmen hatte, es war gleichbedeutend mit der ganzen Krefelder Seidenindustrie.

Seidenbau.

Ein sehr interessantes Kapitel, das hierher gehört, ist die Begründung und Förderung des Seidenbaus durch Friedrich den Großen. Bis zum Jahre 1750 hatte sich der Seidenbau im wesentlichen auf die Kurmark beschränkt, seitdem wurde er auch auf die Nachbarprovinzen ausgedehnt. Die Pioniere des Seidenbaus sollten nach der Auffassung des Königs die Geistlichen und die Schullehrer sein. Die meisten von ihnen waren wenig hierzu geneigt. Er versuchte es mit Belohnungen, 100 Tlr. für einen Landpfarrer oder Lehrer, der 10 Meilen um Berlin die meiste Seide gewinnen würde. Das hatte einigen Erfolg. Die Erträge stiegen von 50 auf 700 Pfund. Die Prediger und Lehrer wurden von Amts wegen verpflichtet, Maulbeerbäume anzupflanzen und sich um die Raupen zu kümmern. Erlasse gaben genaue Anweisungen. Die geistlichen Inspektoren mußten auf ihren Kirchenvisitationen auf die Durchführung der Maßregeln achten und ihren Konsistorien über den Stand der Pflanzungen Bericht erstatten. Die Konsistorien gaben diese Berichte an das geistliche Departement weiter, das jährlich in einem besonderen Bericht ausführliche Auskunft geben mußte. Man sieht, wie der König bei der Durchführung der von ihm erstrebten Ziele alle Wege benutzte, die ihm offen standen. Für die Anpflanzungen hielt er Kirchhöfe, Straßen, Plätze, die Wälle der Festungen und andere Orte mehr, die ihm noch nicht genügend ausgenutzt zu sein schienen, für besonders geeignet.

Die französische Kolonie in Berlin hat er in erster Linie für den Seidenbau zu interessieren versucht, und einen dieser Franzosen hat er auch zum Leiter des Seidenbaus für die französischen Kolonisten bestellt. 1742 wurden für das ganze Land Bestimmungen erlassen, durch die jedermann zum Pflanzen von Maulbeerbäumen und zum Betriebe der Seidenzucht aufgefordert wurde. Für 1000 Stämme wurden 50 Tlr. Prämie gezahlt und Samen für die Bäume und Eier zur Raupenzucht unentgeltlich verteilt. Man versprach ferner, Einrichtungen zu treffen, um den Züchtern ihre Produkte zu festgesetzten Preisen abzunehmen. Den Pächtern der Königlichen Domänen wurde bei Erneuerung

der Kontrakte die Verpflichtung auferlegt, eine bestimmte Anzahl von Stämmen zu pflanzen. Die Ausfuhr von Maulbeerbäumen wurde verboten, Beschädigung der Bäume streng bestraft. Die geistlichen Stiftungen, namentlich die Waisenhäuser, sollten Pflanzschulen des Seidenbaus werden, und dem Potsdamer Waisenhaus wollte man die Leitung des Ganzen übertragen.

Am Anfang des siebenjährigen Krieges betrug die Zahl der laubbaren Bäume bereits gegen 100 000, die Gesamtzahl war auf eine halbe Million gestiegen. 1754 konnten bereits 2637 Pfund Seide geliefert werden. Die Kenntniss von der Behandlung der Bäume und der Raupen mit allem was dazu gehörte, wurde in immer weitere Kreise getragen. Die in Berlin begründete Königliche Realschule sollte in erster Linie eine hervorragende Musteranstalt für den Seidenbau werden. Der König unterstützte Schriften, die den Seidenbau behandelten, und suchte sie zu verbreiten. Auch seine eigenen Erfahrungen, die er sich durch die beständige Beschäftigung mit diesen Fragen erworben hatte, gab er den Interessenten durch besondere Kabinettsorder bekannt. Er riet ihnen, mit dem Auslegen nicht so früh, wie es die Franzosen und Italiener gewohnt wären, sondern erst Mitte Mai zu beginnen. Ferner müsse man sorgfältig darauf achten, den Raupen nur trockenes Laub zum Futter zu geben, nasses Laub mache sie krank. Besonders erfreut war der König, wenn Privatleute sich am Seidenbau beteiligten, hohe Beamte konnten sich hierdurch das Wohlwollen des Königs erwerben.

Das Abhaspeln der Seide verstanden anfangs nur wenige. Wer es nicht selbst machte, konnte in Berlin die Kokons gegen einen festgesetzten Preis abliefern, wo sie weiter verarbeitet wurden. In Potsdam begründete der König selbst eine Musteranstalt für alle Verrichtungen des Seidenbaus. Hier wurden in großen Gestellen die Raupen gezogen, in einem großen Backofen die Kokons gedörft, dann gehaspelt und in besonderen Zwirnmühlen zu den Fäden weiter verarbeitet. 1768 verordnete er, daß fortan kein Schulmeister oder Küster angestellt werden sollte, der nicht den Seidenbau genügend gelernt hätte. Das wurde allerdings nicht überall durchgeführt, weil nach wie vor viele Invaliden als Schulmeister angestellt wurden.

Vor allem suchte der König den Seidenbau auf dem Lande allgemein zu verbreiten, weil die Hauptarbeit in eine Zeit fiel, die die Landwirtschaft meist freiließ. Jeder Bauer sollte nach der Meinung des Königs Seidenbau treiben. Er plante, große Pflanzungen in den Heiden der Kurmark anzulegen und Kolonien zu ihrer Verwaltung zu gründen. 100 000 Tlr. sollte das Projekt kosten, aber das Geld fehlte. Es wurden schließlich nur 10 000 bis 12 000 Stämme hier gepflanzt. Nach dem Stand der Maulbeerpflanzungen hoffte der König, bis 40 000 Pfund Seide zu gewinnen, aber die Wirklichkeit blieb weit hinter diesen Erwartungen zurück. Der Höchstwert, der überhaupt erreicht worden ist, — 13 500 Pfund Seide im Wert von 54 000 Tlr. — fällt in das Jahr 1784.

Andere Zweige der Textilindustrie.

Die Tuch- und Leinenindustrie führt der Minister Hertzberg in seiner Rede in der Akademie der Wissenschaften 1786 als die zur größten Vollkommenheit gelangten Zweige der preußischen Industrie an, und Friedrich II. selbst schrieb

in seiner Denkschrift vom 1. Oktober 1749: „Die Mark versendet ihre Tücher, ihre Serge- und Etaminestoffe nach Braunschweig, Leipzig, Frankfurt und Breslau auf die Messen, auch nach Spanien, wo einige Arten unserer Etaminestoffe Käufer finden. Die schlesische Leinwand geht zum Teil nach England, von wo englische Händler sie nach Amerika führen.“

Zu der wichtigsten Industrie des Landes gehörte das seit alten Zeiten bodenständige Wollgewerbe. Schon im 12. Jahrhundert wurde es in Deutschland gewerbsmäßig betrieben. Fast jede Stadt hatte ihre Tuchmacher. Die Zünfte schufen eine feste Organisation, durch die es möglich wurde, größere Geldmittel für den Bau von Färbereien und Walkmühlen aufzubringen. Auch in der Mark Brandenburg entwickelte sich dies Gewerbe zu großer Bedeutung, die Landesfürsten zogen es bald in den Kreis ihrer Fürsorge. Besonders sorgten sie dafür, daß genügende Rohstoffe vorhanden waren. So verboten die Brandenburger Markgrafen bereits 1501 den Verkauf von Wolle außerhalb der Märkte. Diese Märkte waren zeitlich und örtlich festgesetzt. Wolle, die unverkauft blieb, durfte nicht nach Haus, sondern mußte auf einen anderen Wollmarkt gebracht werden. Der Große Kurfürst verbot anderseits 1687 den Tuchmachern, sich zusammenzurotten, um den Preis der Wolle zu drücken. Die verheerenden Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts hatten auch dieser Industrie großen Schaden gebracht. Erst im 18. Jahrhundert begann sich die Wollmanufaktur von neuem zu beleben. In Berlin, im alten Kurfürstlichen Schloßgebäude, dem Lagerhaus, wurde 1713 eine Wollmanufaktur-Musteranstalt eingerichtet, die sich so schnell entwickelte, daß einige Jahre darauf bereits die ganze Armee mit Tuch aus dem Lagerhaus versorgt werden konnte. 1785 wurden von dem Lagerhaus aus etwa 1400 Arbeiter als Heimarbeiter beschäftigt, und der Umsatz erreichte fast eine halbe Million Taler.

Einen besonders kräftigen Anstoß zur weiteren technischen und wirtschaftlichen Entwicklung erhielt auch dies Gewerbe durch die französische Einwanderung.

Die Ausfuhr von Wolle wurde 1719 verboten, eine Maßregel, die von der Landwirtschaft sehr übel aufgenommen wurde, der Industrie jedoch große Vorteile bot. Um die Fabrikanten vor Überteurung der Wolle durch Aufkaufen der Ware auf dem Lande zu schützen, wurden Wollmagazine angelegt, die ebenso wie die Getreidemagazine preisregulierend wirkten. Um den auswärtigen Absatz der Tuche zu heben, gründete der Vater Friedrichs II. eine Russische Kompanie, die für eine Reihe von Jahren die Lieferung für die russischen Truppen erhielt.

Das Generaldirektorium konnte 1747 berichten, „die Kenner schätzen unsere feinen Tuche aus spanischer Wolle den französischen und holländischen Fabrikaten gleich“. 1749 erneuerte der König das Ausfuhrverbot für Wolle, ja sogar bewollte Schaffelle durften weder nach dem Ausland noch auch nach Schlesien versendet werden. Anfangs hatte man gefürchtet, die einheimischen Manufakturen würden gar nicht in der Lage sein, alle Wolle, die im Lande erzeugt würde, aufzuarbeiten. Man hatte sich aber darin durchaus geirrt, man mußte vielmehr Wolle von außerhalb, aus Mecklenburg und Polen in großen Mengen einführen. Es fehlte an Wollspinnern. Der König suchte durch fremde Kolonisten diesem Mangel abzuhelpen. 1752 schätzte er den Mangel an Wollspinnern noch auf 60 000. Wenn man jedes Jahr 1000 Familien zu 5 Köpfen neu ansiedelte, so würde man erst in 12 Jahren den Bedarf decken können,

meinte er. Einige der neuerbauten Dörfer wurden ausschließlich diesen Wollspinnern zur Verfügung gestellt¹⁾.

Auch die schlesische Tuchindustrie war in neuem Aufblühen begriffen, als das Land an Preußen kam. Die Schafzucht war in Schlesien sehr weit verbreitet, die schlesische Wolle auf dem europäischen Markt berühmt. Einige Sorten wurden fast der spanischen gleichgeschätzt. Die Ausfuhr war sehr beträchtlich. Die sächsischen Tuchfabriken allein bezogen schlesische Wolle im Wert von jährlich etwa 20 000 Tlr. Das Verbot der Wollausfuhr aus Schlesien nach Sachsen 1755 wirkte deshalb zunächst sehr preisdrückend. Das Ausfuhrverbot wurde wieder aufgehoben und ein mäßiger Ausfuhrzoll an seine Stelle gesetzt, bis im Oktober 1761 die Wollausfuhr aus Schlesien wieder vollständig gesperrt wurde. Die Befürchtung, die eigenen Schäfereien würden an dem Ausfuhrverbot zugrunde gehen, erfüllte sich nicht. Am Ende der Regierung Friedrichs konnten sie nicht einmal den Bedarf der einheimischen Industrie decken. Heinitz berechnete, daß man damals noch jährlich für 350 000 Tlr. Wolle aus Spanien, Polen und Mecklenburg einführen mußte. Spanische Wolle war auch damals noch für die feinsten Arten unentbehrlich. Die Veredlung der Zucht durch spanische Tiere ließ sich der König sehr angelegen sein und es traf ihn deshalb hart, als Spanien um 1750 auf die Ausfuhr seiner edlen Zuchttiere Todesstrafe setzte. Nach der Aufhebung dieses Verbotes 1785 ließ der König sofort wieder, wie er es schon 1748 getan hatte, Böcke und Mutterschafe „tief in Andalusien“ aufkaufen. Auch mit dem „Kaiser“ von Marokko trat er wegen Lieferung von Zuchtschafen in Verbindung.

Während man 1756 in den östlichen und mittleren Provinzen über 5,6 Millionen Schafe zählte, wovon 2,2 Millionen allein auf Schlesien kamen, waren im Dezember 1783 in der ganzen Monarchie über 6,8 Millionen Schafe vorhanden. Für Preußen war damit ein Höhepunkt erreicht, der in den folgenden Jahren durch eine Seuche sehr herabgedrückt wurde. Ebenso wie bei der Seidenindustrie kümmerte sich der König auch hier oft um alle Einzelheiten des gesamten Betriebes. Am 13. April 1764 erließ er eine Verordnung, in der er allen Verkäufern von Wolle einschärfte, die Wolle rein und sauber auf die Märkte zu bringen. Wer dagegen verstieß, dem sollte die Wolle weggenommen werden, er sollte außerdem noch eine hohe Geldstrafe zahlen. „Se Majestät wollen,“ heißt es weiter, „daß dergleichen Betrug und Unordnungen, wodurch die mit vielen Kosten im Lande etablierten Wollmanufakturen gedrückt werden, abgestellt werden, und daß dero emanirte Edikte und Verordnungen gehalten werden.“ Zum Einkauf der Wolle auf den Märkten kamen gewöhnlich alle die kleinen Fabrikanten, die Wolle brauchten, persönlich, und es mag manchmal recht vergnügt auf diesen Märkten zugegangen sein. Auch das gefiel dem König nicht, er war der Ansicht, daß die Tuchweber besser täten, zu Haus ihre Arbeit zu verrichten, sie sollten einen oder zwei zuverlässige Leute nach den Märkten senden, um den Einkauf für alle zu besorgen, „wodurch viele Kosten erspart werden könnten“. Am 3. April 1774 wurden die Wollausfuhrverbote erneuert und besonders verschärft. Der Einkauf der Wolle wurde nur den im Lande wohnenden Fabrikanten und Wollarbeitern gestattet.

Da es an Wollspinnern dauernd fehlte, so war es den Fabrikanten freigegeben, ihre Wolle auch außerhalb des Landes spinnen zu lassen. Besondere Vorschriften waren

¹⁾ s. Koser, Bd. I S. 429.

dabei beim Akziseamt zu erfüllen, um Zuwiderhandlungen gegen das Wollausfuhrverbot zu vermeiden. Die Ausfuhr von wollenem Garn wurde ebenfalls verboten. Diese Erlasse mußten in den Städten an den Rathaustüren, auf dem Lande an den Wirtshäusern, in den Kirchen oder an den Kirchentüren angeschlagen und jährlich zweimal abgelesen werden. 1771 ordnete der König an, daß auf dem Lande überhaupt keine Wolle verkauft werden sollte. Er wollte dadurch den Fabrikanten unnötige Kosten und Zeitverluste beim Herumreisen auf dem Lande ersparen und auch verhindern, daß durch spekulatives Aufkaufen auf dem Lande der Preis der Wolle allzusehr gesteigert werden könnte, nur auf den festgesetzten Wollmärkten durfte man sich Wolle verschaffen. 1779 wurde verboten, schwarze oder bunte Schafe zu halten. Die Wollsäcke sollten mit dem Namen des Ortes der Herkunft der Wolle bezeichnet sein. Man wollte dadurch den Vertrieb feuchter oder unreiner Wolle, der bei Strafe verboten war, noch weiter hindern.

Der König hat aber nicht nur durch Verordnungen die Tuchindustrie zu fördern gesucht, er hat auch hier wie überall Geldmittel für einzelne Fabrikanten unmittelbar zur Verfügung gestellt. Auch um den Betrieb hat er sich selbst sehr eingehend gekümmert¹⁾.

Verbesserungen, die der König aus anderen Gegenden erfährt, läßt er sofort den Behörden mitteilen, die sie den Fabrikanten bekannt geben müssen, und um die Neueinrichtungen einzuführen, setzt der König Prämien und Geschenke aus. Regelmäßig muß dann, oft allmonatlich, über den Erfolg berichtet werden. Wie schon erwähnt fehlte es an Spinnern, manche Webstühle mußten feiern, weil nicht genug Garn zu erhalten war. Schon 1748 hatte deshalb der König einen Spezialbefehl erlassen, die Fabrikanten möchten die zahllosen jungen Mädchen auf den umliegenden Dörfern, die jetzt zum Viehhüten verwendet würden, veranlassen, auf einige Jahre in die Stadt als Spinnerinnen zu kommen, zum Viehhüten könnte für das ganze Dorf ein Hirte angestellt werden. Aber auch dadurch war der Mangel nicht zu beseitigen. Aus der damals noch sächsischen Lausitz wollte der König Spinner nach der Mark holen, die durch ihren Verdienst sodann die hiesigen Leute „animieren“ sollten. Die Behörden der Kurmark wurden angewiesen, darauf zu sehen, „daß die Unterthanen und ihre Kinder die langen Abende im Herbst und Winter nicht mit Faulenzen zubringen, sondern, wie in anderen Provinzen geschieht, zum Spinnen und Weben anwenden und dadurch sich etwas schaffen“. Selbst von seinen Soldaten, denen der Dienst viel freie Zeit ließ, verlangte er industrielle Tätigkeit. „Junge Herkulesse mit Schnurrbärten bei der Spindel zu sehen“, wurde eine vertraute Erscheinung. Am 3. September 1752 ergeht aus Glogau vom Könige ein Armeebefehl: „Da ich will, daß die Chefs und Commandeurs, besonders der in der Neumark stationirenden Regimenter, dahin sehen sollen, daß die Soldatenweiber, soweit es ihre wenige häusliche Wirthschaft zulasse, Wolle spinnen und dazu angehalten werden müssen, so solches in Berlin und Potsdam ausgeführt worden und beobachtet wird, so habt ihr da die nöthige Verfügung bei euren Esquadrons eures Regiments zu machen; bestmöglichst dahin zu sehen, damit gedachte Weiber, zum Besten ihrer eigenen Wirthschaft, Wolle spinnen müssen.“

Mit kleinen Mitteln suchte er im einzelnen selbst zu helfen. 1752 entschloß er sich, in der Neustadt in Cottbus¹⁾ besondere Wollspinnhäuser, jedes 48 Fuß

¹⁾ s. Oscar Stern, Aus der Vorgeschichte der Cottbuser Tuchindustrie. Cottbus 1909.

breit, mit 2 Stockwerken und für je 4 Familien bestimmt, auf seine Kosten zu erbauen. Auch in Sommerfeld und Bobersberg wurden von ihm in der gleichen Zeit Wollspinnhäuser erbaut. 24 Wollspinnerfamilien zogen 1752 nach Cottbus, meist aus Sachsen. Dem Magistrat aber wurden die Anwerbungen in Sachsen bedenklich, weil durch öffentliche Anschläge jedem, der sächsische Untertanen aus dem Land führen werde, sofortige Verhaftung angedroht war. Ein großer Übelstand war es, daß bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts das Garn nach Gewicht und nicht nach Maß bezahlt wurde. Die Spinner hatten kein Interesse daran, besonders feines Garn zu spinnen. Der König setzte daher Prämien auf das feinere Gespinnst. Nach einer Verordnung vom 9. März 1785 sollten den zehn Spinnern, welche die meisten Strähnen aus einem Pfund Wolle spinnen würden, 16 Groschen monatlich aus der Manufakturkasse gezahlt werden. Den Spinnern sollten auf Wunsch auch die nötigen Haspel unentgeltlich gegeben werden. Aber auch das hatte noch keinen Erfolg, weil die Tuchmacher wie bisher den Lohn ohne Rücksicht auf die Feinheit des Garnes pfundweise rechneten.

Am 10. April 1754 erließ der König eine „neurevidirte und verbesserte Tuch- und Zeugmacher- auch Schauordnung“. Die privilegierten Fabrikanten waren davon ausgenommen in der Erwartung, „daß dergleichen privilegierte Fabriken von selbst alles dasjenige observiren und thun werden, was zum Besten und Aufnahme ihrer eigenen Manufakturen gereichen könne“. Dieser Erlaß enthält bis ins einzelne gehende Angaben über die Fabrikation von Tuch. Da wird befohlen, daß alle Tuche an des Tuchscherers Rahmen gebracht und nadelfertig gemacht werden sollen, die Tuchmacher sollten nicht eigene Rahmen auf ihren Grundstücken halten. So wollte man Unterschleifen bei dem Ausrecken der Tücher vorbeugen. Jedes Stück Tuch sollte 24 Ellen lang und 2 Berliner Ellen breit sein, Kaufleute und Gewandschneider sollten die Tücher den Tuchmachern nach ihrem Wert bezahlen und nicht den Preis drücken. Geschähe das nicht, so würde man von den Fabrikinspektoren nach den Wolleinkäufen und der Güte der Tücher alle Jahre einen gewissen Preis festsetzen lassen, damit sowohl der Tuchmacher als der Kaufmann jeder seinen billigen Gewinn dabei haben könne. Ferner wird den Schaumeistern genau angegeben, wie sie die Tücher zu prüfen hätten. War das Tuch als gut befunden worden, so wurde es gezeichnet und dann auf die Walke gebracht. Dieser Erlaß enthält auch genau vorgeschriebene Formeln für die Eide, die die Schaumeister, die Tuchscherer und die Walker zu leisten hatten.

Auch mit den Arbeitslöhnen hat sich der König eingehend befaßt. Durch Erlaß vom 17. August 1766 setzte er die Arbeitslöhne fest und befahl den Fabrikanten bei 5 Tlr. Strafe, sie auch einzuhalten. Danach sollten die Kammarbeiter für 1 Pfd. Meistergewicht gleich 2½ Pfd. Kramgewicht bei mittlerer Wolle 6 Pfg. für Zeesen und 10 Pfg. für Kämmen erhalten. Der Webelohn wurde für eine mittlere Werfte auf 11 Gr., der Spinnlohn für ein Meisterpfund mittlerer Wolle auf 3 Gr. 6 Pfg. festgesetzt. In Cottbus kostete damals ein holländisches Spinnrad 1 Tlr. 8 Gr., ein Haspel 16 Gr. Am 26. Januar 1769 wurden von neuem die Ortsinspektoren, Magistrate und Fabrikinspektoren sehr eingehend angehalten, dafür zu sorgen, daß gute Waren geliefert würden, „damit die Fabriken nicht diskreditirt werden“. Mindestens zweimal wöchentlich solle man die Waren genau untersuchen. Sei die Ware nicht vorschriftsmäßig gearbeitet, so solle man sie gar nicht auf die Messe gehen lassen, sondern den Preis heruntersetzen und sie bloß

im Ort und im Ausschnitt verkaufen. Wenn die Fabrikinspektoren ihr Geschäft nicht verstehen, auch es nicht zu erlernen vermöchten, so solle man ihnen tüchtige Leute an die Seite stellen oder ihre Stellen anderweitig besetzen.

Das Ergebnis aller dieser vielfältigen Arbeiten des Königs war auch hier ein Emporblühen der Industrie. 1765 waren in Berlin auf dem Gebiet der Tuchfabrikation 3683 selbständige Betriebe im Gange mit 3448 abhängigen Arbeitern, 1786 wurden für Berlin allein 7683 Meisterbetriebe mit 6014 Arbeitern beschäftigt. In der Neumark allein wurden 1779 31 000 Wollarbeiter gezählt, in Pommern nur 800. Auch im Magdeburgischen blühte die Wollfabrikation. In Schlesien war durch den Krieg die Zahl der selbständigen Tuchfabrikanten stark verringert worden. Bei seiner Rundreise 1763 stellte der König fest, daß an vielen Orten kaum noch die Hälfte der Tuchmacher von 1756 vorhanden waren. Der König machte es deshalb seinen Beamten zur Pflicht, um Hebung dieser Industrie besonders eifrig bemüht zu sein. Die Wollmanufaktur nahm danach auch hier einen großen Aufschwung. Spinnschulen wurden eingerichtet und auch die Knechte auf dem Lande zum Spinnen angehalten. Sie sollten nicht eher heiraten, bis sie spinnen konnten. 1765 wurde ein Tuchreglement für Schlesien und Glatz erlassen, das auch ausführliche technische Anleitungen und Vorschriften für die Fabrikation enthält. Hatten die Schlesier sich früher in Tuch gekleidet, das aus schlesischer Wolle in Aachen oder Leyden gefertigt war, so wurde das jetzt von Grund aus anders, seitdem es gelungen war, in größerem Umfang auch den schlesischen Kaufmann für die einheimische Tuchfabrikation zu interessieren.

Neben dem Tuchgewerbe gewann der König durch die Eroberung Schlesiens auch eine bedeutsame Leinenindustrie¹⁾ für sein Land. „Die Leinwand bringt Schlesien im Verhältnis ebensoviel ein, als dem König von Spanien sein Peru,“ hat der König einst gesagt. Allerdings, den Verdienst hatten nicht die Handwerker, sondern die großen Ausfuhrgeschäfte. Der König sorgte dafür, das Absatzgebiet noch zu erweitern und vorteilhaftere Bedingungen für den Verkauf zu schaffen. Er versuchte ferner, Handwerker aus Kursachsen einzuführen, um die vernachlässigte Damastweberei wieder zur Blüte zu bringen. Die schlesische Leinenindustrie gab auch den Anstoß zur weiteren Förderung der gleichen Industrie in den anderen Provinzen. 1750 fand er sich sogar bereit, die Einfuhr ausländischer Garnsorten für die Kur- und Neumark freizugeben, um so der brandenburgischen Leinenweberei neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, da der im Lande gezogene Flachs für eine größere Industrie nicht ausreichte. Der König wollte die Leinenweberei als ländliches Gewerbe angesehen wissen, wie es in Schlesien war.

Am Ende des Jahrhunderts war es auch tatsächlich noch in Pommern und in den Marken gleich stark in den Städten und auf dem Lande, im Magdeburgischen, wohin die Leinenweberei am spätesten kam, lebten etwa $\frac{3}{4}$ der Weber in den Dörfern.

In Minden und Ravensberg, wo seit alten Zeiten die Leinenindustrie zu Hause war, gab es sogar sechsmal mehr ländliche Weber als städtische. Die Industrie stützte sich auf die Nebenbeschäftigung der bäuerlichen Bevölkerung. Das Spinnen war so allgemein verbreitet, daß es als besondere gewerbliche Tätigkeit in der Statistik gar nicht

¹⁾ s. Koser, Bd. I S. 430.

mehr berücksichtigt wurde. In der Grafschaft Ravensberg wurde mehr Garn produziert als im Lande selbst gebraucht wurde. Es entwickelte sich ein recht beträchtlicher Garnhandel nach Elberfeld, Holland und England. So betrug z. B. der Wert der Jahresausfuhr 1770 allein fast 123 000 Tlr. 1800 war der Wert sogar auf über 315 000 Tlr. gestiegen. Man hat auch hier versucht, um das Garn im Lande zu halten, Garnbleichen, Zwirnereien und Bandwirkereien anzulegen, was jedoch erfolglos geblieben ist. Die Leinwandweberei war das Hauptausfuhrgewerbe der Grafschaft, besonders das feine Leinen, dem Bielefeld seinen Weltruf verdankt, war sehr gesucht. Die holländischen Weber sind hier die Lehrmeister gewesen. Etwa 3000 Webstühle sollen ständig, nicht nur für den Hausbedarf, sondern auch für das Verlagssystem im Betrieb gewesen sein. 1775 betrug der Wert der gesamten Ausfuhr an Leinen aus der Grafschaft über 425 000 Tlr. Wie außerordentlich verbreitet gerade hier diese Industrie war, ersieht man daraus, daß etwa auf jede sechste Familie ein regelmäßig betriebener Webstuhl kam, und daß mindestens 20 000 Spinnräder in der kleinen Grafschaft betrieben wurden. Die gesamte Ausfuhr an Gespinsten und Geweben betrug 1787 über eine Million Taler, das waren 12 Tlr. auf den Kopf der Bevölkerung oder 50 Tlr. auf eine Familie. Wenn irgendwo, so kann man hier das Leinengewerbe als Landesindustrie bezeichnen.

Von der Tuchmacherei war früher die Herstellung von gemusterten, meist ungewalkten Stoffen, die sogenannte Zeugmacherei, streng gesondert. Auch diese Fabrikation gemischter Gewebe hat durch die französische Einwanderung sehr an Bedeutung gewonnen, vielfach ist sie dadurch erst begründet worden.

Wie man früher in Schlesien wohl Sommer und Winter auf dem Lande einen Leinenrock getragen hatte, so trug man an anderen Orten Sommer und Winter seinen Tuchrock. Noch der Vater Friedrichs des Großen hat seinen Sohn, der ihn um ein leichtes Sommerkleid bat, mit der Begründung abgewiesen, das sei eine französische, aber keine brandenburgische Mode. Die armen Frauen hatten sich damals besonders gern mit buntgedruckten Kattunen bekleidet, da man aber Kattun in Preußen noch nicht herstellen konnte, so verbot Friedrich Wilhelm I. 1721 alle diese Stoffe. Hohe Geldstrafen, ja sogar das Halseisen war auf Benutzung von Kattun gestellt. Das hatte sich alles geändert. In der Altstadt Magdeburg wurden 1748 neben 49 Tuchmachermeistern schon 98 Meister des Zeug- und Raschmachersgewerbes gezählt; neben Hugenotten arbeiteten hier auch bereits Einheimische. Das Geschäft von Diesing, das später der Kriegsrat G o s s l e r fortführte, beschäftigte 1746 100 Stühle und 600 Arbeiter, und in den Marken sollen 1747 1273 Meister der Zeugindustrie neben 3313 selbständigen Tuchmachern tätig gewesen sein.

Auch der Zeugmacherei hat der König sein ganzes Interesse zugewendet. In diesem Zusammenhange sei des Königs Bemühungen gedacht, eine Zeugfabrik in Luckenwalde einzurichten¹⁾. Schon 1717 hatte Friedrich Wilhelm I. die ersten Tuchmacher nach Luckenwalde gezogen. Seinem Sohn aber war es beschieden, aus bescheidenen Anfängen eine blühende Industrie in Luckenwalde zu entwickeln. 1740 zählte man dort 38 Tuchmacher mit 22 Gesellen und 2 Lehrlingen, 1785 waren bereits 111 Tuchmachermeister beschäftigt. In den Jahren 1741 bis 1754 hat Friedrich II. allein 89 Familien angesiedelt. Der Wert der

¹⁾ s. G. H ä n d l e r, Gründungsgeschichte der Luckenwalder Tuchindustrie und der Geraer Kolonieschule.

Fabrikation der Tuchfabriken war 1800 auf rd. 85 700 Tlr. gestiegen, davon gingen für rd. 20 400 Tlr. außer Landes.

Der König wollte in Luckenwalde auch die Zeugmacherei ins Leben rufen. Die thüringischen Städte Gera und Ronneburg dienten ihm als Vorbild, dort wurden gemusterte, meist ungewalkte Stoffe hergestellt, die auch nach Preußen vertrieben wurden. Als Gera 1780 durch ein großes Schadenfeuer heimgesucht war, bot der König sofort den obdachlos gewordenen Zeugmachern in seinem Lande eine neue Heimat an. Auch nach Luckenwalde kamen damals 18 Zeugmacher, eine Anzahl Kämmer und Wollspinner und außerdem 2 Stuhlbauer (Tischler). Bis Ende 1781 waren 24 Familien zugezogen. Zuerst dachte der König daran, den Zeugmachern ebenso wie den Tuchmachern Geldmittel für kleine selbständige Unternehmungen zu überweisen. Jedem der 18 Zeugmacher sollten rd. 1450 Tlr. als Grundstock für die erste Einrichtung überwiesen werden. Die Zeugmacher aber baten selbst den König, er möchte eine Fabrik nach Geraer Art erbauen, d. h. ihnen anstatt des Geldes Webstühle und anderes Handwerkszeug kostenlos überweisen, dann aber gemeinsam den Verlag und die Fertigstellung der Vorarbeiten organisieren. Der König erfüllte ihren Wunsch und ließ in den Jahren 1782 bis 1785 eine Wollzeugfabrik, die heutige Parisersche Fabrik, die jetzt noch im Volksmund „die große Fabrik“ genannt wird, errichten. Die Anlage einschließlich der inneren Einrichtung kostete dem König 72307 Tlr. Die Fabrik umfaßte eine Wollsortierstube, eine Wollkammerstube, Garnkammer, Färberei, Preßstube, Appreturwerkstätten und ein Wohnhaus für den Verleger. Gleich begann ein reges Leben in Luckenwalde. Vor allem die Stuhlbauer (die Maschinenbauer!) hatten alle Hände voll zu tun, um die Webstühle und die anderen Einrichtungen für die Fabrikation zu schaffen. Die Zeugmacher, da sie noch nicht viel anderes zu tun hatten, halfen ihnen. 1781 konnten schon die ersten 18 Stühle aufgestellt werden. Dem Manchesterfabrikanten Richter in Berlin wurde die Lieferung von Garn und anderen Rohstoffen überwiesen. Die Aufsicht über die neue Fabrikation erhielt der Berliner Königl. Fabrikenkommissarius Schmidt. Bis zum 1. April 1782 waren Waren im Wert von 1250 Tlr. bereits fertig gestellt. Vor allem aber lag dem König daran, nun einen geeigneten Verleger zu finden, das gelang ihm im Oktober 1782. Die sehr interessante Urkunde hierüber befindet sich noch im Besitz des Herrn Stadtrat Pariser in Luckenwalde, des jetzigen Eigentümers der damals begründeten Fabrik. Als ein Beispiel für derartige Konzessionen und Verträge sei sie im folgenden hier abgedruckt:

Demnach Seine Königliche Majestaet von Preußen Unser allergnädigster Herr befehlen, daß Statt der bisherigen Administration, zum Verlag der bey Luckenwalde nach Gera'er Art angelegten Zeug-Fabrique ein Solider der Fabrication und Handlung nach auswärtigen Landen vollkommen Kundiger und rechtschaffener Kaufmann ausgemittelt werden soll; und dann, als ein solcher, der aus Franckfurth am Mayn gebürtige, in einem guten Ruf stehende Kaufmann Thomas de Vins in Vorschlag gekommen; Selbiger auch auf erstatteten Bericht Dero General-Directorii als Verleger der Fabrique agreeiret worden: Als wollen und Befehlen Seine Königliche Majestaet hiermit und Kraft dieses allergnädigst, daß dem Thomas Devins das Geraer Fabriquen-Etablissement bey Luckenwalde auf folgende Bedingungen überlassen und übertragen werden solle.

1. Der Entrepreneur ist verbunden, von denen bey Luckenwalde anzusetzenden 18. Geraer und Ronneburger Zeugmacher-Meister, die von der Administration Bisher verlegte 9. Meister, einen jeden derselben, wenn sie es verlangen auf drey Stühle, die übrige aber, wenn sie sich nicht selbst verlegen wollen, einen jeden mit zwey Stühlen inbeständigem Verlag zu unterhalten, damit solche niemahls gegründete

Veranlassung haben, über Mangel der Arbeit, oder daß sie feyrig, zu klagen, wobey jedoch dem Entrepreneur freygestellt zu denenjenigen Häusern, so noch unbesetzt sind, die ausländische Meister in Vorschlag zu bringen.

2. Ist der Entrepreneur schuldig, den Debit der verfertigten Waaren soviel als möglich außer Landes und besonders nach der Schweiz und Italien zu poussiren, auch die Fabrique in der Folge zu vergrößern.

3. Dem Entrepreneur wird zu Luckenwalde ein geräumiges Wohnhauß nebst Gelaß zum Woll und Garn Magazin, zum Waaren-Lager, zur Färbung, zur Presse, appretur und Wäsche der Waaren imgleichen die nöthige Behältniße zu den Fabriquen Bedürfnissen und Wohnungen für die Arbeiter, nach einem dem Entrepreneur vorgelegten, von ihm genehmigten Plan auf Königliche Kosten erbaut, und ihm zugleich ein Garten von zwey Morgen Landes mit angewiesen. Bis dahin aber, daß alles fertig, zu Luckenwalde ein freyes Unterkommen gegeben.

4. Wenn über die jetzige Anzahl von 18. Fabricanten und 24. Spinner Häusern in der Folge etwa noch mehr zu erbauen nöthig, so werden solche auf Königliche Kosten erbauet und denen darin anzusetzenden Webern und Spinnern aber die Hälfte bewilliget werden, die die schon vorhandenen erhalten.

5. Die Spinnereyen, welche zu Trebbin und Zossen anzulegen nöthig seyn dürften, werden Seine Königliche Majestaet auf Dero Kosten einrichten laßen, wenn der Entrepreneur solches verlangt.

6. Dem Entrepreneur steht frey, so lange noch nicht hinlängliches feines Gespinst zu seiner Fabrique im Lande vorhanden, sich solches, von wo er will, kommen zu laßen.

7. Zur Einrichtung der Fabrique wird dem Entrepreneur auf jeden der 36. jetzt gleich mit Wollen Zeugen zu beschäftigenden Stühlen, eine in der Fabrique zinsfrey roulirender Fond von 500 rthr. bewilliget, von welchem die Hälfte sogleich, nach der Uebergabe der Fabrique, die andere Hälfte aber auf Ostern 1783 zu bezahlen.

8. Der Entrepreneur erhält die Accise und Zollfreyheit auf die zur Fabrique erforderliche rohe Materialien und Gespinst, auf jährlich nachzusuchende Freypässe nicht weniger auf die daraus zu versendende Fabriquen-Waaren, wenn solche mit dem daselbst gebräuchlichen Fabriquen- und Accise-Stempel gezeichnet und des Entrepreneur's Certificat begleitet sind, sowohl in sämtlichen Königlichen Landen und Staaten, als auch nach auswärtigen Orten und Meßen.

9. Dem Entrepreneur stehet frey zu Luckenwalde eine jede Art Waare verfertigen zu dürfen, die gantz Seiden und gantz Baumwollen Waaren allein, imgleichen diejenige ausgenommen, worüber speciale Privilegia für irgend jemanden ertheilet werden.

10. Diejenige Wollene Garne und Wolle, die der jetzigen Administration gehören, imgleichen

11. die vorhandene fertige und rohe Waaren sowohl, was auf dem Lager als auf den Stühlen befindlich, übernimmt der Entrepreneur nach vorheriger Besichtigung für die erweisliche Kosten-Preise, da dann der Betrag von dem im § 7 bestimmten Fond abgeht.

12. Dem Entrepreneur stehet nach Befinden der Umstände frey, die dortige Zeugmacher, sie mögen bereits etablirt seyn oder noch angesetzt werden, wenn sie ihr Metier nicht verstehen, die Arbeiten vorsätzlich negligiren oder verderben, Meutereyen, Aufwegeleyen oder Betrügereyen begehen, Aufläufe oder Rebellionen erregen, sobald sie des bey einer von dem Justiz-Amte Zinna anzustellenden summarischen Untersuchung überführt werden, zu dimitiren und dagegen andere ausländische geschickte und fleißige Ouvriers anzunehmen, ohne sich an einige anmäßliche Innungs- oder Gewercks-Privilegien zu kehren.

13. Der Entrepreneur ist sowohl in Ansehung seiner Person, als des Betriebes der Fabrique, was die Gerichtsbarkeit in personalitas anlangt, sonst Niemand als dem Cammer-Gericht, der Churmärkischen Krieges- und Domainen-Cammer, und denen diesen Gerichtshöfen vorgesetzten höheren Collegiis, in realibus aber der Grund Obrigkeit des Orts unterworfen.

14. Der Entrepreneur unterwirft sich der Untersuchung seiner Fabrique, durch denjenigen, der von dem General-Directorio dazu Authorisiret werden wird, so oft als es dasselbe wird nöthig finden; dagegen aber ist der Entrepreneur nicht verbunden, für die Sicherheit des Fonds eine besondere Caution zu bestellen. Endlich

15. wird bewilliget, daß der Entrepreneur die ihm übergeben werdende Grund-Stücke zur Benutzung bey der Fabrique frey von allen Ansprüchen und Oneribus besitze und falls derselbe die Fabrique

zehnen Jahre hindurch beständig mit wenigstens 30. bis 36. Stühlen in wollenen Zeugen wird beschäftigt haben; so soll dem Entrepreneur dessen Kindern und Nachkommen der gantze Fond an baarem Gelde, Gebäuden und Utensilien erb- und eigenthümlich geschenkt seyn und ihm oder dessen Erben zu solcher Frist eine förmliche Erbesverschreibung und Schenkungs-Brief auf Verlangen ausgefertigt werden.

Sollte aber der Entrepreneur die Stühle binnen den ersten 5. Jahren vermehren, so wird für Fünf Stühle, die mehr gehalten werden, jedesmahl ein Jahr von den benannten zehen Jahren erlaßen; jedoch verstehet es sich von selbst, daß die Fabrique zu ewigen Zeiten mit 30. bis 36. Stühlen beschäftigt werden muß.

16. Uebrigens wird der Entrepreneur von allen Chargen und Stempelgebühren für diese Concession hiermit befreyet, und seine Königliche Majestaet befehlen hierdurch allergnädigst, Dero General-Directorio, Churmärkischen Krieges- und Domainen-Cammer und dem Amte Zinna, wie nicht weniger Dero General-Accise und Zoll-Administration, den Entrepreneur dieser Fabrique Thomas de Vins, solange er sich dieser Concession gemäß verhält, bei dem Inhalt derselben und denen ihm bewilligten Begünstigungen Kräftigst zu schützen und zu maintainiren, auch die etablirten Colonisten zu ihrem ferneren Verlage an ihn zu weisen und denenselben aufzugeben, ihn in allen billigen, die Fabrication angehenden Dingen als ihren vorge-setzten Fabriquen-Entrepreneur alle gebührende Achtung und Gehorsam zu erweisen. Signatum.

Berlin, den 12ten Octobr: 1782.

gez. FRIEDRICH
(Königliches Insiegel.)

Wir ersehen daraus, wie ein aus Frankfurt a. M. gebürtiger Kaufmann, T h o m a s de V i n s, sich gegen sehr weitgehende Vergünstigungen bereit gefunden hat, die Fabrik zu übernehmen. Ihm gelang es auch bald, das ganze Unternehmen wesentlich zu fördern. 1783 beschäftigte de Vins 16 Zeugmachermeister, 14 Gesellen, 7 Lehrburschen, 7 Wollkämmer und 19 Spinner. An Streitigkeiten zwischen dem Unternehmer und seinen Meistern und Arbeitern hat es nicht gefehlt. Es lag das in erster Linie wohl an dem immer stärker sich bemerkbar machenden Übergang von der relativ selbständigen Hausindustrie zur reinen Fabrikarbeit. So bestand z. B. die Bestimmung, daß für jedes fehlende Pfund man den Spinner auf 24 Stunden ins Gefängnis bei Wasser und Brot setzen konnte. Wenn mehr als 10 Pfd. fehlten, dann konnte der Unternehmer nach rechtlicher Erkenntnis ihn aus dem zur Fabrik gehörigen Haus setzen. Davon soll de Vins ausgiebigen Gebrauch gemacht haben, und wiederholt mußten Familien Haus und Hof verlassen. 1785 hatte de Vins seine Fabrik schon auf 46 bis 52 Stühle gebracht, die Kolonie war auf 206 Menschen angewachsen. Kurz vor seinem Tode lieh der König noch zur dauernden Unterhaltung der 52 Stühle dem Unternehmer 8000 Tlr.¹⁾.

¹⁾ 1794 erhielt de Vins die Fabrik von Friedrich Wilhelm II. erb- und eigentümlich geschenkt. Es wurde nachgewiesen, daß de Vins während 10 Jahren die vorgeschriebene Anzahl Stühle beschäftigt hatte, und daß die Fabrik in gutem Zustande und mit ansehnlichen Vorräten versehen sei, daß auch das Anlage- und Betriebskapital vollständig vorhanden war. Außerdem erhielt de Vins auch das ursprünglich geliehene Betriebskapital von 18 000 Tlr. geschenkwise überwiesen. Die Fabrik sollte zu ewigen Zeiten mit mindestens 46 bis 50 Stühlen, wovon 2 auf jeden Meister kommen sollten, in fein, ganz und halbwillenen Zeugmacherwaren unausgesetzt betrieben werden. Bei schlechter Geschäftslage sollte die Regierung die Zahl der Stühle auf 36 herabsetzen können. Die 18 Webemeister hatten das Recht, falls sie sich mit dem Unternehmer nicht einigen konnten, gegen einen vom Departement festzusetzenden Lohn auf mindestens 2 Stühlen unausgesetzte Beschäftigung zu verlangen. Wenn das nicht der Fall war, mußten sie durch „Feierungsgelder“ entschädigt werden. Die 1786 geliehenen weiteren 8000 Tlr. sollten auch nach 10 Jahren als Geschenk angesehen sein, falls de Vins durch „billiges Betragen gegen die Ouvriers“ zur Konservation der Kolonie mitwirke. Bis dahin

Die Baumwollenweberei war erst seit 1744 in Berlin vertreten. 1769 wurde die erste Fabrik für Baumwollsammt errichtet, und 1775 kam die Königl. Manchesterfabrik, bis 1792 für Manchesterwaren privilegiert, in Betrieb. Sie wurde unter Beihilfe der Seehandlungsgesellschaft ins Leben gerufen.

Seit dem vorher erwähnten Einfuhrverbot hatte man den Kattun sehr vermißt, jetzt kam das Baumwollenzeug wieder in Mode. In Brandenburg wurde eine Barchentfabrik eingerichtet. Die Kaufleute aber wollten zuerst nichts davon wissen, bis der König ihnen drohte, den Verkauf von Barchent den Kaufleuten ganz zu nehmen und ein Staatsmonopol nach österreichischem Muster daraus zu machen.

Wattfabriken fehlten 1752 noch ganz. Der König beabsichtigte, mindestens 200 Stühle hierfür allein in Betrieb zu nehmen.

Hervorragend entwickelt hatte sich schon seit dem Ende des 17. Jahrhunderts die Strumpfwirkerei. Eingewanderte Protestanten aus Frankreich, der Pfalz und dem Elsaß hatten den Strumpfstuhl mitgebracht und in Berlin, Magdeburg und Halle eine bedeutsame Strumpfindustrie ins Leben gerufen. Die Einheimischen lernten bald die neue Kunst. Als der König zur Regierung kam, war aber der Höhepunkt dieser Entwicklung zu seinem großen Leidwesen schon überschritten¹⁾.

In den benachbarten Staaten hatte sich ein großer Wettbewerb herausgebildet. Die Wollpreise waren sehr gestiegen, erst als Schlesien für die preußischen Fabrikate als Absatzgebiet erschlossen wurde, und als man dazu überging, seidene Strümpfe zu weben, hat sich die preußische Strumpfindustrie wieder neu belebt.

Gerade auf dem Gebiet der Textilindustrie hatte sich der König auch mit den aus England stammenden neuen Maschinen, die eine so gewaltige technische, wirtschaftliche und soziale Umwälzung hervorrufen sollten, auseinander zu setzen. Im Hinblick auf die heute so alles innerhalb unserer wirtschaftlichen Kultur überragende Bedeutung der Maschine ist es besonders interessant, die Stellung des großen Königs hierzu kennen zu lernen. Ende der 70 er oder Anfang der 80 er Jahre — das Datum läßt sich nicht genau bestimmen — handelte es sich um die Einführung der neuen englischen Maschinen in die Wollfabriken. Der König schrieb damals an Heinitz:

„Dies versteht sich aber nur von feinen Tüchern und Manchester, sonst würde durch Abbringung der Spinnerei die Armuth leiden . . . , sodann ist es auch gar nicht Meine Intention, daß diese Spinnmaschine allgemein werde, und bei allen Kattun- und Zitz-, auch anderen solchen Fabriken eingeführt werden soll. Es würde ja sonst eine sehr große Menge Menschen, die bisher von dem Spinnen sich ernährt haben, außer Brod gesetzt werden; das kann unmöglich angehen, sondern Ich meine lediglich unsere beiden Manchesterfabriken, um denen mehr aufzuhelfen.“

Hieraus ergibt sich, daß Friedrich II. nicht bedingungslos unter allen Umständen für die Einführung der Maschine eingetreten ist. Manche haben darin einen Mangel an Weitblick sehen wollen, doch ist des Königs Stellung auch für den, der heute den Sieges-

wurde der Kriegs- und Domänenkammer das Recht beliebiger Untersuchungen in der Fabrik zugesprochen. Aus der weiteren Geschichte dieser Industrie sei nur erwähnt, daß die Erben nicht imstande waren, die Fabrik zu übernehmen, sie kam 1806 zum Verkauf.

¹⁾ s. Koser, Bd. I S. 431.

lauf der Maschine durch alle Gewerbe kennt, unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse durchaus verständlich. Wenn heute ein Großunternehmer sich auf eigene Kosten unter Aufwendung großer Mühen Arbeiter verschaffen müßte, für deren Unterhalt er auch dann zu sorgen verpflichtet wäre, wenn neue technische Erfindungen sie ihm entbehrlich machten, so würde er unter diesen Verhältnissen wohl nicht stets freudig bereit sein, durch Einführung von Maschinen diese Arbeiter auszuschalten. Es ist hierbei eben immer im Auge zu behalten, daß der König sich als die Zentralstelle der Gesamtwirtschaft ansah, der nicht einseitig nur eine Seite berücksichtigen durfte¹⁾.

Noch wenige Tage vor seinem Tode hat er sich mit den englischen Maschinen, wodurch er das Manufakturwesen seines Landes, insbesondere die Tuchfabrikation zu heben gedachte, beschäftigt. Am 29. Juli 1786 schrieb er von Potsdam aus an den Minister von Werder:

„Aus der anliegenden Anzeige eines ehemaligen Regiments Quartier Meisters, Namens Jonas, werdet Ihr mit mehrern ersehen, daß derselbe einen Menschen ausfündig gemacht haben will, welcher die bey denen Englischen Manufacturen so vielen Nutzen schaffende Maschinen vollkommen kennet und anzufertigen versteht. Sollte dieses seine Richtigkeit haben, worüber Ihr unverzüglich die genaueste Erkundigung einziehen werdet, so wäre Mir sehr daran gelegen, daß dieser Mensch, Namens Nordberg, baldmöglichst engagiret und in's Land gezogen würde, da er, wenn er die Sache gründlich versteht, uns sehr große Dienste thun könnte. In dem Falle habe Ich Euch hierdurch aufgeben wollen, mit demselben in Meinem Namen zu correspondiren und ihn unter billigen Conditionen zu engagiren, mithin die Sache richtig zu machen. Was deshalb zu bezahlen nöthig ist, das will Ich bezahlen. Ihr werdet Euch demnächst noch erinnern, daß ich den v. Geßler habe dieserwegen nach England schicken wollen. Allein wenn wir selbst einen Menschen haben, der das versteht, so ist die Reise des v. Geßler nicht nöthig, und die Kosten, so dazu erfordert werden würden, können erspart werden. Da Ich Mir vorgenommen habe, künftiges Jahr noch eine gute Summe für die Manufacturen zu geben, so würde es sehr vieles zu derselben perfectionirung beytragen, wenn dabey, wie in England, die Maschinen eingeführt werden. Man müßte sich also keineswegs damit auf Berlin einschränken, sondern gleiche Rücksicht auf die kleinen Städte, als Wittstock, Perleberg, und wo sonst fabriquen vorhanden sind, nehmen, und die Maschinen zu deren Verbesserung einführen. Wenn nur der Mensch erst hier ist, so will Ich zu Anschaffung aller der Sachen und Geräthschaften, die zu Anfertigung der Maschinen erforderlich sind, das Geld geben, und solche alle machen lassen: Allein unsere vornehmste Fabrique ist die von Tuch. Diese müßten wir dahero vorzüglich zu perfectioniren bedacht seyn, damit der debit derjenigen fabriquen, die wir davon schon haben, möglichst vergrößert werde. Die Güte des Tuches allein ist indessen dazu noch nicht hinlänglich, sondern es muß die gute Waare auch um wohlfeile Preise verlassen werden können; denn wenn die Preise wohlfeil sind, so ist natürlich der debit größer, als wenn solches theuer verkauft wird.“

¹⁾ Die Benutzung der früher meist verbotenen sogenannten Bandmühlen hat der König mit Edikt vom 18. Juli 1749 mit der Begründung erlaubt: „Wir halten es für einen dem gemeinen Wesen schädlichen Handwerksmißbrauch, diejenigen Mittel, welche zur Erlangung eines wohlfeilen Preises der Waren gereichen, nicht zur Hand zu nehmen.“

In der Grafschaft Mark wurde im Laufe des 18. Jahrhunderts die Textilindustrie, vor allem die Wollspinnerei, immer mehr durch die Eisenindustrie verdrängt, „weil nicht das Salz daran verdient wurde“. Die Wolle kam damals meist von Spanien über Holland nach der Mark. In den Kreisen Altena und Iserlohn war auch für die Heimarbeit der Textilindustrie bald kein Platz mehr. Frauen und Mädchen fanden Arbeit in der Drahtwarenindustrie. Auch Tuchweberei wurde in verschiedenen Orten, besonders in Plettenberg und Herdecke, betrieben. Kostspielige technische Einrichtungen wie Walkmühlen und Färbereien wurden oft von den Gilden angelegt. In der Regierungszeit Friedrichs II. entstanden aus der Heimarbeit zwei Fabrikbetriebe. Die eine dieser 1741 in Hagen begründeten Unternehmungen gehörte Christian Moll, der König gewährte ihm für seine Arbeiter Werbefreiheit. Die andere Firma, die 1757 in Westhofen gegründet wurde, hieß H. D. Nettmann & Sohn. Gerade in Hagen, Herdecke, Westhofen und Plettenberg wurde im 18. Jahrhundert die Tuchindustrie so bedeutend, daß andere Industriezweige zurückgedrängt wurden. 1787 wurden in Hagen allein 400 Tucharbeiter gezählt. Die Baumwollenweberei blühte im 18. Jahrhundert besonders in Schwelm, Breckerfeld und in Hagen. Ein Erzeugnis dieser Industrie war ein Stoff aus gefärbten Garnen, Siamosenzeug genannt, das von Belgien nach der Mark kam. 1754 waren in Breckerfeld allein nicht weniger als 80 Stühle auf Siamosenzeug tätig. Die Herstellung von Bettzeugen, sogenanntem Zwillich und Drillich, wurde in Schwelm betrieben, ebenso wurden hier baumwollene Bänder seit 1770 hergestellt.

Auch Leinenweberei wurde als Nebenarbeit in den Grenzgebieten der Grafschaft Mark betrieben, die kaufmännische Seite dieser Tätigkeit lag den Verlegern ob.

Papierfabrikation.

Der Papierfabrikation in seinen Landen hat bereits der Vater Friedrichs des Großen seine Aufmerksamkeit zugewendet. Um ihr den Rohstoff zu sichern, verbot er die Lumpenausfuhr, aber noch fehlte es an guten technischen Einrichtungen. Die Papiere konnten sich ihrer Güte nach mit denen Hollands und Frankreichs nicht messen. Friedrich II. hat sich Mühe gegeben, die Fabrikation guter Papiere zu fördern. Im Juni 1754 lernte er in Halle den Leiter der dem Frankeschen Waisenhaus gehörigen Papiermühle kennen. Er veranlaßte ihn, nach Holland zu reisen und dort die Einrichtungen genau zu studieren, und erteilte ihm ein Monopol auf den Lumpeneinkauf in Ostfriesland¹⁾. Die ostfriesischen Lumpensammler, die im Sortieren sehr geübt waren, arbeiteten damals ausschließlich für holländische Fabriken. Nach dem siebenjährigen Krieg 1763 ließ es der König sich angelegen sein, auch in Schlesien noch mehr Papiermühlen zu errichten. Er befahl seinen Behörden, dafür zu sorgen, daß das im Lande gebrauchte Papier auch im Lande selbst hergestellt werde, seiner Verfügung legte er einen ausführlichen Fragebogen bei, woraus man sehen kann, wie weit er auf technische Einzelheiten eingegangen ist. Die Ausfuhr der Lumpen sollte aufs schärfste verboten werden. Nach des Königs Meinung verstanden die Leute noch nicht ausreichend, die Lumpen richtig zu sortieren, er befahl deshalb seinen Beamten, hierauf besonders zu achten. Im letzten Jahrzehnt seiner Regierung hat der König sich bemüht, die Papier-

¹⁾ s. Kosor, Bd. I S. 434.

fabrikation nach holländischer und französischer Manier einzurichten. Die Mahlmühle zu Spechthausen bei Eberswalde wurde als geeignet für die Ausführung einer solchen Papiermanufaktur angesehen. Wie eingehend sich der König mit diesen Plänen befaßt hat, sehen wir aus seinem Schreiben an den Geh. Finanzrat Tarrach vom 30. April 1780:

„Es hat sich auch der dortige Kaufmann Büring bei mir gemeldet und will das Etablissement der holländischen Papierfabriken, wie ihr solches aus seiner hierbei kommenden Vorstellung näher ersehen werdet, übernehmen. Nun ist es mir einerlei, wer die Sache unternimmt, wenn solche nur zur Perfection gebracht wird; es sind aber noch ein Haufen Umstände dabey, ehe daraus was werden kann. Denn zum ersten muß zuvor aus den Acciseregistern genau extrahirt werden, wieviel ausländisches Royal- und Druckpapier, auch andere Sorten fein Papier jährlich eingebracht werden? Wenn das nun, wie ich ohngefähr annehmen will, für 50 000 Thlr. wäre, so muß denn zweitens überschlagen werden: Wievielerlei Gattungen an Lumpen, zu wieviel in der Quantität müssen wir haben, um für 50 000 Thlr. solches Papier zu machen? Gesetzt nun, das beträge etwa 10 000 Pfund, so ist drittens die Frage: Können wir die erforderliche Quantität Lumpen hier zusammenkriegen? oder wo nehmen wir solche her? Viertens, wenn die Lumpen weit herkommen, wie theuer ist der Transport? Und können wir denn bei dem Papier hier den Preis halten mit dem holländischen Papier? Fünftens: die ganze Quantität Papier zu machen, kann das auf einer Mühle geschehen? Oder wieviel Mühlen müssen dazu sein? Und wieviel Leute sind dazu erforderlich? und was kosten die zu unterhalten?

Dieses Alles, was sonsten noch weiter dabey vorkommt, muß erst mit Ordnung und Zuverlässigkeit ausgemittelt und dann balancirt werden; wie hoch das Papier, was hier gemacht wird, zu stehen kommt? und wie sich dieser Preis gegen den Preis von holländischem Papier verhält, und wieviel Profit für den Entrepreneur dabey herauskömmt. Vorstehendes sowohl, als auch was ich Euch gestern bereits über die Sache zu erkennen gegeben, müsset Ihr mit aller Sorgfalt in Ueberlegung nehmen, und nach diesen Principiis einen vernünftigen Plan machen, daß man daraus sehen kann, ob das Werk auszuführen steht oder nicht? Wobey denn auch darauf Rücksicht genommen werden muß, solche Leute zu kriegen, die das Papiermachen auf holländische Art aus dem Grunde verstehen, auch die Lumpen zu sortieren wissen.

Dann müssen auch solche Leute sein, die mit dem Karren umherfahren und die Lumpen in den Städten und auf dem Lande aufkaufen und den Leuten Schwämme geben zum Feuermachen, damit nicht so viele leinene Lumpen zu Zunder verbrannt werden, welches alles Ihr also gehörig in Betracht ziehen und darauf denken müßt, wenn ihr einen ordentlichen Plan von der Sache machen wollt etc.“

Einige Tage später konnte ihm Tarrach melden, daß er einen französischen Unternehmer, Jean Dubois, für die Papierfabrik gewonnen habe. Der König schrieb am 7. Oktober 1780:

„Da ich aus Euren Bericht vom 5ten dieses ersehe, daß ein Papiermacher von Angulesme engagirt worden, so ist dies wohl gut, aber es ist doch ein bischen zu theuer, was ihm an Reisegeld accordirt worden. Indessen ist es doch nöthig, daß wir einen solchen Menschen haben, der das Papiermachen recht aus dem Grunde versteht,

und also könnt Ihr ihn nur immer herkommen lassen und wegen des Reisegeldes für ihn mich dann wieder erinnern.

Denn ehe wir einen dergleichen Menschen nicht hier haben, kann aus der ganzen Sache nichts werden und eher werde ich auch kein Geld dazu geben. Wenn auch ein Kaufmann sich fände, der die Papierfabrik anlegen wollte, so versteht er es doch selbst nicht, und hier ist auch kein anderer, der es recht versteht. Sie würden also wohl Papier machen, aber nicht besser, als was hier schon gemacht wird, und weder Royal- noch Druckpapier würden sie zu Stande bringen, weil sie das nicht verstehen; also müssen wir nur warten, bis der Mensch aus Frankreich hier ist, der da alles besorgen und anordnen kann, wie das Werk eigentlich angelegt werden und alles beschaffen sein muß; auch wie die Lumpen recht zu sortiren und überhaupt wie alles angefangen und gemacht werden muß, wenn der Endzweck erreicht werden und die Sache reussiren soll. Alsdann, und wenn wir das wissen, so können wir auch weiter in der Sache vorgehen etc.“

Am 14. November konnte Tarrach über den weiteren Verlauf seiner Verhandlungen berichten. Am 17. November erwidert der König schon auf seinen Bericht. Er hält es für notwendig, ihn noch einmal auf das, worauf es ihm ankam, hinzuweisen.

„Ich habe Euch auf Euern Bericht vom 14ten dieses, was Ihr darin in Ansehung der allhier anzulegenden holländischen Papierfabrik angezeigt, hierdurch zu erkennen geben wollen, wie das alles noch so durcheinander geht und meiner Intention nicht gemäß ist. Ich will nämlich einen Menschen aus Frankreich haben, der bei einer solchen Papierfabrik daselbst wie ein Director oder Buchhalter oder Schreiber oder sonsten dabei gewesen ist, der alles das versteht, was zur ganzen Sache gehört und der im Stande ist, auch hier das Werk einzurichten, und alsdann es zu dirigiren, aber nicht einen solchen Menschen, der die Sache hieselbst entrepprenniren soll, das können Kaufleute thun.

Da diese aber die Sache nicht verstehen, so muß ein Anderer sein, der es einrichtet und dirigirt, und der muß deshalb aus Frankreich sein, weil, wenn wir einen Holländer dazu nehmen, wir nicht sicher sind, daß die Sache reussirt; denn die Holländer werden über die Anlage neidisch werden und gewiß suchen, ihn zu bestechen, damit die Entreprise nur nicht aufkommen soll. Mit einem solchen Menschen, der schon selbst Papierfabriken gehabt, ist das nichts; seine Forderungen sind auch zu exorbitant, als daß man sich deshalb einlassen kann. Wir brauchen auch keine Ouvriers aus Frankreich, die können wir eher aus Holland herkriegern, nur der, so das Werk hier einrichtet und ferner in seinem Gang dirigirt, muß aus Frankreich sein. Dieses ist meine eigentliche Intention bei der Sache und darnach müßt Ihr Euch richten. Hiernächst ist die Hauptsache, ob sie die Lumpen hier genug haben, sonst ist alles nichts und kann aus dem ganzen Werk nichts werden, denn auf die Lumpen kommt alles an, welches also vorzüglich mit untersucht werden muß. Im Uebrigen ist es mir lieb, daß es mit der Messe dort gut geht.“

Endlich am 11. Mai 1781 war man so weit, den Kaufkontrakt mit dem damaligen Besitzer der Mühle namens Welle zu unterzeichnen. 4550 Tlr. mußte die Regierung für die Mahl- und Schneidemühle samt zugehörigen in Erbpacht befindlichen Ländereien zahlen, und am 27. Juni 1781 unterzeichnet der König den Kontrakt mit dem Entrepreneur Jean Dubois. Auch dieses Schriftstück ist für die Schwierigkeiten, die bei der Begründung der Industrie im 18. Jahrhundert zu überwinden waren, sehr bezeichnend.

Die Konzession erstreckt sich auf 10 Jahre, Dubois verpflichtet sich, mit seinem Vermögen und seiner aus 8 Personen bestehenden Familie sich in Spechthausen anzusiedeln. Er erhält die bisherige Mahl- und Schneidemühle nebst zugehörigen Grundstücken in Erbpacht, „hier wird er eine Manufactur zur Anfertigung der feinen Post-, Schreib-, Druck- und Royal- und Medicin-Pappier errichten, und solche in der Weisse in großen betreiben soll, daß darinn 64 Ouvriers und Lehrlinge 120 Hammer 3 Cylinder 6 Büten 40 Formen 18 Pressen und andere Maschinen occupirt und jährlich 14400 Ries feine Papiere nach holl. und franz. Art fabriciret werden können“. Ferner wird Dubois verpflichtet, alle Geräte, Maschinen und Werkzeuge, so wie in Frankreich und Holland tüchtig und gut, anfertigen zu lassen. Als Reise- und Transportkosten für seine Familie und sein Eigentum sowie für die Arbeiter, die er heranzuschaffen hat, werden ihm 5400 Tlr. bewilligt. 2000 Tlr. erhält er an Gratifikationsgeld für das von ihm aufzubringende Kapital, außerdem soll er hiervon den jährlichen Bedarf an feinen Lumpen anschaffen. Weiter hat der König für die Bauarbeiten der Papiermanufaktur einschließlich der inneren Einrichtung im ganzen 36 800 Rthl. bewilligt. Dubois hatte es sich ausgemacht, das ganze Maschinenwerk durch seine ins Land zu ziehenden Mühlenbauverständigen selbst anfertigen zu lassen. Auch die Frage des Lumpensammelns wird eingehend geregelt. Er erhält Akzise- und Zollfreiheit auf die zur Fabrikation nötigen Rohstoffe, ferner auf die außer Landes gehenden feinen Papiere. Er darf mit seinen Erzeugnissen überall Handel treiben und in Berlin und den Hauptstädten der Provinzen Niederlagen errichten. Es wird dann noch festgesetzt, daß, sobald die Manufaktur in der Lage ist, die nötigen feinen Druck-, Schreib- und Royalpapiere selbst herzustellen, man die weitere Einfuhr der feinen fremden Papiere verbieten würde. Dubois erhielt das ausschließliche Privilegium auf 10 Jahre für die Fabrikation von feinen Papiersorten nach holländischer und französischer Art in der Kurmark. Vor allem wurde es streng verboten, die Arbeiter der neu zu begründenden Papierfabrik abspenstig zu machen.

„Schlüssl. wird dem Dubois die Versicherung hiermit ertheilt, daß nicht nur diese Concession u. alle dahin gehörigen Expeditiones frei von Chargen Stempel u. Canzley Gebühren ausgefertigt sondern auch oft ged. Pappier Manufactur nebst alle dahin gehörigen Grundstücken Fabriquen Gebäuden Mühlen Werken und alle übrigen Pertinenzien ihm zum Etablissement u. Betrieb dieser Manufactur angewiesen u. übergeben nach Verlauf von 10 Jahren aber den Entrepreneur für sich seine Erben u. Erbnehmer erb u. eigenthümlich jedoch unter der ausdrückl. Bedingung allergnädigst geschenkt sein sollen, wenn er solche wehrend dieser Zeit mit der Stipulirten Anzahl Ouvriers Werken u. Machinen im beständigen Betrieb zu erhalten, obgenannte feine Sorten Papiere von Bonité den Holl. u. Franz. gleich Fabriciren davon sowohl als von denen feinen Lumpen binlängl. Vorräthe anschafen demnächst aber die Verwendung der Königl. Fonds nachweisen u. die Manufactur fernerhin nach wie vor auf denselben Fus fortzusetzen u. zu betreiben sich erklären wird. Dahingegen in Entstehung dessen u. wenn er binnen obiger Frist sein Engagement nicht erfüllt, die Fabrique vernachlässigt, oder wohl gar eingehen läßt, er gehalten sein soll, den Königl. Fonds in Pr. Crnt. die Mark fein a 14 Rthl. baar wiederum zu ersetzen u. das ganze Etablissement zu retradiren.

Soweit war alles in bester Ordnung, nur der Unternehmer selbst entsprach auch nicht entfernt den in ihn gesetzten Erwartungen. Bereits 1783 machte er sich nach einem Defizit von über 50 000 Tlr. heimlich davon. Die Konzession wurde nunmehr an den Berliner Papierhändler Peter Andreas Eisenhardt übertragen. Eisenhardt mußte sich verpflichten, sobald als möglich, spätestens in 4 Monaten sich mit einem tüchtigen, erfahrenen und womöglich bemittelten holländischen Papiermacher zu assoziieren. Dieser Kompagnon sollte bereits eine Fabrik von feinen Papieren besessen

oder derselben mit Erfolg vorgestanden haben. Eisenhardt aber starb bereits Ende 1786 oder Anfang 1787. Jetzt übernahm der Berliner Kaufmann und Papierhändler Johann Gottlieb Ebart die Fabrik, der sich mit einem westfälischen tüchtigen Papiermacher Matthias Friedrich Forster verband¹⁾.

Zu den Papiermühlen, die in preußischen Landen zur Regierungszeit Friedrichs des Großen betrieben waren, gehörte auch die Königl. Papiermühle bei Heegermühle, die aber bei der russischen Invasion 1760 niederbrannte. Einige Jahre später fand sich der Papiermacher Daniel Gottlieb Schottler bereit, aus eigenen Mitteln, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihm das übliche freie Holz und eine Anzahl anderer Vorrechte eingeräumt wurden, nicht fern von der ersten Fabrik, im sogenannten Wolfswinkel am Finow-Kanal eine neue Papiermühle zu erbauen. Die Konzessionsurkunde konnte am 28. Oktober 1767 von dem Amtmann und dem Unternehmer unterzeichnet werden. Bemerkenswert ist hierbei, daß auch schon im Kontrakt genau festgesetzt war, nicht nur wieviel Papier, sondern auch zu welchem Preise der Papiermüller es an die Kurmärkische Kammer jährlich abliefern mußte²⁾.

Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

Das Berg- und Hüttenwesen im 18. Jahrhundert läßt sich in seiner Bedeutung für die gesamte Staatswirtschaft auch nicht entfernt vergleichen mit seiner Stellung in unserer heutigen Zeit. Als Brennstoff herrschte das Holz noch fast unumschränkt. Nur hier und da wurde versucht, Steinkohlen zu benutzen. Ebenso trat das Eisen als Baustoff gegenüber dem Holz noch vollständig zurück. Seine Verwendung aber zu Waffen und Werkzeugen machte die Fürsorge für die Entwicklung des Eisenhüttenwesens zu einer selbstverständlichen Pflicht jedes weitschauenden Fürsten. Auch Friedrich der Große hat sich zunächst mit Rücksicht auf die Landesverteidigung und aus dem Streben, sich nach jeder Richtung hin für die notwendigen Lebensbedürfnisse von Staat und Volk vom Auslande soweit als möglich freizumachen, mit großer Energie um das Eisenhüttenwesen seiner Länder gekümmert.

Im Anfang des 18. Jahrhunderts wurden die Provinzen Pommern, Neumark und Kurmark von Schweden aus, Magdeburg und Halberstadt vom Harz aus mit Eisen so reichlich versehen, daß die preußischen Könige bald durch Einfuhrverbote ihre eigene Eisenindustrie zu schützen suchten, die auch durch die Einwanderung gewerbefleißiger Franzosen mancherlei Anregung erfahren hatte. So hatte der Franzose Aureillon 1698 die Erlaubnis erhalten, bei Neustadt-Eberswalde eine Eisenspalterei und einen Drahtzug anzulegen. Der Kurfürst unterstützte die Anlagen sehr beträchtlich. Leider brannten die für 12 000 Tlr. errichteten Fabrikanlagen 1707 vollständig nieder. Nur in kleinerem Umfange wurde der Betrieb fortgeführt. 1719 übernahm der Staat die Eisenspalterei, der sie wieder weiter verpachtete, so von 1731 bis 1749 an Splittgerber und Daun. Im Ruppiner Land lag die Eisenhütte zu

¹⁾ Die interessanten Schicksale der Unternehmung bis zum Jahre 1887 sind geschildert in der Festschrift „Hundert Jahre der Papierfabrik Spechthausen“. Die blühende Fabrik ist heute noch im Besitz der Familie Ebart.

²⁾ Die Papierfabrik Wolfswinkel befindet sich noch heute im blühenden Betrieb und im Besitz des Kommerzienrats Marggraff, Vorsitzenden der Potsdamer Handelskammer.

Neustadt an der Dosse, die alle möglichen Arten von Gußwaren, vor allem Munition herstellte. 1778 übernahm der König auch diese Hütte in eigene Verwaltung. Besondere Bedeutung gewann das Eisenwerk zu Peitz unweit Cottbus. Friedrich befahl 1752, dieses Eisenwerk zu übernehmen, um Kugeln und Bomben zu dem gleichen Preis wie in Zehdenick zu gießen. 1755 wurde die Hütte von neuem verpachtet, aber 1778 wieder vom Staat übernommen. 1774 lieferte Peitz etwa 2000 Zentner Munition und 4000 Zentner Stabeisen. Schon 1742 war durch Kabinettsorder vom 24. September befohlen, zwei Hochöfen bei Alten-Schadow anzulegen. Aber mit der Ausführung dauerte es noch lange. Erst 11 Jahre später konnte der erste Ofen angeblasen werden. Mit dieser Anlage hatte der König wenig Glück; das Werk wurde bald wieder verpachtet, 1765 der Betrieb eingestellt und die Hütte zu einer Schneidemühle umgebaut. 1775 und 1778 sollte das Werk verkauft werden, es fand sich aber kein Käufer, der Staat richtete dann Wohnungen in den Gebäuden ein.

Nicht minder wichtig wie Peitz war das Hüttenwerk zu Zehdenick an der Havel, das schon seit 1620 im Betriebe war. Außer Munition wurden hier Tiegel, Töpfe, Mörser, Öfen, Gewichte usw. hergestellt. 1751 bestand dies Hüttenwerk aus dem Gieß- und Schmelzwerk und dem Eisenhammer. Das Gießen von Munition verbesserte hier der General Holzendorff durch Einführung von Messingmodellen für die Kugeln, die in Sand eingeformt wurden, ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der sehr zeitraubenden Lehmformerei. Der General hatte diese Verbesserung in Frankreich kennen gelernt. 1774 wurde auch diese Hütte vom König in eigene Bewirtschaftung genommen. Sie lieferte damals rd. 3500 Zentner Munition. Ebenso übernahm der Staat 1778 den Pleiskehammer bei Crossen. Das Eisenwerk Vietz bei Küstrin hatte 1774 zwei Hochöfen im Betriebe, die ihr Eisen den Hammerwerken in der Neumark liefern mußten.

In den 60 er Jahren versuchte der König mit großer Tatkraft die Fabrikation von Blech und Stahl zu fördern. Er hatte festgestellt, daß gerade hierfür noch zu viel Geld dem Auslande bezahlt wurde. Er wollte deshalb große Werke in Pommern an der Zanze angelegt sehen und bewilligte hierfür 180 000 Tlr. Zwei Hammerwerke in Zanshausen und Zansthal hatten auch Blechwerke. Sie lieferten 1774 2500 Zentner Stabeisen. An diesen Werken aber erlebte der König wenig Freude, da sie sich nur schlecht verzinnten.

Sein Hauptaugenmerk richtete Friedrich II. auf Neustadt-Eberswalde, das ein Mittelpunkt der Eisenindustrie werden sollte. Gleich nach der Thronbesteigung wurde durch Erlaß vom 27. Juni 1740 die Anlegung einer Stahl- und Eisenwarenfabrik befohlen. Das war allerdings zunächst leichter gesagt als getan. Da es an Arbeitern vollständig fehlte, und „geübte Meister“ schwer zu beschaffen waren, so dauerte es noch bis zum 1. Dezember 1743, bis die beiden Scherenschmiede Hilpert und Erbe mit ihren Familien in Eberswalde einziehen konnten, um die erste Messer- und Scherenschmiede Preußens zu begründen. Es mußte jetzt eine Schleifmühle erbaut werden, bei der sich herausstellte, daß die Wasserkraft „viel zu stark“ war. Man riß das Gebäude wieder ab und verlegte die Mühle. Eine Zeit darauf war das Geschäft so weit ausgedehnt, daß man nunmehr gleich drei neue Schleifmühlen erbauen konnte. Aber auch damit war der König nicht zufrieden. Durch seinen Gesandten ließ er aus Ruhla in Thüringen Messerschmiede und

Eisenarbeiter für Eberswalde anwerben. Die ersten Familien trafen im Dezember 1748 ein, weitere folgten. Auch aus Schmalkalden, Eisenach, Solingen und Kassel wurden geeignete Eisenarbeiter herangezogen. Im ganzen wanderten 129 Messerschmiede mit Familien ein. In Eberswalde wurde es nicht leicht, die Leute unterzubringen. Die Königl. Manufakturkasse mußte zunächst aushelfen. Anfangs der 50er Jahre wurde eine Vorstadt angelegt, die ausreichende Wohnungen darbot. 1785 bestand diese Kolonie aus einem großen Fabriken- und Kontorhaus und aus 35 Häusern, für 2 und auch mehrere Familien eingerichtet. Die Kosten für den Bau dieser Vorstadt betragen 13 316 Tlr., die Kgl. Forsten hatten das Bauholz kostenlos geliefert.

Zunächst wurden nur Messer und Scheren, später auch andere Eisenwaren hergestellt, wie Bohrer, Lichtputzen, Vorhängeschlösser, Schnallen, Kaffeemühlen, Zirkel, Ketten, Nägel usw. Um die neu aufblühende Industrie zu schützen, wurden 1751 alle fremden Eisen- und Stahlwaren im Lande verboten, nur „Eberswalder Messer mit dem preußischen Adler“ durften feilgeboten werden. Jeder Händler mußte eine Bescheinigung, daß er nur Eberswalder Ware führe, vorzeigen können. 1760 wurde auch die Ausfuhr von Hirschgeweihen verboten, um sie ebenfalls allein der Eberswalder Fabrik zur Verarbeitung zu Messerheften zu überlassen.

In Frankfurt a. O. und Bromberg hatte das Werk eigene große Niederlagen. Auch der jährliche Besuch der verschiedenen Messen, die man zugleich mit großem Warenlager bezog, war wichtig für den Absatz.

Sehr genau war der innere Fabrikbetrieb geregelt. Die Leitung der ganzen Fabrik hatte die Rohstoffe anzuschaffen und sie den Meistern zu genau festgesetzten Preisen zu überlassen. Alle Arbeiter mußten die fertigen Waren zu bestimmten Preisen an das Fabriken- und Kontorhaus liefern. Es war ihnen verboten, von sich aus Handel zu treiben. Die Arbeiter wählten aus ihrer Mitte sogenannte Schaumeister, die alle 14 Tage am „Schantage“ die abgelieferten Waren nach ihrer Güte zu prüfen hatten. Danach wurde unter Berücksichtigung der gelieferten Rohstoffe der Preis festgesetzt. Von jedem Taler wurden „die ein für allemal festgesetzten 2 Groschen zur Erhaltung der Fabrik“ abgezogen. Bald aber stellte sich heraus, daß diese selbstgewählten Schaumeister sich durch Geld in der Beurteilung der Waren beeinflussen ließen. Schlechte Ware wurde als gute Ware weiter gegeben, wodurch der Ruf der Fabrik und damit auch der Absatz sehr geschädigt wurde.

1753 wurde das Werk, das damals jährlich für 14 000 Tlr. absetzte, an den Berliner Bankier David Splittgerber auf 20 Jahre verpachtet. Es blühte unter dem neuen Besitzer auf. 1765 schenkte es deshalb der König den Splittgerberschen Erben erb- und eigentümlich unter der Bedingung, daß die Besitzer auch dauernd dafür sorgen sollten, daß es baulich unterhalten bliebe.

1780 wurde ein besonderer Zainhammer für die Fabrik angelegt, der Blasebalg und 2 große Hämmer wurden durch 3 oberschlächtige Wasserräder angetrieben. Trotz aller Bemühungen aber ging die Fabrik damals schon wieder zurück. Man bot die Fabrik dem König zum Kauf an und hoffte, sie dadurch wieder neuer Blüte zuführen zu können. Der König aber lehnte den Ankauf ab, und die Fabrikleitung, die inzwischen an das

Bankhaus Gebrüder Schickler in Berlin übergegangen war, ließ das Werk nach und nach eingehen¹⁾.

Das Messingwerk Eberswalde-Heegermühle — heute im Besitz von Aron Hirsch Sohn — kann seinen Ursprung bis auf die 1696 erbaute Messinghütte zurückführen. Auch dies Unternehmen ist zu des Königs Zeit durch Einfuhrverbote für Waren und Ausfuhrverbote für Messing und auch anderweitig sehr unterstützt worden.

Erwähnt sei hier noch die Gewehrfabrik bei Spandau und Potsdam, die schon 1722 von dem Bankier D a u n in Spandau und Potsdam angelegt worden war. Die ersten Arbeiter waren aus Lüttich gekommen. Friedrich bemühte sich erfolgreich, Gewehrmacher auch aus Sachsen zu verschaffen. In Spandau wurden die Gewehrläufe des ganzen preußischen Heeres „geschmiedet, gebohret und aus dem groben geschliffen, nachher aber zu Potsdam poliret, geschäftet, garniret, mit Schlössern versehen und völlig fertig gemacht“. In jeder Woche konnten „für ein ganzes Bataillon“ Gewehre fertig gestellt werden, dabei wurden in Potsdam 195, in Spandau 157 Arbeiter beschäftigt. 1750 wurde in Spandau auch eine Küraschmiede angelegt.

Kaum war Schlesien im Besitz des Königs, so versuchte er auch hier, Bergbau und Hüttenwesen, die sehr zurückgegangen waren, zu entwickeln. Noch unter seiner Regierung wurde der Grund gelegt zu der oberschlesischen Großindustrie, die um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts auf dem Kontinent an großzügiger technischer Entwicklung kaum ihresgleichen hatte.

Schon bei der Besitzergreifung hatte der König am 25. November 1741 „jeden aufgefordert, der etwas Vernünftiges und Ersprößliches in Bergwerkssachen vorzubringen hätte, solches ungescheut, sogar bei Sr. Majestät allerhöchsten Person, zu thun“²⁾. Das Bergwesen wurde zuerst den beiden für die Landesverwaltung in Glogau und Breslau errichteten Kriegs- und Domänenkammern unterstellt. Von M ü n c h o w wurde der erste schlesische Provinzialminister, der unmittelbar dem König unterstellt war. Es folgten ihm von Massow und von Schlabrendorff, der die Verwaltung auch die bösen Zeiten des siebenjährigen Krieges geführt hat. Er starb 1769. Unter den Kammern arbeiteten eine Anzahl Bergämter. Indessen fehlte es an Fachleuten. Abenteurer und Projektenmacher drängten sich heran, so daß das Bergwesen in Mißkredit kam. Interessant ist, wer alles sich dem König mit „treugemeinten Vorschlägen“ zur Reorganisation des schlesischen Berg- und Hüttenwesens zur Verfügung stellte. Ein Gymnasiallehrer, der Mathematiker und Physiker in Brieg war, wünschte die Leitung des schlesischen Berg- und Hüttenwesens „nebst dahin einschlagendem Oberlandphysikat in Schlesien“ mit jährlicher Pension. Er schildert die Aufgaben, die alle zu lösen seien, der Leiter müsse die metallische Scheide- und Probierkunst verstehen, die Bergwerks-sache und Mathematik, die zu den Maschinen und zum Markscheiden nötig sei, und Schlesiens natürliche Beschaffenheit kennen. Weil er vor 6 Jahren eine Chemie in Druck

¹⁾ s. R u d o l f S c h m i d t, Die Stahl- und Eisenwarenfabrik zu Eberswalde und ihre Schicksale in „Mitteilungen des Vereins für Heimatskunde zu Eberswalde“. 2. und 3. Jahrgang, S. 203, und B e c k, Geschichte des Eisens, Band III, S. 918.

1835 wurde die Fabrik geschlossen, die einzelnen Fabrikgrundstücke verkauft. Damals waren noch 55 Meister tätig, die nunmehr auf eigene Hand die Verfertigung von Stahlwaren übernahmen.

²⁾ s. F e c h n e r, Geschichte des Schlesischen Berg- und Hüttenwesens 1741—1806. 1901.

gegeben, Reisen nach dem Zobten unternommen und „Satirae medicae“ geschrieben, hielt er sich für den gegebenen Mann; seine Lehrer in Frankfurt a. O. würden das bescheinigen. Besonders schien er sich für seine Pension zu interessieren, und er schlägt dem König vor, diese auf die Stifter und Klöster anzuweisen. Er erbietet sich auch, Studienreisen nach Sachsen, Hannover und dem Harz zu machen. Im nächsten Jahre stellte sich dann ein anderer dem König zur Leitung des Bergbaus zur Verfügung. Die Behörden entdeckten aber bald „fast allerorten Spuren der Betrüglichkeit“. Ein Arzt aus Glogau machte im gleichen Jahr Vorschläge und wünschte ebenfalls angestellt zu werden oder das Amt eines Physikus zu erhalten. Als besonderen Befähigungsnachweis führte er seinen Patriotismus an. Mit solchen Leuten war dem König nicht gedient. Aber so vorsichtig auch er und seine Beamten waren, einer oder der andere Abenteurer hat sich doch einzudrängen gewußt. Wie groß der Mangel an sachkundigen Männern damals war, sieht man auch aus einem Brief des Oberforstmeisters Reh d a n z an den König: „Wenn nur 2 bis 3 des Bergbaues und dazu gehöriger Sachen vollkommen kundige ehrliche Leute im Lande vorhanden wären, so den Baulustigen mit treuem Rat unter die Arme griffen, dürften viele Leute zum Bergbau animirt und Ew. K. Maj. Allerhöchstes Interesse befördert und dem Lande großer Nutzen bewirkt werden.“

Besonders die Eisenindustrie war in Oberschlesien zurückgeblieben. 1721 wurde der erste Hochofen erbaut. Vorher hatte man auf den seit uralten Zeiten gebräuchlichen Luppenfeuern das Eisen hergestellt. Das Eisenhüttenwesen wurde als Nebenbetrieb der großen landwirtschaftlichen Besitzungen und der Forstwirtschaft behandelt. Das sonst wertlose Holz suchte man wenigstens in dieser Weise zur Darstellung eines Schmiedeeisens von sehr geringer Güte zu verwenden. Um das Jahr 1750 zählte man in Schlesien bereits 14 Holzkohlenhochöfen, 40 Frischfeuer neben 21 Luppenfeuern, aber die ganze Roheisenproduktion betrug im Jahr nur rund 25 000 Zentner (1120 t) (heute mehr als 900 000 t). An Stabeisen wurden 32 000 Zentner erzeugt. Sehr wenig wußte man noch davon, Roheisen für Gußwaren zu verwenden. Dieser schlechte Zustand des Eisenhüttenwesens kam auch zur preußischen Zeit dadurch zum Ausdruck, daß die Einfuhr oberschlesischen Eisens in die anderen Provinzen mit Rücksicht auf seine schlechte Beschaffenheit verboten wurde. Zunächst wollte der König eine Musteranstalt auf diesem Gebiete einrichten. Mit Rücksicht auf nahes Erzvorkommen und auf die günstigen Wasserverhältnisse, die man für den Betrieb der Werke brauchte, wurde der Fluß Malapane ausgesucht und hier das heute noch im staatlichen Betriebe befindliche Eisenhüttenwerk Malapane begründet. Sein erster Hauptzweck sollte der sein, Munition für die schlesischen Festungen zu schaffen. Der Oberforstmeister R e h d a n z sollte diese Aufgabe durchführen, er erbaute 1754 und 1755 die Hochofen- und Frischfeueranlagen in Malapane und Kreuzburg. Damals bedeckten das Gebiet noch dichte Wälder, von menschlichen Ansiedlungen war kaum die Rede. Man mußte deshalb die Arbeiter mit erheblichen Kosten aus anderen Ländern, besonders aus Brandenburg, Sachsen und dem Harz heranziehen. So entstand hier in dem katholischen und slawischen Lande eine protestantische deutsche Kolonie. Um das Werk zu fördern, stattete der König seine Beamten und Arbeiter mit weitgehenden Hüttenfreiheiten aus, und um ihnen Wohnungen zu schaffen, baute er eine zweite

Kolonie. 1768, also 14 Jahre nach der Gründung, konnte man daran denken, das Werk zu vergrößern. Oberhalb Malapane wurden zwei weitere Frischfeuer angelegt. Malapane entwickelte sich wirtschaftlich so günstig, daß man aus den Überschüssen 1775 auch in Jedlitze ein neues Werk erbauen konnte. Man legte hier einen Drahtzug, ein Frischfeuer und einen Zainhammer an.

Der König wollte auch in der Grafschaft Glatz ein Hüttenwerk errichten, aber Rehdanz riet hiervon ab, weil das Eisenerz zu tief im Felsen stecke und Holz nicht vorhanden wäre. Der König jedoch ließ nicht nach, sondern befahl ihm, noch weitere Untersuchungen anzustellen.

Am 18. Juli 1768 schrieb der König an seinen schlesischen Minister, daß seiner Auffassung nach die zurzeit in seinen Landen befindlichen Hüttenwerke noch nicht ausreichten, um den ganzen Bedarf an Eisen und Eisenwaren zu decken. Er befahl ihm, „bequeme Oerter, wo Holz überflüssig und die Klafter allenfalls zu 5 bis 6 Groschen zu haben, auch guter Eisenstein zu haben ist, auszumitteln“.

Eine größere Tätigkeit begann im schlesischen Bergbau erst nach dem siebenjährigen Krieg. 1768 entschloß sich der König zu einer Neuordnung des gesamten Berg- und Hüttenwesens in seinen Landen. Am 9. Mai 1768 errichtete er das Bergwerks- und Hüttendepartement als selbständige VII. Abteilung des Generaldirektoriums für sämtliche preußischen Provinzen einschließlich Schlesiens. Präsident wurde der Minister von Hagen, dem auch das III. und IV. Departement unterstellt waren. An demselben Tage wurde ihm, „um dem höchst mißfälligst bisher leider wahrgenommenen Verfall der mit vielen Kosten angelegten Hüttenwerke abzuhelpfen“, alle Eisen-, Blech-, Glas- und andere Hütten und dahin einschlagende Sachen übertragen.

Im gleichen Jahr ließ der König durch eine besondere Kommission die schlesischen Gebirge wieder eingehend untersuchen. Es sollten Mineralien aufgesucht und die Tätigkeit der Gruben und Hütten festgestellt werden. Die Eisenwerke lagen ihm besonders am Herzen. Bei der zweiten Reise 1769 kam die Kommission zu dem Schluß:

„Kein Wunder, wenn bei einer so nachlässigen und jämmerlichen Direction des Bergwesens solches in Verfall gerathen und sehr discreditirt worden Es geht aus Allem hervor, wie schlecht und zum Schaden des Königs der Bergbau in Schlesien betrieben worden ist, da die Kammern doch die Unordnungen hätten verhindern sollen, und es ist noch zu verwundern, daß die Gruben sich noch so behauptet haben.“

Am 27. April 1769 erließ der König die wichtige Hütten- und Hammerordnung für sämtliche in königl. preußischen Landen befindlichen Königl. Eisen-, Blech-, Kupfer- und andere Hütten-, auch Hammerwerke. Diese Hüttenordnung, die sich durch Klarheit und Gründlichkeit auszeichnet, war zum Teil einer älteren Stolberg-Wernigerodischen Eisenhüttenordnung nachgebildet. In dem interessanten Schriftstück¹⁾ finden wir sehr bemerkenswerte Angaben über die Pflichten eines jeden auf den Hütten Beschäftigten, vom Direktor bis zum Arbeiter. Wir erfahren hierbei, daß keiner der Arbeiter, der auf inländischen Werken tätig gewesen war, ohne ordnungsmäßigen Entlassungsschein angenommen wurde. Jeder angenommene Arbeiter erhielt seinen Dinge-Zettel, aus dem genau zu ersehen war, was er an Lohn zu erwarten hatte. Der Lohn mußte alle

¹⁾ Abgedruckt in Wagners corpus jur. metal., Seite 1156.

14 Tage bezahlt werden. Alle Hochofenarbeiter, Knechte, Pocher und Former wurden vereidigt. Es finden sich genaue Vorschriften über die Fabrikation, über die Arbeitszeit, über Strafen usw. „Frischer und Hammerschmiede, die den Bestimmungen nicht pünktlich nachleben und zur festgesetzten Zeit zu Arbeiten nicht anfangen, sondern sich bei den eingerissenen Mißbräuchen nach 10 Uhr oder gar später in den Bierhäusern betreten lassen und dem schändlichen Trunk nachgehen, welcher sie nicht allein zur Arbeit, sondern auch zum Gehorsam unfähig macht, soll der Hammerschmied zum ersten mal in 1 Thaler und der Schenkwrith in eben so viel Strafe verfallen sein, welche zur Hüttenarmenkassen eingezogen werden soll. Dafern aber diesem Unwesen dadurch nicht abgeholfen und einer und der andere von den Hammerschmieden ein Handwerk von dergleichen widernatürlichem Vollsaufen machen würde, soll derselbe als ein inkorrigibler und unnützer Mensch von dem Hüttenwerk gejagt werden.“

1774 berief der König an die Spitze des Berg- und Hüttenwesens den Landgräfllich Hessischen Berghauptmann Freiherrn Waitz von Eschen, der als tüchtiger Fachmann galt. Waitz war aber damals schon zu alt, so daß ihm trotz aller Mühe eine erfolgreiche Tätigkeit nicht mehr beschieden war. Er starb am 7. November 1776.

An seine Stelle trat nun am 7. April 1777 Friedrich Anton Freiherr von Heinitz¹⁾, einer der größten Förderer des Berg- und Hüttenwesens und der gesamten Industrie, den Deutschland je besessen hat.

Als er die Verwaltung übernahm, bestanden an Provinzial-Bergbehörden das schlesische Oberbergamt, das 1769 zu Reichenstein gegründet, 1779 nach Breslau verlegt wurde, das Oberbergamt zu Rothenburg im Magdeburg-Halberstädtischen Gebiet, 1772 gegründet, ferner das Märkische Bergamt, das 1738 zu Bochum errichtet war, und, nachdem es an verschiedene andere Orte verlegt worden war, schließlich 1779 nach Wetter a. d. Ruhr kam, und endlich das 1770 geschaffene Tecklenburg-Lingensche Bergamt zu Ibbenbüren. Als Heinitz sein Amt angetreten hatte, war es seine erste Sorge, sich tüchtige Bergbeamte heranzuziehen. 1777 forderte er die Bergwerks- und Hüttenverwaltung in Berlin auf, zu berichten, „wie es zeither mit den Vorschlägen zu Hütten-Offizianten gehalten und welches feste Regulativ deshalb in Zukunft zu entwerfen und

¹⁾ Geboren am 24. Mai 1725 zu Dröschkau a. d. Elbe in Kursachsen, hatte er eine gründliche Bildung durch Privatunterricht und durch Besuch der berühmten Schule in Schulpforta erlangt. In Dresden und Freiberg studierte er Mineralogie und Bergbau. Er trat in den Dienst des Herzogs von Braunschweig. Große Studienreisen durch Böhmen, das sächsische Erzgebirge, Schweden und Österreich-Ungarn führten ihn in die Technik ein, auch nach der Richtung des Maschinenbaues. 1765 entwarf Heinitz den Plan zur Freiburger Bergakademie, die mit Hilfe seines Verwandten, des Berghauptmanns von Opper, begründet wurde. Auch im Straßenbau und im Forstwesen war er tätig, bis ihn eine Nervenschwäche zwang, in Pyrmont Heilung zu suchen. 1776 reiste er nach Frankreich und England, bei der Rückkehr wurde er in Berlin Friedrich dem Großen vorgestellt, der großen Gefallen an ihm fand und ihn für sein Land gewann. Nach einer überaus erfolgreichen Tätigkeit starb Heinitz am 18. Mai 1802. Der Freiherr vom Stein, der durch Heinitz nach Preußen kam, urteilt von ihm: „Tiefer religiöser Sinn, anhaltendes Streben, sein Inneres zu veredeln, Entfernung von jeder Selbstsucht, Empfänglichkeit für alles Edle, Schöne, unerschöpfliches Wohlwollen und Milde, fortdauerndes Bemühen, tüchtige Männer anzustellen, ihren Verdiensten zu huldigen und junge Leute auszubilden, das waren die Hauptzüge dieses vortrefflichen Charakters, und sie brachten die segensreichsten Früchte in dem seiner Verwaltung anvertrauten Geschäftskreise.“

dem Publico durch den Druck bekannt zu machen sei“. In der Antwort heißt es: „Wir haben seit einigen Jahren angefangen, junge Leute auf ihre Kosten auf den Werken zu halten, die dann bei ereigneten Vakanzien plaziret werden und haben uns jederzeit Mühe gegeben, auf jedem Werke einen artis peritum zum Betriebsfaktor und einen des Rechnens und Schreibens Erfahrenen zum Rendanten zu erhalten, welcher letztere wohl freilich öfters nicht die geringste Kenntniss vom Betriebe gehabt.“ Es wurde nunmehr ein Projekt ausgearbeitet, und am 8. Januar 1778 konnte auf des Königs Befehl die erste Ausbildungsvorschrift für die Königl. Bergbeamten in Kraft treten¹⁾.

Als Heinitz seine Tätigkeit begann (1777), wurden in Schlesien rund 125 679 preuß. Tonnen Erz gefördert. Das Eisen war aber damals immer noch so schlecht, daß es in die anderen Provinzen nicht ausgeführt werden durfte. Der König erkannte, daß auch die schlesische Industrie sich nur unter dem Schutze von Einfuhrverboten würde entwickeln können, und deshalb verbot er am 3. November 1779, fremdes Eisen nach Schlesien einzuführen. Wichtig wurde die Verlegung der obersten schlesischen Bergbehörde nach Breslau 1779; v. Reden übernahm die Leitung des Oberbergamtes, wodurch einer der genialsten Fachmänner auf diesem Gebiete nun seine großzügige Tätigkeit für Schlesiens Industrie antrat. Graf Reden wird mit Recht als der Schöpfer der ober-schlesischen Montanindustrie bezeichnet.

Heinitz verließ sich nicht auf Berichte, die er aus Schlesien erhielt, er wollte selbst sehen. Auch der König wünschte dringend diese Reisen. So trat denn Heinitz 1779 seine erste schlesische Reise an, die von seinen Beamten sorgfältigst vorbereitet war. Krusemarck hatte ihm vorher eine ausführliche Denkschrift überreicht, die eine Anzahl wertvoller Vorschläge enthielt, die sich Heinitz zunutze machte. In der Denkschrift wurde über die ungünstige Ansicht, die im Publikum über den Bergbau verbreitet sei, geklagt. Daran seien die Abenteurer, aber auch die Kammerverwaltung schuld. Man dürfe auf die Schlesier keine Rücksicht nehmen, sondern solle auswärtige Gewerke heranziehen und auf königliche Kosten Bauten beginnen. Ferner wurde die Errichtung eines Kohlenmagazins vorgeschlagen. Die Verbesserung der Wege von den Kohlengruben nach den Landstraßen sei unbedingt erforderlich. Schon am 25. August 1779 berichtete Heinitz aus Warmbrunn dem König über die Ergebnisse seiner Reise. Die Steinkohlengruben bei Altwasser könnten das Doppelte fördern. Man müsse die Wege verbessern und den Gebrauch der Steinkohlen beim Bleichen, Brauen, Branntwein- und Kalkbrennen und Stubenheizen fördern. Einige Tage später schrieb er, daß das Querbacher Blaufarbenwerk bald soweit ausgebaut sein würde, daß es nicht nur Schlesien, sondern auch die anderen Provinzen mit dieser Farbe versorgen könne. Der König freute sich über Heinitz' Interesse für die Steinkohlenfrage und schrieb ihm, daß seiner Überzeugung nach durch Verwendung von Steinkohlen allein 170 000 Tlr. in der Provinz gewonnen werden könnten. Um die Sache zu fördern und Heinitz zu unterstützen, schrieb er dem schlesischen Staatsminister Hoym, „denn Ihr wisset wohl, daß die Leute an die neue Sache zu Anfang nicht gern herangehen, sondern eher bei ihren alten Vorurtheilen stehen bleiben; darum muß

¹⁾ s. Zix, Die Ausbildung der höheren Staatsbergbeamten in Preußen. Zeitschr. f. Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Berlin 1911, Bd. 59, S. 1 ff. Die genannte Vorschrift ist abgedruckt S. 5—7.

man sie einigermaßen dazu anfänglich nöthigen, bis sie erst selbst den großen Nutzen einsehen und begreifen lernen“.

Weitere Berichte von Heinitz u. a. über die Gewinnung des Vitriols in Schreiberhau folgten. Auch von seiner Reise durch die Grafschaft Glatz hat Heinitz sofort dem König eingehende Mitteilung gemacht. Er schlug vor, ein Eisenwerk anzulegen, aber der König wollte zurzeit nichts davon wissen. Er schrieb an Heinitz: „Ich zweifle auch, daß bei Anlegung mehrerer Eisenhütten viel herauskommen wird; denn wir haben dort schon ein Haufen Eisenhütten und kommt die Hauptsache darauf an, ob wir Absatz von Eisen haben; ohne dieses hilft es uns nicht. Nach Böhmen und ins Oesterreichische können wir nicht damit hin, weil da alles scharf verboten ist, und zur inneren Landesconsumtion in Schlesien haben wir schon Eisen genug; also kann uns das nichts helfen, wenn wir noch mehr Eisenhütten anlegen und keinen auswärtigen Debit von unserem Eisen haben.“

Das Gesamtergebnis seiner Studienreisen faßte Heinitz am 18. September 1779 zu einem Plan für die Verbesserung des schlesischen Bergbaues zusammen. Er wollte 200 Familien sächsischer und Harzer Berg- und Hüttenleute ins Land ziehen. Dafür sollte der König ihm 110 000 Tlr. bewilligen. Der König antwortete ihm am 29. September: „Aus Eueren Bericht vom 18. habe Ich ersehen, daß Ihr zur Verbesserung des Bergbaues in den Schlesischen Gebirgsprovinzen 110 000 Rthlr. gemäß dem davon eingereichten Plan von Mir verlangt. Ich muß Euch aber sagen, daß ich die nicht geben kann und gebe auch dabei in Ansehung des Planes selbst zu erkennen, daß der Silberbau im Jauer'schen soviel Holz wegnimmt, wo ohnedem nicht viel Holz ist und kommt also damit nichts heraus, im Schweidnitzischen noch weniger. Was aber den neuen Steinkohlenbergbau bei Landeshut und Hirschberg betrifft, das ist eine gute Sache und gehet an, dagegen den Silberbergbau bei Weistritz, den wollen wir nur weglassen: bei Rudelstadt sind schon Particuliers, die den Kupferbergbau betreiben; bei Reichenstein ist Holz genug und geht deshalb der Bergbau da eher an, aber das liegt da dichte auf der Grenze und sobald wie Krieg entsteht, ist der Bergbau da gleich wieder ruinirt.“

Am 2. Oktober berichtete Heinitz von Malapane aus dem König, er hoffe, den Eisensteinbergbau auf jährlich mehr als 100 000 Zentner Förderung zu bringen, ferner über ein neu anzulegendes Stahlwerk, über die Erhaltung des Galmeibergwerks, über die Wiederaufnahme des Blei- und Silberbergbaues in Tarnowitz und Beuthen, und wieder über die wichtige Frage, wie der Steinkohlenbergbau in Oberschlesien in Gang zu bringen sei. Heinitz hielt es für notwendig, um dies zu erreichen, die Klodnitz schiffbar zu machen und auch noch einige Kanäle anzulegen. Er fuhr dann fort: „Die Natur hat sich in dieser Provinz wirklich so übertroffen, daß, wenn nur erst mehr geschickte Berg- und Hüttenleute angestellt sein werden, dieselbe in Ansehung der Bergproducte eine der wichtigsten Provinzen in Ew. Majestät Staaten werden wird.“

Sobald Heinitz nach Berlin zurückgekehrt war, ließ er sich beim König melden. Am 3. November konnte er ihm persönlich die Ergebnisse vortragen. Der Plan, den er hier mit dem König besprach, verlangte zur Durchführung 126 000 Rthl. in 4 Jahresraten. Bis ins einzelne wurde diese große Summe auf die verschiedensten Gebiete des gesamten Berg- und Hüttenwesens eingeteilt. Auch die Beschaffung von Modellen zu Öfen und Maschinen war nicht vergessen worden. Heinitz bat den König, ihm zunächst

bei der Bank einen Kredit in der Höhe von 100 000 Rthl. zu eröffnen. Aber der König antwortete ihm, daß er es nicht gern sehe, wenn die Bank sich mit anderen Sachen abgebe, als die sie eigentlich angehe. Auch aus seinen Kassen wollte er zunächst kein Geld geben, weil er gegenwärtig notwendigere Ausgaben habe, „wozu Ich mein Geld nöthig brauche; Ihr werdet daher noch Geduld haben“. Inzwischen forderte er noch weitere Berichte ein, die so günstig lauteten, daß er schließlich die 100 000 Tlr. hergeben wollte, die aber doch erst 4 Jahre später zur Verfügung gestellt wurden. Zunächst sollte Heinitz einmal eine Zusammenstellung aller Bergprodukte in den preußischen Staaten mit Angabe ihres wahren Wertes zusammenstellen. Schon am 5. Januar 1780 konnte er in Form eines Taschenbuches diese Arbeit dem König übergeben. Aus dieser Zusammenstellung ergab sich gegenüber einer ähnlichen Nachweisung aus etwas früherer Zeit bereits eine Zunahme des Wertes der Förderung von $1\frac{1}{2}$ Mill. Tlr. Der König dankte Heinitz für die erhaltenen Nachrichten und schrieb ihm schon 2 Tage nachdem er den Nachweis erhalten hatte:

„Mein lieber Etats Ministre Freiherr v. Heinitz; mit Euren Bericht vom 5. dieses ist mir das Taschen Buch von dem Werthe sämtlicher aus der Erde kommenden Berg Producten in Meinen Staaten und was davon noch außerhalb gekauft werden muß, zugekommen, wofür Euch denn hierdurch danke, und dabey zugleich zu erkennen geben wollen; daß was vor die Million und 59/m taler fremde Sachen sind, die hier noch fehlen, so werden Wir alle die hier nicht haben können, als Gold und Silber haben wir nicht, das müssen wir aus der Fremde nehmen, Kobald und Eisen, das können Wir hier wohl haben, aber Stahl wird noch was fehlen. Queck Silber haben Wir auch nicht. Vitriol glaube Ich inzwischen wohl, daß hier im Lande so viel gemacht wird, wie nöthig ist. Aber Schwefel, Quecksilber und Zinnober, das können Wir hier nicht haben. Dagegen blecherne Löffel können Wir wohl so viele machen, wie erforderlich sind. Bley haben Wir hier auch nicht genug, allein Eisen sollte Ich glauben, wenn man sich Mühe darum gibt, daß Wir dessen genug schaffen können. Den Marmor von Blanckenburg und Norwegen wird man wohl verbieten können, denn Wir können so viel aus Schlesien und dem Hohensteinschen kriegen. Die blecherne Löffel recommandire Ich zum vornehmsten, die können hier genug gemacht werden, auch in den Wercken, da an der Zantze. Wenn sich auch Eisen Stein in West Preußen findet, so ist das sehr gut und können Wir alsdann an 80/m taler für Schwedisch Eisen in Preußen auch ersparen, wenn Wir da die Materie finden. Was endlich das von Euch verlangte Geld betrifft, da kann ich jetzunder noch nichts von sagen, denn Ich bin erst aus dem Kriege gekommen, und muß also auf künftiges Frühjahr erst sehen, ob das angehet; Eher kan ich nichts positives deshalb sagen. Denn es ist so vieler Wasser Schaden geschehen, der wieder hergestellt werden muß, und das geht vor. Ich bin Euer wohlaffectionirter König.“

Am 6. November 1781 forderte der König den Oberbergrat Wehling in Berlin auf, Vorschläge über die Vervollkommnung des inländischen Eisenhandels aufzustellen. Der König führt in diesem interessanten Schreiben aus, wie von jeher seine vorzügliche Aufmerksamkeit darauf gerichtet sei, Verbrauch und Absatz von Eisen und Blech zu heben. Er weist darauf hin, wie man zuerst zu allen möglichen Mitteln habe greifen müssen, um diese Erzeugnisse der staatlichen und der privaten Hütten den eigenen Untertanen bekannt zu machen, wie schwierig es gewesen sei, die vielfältigen

Vorurteile zu überwinden. Man wisse aber auch, wie sehr er es sich habe angelegen sein lassen, die Güte dieser Hüttenprodukte zu verbessern, den Umfang der Fabrikation auszudehnen, und „auf diese Weise für das Interesse unserer Unterthanen, sowie für unser eigenes zu sorgen“. Der König schreibt dann ferner, daß er sich besonders durch die Untersuchungen seines Ministers v. Heinitz überzeugt habe, daß seine Staaten diesseits der Weser sich sowohl der Menge als der Güte nach sehr wohl durch die eigenen Anlagen versorgen ließen. Wenn auch die Vorteile, die bisher erreicht wurden, nicht zu unterschätzen seien, so wolle der König doch noch weiter sich angelegen sein lassen, diesen Eisenhandel zur möglichsten Vollkommenheit zu bringen. Es solle eine einheitliche Organisation geschaffen werden. Mit diesem Schreiben wurden zugleich sämtliche preussische Bergbehörden aufgefordert, Berichte zu erstatten. Auf Grund dieser Berichte wurde ein Generalplan ausgearbeitet, der u. a. Vorschläge für die Hebung der Eisenindustrie enthielt. Für Oberschlesien wurden rd. 12 500 Tlr. zu Neuanlagen beantragt und in Thale und Halberstadt 4408 Tlr. für die Anlage von weißen Blechhämmern. Durch diese Anlagen wollte man den Schiffbau-Eisenbedarf für Pommern und den Verbrauch für Westpreußen gemeinschaftlich mit den Danziger Hämmern beschaffen, auch die für Ostpreußen und Elbing erforderlichen weißen und schwarzen Bleche sollten hier gefertigt werden. Dadurch würde man wieder jährlich 69 000 Tlr. dem Lande erhalten, „sodaß mit den bereits ersparten 187 942 Rthlr. durch die diesseits der Weser befindlichen Eisenhütten mindestens 256 942 Rthlr., welche ehemals nach Schweden gegangen, nunmehr den königlichen Staaten zu gute kommen“. Es wurden ferner vorgeschlagen: eine Eisenfabrik bei Striegau in Schlesien, 50 Eisenfabrikanten sollten aus dem Bergischen herangezogen werden, die Bandeisen verfertigen könnten, und in Altena in der Grafschaft Mark sollte eine Stahlnädnadelfabrik eingerichtet werden. Für die gesamten Reformen wurden 267 500 Tlr. verlangt. Man wies aber nach, daß man hierfür bald eine halbe Million dem Lande an jährlicher Ausgabe ersparen würde und daß das angewandte Geld sich innerhalb 5 Jahren zu 4 vH verzinsen werde. Außer diesen wesentlichen Vorteilen wird dann noch dem König vorgehalten:

1. Daß es alsdann an den für höchstdero Armeen erforderlichen Kriegsbedürfnissen an Eisen, Kupfer, Blei, Zinn, Schwefel und Salpeter nie im Lande fehlen kann; 2. daß der Manufacturstand, der seit Ew. Majestät weisen Regierung so glücklich zugenommen hat, an diesen benötigten Berg- und Hüttenprodukten keinen Mangel haben wird; 3. daß die National-Industrie auch in dieser Art von Beschäftigung gleich anderen Branchen mehr zunehmen muß, und 4. daß durch die Ansetzung von 434 fremden Familien, Officianten, Berg- und Hüttenleuten, die Population in Ew. Majestät Landen vermehrt wird.“

Der König war zwar mit dem Vorschlag zufrieden, aber die Summe schien ihm zu hoch, er bewilligte sie vorläufig nicht. Doch Heinitz ließ nicht nach. Immer wieder trat er an den König heran mit der dringenden Forderung, Geld für die Entwicklung des Berg- und Hüttenwesens herzugeben. Noch 1781 schlug der König ihm wiederholt die geforderte Anleihe rund ab. Wenn er ihn auch mit den Worten zu vertrösten suchte: „Wenn Ich die Aerme ein bisgen freier habe . . ., so gebe Ich Euch das Geld wohl allein, so habt Ihr mit der Banque nichts zu thun; nur müßt Ihr mir noch ein Jahr oder was dazu Zeit lassen.“ Das wiederholte sich auch im Jahre 1782, wo er wieder erklärte, daß er dies Jahr unmöglich etwas geben könne. Endlich am 19. Januar 1783 wies der König 260 000 Rtlr. an, wovon etwa die Hälfte auf Schlesien und die Grafschaft Glatz entfallen sollte. Kaum besaß Heinitz das Geld, so ging er auch

sofort energisch an die Durchführung seiner Pläne. Reden mußte sofort nach Berlin kommen, um mit ihm alles andere persönlich besprechen zu können.

Bald machte Heinitz erneut Vorstellungen über die weitere Entwicklung des Bergbaues in Schlesien. Für Oberschlesien billigte der König das, aber von Niederschlesien schrieb er, „denn wenn auch für 300 000 oder 400 000 Rthlr. Kupfer gewonnen wird, was kommt dabei heraus? Die Construction des Bergbaues erfordert einen Haufen Holz, und das ist nöthiger für die Einwohner und Bleicher an den Orten, wo Steinkohlen nicht so leicht zu haben sind. Ich bin zwar krank am Podagra und leide viel Schmerzen, aber dem ohnerachtet werde Ich in dieser Sache keinen Schritt thun, bevor Sie mir nicht klar beweisen, daß kein Hazard bei der Sache eintritt. Wir haben hundert andere Gelegenheiten, in Niederschlesien solide Sachen zu machen: und ein gutes Kaufmannshaus ist besser und bringt mehr ein, als wenn da für 30 000 oder 40 000 Rthlr. Kupfer gewonnen wird; das ist nun nichts dagegen.“

Heinitz ließ sich nicht abschrecken und reichte eine nochmalige Vorstellung ein; die Antwort lautete: „Auf Euere anderweitige Anzeige, den Schlesischen Bergbau betreffend, habe Ich Euch hierdurch zu erkennen geben wollen, daß Ihr doch so vernünftig sein und Mich zufrieden lassen möget, bis Ich wieder gesund bin. Zudem habe Ich ja 260 000 Rthlr. zu den zu machenden Verbesserungen hergegeben; dafür kann ja genug geschehen. Wozu soll noch das Publicum mit dazu gezogen werden? Das sehe Ich gar nicht ab; zumahlen die Leute, die bei den Minen sich interessiren, dabei nichts gewinnen, vielmehr noch immer Zubeße geben müssen und am Ende kaum die Hälfte davon wiederkriegen.“

Am 3. April 1784 schrieb er an Heinitz: „Sodann möchte Ich gern von Euch näher wissen, wo eigentlich die von Euch vorhabende Erweiterung des Bergbaues in Schlesien vorgenommen werden soll, und worauf es dabei ankommt . . . Gesetz auch, es wird wieder etwas an Gold und Silber gebaut, so wird das immer nicht viel sein, und weil auch das sehr tief gefördert werden muß, so werden die Arbeiter dadurch ungesund und erkranken, und dadurch gehen ein Haufen Unterthanen verloren. Mit den Eisenbergwerken geht das an, auch Blei und Zinn, so viel sich findet, und wenn wir so viel Eisen haben, so kann man daraus allerhand Sachen, als Sensen, Schuppen (Schippen), Spaden und andere Geräthschaften anfertigen lassen, was hier im Lande gebraucht wird. Ihr habt Mir das also noch deutlich zu detailliren, was hierunter im Eigentlichen Eure Idee ist, wo und an welchem Orte das geschehen solle.“

Sofort reichte Heinitz einen Plan ein, den Tarnowitzer Blei- und Silberbergbau wieder aufzunehmen. Dafür interessierte sich der König und die Antwort, die Heinitz erhielt, war wesentlich günstiger als tags zuvor. Heinitz hatte ihm auch mitgeteilt, daß seit vorigem Jahre 70 Bergarbeiter bei Tarnowitz eingestellt waren, daß man Material angeschafft hätte, daß Maschinen erbaut worden seien und die Arbeit im Bergbau Ende Mai habe beginnen können. Auch Bleierze habe man schon gefunden; die technischen Schwierigkeiten seien zunächst glücklich behoben worden. Der König antwortete: „Das sind alles sehr schöne perspective. Aber Ihr wisset schon, wie es bei den Bergwerken zu gehen pflegt; öfters hat man die besten Aussichten, und ehe man es sich versieht, hat es damit ein Ende. Wenn Wir indessen nur Blei bauen, so viel wie wir nöthig haben, so behalten wir das Geld dafür im Lande, und kriegen wir

Stahl, der so gut ist, wie der Englische, so können wir alsdann auch ebenso gut die Stahlwaaren hier machen, wie in England, aber da gehören ein Haufen Maschinen und Sachen dazu und soweit sind wir noch nicht.“ Am 3. August 1784 konnte Heinitz dem König eine silberhaltige Erzstufe aus Tarnowitz überreichen und nachweisen, daß im Zentner 80 Pfd. Blei und 2 bis 4 Lot Silber enthalten sei, was einem Wert von 5 Rthl. entspräche. Aus den weiteren Erzfinden ergebe sich, daß man hoffen könne, das Bergwerk dauernd im Betrieb zu erhalten. Der König schrieb eigenhändig darunter: „ich verstehe nicht ein woht davon als das wihr Blei nöthig haben, und das wen das Werk genug fourniret wihr kein fremdes Kaufen dürfen.“

Heinitz fuhr fort, durch eingehende Berichte des Königs Interesse wachzuhalten und zu vermehren. Als er von einer Studienreise aus dem Harz und Sachsen zurückgekehrt war, schrieb er dem König am 29. Oktober 1784, daß in Tarnowitz das Wasserkunstwerk demnächst fertig werde, daß man mit dem Bau der Hütte weiter vorgeschritten sei und daß man noch im Winter mit dem Verschmelzen der Erze beginnen könne. Es folgen dann eine große Reihe von Zahlenangaben, die sich bis in die Einzelheiten des Betriebes erstrecken. Wir erfahren daraus, daß die nach englischer Art vorgerichtete Kanongießerei zu Malapane und das dazu erforderliche Bohrwerk fertig sei; noch im Winter würden zwölfpfündige eiserne Kanonen aus schlesischen Bergerzen gegossen werden, die hoffentlich gegen die schwedischen die Probe aushalten würden. Ferner heißt es, das Geheimnis, die Steinkohlen von ihrem Schwefel zu befreien und zum Schmelzen der Metalle brauchbar zu machen, sei nun auch den Engländern abgelernt worden und schon seien 1000 Scheffel in Schlesien abgeschwefelt, mit denen im Winter Schmelzversuche angestellt werden sollten. Der König wollte ihn selbst sprechen und fügte hinzu: „Mit die Eiserne Canonens komt nichts heraus; sie springen wie Sie probirt werden und mit den Bergwerken habe ich wenig Vertrauen außer die Steinkohlen.“ Was der König in dieser Besprechung mit Heinitz befohlen hat, ist aus den Akten leider nicht zu ersehen.

Schon lange war es des Königs Wunsch, auch Schlesien von dem österreichischen Markte unabhängig zu machen, besonders von dem Bezug steirischer Waren, wie Messer, Sensen usw. Das hing aufs engste mit des Königs Handelspolitik zusammen. Es gelang seinen Beamten, die Breslauer Kaufmannschaft hierfür zu interessieren, die sich entschloß, an der Malapane ein Eisenwerk zu gründen. Der König interessierte sich für diese Anlage, und die Bezeichnung des Werkes und der Kolonie als „Königshuld“ deutete auf die Unterstützung hin, die er dieser Eisen- und Stahlfabrik der Breslauer Kaufmannschaft zugewandt hat. Er hat das Geld zinsfrei vorgeschossen, hat Arbeiter aus Steiermark und aus dem Herzogtum Berg nach Schlesien gezogen und sich bereit erklärt, zugunsten der neu zu errichtenden Fabrik die Einfuhr der entsprechenden Waren zu verbieten. Er wolle ihnen auch den Absatz solcher Ware allein überlassen, das Oberbergamt müsse aber die Oberaufsicht über die Fabrik behalten. Man wies den Kaufleuten nach, das Unternehmen werde reichen Ertrag geben. Schlesien biete besondere Vorteile für eine solche Fabrik. Rohstoffe und Wasserkraft seien vorhanden, die Lebensmittel wohlfeil, die Löhne niedrig. Zunächst wollten die Ältesten der Kaufmannschaft wenig davon wissen. Es fehlte ihnen allzusehr an Unternehmungsgeist. Schließlich beschloß die an der Börse organisierte Kaufmannschaft sich auf das

Unternehmen einzulassen, wenn man ihnen einige Bedingungen erfüllte. Unter anderem wollte man ein ausschließliches Privileg für Schlesien und die Grafschaft Glatz. Das schlug ihnen der König aus. „Das geht nicht an, das würde dem Lande nachtheilig sein und in ein Monopolium ausarten.“

Das Königliche Privileg vom 6. Juli 1785 gestattete die Anfertigung aller Eisen- und Stahlwaren, an denen es in Schlesien und der Grafschaft Glatz fehle. Den Rohstoff sollte die Kaufmannschaft frei einführen dürfen, aber ihn möglichst den ober-schlesischen Werken entnehmen. Fremden Stahl konnten sie solange einführen, bis der schlesische die gleiche Güte hätte. Bei der weiteren Verhandlung ergaben sich noch manche Schwierigkeiten. Der König fürchtete, daß bei der von den Kaufleuten gewünschten Werksanlage die Holzflößung gestört werden könnte. Zwei Breslauer Kaufleute konnten ihm aber beruhigende Aufklärung in einer Audienz, die er ihnen gewährte, geben. Sie wiesen auch in einer Denkschrift nach, daß 30 bis 40 Werke nötig wären und die ganze Anlage 180 000 Rthl. kosten würde. Der König war sehr erfreut darüber, schenkte ihnen den Baugrund und versprach ihnen Bauholz, aber er ermahnte sie „die Sache nicht mit eins so groß zu betreiben und so 'rein zu plumpen, sondern nur ganz ins Kleine damit anzufangen und erste zu sehen, wie die Sache reüssire“. Leider hat die Kaufmannschaft diese Mahnung des Königs nicht beachtet. Die auf die Aktien eingezahlte Summe war sehr bald aufgebraucht und die Kaufmannschaft mußte sich an den Nachfolger Friedrichs des Großen immer wieder um Geldunterstützung wenden.

Mehr und mehr wurde jedenfalls durch die unermüdliche Arbeit von Heinitz des Königs Interesse für das Tarnowitzer Unternehmen geweckt. Am 30. Mai 1786 verlangte er von Heinitz Nachricht, ob man jetzt schon Mittel gefunden habe, das Wasser wegzuschaffen. Am 4. Juni hatte Heinitz noch eine Audienz beim König. Dieser schrieb ihm gleich darauf: „Ich habe heute die eigentliche Beschaffenheit der neuen Bleibergwerke in Oberschlesien mündlich von Euch vernommen und glaube wohl, daß die Ursachen, warum das Schmelzen der Erze jetzt noch verschoben worden, mit in dem Mangel der Gebäude und der sonst dazu erforderlichen Einrichtungen liege. Indessen scheint mir die ganze Sache doch auch nicht in der Ordnung zu sein, in der sie sein sollte und um so nothwendiger ist es, daß Ihr selbst gegenwärtig seid. Ihr müßt daher Eure Abreise nur beschleunigen, damit die nöthigen Anstalten zur Ausführung der erforderlichen Gebäude sogleich getroffen und alle Anordnungen gemacht werden, daß dieselben zu Stande kommen und alsdann ungesäumt mit Schmelzen der Erze der Anfang gemacht werde Ich sehe darüber alsdann Eurer näheren Anzeige entgegen.“

Wir sehen daraus, wie eingehend der König nun auch seinerseits wieder drängte, daß man vorwärts kam. Während Heinitz Schlesien bereiste, überall die günstigsten Anfänge für eine glänzende weitere Entwicklung sah und im Begriff war, dem König ausführliche Berichte zu schicken, schloß der unermüdliche Förderer der Industrie seine Augen für immer. Es sollte ihm nicht beschieden sein, die glänzenden Früchte seiner Unternehmungen zu schauen, wie sie sich wenige Jahre später in Oberschlesien so überraschend für die damalige technische Welt darstellen sollten.

Mit Heinitz begann auch die große Periode der Verstaatlichungen. Um 1778 hat der König die meisten wichtigen Werke selbst in Verwaltung übernehmen. Die

großartige Entwicklung des Eisenhüttenwesens und des Maschinenbaus in England begann sich auch in Preußen fühlbar zu machen. Der alte kleine, handwerksmäßige Betrieb wollte auf diesem Gebiet nicht mehr ausreichen. Die bisherigen Besitzer aber hatten kein ausreichendes Kapital, um diesem Drang zum Größerwerden nachzukommen, vor allem fehlte es ihnen an Unternehmungsgeist. Hier mußte der König überall selbst helfend eingreifen. Die Minister des Königs wollten oft noch weiter gehen als es dem König zuträglich erschien. 1777 schlug ein preußischer Gesandter vor, die gesamten Braunschweigischen Hütten zu pachten, aber Heinitz wollte davon nichts wissen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Schreiben des Königs vom 4. August 1780 an Heinitz interessant, worin es heißt: „Es ist mir zwar Euer anderweiter Bericht vom 3. dieses Monats, den Ankauf der Itzigschen Eisenhütte und Blechwerk (Sorge und Voigtsfelde) betreffend zugekommen: Allein, Ihr möget Mir das nicht übel nehmen, den Kontrakt konnte Ich nicht konfirmiren. Ich sehe gar nicht ab, wozu ich alle Eisenwerke an Mich kaufen soll, das bin ich keineswegs gesonnen zu thun, sondern man muß dem publico auch etwas lassen . . .“, aber auch dieses Werk mußte schließlich der König zwei Jahre später doch in eigene Verwaltung übernehmen.

Reden, Heinitz' großer Mitarbeiter und Nachfolger, ging noch weiter in dem Streben nach Verstaatlichung des Bergwerk- und Hüttenwesens als Heinitz, weil er auf diesem Wege fast allein ein der englischen Entwicklung ebenbürtiges Fortschreiten sah. Gerade hierauf weist übrigens auch Heinitz in seinem Bericht vom 8. September 1801 hin, worin er gleichsam das Ergebnis seiner gesamten Tätigkeit zieht. „Ich glaube aus dem Munde von Reisenden, Engländern und Deutschen das Zeugnis anführen zu dürfen, daß die Oberschlesischen Ew. Majestät zustehenden Eisenhütten wegen des inneren Zusammenhangs ihrer Anstalten zu einer größeren Vollkommenheit gelangt sind, als einzelne englischer Hüttenbesitzer.“

Seit altersher hatte auf dem Gebiet des Eisenhüttenwesens und in der Eisenverarbeitung die Grafschaft Mark eine hervorragende Stellung. Auch hier hat Heinitz unter dem großen König einen neuen Aufschwung dadurch eingeleitet, daß er für gute Land- und Wasserstraßen, an denen es bis dahin sehr gefehlt hatte, sorgte. Erst dadurch wurde es möglich, den märkischen Eisenwaren den Weltmarkt zu erobern, während sie bis dahin meist als Kölner oder Solinger Waren vertrieben worden waren. Der Hochofenbetrieb war gering. Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es nur zwei Schmelzhütten. Besonders eigenartig und große Bedeutung erlangte in der Mark die sogenannte Osemundschmiederei, die auf 79 Hämmern mit 88 Feuern betrieben wurde. Der Hauptsitz war im Kreise Altena. Das hier hergestellte Osemundeisen wurde hauptsächlich für die Drahtfabrikation benutzt. Man hatte dann noch eine größere Anzahl Reckhämmer; gegen Ende des Jahrhunderts über 160, die das Raffinieren des Stahles, das Ausschmieden des Stabeisens und des Stahles in die üblichen Handelsformen zu besorgen hatten. Diese Hammerwerke bildeten den größten und wichtigsten Industriezweig des Landes. Er wurde unterstützt und erst möglich durch die zahlreichen kleineren und größeren Wasserkraftanlagen und durch die guten und billigen Steinkohlen. In den 70er Jahren hatte man auch Schmiedewerke für Bandeisen eingeführt, ferner wurde die sogen. Breitschmiede bedeutsam, auf denen das Eisen im rauhen vorgearbeitet wurde. Weiter sind zu nennen die Amboßschmiede, die

außer den Ambossen auch Wellen- und Krümmzapfen, Mühleneisen usw. herzustellen hatten.

In den letzten Jahren der Regierungszeit des Königs hatte sich die Stahlfabrikation ausgedehnt und die gleiche Industrie im bergischen Lande überflügelt. Der König hatte eine Prämie von 200 Tlr. auf den Bau eines jeden neuen Reckhammers ausgesetzt. Andere Hüttenwerke verarbeiteten den Stahl weiter, so wurden z. B. Sensen hergestellt, die nach Holland, Frankreich und bis nach Spanien gingen. Bedeutsam war die Fabrikation von Stahldraht, aus dem teilweise Nähadeln gefertigt wurden. Die sogenannte Breitware wurde dann zu Pfannen, Schaufeln usw. verarbeitet. Auch Schwarzblech wurde, wenn auch in geringerem Umfange, hergestellt. Versuche, Weißblech in der Mark zu fabrizieren, hatten keinen Erfolg. Wichtig für die Mark war seit alten Zeiten die Drahtzieherei. Den Mittelpunkt dieser Fabrikation bildeten die Städte Lüdenscheid, Altena und Iserlohn. Altena beschäftigte 1780: 401 Drahtzieher mit 300 Knechten und Lehrjungen, dazu kamen noch 100 Drahtschmiede. Das Recht, Stahldraht zu fabrizieren, hatte nur die Stadt Altena. Der fertige Stahldraht wurde an eine Gesellschaft in Altena abgeliefert. 1786 im Todesjahr des Königs sollen für 200 000 Tlr. Stahldraht fabriziert worden sein. Von anderen Werken seien noch erwähnt die Fingerhutfabrik und die Nähadelfabriken.

Welchen Einfluß staatliche Maßnahmen hemmend und fördernd auf die Industrie haben, läßt sich an der Geschichte der märkischen Industrie studieren. Preußen war Militärstaat und seine Einwohner wurden oft allzusehr nur nach der Brauchbarkeit für den Militärdienst geschätzt. Das hat zuweilen störend auf die Entwicklung der Industrie eingewirkt und viele fleißige Eisenhüttenleute veranlaßt, aus Preußen auszuwandern. Aus der Mark ging man gern nach dem Bergischen, um sich der Kriegspflicht zu entziehen, und diese Auswanderer haben dazu beigetragen, das bergische Land zu einem sehr achtbaren Konkurrenten der Mark zu entwickeln. 1770 wurde geklagt, daß man im Bergischen aus märkischem Metall und mit märkischen Steinkohlen die Waren verfertige, welche nach allen vier Teilen der Welt gingen. In den gewerbereichsten Orten des Bergischen bilden märkische Untertanen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Wer nur eben „groß gefüttert“ sei und merke, daß er „zu dienen kapabel“, entweiche ins Ausland. Deswegen verlangte man Werbefreiheit. Wegen ihrer Abneigung zum Militärdienst war der König auf die Bewohner nicht gut zu sprechen. Er hat auch die Grafschaft Mark selbst niemals besucht. Aber der Wunsch, die Industrie im Lande zu halten und zu entwickeln, überwog schließlich seine militärischen Bedenken und er hat seinen Generalen sehr deutliche Verhaltensmaßregeln gegeben, wonach sie die industrie-treibende Bevölkerung nicht belästigen durften. Einem General, der einmal den Versuch machte, Altenaer Eisenhüttenleute unter die Spießruten zu bringen, drohte der König, er würde ihn nach Spandau bringen, er wolle nur diesmal „die mauvaise Geschichte in Erwägung der sonstigen Meriten“ noch einmal verzeihen. Erst in den 80 er Jahren erkannte man die Ursachen für die Auswanderungen besonders deutlich und es war wieder das Verdienst von Heinitz, den König dazu veranlaßt zu haben, die ganze Fabrik-gegend für kantonfrei zu erklären. Die Werbungen wurden sehr beschränkt und den Ausgetretenen Generalpardon bewilligt. Die Auswanderer kehrten nunmehr in

Scharen zurück und brachten die erworbene Kunstfertigkeit mit. Viele Fremde folgten ihnen auch.

Eine besondere Bedeutung für die Mark gewann die Übertragung der Leitung der westfälischen Bergämter und die Aufsicht über die Fabriken in der Grafschaft Mark an den Oberbergrat Freiherrn v o m S t e i n , den späteren so berühmten preußischen Minister und Reorganisator Preußens. Stein hat von seinem Amtssitz Wetter aus ungewöhnlich viel zur Entwicklung des gesamten Bergbaues und Hüttenwesens beigetragen. Er hat auch versucht, die erste Kohlenbahn in Deutschland nach englischem Muster einzuführen. Noch zu Lebzeiten des Königs, am 28. Februar 1786 schickte er einen ausführlichen Bericht hierüber an das Königliche Generaldirektorium nach Berlin.

In dem preußischen Anteil der Grafschaft Mansfeld, der durch den westfälischen Frieden an den Kurfürsten von Brandenburg gekommen war, war von jeher auch reger Bergbau betrieben worden. Mehrere angesehene brandenburgische Familien waren zusammengetreten und hatten unter dem Namen „Rothenburger Erz-, Schiefer- und Steinkohlenbergbau“ schon am Ende des 17. Jahrhunderts eine Gewerkschaft gebildet. Anfangs entwickelte sich der Kupferschieferbergbau der Gewerkschaft, die den zum Erliegen gekommenen Bergbau im Rothenburger Bezirk wieder aufnahm, sehr gut, in der Zeit von 1710 bis 1740 wurden 5000 bis 6000 Zentner Kupfer im Jahr produziert. In der Folge aber wuchs die Schuldenlast, durch schlechte Wirtschaft verursacht, soweit, daß Friedrich der Große sich 1768 schließlich entschloß, auf Ansuchen der Gewerkschaft den ganzen Bergbau mit sämtlichen Schulden zu übernehmen. Nachdem der König die einzelnen Gewerke abgefunden hatte, setzte er mit steigendem Erfolg den Betrieb auf seine Rechnung fort. Auch der gesamte Wettiner Steinkohlen-Bergbau kam so an die Krone Preußens. (1810 wurden die Werke von der damaligen westfälischen Regierung an die Mansfeldschen Gewerkschaften verkauft.)

Technisch ist dieser Bergbau deswegen so sehr bedeutungsvoll geworden, weil hier im Burgörner Gebiet für die Wasserhaltung 1785 die erste in Deutschland erbaute Dampfmaschine, eine Wattsche Wasserhaltungsmaschine, in Betrieb genommen wurde.

Ein Geheimrat Gansauge hatte eine „Feuermaschine“ bereits in den 70er Jahren bei seinem Kohlenbergwerk zu Altenweddingen benutzt. Sie hat Friedrich II. die erste Veranlassung gegeben, seine Beamten nachdrücklich auf die Bedeutung der Feuermaschine hinzuweisen. Am 25. Mai 1780 schrieb der König an Heinitz:

„Mein lieber Etats-Minister Frhr. v. Heinitz. Es hatt der Verstorbene Geheime Rath Gansauge, auf seine Kosten, eine Feuer Machine bey seinem Kohlen-Bergwerke erbauen lassen, um damit das Wasser aus der Grube zu holen, welches auch mit dem besten effect versucht worden: Nur ist solche noch nicht so gantz dauerhaft befunden worden: Wenn aber dieses annoch zu bewürken, so würd davon, bey denen Bergwerken zu Wettin, und Rothenburg, auch bei dem Gradir-Werke zu Schönebeck, und selbst bey dem Steinbruch, in hiesiger Provintz, mit großem Nutzen, Gebrauch gemachet werden können, um das Wasser herauszuschaffen: Ich habe Euch demnach hierdurch auftragen wollen, diese Feuer Machine, genauer zu examiniren, und zu sehen, was daran fehlet, und wie das abzuändern, und die Machine in die gehörige Ordnung zu bringen, daß solche, bey allen Bergwerken, dazu gebrauchet werden kann, um das Wasser herauszubringen: Ihr werdet Euch also angelegen seyn lassen, Euch dieser Sache gehörig zu unterziehen, und zu suchen, diese Feuer Machine in einen ordentlichen und dauerhaften Stand zu

bringen, worüber ich denn Euren Bericht erwarten will, und bin, Euer Wohlaffectionirter König Friedrich.“

Der Minister antwortete darauf am 29. Mai und schon am folgenden Tage schrieb ihm der König: „Ich habe Euren Bericht vom 29. dieses erhalten, und bin in allem dem, was Ihr Mir darin meldet, gantz gut zufrieden, wie es denn auch gantz recht ist, daß Ihr die Fehler, die Ihr bey der Gansaugeschen Feuer-Machine bemerket, und wie solche abzuändern, gleich angegeben habt: Es ist auch gantz recht, daß Ihr, den Ober-Berg-Rath v. Eschen, und den Bau-Inspector Bückling, die beyde in Engelland gewesen sind, dahin schicken wollet, umb die erlernten Vortheile, wo möglich, bey der Gansaugeschen Machine anzubringen. Ihr werdet Euch also, die Sache ferner angelegen seyn lassen, und mit dem Etats-Minister Michaelis, Euch darüber concertiren, und suchen gedachte Machine, in einen recht guten und dauerhaften Stand zu setzen, damit solche hiernächst bey allen den Werken, wo, das Wasser aus den Gruben zu schaffen, und wo es sich thun lässet, mit Nutzen, und effect gebraucht werden kann: Worüber ich denn, zu seiner Zeit, Euren weiteren Bericht, erwarten will.“

Die weitere Entwicklung zeigt, wie sehr es sich der König und seine ersten Beamten, vor allem Heinitz, Reden und Stein haben angelegen sein lassen, die Dampfmaschine in Preußen einzuführen. Sobald die Nachrichten von Watts Erfindungen und den Erfolgen seiner Maschine der preußischen Regierung bekannt geworden waren, schickte der König sofort den Oberbergrat Waitz Freiherr von Eschen und den Bergassessor Carl Friedrich Bückling nach England, um dort Watts Maschine genau zu studieren. Allerdings war das leichter befohlen als ausgeführt, da England damals seine technische Vormachtstellung durch hohe Strafen, mit denen jeder Verrat von Geheimnissen belegt wurde, rücksichtslos zu schützen suchte. Die Welt war im Kampfe mit England und im Kriege gelten Mittel, die sonst die bürgerliche Moral verurteilt. Die preußischen Abgesandten suchten jedenfalls mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote standen, den Befehl des Königs auszuführen. Man verstand schließlich doch, das zu sehen, was man sehen mußte und voller Freude konnte Bückling schließlich berichten, „daß er so glücklich gewesen sei, die Boultonsche Feuermaschine, deren Mechanismus die französischen nach London geschickten Akademisten vergebens zu erforschen bemüht gewesen sind, genau zu untersuchen und ihren Mechanismus sowohl wie das Verhältnis aller ihrer Teile sorgfältig zu berechnen“.

Die in England erworbenen Kenntnisse sollten bald benutzt werden. Am 1. Juni 1783 erhielt Bückling den Befehl, sofort die nötigen Anstalten zu treffen, um in dem Mansfeldschen Bergbaugebiet eine Feuermaschine zu erbauen. Bückling führte eine solche Wattsche Dampfmaschine, die damals nach dem Teilhaber Watts auch vielfach als Boultonsche Maschine bezeichnet wurde, sogleich aus. Diese kleine Versuchsmaschine befriedigte und nun ging man daran, eine große Wasserhaltungsmaschine zu bauen. Zum ersten Mal konnte eine Dampfmaschine von deutschen Arbeitern aus deutschem Material hergestellt werden.

Die ganze preußische Monarchie arbeitete an der Fertigstellung ihrer ersten Dampfmaschine: Der Dampfzylinder wurde in dem königlichen Gießhause in Berlin gegossen, aus dem Kern gebohrt und inwendig sehr sauber poliert; die Kolbenstange und andere größere Schmiedeteile lieferte ein ober-schlesischer Hammer; die Gußteile

stammten aus Zehdenick in der Mark Brandenburg; der königliche Kupferhammer bei Neustadt-Eberswalde fertigte den Dampfkessel an; die Pumpen entstanden in Ilseburg und Mägdesprung im Harz; den hölzernen Balancier nebst Zubehör stellte man auf dem Schachte selbst her¹⁾.

Am 23. August 1785 konnte bei Hettstedt diese Dampfmaschine zu dauernder gewerblicher Benutzung in Betrieb genommen werden. Der Verein deutscher Ingenieure hat 100 Jahre später die Bedeutung dieser Maschine durch ein Denkmal auf dem heute verlassenen Schachte, wo sie zuerst ihre Glieder bewegte, in entsprechender Form gewürdigt.

Der Steinkohlenbergbau.

Die ältesten Nachrichten stammen aus dem Kohlenrevier der Grafschaft Mark, dem Herzen Westfalens. Sie reichen bis in die Anfänge des 14. Jahrhunderts zurück. Aber im Anfang des 18. Jahrhunderts ahnte man noch nichts von den märchenhaften Schätzen, die in der Erde unter den Feldern des Landmanns ruhten. Das Kohlengraben stand damals den Eigentümern des Grund und Bodens vollkommen frei. Auf die fast wertlos erscheinenden Kohlen machte der Staat noch keinerlei Anspruch. Man rechnete eine solche Kohlengrube auf dem Acker oder einen Kohlenbruch am Abhang eines Berges noch nicht zu den Bergwerken. Erst als die preußische Regierung in den 30er Jahren des 18. Jahrhunderts sich um die Steinkohle zu kümmern begann, gewann der Kohlenbergbau industrielle Bedeutung.

Besonders auch nach dem siebenjährigen Kriege wandte der König dem Bergbau erhöhtes Interesse zu. Durch die drei „Revidierten Bergbauordnungen“ für Kleve—Mark—Mörs 1766, für Schlesien 1769 und für Magdeburg, Halberstadt, Mansfeld 1772 wurde eine sichere Rechtsgrundlage geschaffen, durch welche nach dem sogenannten „Direktionsprinzip“ die Leitung des Betriebs und Haushalts auch der privaten Zechen vorwiegend in die Hand der Kgl. Bergbehörde gelegt und dem Raubbau ein Ziel gesetzt wurde. Ergänzende Vorschriften betrafen Bildung und Erhaltung eines ordentlichen Bergmannsstandes, die Errichtung von Bergbauhilfskassen und die Verbesserung des Betriebes und die Wirtschaftlichkeit durch die Sorge für ein tüchtiges Beamtenpersonal und Ordnung des Kassenwesens. Dabei dachte der König auch sorglich an die Zukunft und die späteren Geschlechter, „überhaupt muß aber bei dem ganzen Kohlenbau auf die Posterität und daß es derselben dereinst nicht an Kohlen fehle, sorgfältig gesehen werden“.

Von 1766 an ließ der König in der Mark einige Straßen anlegen, um den Absatz des Bergbaues dadurch zu heben. Die Steinkohlenförderung der Mark betrug in den Jahren 1764 bis 1770 erst rund 61 000 t. 1756 gab es in der ganzen Mark, Kohlen- und Erzgruben zusammengerechnet, nur 688 Bergleute, darunter 75 Fremde. Die größte Bergarbeiterzahl in der Mark hatte die Grube „Gabe Gottes“ mit 22 Arbeitern. Mit der fortschreitenden Entwicklung aber hob sich der Bergbau in kurzer Zeit sehr wesentlich. Am Ende des 18. Jahrhunderts betrug die Förderung schon mehr als 210 000 t.

¹⁾ s. Matschoß, Entwicklung der Dampfmaschine, Berlin 1908, Bd. I S. 149 u. Bd. II S. 482.

In der Mark hat sich der Freiherr vom Stein auch um die Entwicklung des Kohlenbergbaus durch Anlage brauchbarer Landstraßen und schiffbarer Wasserwege große Verdienste erworben. Heinitz konnte bei seinem Besuch im August 1784 dem damals erst 27jährigen Bergwerksdirektor seine vollste Anerkennung aussprechen.

Auch in Schlesien suchte Friedrich der Große den Steinkohlenbergbau zu fördern. Schon zu seiner Zeit machten sich trotz des Waldreichtums Schlesiens die steigenden Holzpreise für die Entwicklung der Industrie bemerkbar. Je mehr die Brennstoff verbrauchende Industrie wuchs, umsomehr lichteten sich die Wälder. Die Feuerung war noch sehr unvollkommen, so daß man auch aus diesem Grunde ungewöhnlich viel Holz verbrauchte, die Forstwirtschaft schien geradezu an verschiedenen Stellen gefährdet zu sein.

Wollte der König die Industrie weiter fördern, so mußte er den Ersatz des Holzes durch Steinkohlen zu fördern suchen. Mit der ihm eigenen Energie ist er hier vorangegangen. Bei allen nur denkbaren Feuerungsanlagen hat er sich die Frage vorgelegt, ob man nicht die Anlage zur Benutzung von Steinkohlen einrichten könne. Bei den Kalköfen, den Ziegeleien, bei den Bleichereien, Salzsiedereien, auch bei den Bäckereien, bei den Stubenöfen, überall suchte er Steinkohlen einzuführen. Auch in Niederschlesien, in der Nähe schiffbarer Flüsse ließ er nach Kohlen suchen, um von dort aus Berlin billig damit zu versorgen. Um eine Probe zu machen, ließ er von Altwasser aus Kohlen nach Malsch und von dort auf der Oder nach Berlin schicken. Dabei stellte sich heraus, daß der Scheffel bis Berlin auf 8 Groschen, bis Schönebeck auf 9 Groschen zu stehen kam, während man in Schönebeck für die wettinischen Kohlen nur 8 Groschen zahlte. Nicht mehr kosteten auch die englischen Kohlen in Stettin. Der König schrieb an seinen schlesischen Minister, er solle versuchen, die Transportkosten soweit zu verringern, daß man die Kohlen auch in Schönebeck brauchen könne, aber auch sonst hoffte er, sie „hier im Lande herum“ sehr gut benutzen zu können. Je mehr sich der Holzangel, namentlich in Berlin, bemerkbar machte, um so energischer wurde das Bestreben, die Kohlenzufuhr sicher zu stellen. Um den schlesischen Kohlen besseren Absatz zu schaffen, verbot der König 1770 die englischen und schottischen Steinkohlen und ließ sie nur für Preußen und Ostfriesland frei. Aber die Kohlenteuerung stieg, durch den Mangel an Transportgelegenheiten verursacht, so, daß der König schon im folgenden Jahre einige Schiffsladungen schottischer Kohlen zulassen mußte. Es wurden auch schon Berechnungen über die vorhandenen Kohlen angestellt, woraus die beruhigende Versicherung entnommen wurde, daß die schlesischen Kohlen noch recht lange ausreichen würden.

Die Hauptschwierigkeit lag eben in den Transportverhältnissen, zum besseren Ausbau der Landstraßen aber wollte sich der König nicht entschließen, weil er die hierfür notwendigen großen Geldmittel nicht glaubte flüssig machen zu können.

1754 schon befahl der König, die Kasernen in Schweidnitz mit Steinkohlen zu heizen, auch eine Ziegelei in Schweidnitz wurde zum Betrieb mit Steinkohlen eingerichtet. Ferner sollte in Branntweinbrennereien, Färbereien, Tuchscherereien usw. Steinkohle benutzt werden. Es wurden Vorschriften herausgegeben, wie die Öfen für Steinkohlenfeuerung zu bauen wären, daß man sie mit Zugröhren und

Klappen versehen solle, es wurden Prämien ausgesetzt für den Gebrauch der Steinkohlen. Wer Steinkohlen bei Ziegeleien, Kalkbrennereien usw. benutzte, erhielt Geldbeträge von 10 bis 40 Rthl. Die Regierung erließ sodann Bekanntmachungen, aus denen die Einrichtungen der elberfelder und englischen Öfen für Kohlen- und Torffeuerung zu ersehen waren, auch besondere Gebrauchsanweisungen für Steinkohlenfeuerung wurden herausgegeben. Natürlich fehlte es auch hier nicht an klugen Leuten, die sich die Prämien bezahlen ließen und nachträglich doch wieder ausschließlich Holz verbrannten. 1781 wurde die Aussetzung der Prämien erneuert. Die Bleicher, die sich für Steinkohlenfeuerung einrichten wollten, erhielten die Kosten der Einrichtung vorgestreckt, auch Modelle von geeigneten Öfen wurden in Berlin angefertigt und den Industriellen zur Verfügung gestellt. Friedrich wünschte 1779, daß man versuche, mit Steinkohlenfeuerung Brot zu backen, er wollte dann in allen schlesischen Festungen große Steinkohlevorräte anlegen. Auch die Töpfer suchte man zur Steinkohlenfeuerung zu erziehen.

Heinitz empfahl schon 1781, um Kohlengrus zur Heizung verwenden zu können, denselben mit Lehm und Stroh zu vermischen.

Auch durch Regelung der Steinkohlenpreise bei den Gruben suchte man den Steinkohlenverbrauch zu fördern. 1782 wurde der Preis der Stückkohlen auf 3 Slgr. 3 Pf. bis 5 Slgr., der von kleinen Kohlen auf 2 bis 4 Slgr. für 1 Scheffel festgesetzt. Trotz aller Befehle bürgerte sich der Gebrauch der Steinkohle nur langsam ein, die größten Vorurteile waren zu überwinden. Die Brauer behaupteten, das Kupfer ihrer Braupfannen würde von den Steinkohlen angegriffen und zu schnell vernichtet, die Maurermeister sagten, die Steinziegel sähen nicht rot aus und hätten keinen guten Klang, ein Vorwurf, der übrigens in unserer Zeit wieder den ersten Maschinenziegeln gemacht wurde. Die Steinkohlenheizung in Wohnräumen aber lehnte man als vollständig ungesund ab. Nach und nach ging es jedoch voran, und 1787 konnten in Schlesien schon 5740 gewerbliche Anlagen gezählt werden mit einem Verbrauch von 480 000 Scheffeln Steinkohlen, die etwa 80 000 Klaftern Holz entsprachen.

In Minden-Ravensberg hatte sich schon der Große Kurfürst für die Entwicklung des Steinkohlenbergbaues interessiert. Er hatte 1663 die Einfuhr fremder Kohlen verboten und die Durchfuhr mit hohem Zoll belegt.

1742 bildete sich dort eine Gewerkschaft mit etwa 18 000 Tlr. Kapital. Sie beschränkte sich in ihrer Tätigkeit auf die Zeche Böllhorst. Hier waren 1784 2 Schächte im Betrieb mit 4 Steigern und 100 Bergleuten. Sie lieferten jährlich rund 90 000 Scheffel, von denen die Salzwerke allein 85 000 verbrauchten. Die Gewerbetreibenden bezogen ihre Kohlen meist aus dem Hessischen, sie mußten dafür eine Abgabe an die Königl. Kasse und an die Gewerkschaft entrichten.

Für die Bielefelder Bleichen bedeutete die Einfuhr der Steinkohlenverwendung, die erst 1788 gelang, eine sehr wesentliche Ersparnis.

Das Salinenwesen.

Salzgewinnung und Salzhandel haben von jeher eine hervorragende Rolle im Wirtschaftsleben der Völker gespielt. Brandenburg wurde früher von der See her mit Boisalz und mit Lüneburger Salz versorgt. Der Große Kurfürst ging entschlossen zum

Monopol über. Er erklärte 1651 den Salzhandel als ausschließliches Recht des Staates, nur der Adel behielt das Recht des freien Salzbezuges.

1680 erhielt Brandenburg durch den Erwerb des Herzogtums Magdeburg ertragsfähige Salzgewinnungsstätten. Die Einfuhr aus Lüneburg hörte auf. Neben den auf genossenschaftlichem Wege durch die sogenannten Pfännerschaften betriebenen Salzwerken wurden zwei staatliche Salinen zu Halle und Schönebeck erbaut. Man konnte jetzt das Inland vollständig versorgen und noch Salz ausführen; so auch nach Minden und der Grafschaft Mark, die selbst Salz produzierten.

Als die westfälischen Gebiete der Grafschaft Mark an Brandenburg fielen, suchte man auch dort das staatliche Salzmonopol einzuführen. Große Schwierigkeiten aber waren hierbei zu überwinden. Umständliche Kontrolleinrichtungen mußten geschaffen werden, staatliche Inspektoren wurden angestellt, Salzprobenregister und Salzbücher angelegt, und trotzdem ließ der Erfolg alles zu wünschen übrig.

Die wichtigste Saline war Königsborn bei Unna. Trotz aller Versuche, diese Saline ebenso wie die erfolgreich betriebenen Salzwerke zu Halle und Schönebeck zu verpachten, gelang dies nicht. 1745 mußte der König das Salzwerk Königsborn in eigene Verwaltung übernehmen. 1750 fanden sich nochmals Pächter, aber 1774 ging es wieder in staatliche Verwaltung über. Große staatliche Aufwendungen sind vom König für Königsborn gemacht worden. Von 1734 bis 1776 hat man im ganzen 150 437 Tlr. in Neubohrungen, Gradierhäusern, Magazinen und Verbesserungen der technischen Einrichtung angelegt. Auch hier spielte die Verwendung von Steinkohle bald eine große Rolle. Schon 1601 soll man hier Steinkohle beim Siedeprozess benutzt haben. 1735 hatte die Klevesche Kammer einen vereidigten Kohlenmesser am Salzplatz angestellt und Kontrolle der Wage und Preise eingeführt. Eine Kohlenfuhrordnung vom Jahr 1764 regelte sogar genau die Fahrzeiten. Bestimmte Zechen wurden zur Kohlenlieferung nach Unna verpflichtet. Man hielt es schon für notwendig, für Entwendung der Kohlen 5 Tlr. Strafe anzusetzen. Bei dem großen Interesse, das von seiten der Verwaltung dem Salzwerk entgegen gebracht wurde, war es leicht, technische Verbesserungen einzuführen. So ließ man sich 1765 aus England Pumpen für das Gradierwerk kommen. Besonderes Interesse verdient auch hier die Einführung der Dampfkraft. In Königsborn hat die erste Dampfmaschine in Westdeutschland gestanden, sie wurde in den Jahren 1797 bis 1799 aufgestellt. Friedrich der Große hatte schon 1782 die Kammerdeputation in Hamm aufgefordert, sich nach dieser Richtung hin zu bemühen.

Besonderes Interesse brachte der König dem Salzwerk zu Schönebeck entgegen, hat er doch in den siebziger Jahren sogar daran gedacht, Schönebeck mit den Ortschaften Groß-Salze und Frohse zu einer großen Industrie- und Handelsstadt zu entwickeln. Er hoffte, daß er den Magdeburger Handel dahin ziehen könnte, um Magdeburg in eine unbezwingbare Festung umzuwandeln.

Die Königl. Saline zu Schönebeck hatte Friedrich I. 1705 angelegt. Auch Friedrich Wilhelm I. suchte die Entwicklung nach Möglichkeit zu befördern. 1722 wurde die Saline an den Oberamtmann Stecher verpachtet, der viel zur weiteren Entwicklung beigetragen hat. 1742 wurden in 98 Pfannen bereits 17 820 t Salz erzeugt. Dazu waren aber solche Brennstoffmengen erforderlich, daß man an eine weitere Entwicklung der Salzproduktion kaum denken konnte. Wollte man, wie das beabsichtigt war, die Salz-

gewinnung auf 22 bis 24 000 t steigern, so mußte man auf wesentliche Brennstoffersparnis bedacht sein. 1754 ließ Friedrich die Saline durch geeignete Fachmänner genau untersuchen. Der Kriegs- und Domänenrat Rappard zu Kleve schlug vor, nach Art der Königsborner Anlage ein Gradierwerk mit einem Kostenaufwand von 50 000 Tlr. zu erbauen, und er rechnete dabei durch Anreicherung der Sole von 14 auf 21 vH mit einer jährlichen Brennstoffersparnis von 16 000 Tlr. Der König ließ die Sache durch seine Beamten noch weiter eingehend prüfen und übergab schließlich die Berechnung Euler, der Unrichtigkeiten nachwies. Bei der großen Bedeutung der Frage begnügte sich der König damit noch nicht, sondern ließ sich durch den hessischen Geheimrat und Kammerdirektor, den späteren preußischen Minister Waitz von Eschen ein neues schriftliches Gutachten erstatten. Waitz sann darauf, wie er die Sole auf das Gradierwerk bekomme. Durch Roßkünste mußte die Sole auf 32 m Höhe gebracht werden, wodurch die Kosten nicht unwesentlich erhöht wurden. Der endgültige Kostenanschlag war dreimal so hoch wie der erste. Waitz rechnete auf 150 000 Tlr., einschließlich der Zinsen auf 160 000 Tlr. Bei einer Brennstoffersparnis von 25 000 Tlr. würde sich unter Berücksichtigung der Zinsen und Unterhaltungskosten ein jährlicher Überschuß von 9500 Tlr. ergeben. Nach 12 bis 13 Jahren würde das Anlagekapital amortisiert sein, und von da ab wäre ein jährlicher Reingewinn von 18 000 Tlr. zu erwarten. Der König stimmte dem Plan zu, und am 18. Mai 1756 wies er vorläufig 100 000 Tlr. für das Gradierwerk an. Der Krieg unterbrach mehrfach den Bau. Nach dem siebenjährigen Kriege wurde auf Veranlassung des Königs von neuem mit großer Energie weiter gearbeitet. Schließlich stellten sich die Gesamtkosten auf rund 353 500 Tlr. Das Gradierwerk sollte etwa ein Viertel der seither gebrauchten Brennstoffmenge ersparen.

1765 war der Pachtvertrag mit Stecher abgelaufen. Es war zunächst schwer, da man die Saline auf Staatskosten nicht betreiben wollte, einen anderen Pächter zu finden. Schließlich erklärte sich der reiche Kaufmann und Holzhändler Abraham Gansauge aus Tangermünde bereit, die Saline zu pachten. Zuerst richtete er die Bitte an den König, ihm den Titel Kriegsrat zu verleihen, um sein Ansehen den Arbeitern gegenüber zu heben. Später wurde er Geheimer Kriegsrat und erhielt den Adel. Seine Familie hatte die Saline bis 1793 in Pacht. Gansauge hat energisch an der weiteren Entwicklung des Salzwerks gearbeitet. Er hatte sich bei der Übernahme der Pacht verpflichtet, jährlich rund 20 700 t Salz zu erzeugen. Der Preis für eine Last Salz (1620 kg) war auf 9 Tlr. 4 Groschen festgesetzt. Jährlich sollten 17 168 Tlr. als reiner Überschuß in die Staatskasse fließen.

Als Gansauge 1780 starb, und seine Witwe den Betrieb übernahm, waren die Betriebseinrichtungen so erweitert worden, daß man rd. 32 400 t Salz im Jahr herstellen konnte.

1) Einen wichtigen Bestandteil des Betriebes bildeten die zum Sieden benutzten Pfannen. 1766 finden wir in Schönebeck Pfannen, deren Boden aus je 25 Tafeln Eisenblech von je 2 Ztr. Gewicht bestanden. Für den übrigen Teil wurden je 13 Tafeln Eisenblech im Gewicht von je $2\frac{1}{4}$ Ztr. verwendet. Danach bestand also eine einzige Pfanne aus 38 Blechtafeln und wog über 4 t. Außerdem waren noch gußeiserne Wärmepfannen von je 500 kg Gewicht im Betrieb. Mit einer Siedepfanne erzeugte man jährlich rund 8 Scheffel Salz. Der Boden wurde sehr stark angegriffen, man rechnete seine Lebensdauer nur zu 52 Wochen, während man die gußeisernen Wärmepfannen etwa 11 Jahre gebrauchen konnte.

Die Produktion der Saline an weißem Salz betrug 1810 32 000 t, 1901 rd. 63 000 t¹⁾.

In den Ravensberg-Mindener Besitzungen ließ der König 1753 bei Rehme ein größeres Königl. Salzwerk anlegen, das dann in den Jahren 1764 bis 1768 noch wesentlich erweitert wurde. 1787 waren 2 Quellen, 2 Gradierhäuser und 12 Siedepfannen vorhanden. Es wurden jährlich gegen 2100 t Salz hergestellt.

Kaum hatte Friedrich II. Schlesien erobert, versuchte er auch, in der neuen Provinz Salz zu gewinnen. Schon 1742 sandte er den Kriegsrat von Hattdorf nach Schlesien, der auch nachforschen sollte, ob Salzquellen vorhanden wären. Ergebnisse wurden nicht erzielt. Aus Magdeburg und Sachsen wurden Salz- und Bergverständige verschrieben. Der Minister Münchow kam auf Grund dieser Arbeiten zu dem Schluß, daß die Salzsiederei wegen „Mangel an Holz und Steinkohle in Schlesien nicht praktikabel wäre“. Immer wieder von neuem wandten sich Leute an den König, die wissen wollten, daß hier oder dort Salzquellen oder Steinsalzlager vorhanden seien. Mit großer Sorgfalt wurde auch ganz unwahrscheinlichen Angaben nachgegangen, doch stets mit dem gleichen negativen Erfolg.

1752 wurde durch den Salzkommissar Rappard, den Sohn des damaligen Kleveschen Kammerpräsidenten, die Nachforschung wieder aufgenommen. Rappard hatte amtlich Wieliczka besucht und glaubte aus der Ähnlichkeit der Gegend schließen zu können, daß bei Myslowitz Salz zu finden sei. Die Arbeiten aber, die er begann, mußten bald der hohen Kosten wegen eingestellt werden. Man verschrieb sich einen Salz- und Grubeninspektor aus Wieliczka, der aber ebensowenig Erfolg hatte. Trotzdem bewilligte der König für die Fortsetzung der Versuche wieder 2000 Tlr. 1754 reiste Rappard von neuem nach Oberschlesien, er hoffte nun, Salzquellen entdeckt zu haben. Er wünschte nur noch einen Sachkundigen, der Mathematik verstünde, zu haben, um seine Arbeiten vollenden zu können. Der Minister schlug vor, Rappard eine Belohnung zu gewähren. Der König aber war nicht zufrieden. Mit Salzquellen in Schlesien sei ihm gar nicht gedient, die Gebäude, die Kunst und die anderen technischen Einrichtungen erforderten mehr Kosten, als er aufwenden wolle, und die Salzwerke in Magdeburg könnten genug Siedesalz liefern, um ganz Schlesien damit zu versorgen. Er wolle Steinsalz zum „Vieh- und Schaflecken“ haben, um das auswärtige polnische Steinsalz unnötig zu machen. Rappard arbeitete unterdessen weiter und glaubte immer wieder von neuem auf Grund seiner Bohrungen nun endlich das gewünschte Salz gefunden zu haben. Das Ende davon war stets, daß er mehr Geld brauchte.

1755 wurde von dem schlesischen Minister Schlabrendorff die Salzangelegenheit wieder energisch aufgegriffen. Er klagte, daß man dem Salzkommissar Rappard auch nur einen Reichstaler gegeben habe, der soviel „Avantageuses“ versprochen und sich sehr geirrt habe. Auch die Salzquelle sei ein sehr ungesunder Gedanke von ihm. Der König antwortete darauf, daß es ihm zwar nicht lieb zu vernehmen sei, daß er auf Steinsalz nicht mehr hoffen dürfe, stimmte aber durchaus zu, „wenn die Sache nicht praktikabel ist, so müßt ihr solches nur fallen lassen“. Trotzdem aber wurde immer wieder weiter gearbeitet. Auch die vom König 1769 entsandte Bergwerkskommission sah sich nach Salz um, kam aber zu dem Ergebnis, daß kein Steinsalz gefunden

¹⁾ s. Königlichches Solbad Elmen. Festschrift zur Hundert-Jahresfeier. Leipzig 1902.

werden könnte. Als Heinitz an die Spitze der Bergwerksverwaltung trat, hatte er sich die sämtlichen Akten über die Steinsalzsache kommen lassen, und 1780 noch fragte der König bei ihm an, wie es mit dem Steinsalz in Oberschlesien wäre, ob „wir darin reüssiren und etwas zu Stande bringen werden“. Heinitz aber hat sich jedenfalls nicht sehr günstig darüber ausgesprochen, wie man aus Äußerungen anderer Beamten entnehmen kann.

Steine und Erden.

So reich die Mark Brandenburg an Sand ist, so arm ist sie an natürlichen Bausteinen. Die Feldsteine, die in den Geschieben der Mergel- und Lehmlager eingebettet sind, und besonders zahlreich dort sind, wo Endmoränen auftreten, sind früher vielfach zum Bau der Kirchen, Häuser und Mauern verwandt worden. Als dieser Baustoff nicht mehr ausreichte, ging man von der Mitte des 13. Jahrhunderts an immer mehr zur Verarbeitung der Ton- und Lehmlager über, es entstand der für den ganzen Osten und Norden kennzeichnende Ziegelbau.

Bei Rüdersdorf fand man große Kalklager, die bereits seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts abgebaut wurden. Für die Mark Brandenburg und für Berlin haben diese Lager wichtige Baustoffe geliefert. Der Große Kurfürst ordnete an, daß in Berlin alle Bauten massiv auszuführen seien, wodurch der im 30 jährigen Krieg vollständig aufgegebene Betrieb wieder aufgenommen wurde. Zwischen dem Kalk- und Kesselsee legte man den Kalkgraben an und baute bei Woltersdorf die Schleuse, um den Transport zu erleichtern. Friedrich der Große verwies 1769 die Verwaltung der Kalkbrüche vom Domänenamt an das neugegründete Bergwerks- und Hüttendepartement in Berlin. Wenige Jahre darauf gründete er in Rüdersdorf auch ein Königl. Bergamt. Der Abbau war damals noch sehr primitiv. Zum Lösen der größeren Stücke verwandte man eiserne Bruchstangen, an denen zuweilen 10 bis 12 Mann arbeiteten. 1785 waren in dem großen Steinbruch 40, im kleineren etwa 20 Arbeiter beschäftigt. Die Steine wurden in erster Linie zu Fundamentierungsarbeiten benutzt, da sie in Fassaden zu schnell verwitterten. In großem Maßstabe benutzte man Rüdersdorfer Kalk auch zum Brennen, um Kalkmörtel zu gewinnen. Schon 1570 war der erste Ofen in Rüdersdorf erbaut. Zwei neue wurden 1777 errichtet. Die königliche Verwaltung sorgte dafür, daß auch an anderen Orten Kalköfen angelegt wurden. 1785 waren solche schon u. a. in Potsdam, Spandau und Berlin im Betrieb, die Rüdersdorfer Kalk brannten. Besondere Bedeutung gewannen die Kalkbrennereien in Rathenow und Beeskow. Das Absatzgebiet dieser Öfen erstreckte sich bis Hamburg, Beeskow lieferte Kalk vorzugsweise nach Sachsen und in die Nähe von Stettin. Diese staatlichen Kalkbrennereien gingen aber ebenso wie die in Landsberg a. W. um das Jahr 1820 ein oder wurden an Private verkauft. Dem Wettbewerb mit den Privatunternehmungen waren sie damals nicht gewachsen.

Eine große Rolle spielte die Brennstofffrage beim Ofenbetrieb, da die Holzpreise stark stiegen. Man kümmerte sich deshalb eingehend um technische Verbesserungen und suchte vor allem Steinkohle zu benutzen.

Minden-Ravensberg besaß Steinbrüche in genügender Zahl, aber das Material galt nicht als besonders wertvoll. Sandsteine fand man bei Werther, Kalksteine zwischen Halle und Werther und noch an anderen Stellen. An einigen Orten waren Kalkbrennereien eingerichtet, auch Mühlsteine wurden gewonnen.

Besonders wichtig als Ort für die Gewinnung von Mühlsteinen war damals der preußische Anteil an der Grafschaft Mansfeld. Die Mühlsteine hatte man früher aus den obersächsischen Gebirgen kommen lassen müssen. Der König ließ sich die Ausnutzung der Sandsteinbrüche am Südostrande des Harzes angelegen sein, aber erst 1752 gelang es ihm, einen unternehmenden Steinmetzmeister zu gewinnen, der es bald verstand, die Brüche bei Siebkenrode und in der Umgegend soweit auszunutzen, daß sie für alle Mühlen der mittleren Provinzen und eine Zeitlang auch für die großen Bauten in Berlin und Potsdam die Steine zu liefern vermochten. Sobald der König sich von dieser Möglichkeit überzeugt hatte, verbot er 1754 zum Schutz der eigenen Steinbrüche die Einfuhr aller fremden Fliesen, Quadern und Mühlsteine.

Auch in Schlesien bemühte sich der König sofort um die Ausbeutung der vorhandenen Gesteine. Besonders lag ihm daran, den Baustoff der Könige, Marmor, in seiner neuen Provinz zu gewinnen. Schon 1742 mußte ihm der schlesische Minister Graf Münchow von Glogau aus Marmorproben mit Fundortsvermerk übersenden. Der König war mit der Güte und Schönheit nicht zufrieden und schrieb, er werde seinen Baumeister v. Knobelsdorff, den Erbauer von Sanssouci, selbst nach Schlesien reisen lassen, um die Marmorbrüche zu untersuchen. 1746 wurde die Nachforschung nach Marmor wieder aufgenommen. 1747 ließ der König durch einen besonderen Abgesandten alle Marmorbrüche untersuchen. Den Kauffunger erklärte er für den besten und ließ dort auf seine Rechnung arbeiten. 1748 wurde ihm ein Plan eingereicht, alle „Marmor- und Edelsteinbrüche“ zum Regal zu erklären und unter königliche Beamte zu stellen. Marmor und Edelsteine sollten in den Zuchthäusern zu Brieg und Jauer verarbeitet werden. Ein Verzeichnis der Fundorte von Marmor in allen Farben, Achat und Alabaster wurde ihm vorgelegt. Nach dem siebenjährigen Krieg suchte der schlesische Minister von neuem dem Wunsch des Königs, Marmor in großem Umfang zu gewinnen, nachzukommen. Einige große Stücke wurden auch von Breslau aus nach Berlin gesandt. 1764 befahl der König, Marmor, Chrysopras und Kristall aus Schlesien nach Potsdam zu senden. Im folgenden Jahrzehnt 1775 und 1779 wurden auf seinen Befehl die Nachforschungen nachdrücklich fortgesetzt, und die Marmorbrüche in der Grafschaft Glatz von dem schlesischen Minister bereist. Die eingesandten Proben befriedigten den König, der sie sehr genau untersuchte, nicht ganz.

Porzellanmanufaktur.

Unter die sogar während der harten sieben Kriegsjahre begründeten Fabriken gehört in erster Linie die heute noch in vollster Blüte stehende Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin. Schon 1714 hatte der preußische Minister Fr. von Goerne in Plaue an der Havel versucht, nach Meißner Muster eine Porzellanfabrik zu gründen. Der Unternehmer kam aber nicht vorwärts; 1730 ging die Fabrik

ein. 1751 erteilte der König dem Wollzeugfabrikanten Wilhelm Kaspar Wegely die Erlaubnis, eine Porzellanmanufaktur zu gründen. Ein Haus am Königstor in der neuen Friedrichstraße mit großen Gärten wurde ihm geschenkt, auch eine Reihe von Privilegien ihm zugesichert. Schon 1752 konnte er das erste Porzellan herstellen, doch auch er kam nicht weiter, 1757 hörte die Fabrikation auf.

Die Begründung der heutigen Königl. Porzellanmanufaktur ist auf das vielseitige Unternehmertalent Gotzkowskys zurückzuführen. Bei der Besetzung von Sachsen durch Friedrich den Großen war genügende Gelegenheit vorhanden, das sorgfältig gehütete Geheimnis der Meißner Porzellanmanufaktur zu ergründen. Gotzkowsky erzählt uns von einem Besuch in Meißen 1760: „Es hatten Se. Majestät damals einige Proben von sächsischem Porcellain in Dero Zimmer stehen. Sie zeigten mir solches, und geruheten Sich zu erklären, daß, wenn Sie irgend etwas wünschten, so wäre es eine dergleichen Fabrique in Ihren Landen zu haben, wozu Sie alles mögliche anwenden wollten, sobald als nur der Friede wieder hergestellt seyn würde.“ Nach Berlin zurückgekehrt, bot sich ihm, wie er uns erzählt, zufällig eine günstige Gelegenheit, sofort den Wunsch des Königs zu erfüllen. Sein Rechtsanwalt teilte ihm mit, er habe einen Kontrakt zu entwerfen für einen Künstler, der die Herstellung des sächsischen Porzellans genau kenne, und den der Herzog von Gotha in sein Land berufen habe, um dort eine Porzellanfabrik zu gründen. Gotzkowsky kam dem Gothaer Herzog zuvor. Er schloß sofort mit dem Mann einen Vertrag ab, wodurch er sich verpflichtete, das Geld zur Errichtung und zum Betrieb der Porzellanfabrik zu schaffen. Ferner wollte er die bereits aufgewandten Kosten ersetzen und alles, was zum Betrieb schon vorhanden war, gegen bares Geld übernehmen. Der Kunstverständige sollte lebenslang neben freier Wohnung und freiem Holzeine jährliche Pension von 1000 Rthl. erhalten. Weiter sollten zur Sicherstellung seiner Familie 10 000 Tlr. hinterlegt werden. Die Fabrik wurde in Berlin am Ende der Leipziger Straße errichtet, und schon im Winter 1762 konnte Gotzkowsky dem König in seinem Hauptquartier zu Leipzig einige gelungene Probestücke vorlegen. Schon im ersten Jahr der Begründung wurden 150 Menschen in der Manufaktur beschäftigt, darunter 80 junge Burschen von guten Eltern, die teils zur Bildhauerkunst, teils zur Malerkunst erzogen werden sollten. Bei dem großen finanziellen Zusammenbruch Gotzkowskys übernahm der König die Fabrik für 225 000 Tlr. Gerade diese Manufaktur hat er sehr in sein Herz geschlossen und oft, wenn er nach Berlin kam, hat er sie eingehend besichtigt. 1764 wurden 507 Arbeiter beschäftigt, es kamen Aufträge aus Holland und aus Rußland. Der König war so erfreut über das Gelingen dieses Unternehmens, daß er persönlich davon überzeugt war, sein Porzellan wäre besser als das Meißner. Auch hier wie bei den anderen Manufakturen suchte er den Absatz durch Einfuhrverbote ausländischer Fabrikate zu heben. Er selbst aber war wohl der beste Kunde seiner Porzellanfabrik, deren Erzeugnisse er mit Vorliebe zu Geschenkzwecken benutzte. Hierher gehören als besonders hervorragende Arbeiten der für die Kaiserin Katharina von Rußland 1769 gefertigte große Lüster und die 1772 fertiggestellten 5 Fuß hohen Tafelaufsätze, bei denen große Kostümfiguren, die die verschiedenen Untertanen des russischen Reiches darstellen sollten, verwendet waren.

Diese Mitteilungen erschöpfen, wie schon im Eingang bemerkt, bei weitem nicht die so vielseitige, alle wirtschaftlichen Zweige umfassende und überall das ganze wie das einzelne ergreifende rastlose Arbeit des großen Königs. Die Darstellung wird aber einen Einblick gewährt haben in die Art, wie er bestrebt war, die Industrie in seinem Lande zu begründen und zu pflegen.

Der König als Erzieher.

Wenn ein gutes Beispiel der beste Lehrmeister ist, so war der König seinem Volke in erster Linie ein Erzieher zur Arbeit für das Gemeinwohl. Er, der unermüdlich zu schaffen vermochte, dem die Arbeit für den Staat zur selbstverständlichen Pflicht geworden war, verlangte das gleiche auch von seiner Umgebung, von seinem ganzen Volk.

Die Anforderungen, die er an die Arbeitskraft seiner Beamten stellte, waren nicht leicht zu erfüllen. Der König kannte schon das Geizen mit der Zeit, wie wir es glauben erst heute entdeckt zu haben. Kurz und prägnant, er selbst ein Muster in seinen Befehlen, verlangt er auch die ihm einzureichenden Berichte. Seine ausgesprochene Abneigung gegen alle mündlichen Beratungen wird auch durch dieses Drängen nach der Ausnutzung seiner Zeit erklärlich. Innerhalb seiner Behörden hat er sogar versucht, durch die Geschäftsordnung die Länge der mündlichen Erörterungen in den Kollegien festzusetzen. Man solle nicht die Zeit in wunderlichen Disputen hinbringen, wenn man sich nicht in 6 Minuten einigen könne, so solle man sofort die königliche Entscheidung anrufen. Seinen Geheimräten gegenüber hat er den Standpunkt vertreten, wenn sie fleißig arbeiten würden, dann könnten sie die laufenden Arbeiten des morgens in 3 Stunden erledigen, wenn sie sich aber Geschichten erzählten und Zeitungen läsen, dann wäre der ganze Tag nicht lang genug. Auch zur größten Pünktlichkeit in der Erledigung der eiligen Sachen hat er seine Beamten sehr bald zu erziehen gewußt, wobei er gleichzeitig dafür sorgte, daß durch die Beschleunigung dringender Sachen nicht etwa die laufenden Geschäfte aufgeschoben würden, was auch, wie er sich einmal ausdrückt, durchaus vermieden werden könnte, wenn nur die geheimen Finanzräte sowohl als die Sekretarien besser und flinker als bisher arbeiten, und erstere nicht glauben, daß sie nur zum Ansehen da sind.

In der gleichen Weise haben wir gesehen, hat er sich auch um die Arbeit seines ganzen Volkes gekümmert. Der König hat aber nicht nur die Pflicht zur Arbeit stark betont, er suchte auch dem „Anspruch auf Arbeit“ zu genügen, Arbeitsgelegenheit stets neu zu schaffen.

Bei allen seinen Bestrebungen, Industrie und Gewerbe zu fördern, drängen sich gewerbliche Erziehungsfragen in den Vordergrund. Es war ihm durchaus nicht darum zu tun, nur fremde Arbeiter zu haben, Landeskinder sollten in den neuen Berufen erzogen werden. Auf seine Kosten wurden Lehrlinge ausgebildet, er sorgte dafür, daß Spinnschulen eingerichtet wurden. Den Lehrern selbst wurde, damit sie es wieder lehren konnten, Unterricht in der Seidenzucht erteilt. Auch durch Bücher und Schriften suchte der König aufklärend zu wirken.

Als er sich noch kurz vor seinem Tode im Februar 1786 um die Akademie der Künste bemühte, da dachte er auch hier in erster Linie an das Kunstgewerbe. Die Akademie sollte zur Kunstschule für Gewerbetreibende werden. Er dachte an seine Porzellanfabrik, an die Kunstglashütte, die er unterstützte, an die Uhrmacherei, die er aus dem Fürstentum Neuchatel nach Preußen zu verpflanzen suchte, und an seine Textilindustrie. Alle diese Industriezweige sollten geregelten Unterricht in den zeichnenden Künsten, im Modellieren, Bossieren, Gravieren usw. erhalten. Ja, der König plante noch mehr, er wollte im ganzen Lande Kunstschulen einrichten, die unter Aufsicht und Leitung der Berliner Kunstakademie stehen sollten. Auch jährliche Kunstaustellungen zog er schon in sein Erziehungsprogramm; die erste wurde am 20. Mai 1786 eröffnet.

Auch für die höhere technische Ausbildung hat der König bereits gesorgt. Sein Minister von Zedlitz machte ihn 1771 darauf aufmerksam, daß das Ober-Bau-Departement sich beklagt habe, die zu Feldmessern und Bau-Bedienten sich meldenden jungen Leute hätten zu wenig in diesen Wissenschaften gelernt. Der Minister führte aus, das liege daran, daß die Anwärter, wenn sie für kurze Zeit die Universität besuchten, meist ihren künftigen Beruf noch gar nicht kannten, und daß sie sich deshalb um die „angewandte Mathematik“ günstigenfalls nur etwas nebenbei bekümmerten. Große Mathematik auf den Universitäten könnte auch hier niemals den beabsichtigten Zweck erfüllen. Der Minister schlug vor, eine Pepinière von etwa sechs dergleichen Leuten zu begründen, „welche bereits auf Schulen und Universitäten die hierzu abutirenden Lectiones und Collegia frequentiret, und sich mit anderen Wissenschaften nicht distrahiert hätten“. Die endgültige Entscheidung zog sich noch hin, erst einige Jahre später entschloß sich der König, eine „Ecole de génie et d'architecture“ zu errichten. Die Schule sollte zwei Klassen haben, eine für Offiziere, die andere für Zivilingenieure und Baukondukteure. Der Lehrgang sollte dreijährig sein. Zum Lehrer wurde der französische Professor Marsson ernannt. Auf den Bericht des Ministers vom 17. November 1775 erwiderte der König am folgenden Tage: „Hiernächst muß zu denen Eleven, eine sehr behutsame Auswahl getroffen werden. Tummle Teufels müssen sich darunter ebensowenig, als Windbeutel einschleichen. Nur offenen Köpfen, und jungen Leuten von Application und guter Erziehung soll der Zugang dazu offen stehen. Ich glaube daher, daß man sich auff Berlin, wo die Erziehung größtentheils schlecht ist, nicht einschränken, sondern aus denen Provintzien dergl. junge Leute aussuchen muß. Ich rechne auf jeden etwa Einhundert Thlr. jährlich und denke, diese Summe wird hinlänglich seyn. . . .“

Auf Grund der weiteren ministeriellen Vorarbeiten wurde 1776 in einem Saal des Berliner Schlosses die Ecole de génie et d'architecture eröffnet, mit dem Zweck, junge Ingenieure zu den Prüfungen für das preußische Staatsbaufach, besonders auch als Bauingenieure, vorzubereiten. Die Schule, die nicht allzu lange in Tätigkeit gewesen zu sein scheint, kann man als Vorläuferin der später zu so großer Bedeutung gelangten staatlichen technischen Lehranstalt wohl ansprechen.

Daß sich Friedrich um die Ausbildung der Bergbaubeflissenen eingehend gekümmert hat, wurde schon erwähnt. Bei des Königs das ganze öffentliche Leben umspannendem Arbeitsgebiet war es selbstverständlich, daß er sich auch mit

den allgemeinen Schulen eingehend befaßte. Diese seine umfassende erzieherische Arbeit fällt fast ganz in die zweite Hälfte seiner Regierungstätigkeit, in die Zeit nach dem siebenjährigen Kriege. „Die Sorge für die Erziehung ist ein wichtiger Gegenstand, den die Fürsten nicht vernachlässigen dürfen. Mich verfolgt der Gedanke daran bis in das Feldlager.“ 1772 schreibt der König an d'Alembert:

„Je älter man wird, und je mehr man den Schaden erkennt, den eine vernachlässigte Jugenderziehung der Gesellschaft bringt, um so mehr bemüht man sich auf alle mögliche Weise, diesem Übelstand abzuweichen. Ich reformiere die Schulen, die Universität und selbst die Landschulen, aber 30 Jahre wird es dauern, bis man die Früchte sieht. Ich werde mich nicht ihrer mehr freuen können, aber ich werde mich trösten in dem Gedanken, meinem Vaterland einen Vorteil verschafft zu haben, der ihm bis jetzt abging.“

Mit dem ihm eigenen Eifer hat er sich auch mit den pädagogischen Fragen seiner Zeit abgemüht. Von Rousseau und seinem Einfluß auf die Erziehung jener Zeit wollte der König nichts wissen. Für die Flucht aus der Gegenwart und aus der Gesellschaft hatte er, dessen ganze Arbeit dem Wohl der Gesellschaft galt, kein Verständnis. Die Bewohner seiner Staaten sollten, jeder in seinem Fach, tüchtige Bürger werden, die ihren Beruf verstanden, vor allem auch tüchtige Staatsbürger. Die Bildung des Charakters und des Geistes, darauf legte der König den größten Wert. Er forderte von den Eltern, sie sollten ihren Kindern von Anfang an die Überzeugung beibringen, daß sie nicht in der Welt sind, nur um zu genießen und bequem zu leben. Den Ehrgeiz im besten Sinne des Wortes hält er für einen besonders kräftigen Erziehungsfaktor, deshalb legte er Wert darauf, die Erziehung zu individualisieren. In erster Linie aber kam es ihm darauf an, die Menschen zum selbstständigen Denken und Urteilen zu erziehen. Die Fähigkeit, eigene Gedanken klar und folgerichtig zu entwickeln, schätzte er aus eigenster Erfahrung auch bei allen seinen Beamten besonders hoch. Folgerichtig hielt er sie auch mit für eine Hauptsache bei jeder vernünftigen Erziehung.

An dem bestehenden Unterricht tadelte der König, das Gedächtnis werde zu ausschließlich und einseitig in Anspruch genommen. Was man aber nur auswendig gelernt habe, vergesse man schnell wieder, sobald die Schule hinter einem liege. Verstand und Urteil des Schülers üben, das sei die Hauptsache. Der König pflegte diesen Gedanken in die Form zu fassen: „Wer am besten raisonnieren kann, wird immer zum weitesten kommen, besser als der, der nur falsche Schlüsse zieht.“ Kant, der vorgeschlagen hat, das Zeitalter der Aufklärung das Zeitalter Friedrichs zu nennen, weil Friedrich die Freiheit gewährt habe, von der Vernunft öffentlichen Gebrauch zu machen, hat den Gedankengang des großen Königs in seiner berühmten kleinen Schrift vom Jahre 1784 „Was ist Aufklärung?“ zu beantworten versucht: „Ich höre von allen Seiten rufen: rasonniert nicht! Der Offizier sagt: rasonniert nicht, sondern exerziert! Der Finanzrat: rasonniert nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: rasonniert nicht, sondern glaubt! Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: rasonniert so viel ihr wollt und worüber ihr wollt, aber gehorcht!“

Besonders bemerkenswert ist auch die Arbeit des Königs auf dem Gebiet der Volksschulerziehung. Noch die letzten Tage des siebenjährigen Krieges hat der König

in Leipzig benutzt, um sächsische „Schulhalter“ anzuwerben, die die Landschulen in der Kurmark und in Hinterpommern verbessern sollten, und am 12. August 1763 konnte als erste große Arbeit nach dem Friedensschluß das „General-Land-Schul-Reglement“ unterzeichnet werden. Der Zweck aller dieser Maßnahmen sollte sein, geschicktere und bessere Untertanen zu bilden und zu erziehen. Den Verfall der Landschulen und die Unwissenheit der bauerlichen Bevölkerung sah der König als öffentlichen Notstand an. Wichtig ist, daß hier schon der Schulzwang eingeführt wurde, der notwendig war zur Durchführung der Erziehungsmaßnahmen. Als der König 1772 Westpreußen in seine Lande einfügte, war er erschrocken über die Barbarei, in welche die Tyrannei der Machthaber dieses Land gestürzt hatte. „Diese Tyrannei ging so weit,“ schrieb er 1773 an Voltaire, „daß die Großen, um besser ihren Launen zu fröhnen, alle Schulen zerstört hatten, da sie Unwissende leichter unterdrücken zu können glaubten als ein unterrichtetes Volk.“ Der König war anderer Ansicht, „je klüger und einsichtiger die Menschen würden, um so leichter müßte es sein, sie zu regieren“. Nach einem Bericht der Kammer waren damals in Westpreußen zunächst 211 Schulmeister erforderlich, der König hat auch sofort gesorgt, daß die nötigen Mittel hierfür zur Verfügung gestellt wurden.

Besondere Aufmerksamkeit hat nachher der König dem Mittelschulwesen, den Lateinschulen, Realschulen und Gymnasien zugewandt. Es handelte sich hier für ihn darum, die Vorbildung seiner Offiziere und Beamten zu verbessern. Interessant ist es hierbei zu sehen, wie er, der die Technik und die Industrie auf allen Gebieten zu fördern suchte, so wenig von der damaligen gelehrten Behandlung der Mathematik und der Naturwissenschaften wissen wollte. Der Grund dazu lag in der Abkehr dieser Wissenschaften von der praktischen Verwendung ihrer Ergebnisse. Er hat zwar für die ihm sehr am Herzen liegende Akademie der Wissenschaften auch ausgezeichnete Mathematiker und Naturforscher berufen. Aber ihre Mitwirkung bei den Fragen praktischer Art hat ihn selten befriedigt.

An Voltaire schrieb er am 25. Januar 1778: „Die Engländer haben Schiffe gebaut nach der vorteilhaftesten Bauart, welche Newton angegeben hatte, und ihre Admiräle haben mich versichert, daß diese Schiffe viel weniger gute Segler wären als die, welche nach den Regeln der Erfahrung hergestellt sind. Ich wollte einen Springbrunnen in meinem Garten einrichten; Euler berechnete die Kraft der Räder, um das Wasser in ein Bassin steigen zu lassen, von wo es durch Kanäle zurückfallen sollte, um in Sanssouci zu springen. Mein Räderwerk ist mathematisch ausgeführt worden und hat keinen Tropfen Wasser bis auf 50 Schritt vom Bassin heben können. Eitelkeit der Eitelkeiten! Eitelkeit der Mathematiker!“

Und an einer andern Stelle sagt er: „Die Herren Mathematiker möchten Meister des Menschengeschlechts sein. Sie bemächtigen sich der Vernunft, als wenn sie allein ein Recht darauf hätten; sie reden mit Emphase von dem philosophischen Geist, als wenn man ihn nur durch $a \cdot b - x$ und 100 ähnliche Sachen besitzen könnte usw.“

Sehr großen Wert hat der König auf die Geschichte gelegt. Chronologie und Genealogie, sowie alles andere Gedächtniswerk sollten allerdings Nebensachen bleiben, „man soll nur das lehren, was zu wissen notwendig ist, und sich um das übrige nicht kümmern“. Die Geschichte der neueren Zeit sollte besonders eingehend und genau

getrieben werden. Sehr interessant ist, daß der König auf die kulturgeschichtliche Seite der Geschichte besonderen Wert legt. Der Schüler soll lernen, altes und neues zu vergleichen, er muß die Ursachen der Veränderungen verstehen lernen. Die Gedanken über die erzählten Tatsachen aber sollten dem Schüler nicht aufgedrängt, sie sollten in seiner Seele zur Entstehung gebracht werden.

So sehen wir auch hier wieder in dem Einzelnen der gesamten Erziehungsarbeit des Königs die Erfahrungen in den Vordergrund gestellt, die er während seines ganzen Lebens so oft zu machen Gelegenheit hatte. Selbständige Menschen brauchte er für die Zukunft seines Landes, und deswegen sollte die Schule darauf hinwirken, die Jugend zu arbeitsfrohen, charaktervollen Menschen, aber nicht zu bloßen Vielwissern zu erziehen. Insofern dienten alle die erzieherischen Bestrebungen des Königs auch auf dem Gebiete der allgemeinen Schulen wieder in so hohem Maße der Förderung von Industrie und Gewerbe, denn gerade auf diesen Gebieten hatte der König den Mangel an selbständigen, schaffensfreudigen Unternehmern so bitter empfinden müssen.

Alle diese in die Wirtschaftsgeschichte seines Landes so tief eingegrabenen Taten des Königs, von denen wir zu berichten hatten, haben die verschiedenste Beurteilung bis zu unserer Zeit erfahren. Bald begeisterte Zustimmung, bald entschiedenen Widerspruch. Das „Hosianna“ und das „Kreuzige“, das allem wirklich Großen im Leben zugerufen wird, es ist auch dem König nicht erspart worden.

Die Kritik seiner Maßnahmen hat besonders heftig mit seinem Tode eingesetzt. Der ebenso geistreiche als oberflächliche Beurteiler der preußischen Verhältnisse, der Franzose Mirabeau, hat die heftigste Kritik dem neuen König am Grabe Friedrichs des Großen in der Form einer Denkschrift, die den neuen Reformen gelten sollte, überreicht. Gerade die dem König folgende Generation hat vielleicht, weil sie den Ereignissen und den Taten des Königs zu nahe stand, am schärfsten die wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen des Königs kritisiert. Neue wirtschaftliche Ideen begannen damals die Menschen zu beherrschen. Den großen Praktiker, der mitten in der Fülle des Lebens stehend sich niemals viel um theoretische Grundsätze gekümmert hat, machte man zum doktrinären Vertreter eines gelehrten Systems, und leicht gelang es dann mit den Erfahrungen der eigenen Zeit, die leblose Maske, der man den Namen des Königs beizulegen beliebte, mit Worten zu erschlagen. Manche dieser gelehrten Kritiker der technisch wirtschaftlichen Maßnahmen, die fast bis in unsere Zeit noch reichen, scheinen die Annahme ihrer Kritik zugrunde gelegt zu haben, daß Friedrich der Große, heute zur Regierung berufen, genau in der gleichen Weise handeln würde, wie er es unter gänzlich andern Verhältnissen im 18. Jahrhundert getan hat. Diese Unfähigkeit, das Wirken eines Menschen aus seiner eigenen Zeit heraus zu verstehen, kommt in der Kritik oft in sonderbarer Weise zum Ausdruck. Wie müßte wohl die kriegerische Größe Friedrichs bei einer militärischen Kritik in nichts zerfallen, wenn wir alle seine Schlachten vom Standpunkt der heutigen Waffentechnik unter Berücksichtigung der Maschinengewehre, der Feldtelegraphie, der Flugmaschinen und der Millionenheere beurteilen wollten —

oder welcher elender Stümper war doch James Watt, der größten einer unter den Ingenieuren aller Zeiten, der Dampfmaschinen baute und keine Werkzeugmaschinen zu ihrer Herstellung benutzte — weil es damals noch keine gab.

Aber ist denn alles groß, gut und zweckmäßig gewesen, was Friedrich II. tat, ist jede Kritik unberechtigt? Keineswegs. Die Großen sind unter den Menschen zu dünn gesät, als daß wir uns den Luxus zu oft erlauben sollten, große Menschen unter die Götter zu versetzen. Menschen aber sind dem Irrtum unterworfen, und auch der große König hat oft und schwer geirrt. Wer aber das große tätige Leben gerade unserer Zeit kennt, der weiß, wie es auch heute niemand beschieden ist, er mag so hoch stehen wie er will, irrtumslos seine Bahn zu gehen. Er weiß aber auch, daß die großen Erfolge nicht denen zufallen, die sich ihre Entschlußfähigkeit durch die ständige Sorge nach dem rechten Wege allzusehr einschränken lassen, sondern denen, die geleitet von einer großen sie beherrschenden Idee, selbst auf die Gefahr zu irren, unablässig schaffend tätig sind. Nicht wer immer vorsichtig nur wägt, sondern wer entschlossen auch wagt, ist zum Führer des Lebens geschaffen.

Die alles beherrschende Idee bei Friedrich II. war das Großwerden seines Staates. Staat, Volk und König schmolzen ihm zu einem einzigen untrennbaren Begriff zusammen. Diesem Staat, wie er ihn auffaßte, in unermüdlicher Arbeit zu dienen, gebot ihm seine Pflicht. Dieses eiserne Pflichtgefühl, das dem König die Linie antiker Größe gibt, das ihm die Aufopferung seines eigenen Ichs für seine Idee selbstverständlich erscheinen ließ, machte in erster Linie auch die große persönliche Wirkung aus, die er heute noch auf alle ausübt, die für Menschengröße sich Eindrucksfähigkeit bewahrt haben.

Zu den großen Staatsaufgaben, die ihm gestellt waren, wollte er sein ganzes Volk erziehen.

In seinen Briefen über die Vaterlandsliebe hat der König noch in den letzten Jahren seines Lebens mit dem größten Nachdruck versucht, diese Gedanken, die ihm so ganz besonders am Herzen lagen, in weite Kreise zu tragen. Gegen seine sonstige Gewohnheit ließ er 1779 diese Briefe zugleich deutsch und französisch erscheinen. An d'Alembert schreibt er, als er ihm ein Exemplar übersendet, „er wolle sich glücklich wünschen und glauben, seine Zeit nicht verloren zu haben, wenn er von tausend Menschen auch nur einen überzeuge“, und der Kern aller dieser Gedanken, aller dieser Überzeugungen, die er in die Köpfe seiner Preußen eingegraben wissen wollte, war der „... daß ein Staat, von welcher Art er auch sein mag, nicht bestehen kann, wenn nicht alle Bürger einmütig ihr gemeinschaftliches Vaterland zu erhalten suchen“.

Das aber, was der König hiermit sagen wollte, hat ebenso auch für unsere Zeit Geltung. Friedrich der Große als der Zentralpunkt aller der Interessengegensätze des damaligen Wirtschaftslebens hat uns an sich selbst gezeigt, wie der Ausgleich aller dieser sich oft widerstreitenden Interessen schließlich im Menschen selbst gefunden werden muß. Der Generalnenner, auf den er alles bezog, war das Interesse für das allgemeine Wohl. Von der Überzeugung durchdrungen, daß letzten Endes auch für irgend einen Zweig des gesamten Wirtschaftslebens doch nur das dauernd förderlich ist, was auch dem

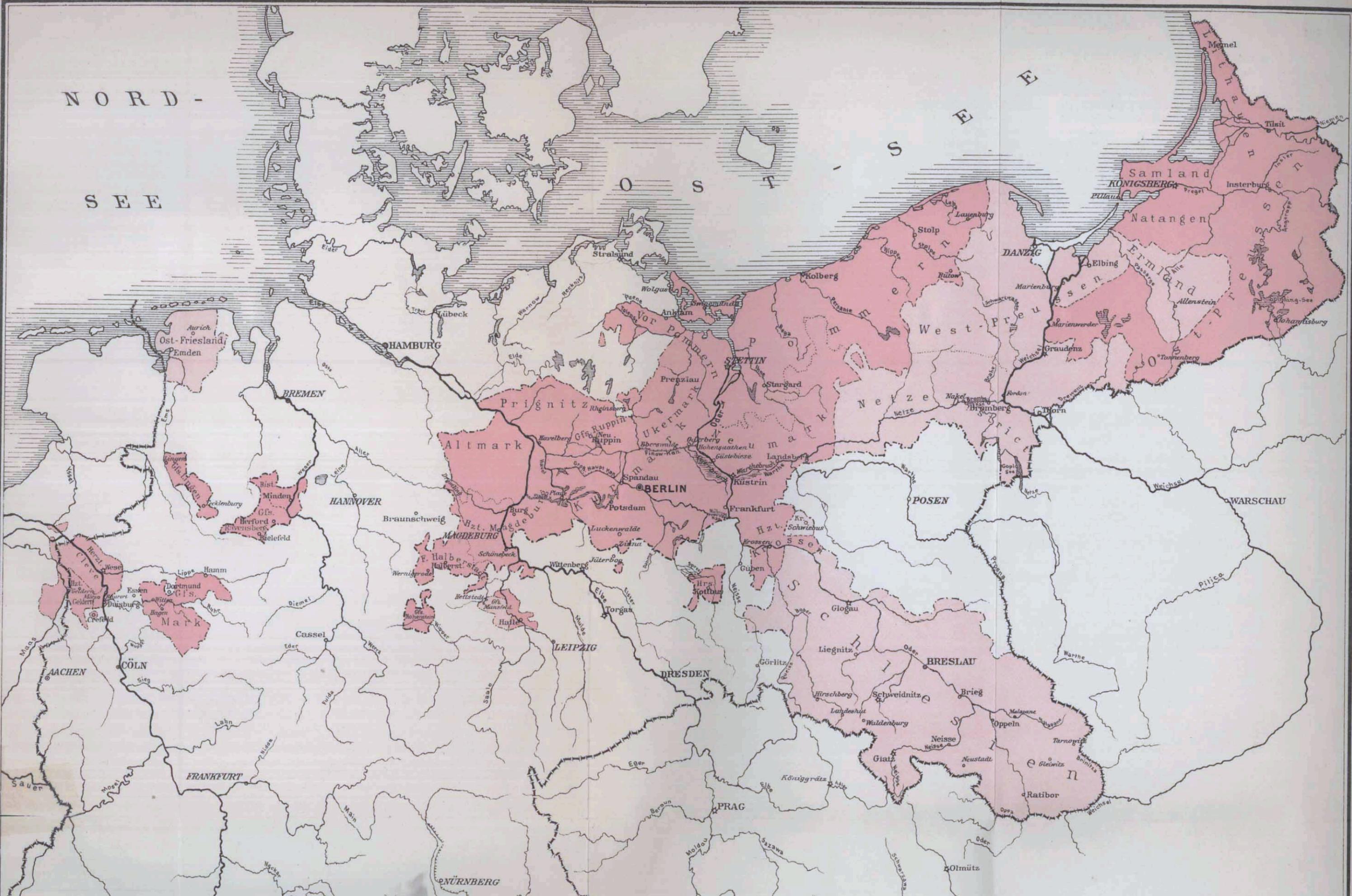
allgemeinen Wohl am besten entspricht, hat der König seine Entschlüsse zu fassen gesucht.

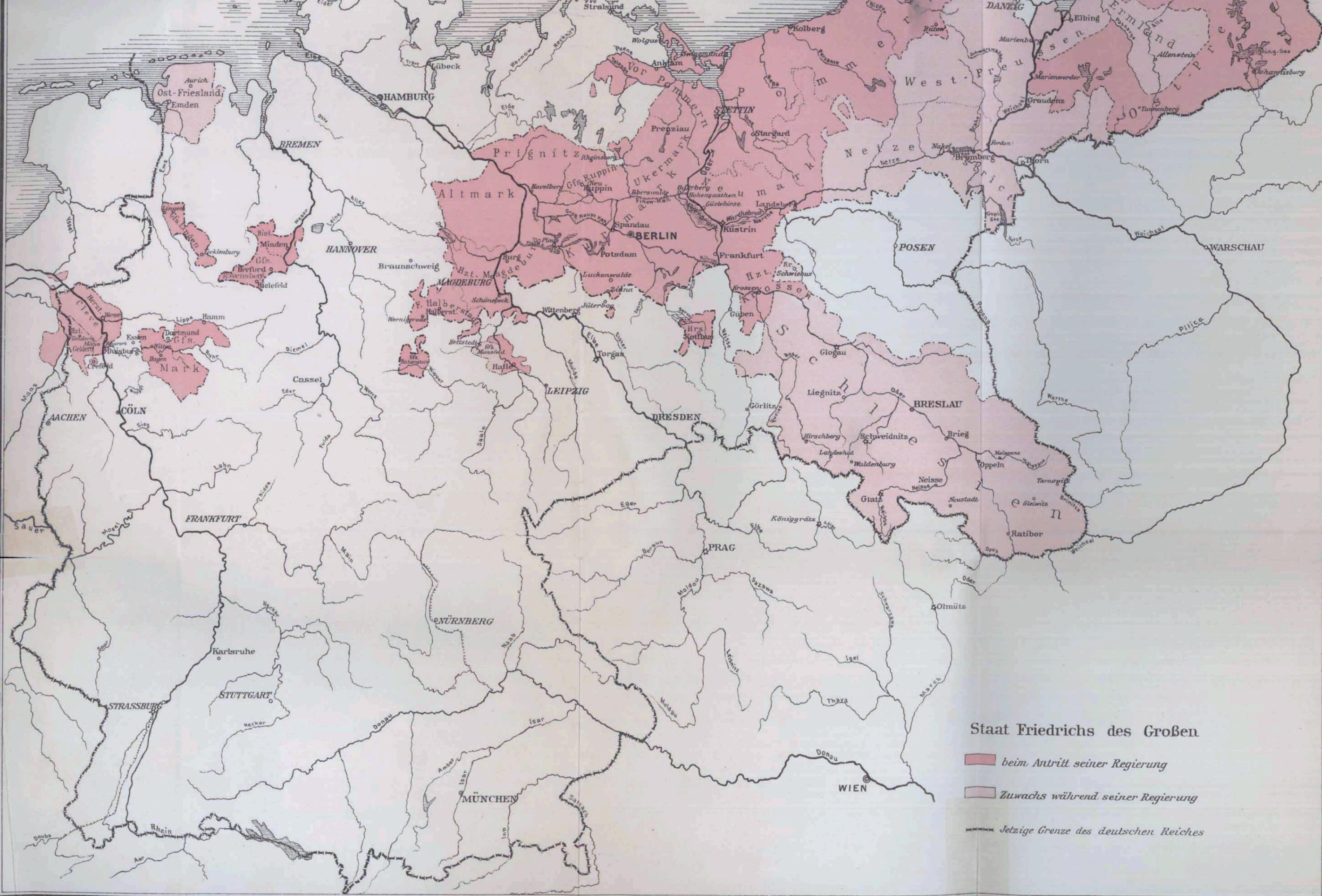
Sollten wir in unserem heutigen so überaus verwickelten wirtschaftlichen Leben mit seinen oft erbittert geführten Kämpfen nichts lernen können von dem großen König? Die Großen der Menschen sind zeitlos, sie leben für alle Generationen, und an uns ist es, den großen Erzieher, als den wir Friedrich II. kennen lernten, heute auf uns wirken zu lassen.



N O R D -
S E E

O S T S E E





Staat Friedrichs des Großen

- beim Antritt seiner Regierung*
- Zuwachs während seiner Regierung*
- Jetzige Grenze des deutschen Reiches*